REKONSTRUIERTE TEXTAUSGABE

analyse & kritik

Nr. 455 · 25.10.2001

Diese Ausgabe ist kein Scan des gedruckten Heftes. Sie rekonstruiert die Ausgabe aus den born-digital HTML-Dateien der CD-ROM akArchiv.5. Titel, Rubriken, Autorinnen- und Autorenangaben sowie Volltexte wurden aus der gesicherten CD-Quelle übernommen.

Umfang: 43 HTML-Quelldateien. Die ursprünglichen Dateinamen und CD-Quellpfade werden bei jedem Eintrag ausgewiesen. Vorhandene oder künftig aufgefundene Faksimile-Scans bleiben eigenständige Primärdigitalisate.

Quelle: akArchiv.5, lokale verifizierte CD-Sicherung · Fassung 9. August 2026

Inhalt

1. Der Terror der Antiterroristen
2. Benjamin Ramos Vega frei
3. Bundeswehr in Führung. In Mazedonien ist Deutschland lead-nation - Boris Kanzleiter
4. Blinde Gefolgschaften. Aufgeklärter Westen, feindlicher Islam - und wie das eine das andere bedingt - Stefanie Gräfe
5. Bless or blame the left? Die Linke und der 11. September - Anna Bohn
6. Der Alltag ist Krieg gegen Frauen. Interview mit Marina Kamal, Aktivistin einer revolutionären afghanischen Frauenorganisation
7. Aktion Sorgenkind in Afghanistan? Rückblick und Ausblick auf einen langen Krieg - Christopher Steinmetz (ami)
8. Brüchige US-Allianzen. "Anti-Terror-Bündnis" muss Feuerprobe bestehen - Boris Kanzleiter
9. Give peace a chance. Schwierige Zeiten für US-amerikanische Friedensbewegung - Max Böhnel
10. Unsicherer Kandidat. Pakistan zwischen Islamisierung und US-Loyalität - Romin Khan
11. Déja vu in Moskau. Der tschetschenische Spiegel des 11. September - Maxime Butkevitch, Gisela Neunhöffer
12. Im Osten viel Neues. Washingtons Feldzug gegen "das Böse" setzt südostasiatische Regierungen unter Druck - Rainer Werning
13. Risse im Gebälk. Israel/Palästina und die internationale Anti-Terror-Koalition - Achim Rohde
14. Italien: Krieg und Burgfrieden - Js.
15. Frankreich im Krieg - Bernhard Schmid
16. Generalverdacht gegen Muslime. Wo "Anti-Terror-Paket" drauf steht, ist Überwachungsstaat drin - mb.
17. Waffen gegen Rohstoffe. Ungleichartiger Tausch - ein imperialistischer Handelsmechanismus - Peter Custers
18. Der "Fall Distomo". Griechische NS-Opfer warten weiter auf Entschädigung - Arbeitskreis Distomo
19. Alles für die Firma. Die Regierung Berlusconi und ihr profitables "Unternehmen Italien" - Js.
20. Stürmische Zeiten im Südpazifik. Gewaltkonflikte im Südpazifik Teil V - Vo
21. Was ... Wann ... Wo ...? (Aktivitäten gegen CASTOR-Transporte) - BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg
22. Einflugschneise gegen die Atomlobby. Nächster Tag X steht unmittelbar bevor - Wolfgang Ehmke
23. Gouvernementalität und Geschlecht. Zur Festschreibung und Flexibilisierung von Geschlechterverhältnissen - Susanne Schultz und Katharina Pühl
24. Nötigung! Lufthansa will AbschiebegegnerInnen mundtot machen - Johannes Junge
25. attac wird APO. Kongress in Berlin völlig überfüllt. - bk
26. Immer diese Widersprüche. Buko 24 in München - Nicole Vrenegor
27. Rebellendisco - dse@rock-links.de
28. Til we outnumber `em. Neues von und über Woody Guthrie - Tommy Schroedter
29. CDU in Schills Schatten. Die Hamburg-Wahl und ihre Folgen - mb.
30. Zwischen Schauspielhaus und Roter Flora. Perspektiven der Hamburger Linken nach der Wahl - dk
31. Wem nutzt die Drogenpolitik? Kontinuitäten und Wandel der Hamburger Drogenpolitik von Rot-Grün bis Schill - Ed Prömmel
32. In Sachen Frieden macht der PDS niemand etwas vor. Dresdener Parteitag diente vor allem dem Parteifrieden - Martin Reeh
33. Landser haben ausgespielt. Berliner Neonaziband verhaftet - Kathrin Klever
34. Gut Ding will Weile haben. Berliner SPD muss sich entscheiden - mb
35. Pro Asyl: Ein Potpourri der Restriktionen
36. Bleibt alles anders. Im Wandel des deutschen Migrationsregimes liegt seine Kontinuität - Silvester Stahl
37. Facelifting. Moderner Rassismus made in Germany - Dirk Hauer

38. Zwischenergebnisse, literarisch. Eine Meinungsumfrage aus Berlin zu Raul Zeliks Kurzgeschichten - Sherin Abu-Chouka
39. AUFGEBLÄTTERT
40. LESERBRIEFE
41. KALENDER
42. EDITORIAL
43. Modernisierung des Migrationsregimes

1. Der Terror der Antiterroristen

Rubrik: Interventionspolitik und Kriege; Kommentare zu aktuellen Geschehen; US-Imperialismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak455/terror.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:455:terror

Seit dem 7. Oktober wirft die US-Luftwaffe, unterstützt von der britischen, Bomben auf Afghanistan. Am 19. Oktober wird bestätigt, dass sogenannte "Spezialeinheiten" im Süden des Landes "operieren". Getroffen werden soll "die Internationale des Terrors", speziell deren angeblich in Afghanistan ansässige Kommandozentrale unter Osama Bin Laden. Zivile Todesopfer und die katastrophale Situation der Flüchtlinge an den Grenzen Afghanistans werden willentlich in Kauf genommen. Das ist nicht neu: So führt man heute "humanitäre" Kriege. Neu ist, dass die TäterInnen neben Beileidsbekundungen diesmal auch handfesten Trost spenden. Die gleich nach den Bomben abgeworfenen Lebensmittelpakete - häufig auf vermintes Gebiet - finden insbesondere die Grünen so rührend, dass sie von Krieg gar nicht sprechen wollen. Kritischen Fragen nach Sinn und Zweck des Feldzugs mögen sie sich ohnehin nicht mehr stellen.

Dass die Jagd auf Bin Laden vor allem geostrategischen Interessen dient, liegt auf der Hand. Zwar ist es den USA bislang mit einer "komplizierten Abfolge von Diplomatie und Militärschlägen" gelungen, eine internationale "Anti-Terror-Koalition" zu schaffen, in der bisher keine Risse erkennbar sind. Russland wirkt eingebunden, die NATO-Partner unterstützen den Kurs der westlichen Führungsmacht "vorbehaltlos". Klar ist aber auch: Die USA wollen und werden sich in Zentralasien festsetzen und damit das dort nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion entstandene Machtvakuum füllen. Mit der Bombardierung Afghanistans und dem Einmarsch von Bodentruppen wird sowohl den Anrainerstaaten als auch Russland der Führungsanspruch der USA demonstriert.

Bei der Neuordnung der Welt möchte auch Deutschlands politische Führung nicht außen vor stehen. "Es sind neue Konstellationen entstanden, und in diesen neuen Konstellationen muss Deutschland positioniert werden", verkündet der Sozialdemokrat Schröder und proklamiert ein "neues Selbstverständnis deutscher Außenpolitik". Mit anderen Worten: Die deutsche Regierung würde gern mehr tun, wenn man sie denn ließe. Der "Kampf gegen den Terror" erscheint als besonders gute Gelegenheit, endlich auch mal lautstark im Konzert der Großen mitzuspielen. Der Wandel der Bundeswehr zur Interventionsarmee wird mit der ihr übertragenen Führung des Mazedonien-Einsatzes klargestellt. Gemessen an den machtpolitischen Ambitionen der politischen Elite hierzulande kann aber diese Nebenrolle nicht wirklich befriedigen.

Die Demonstrationen gegen den Krieg und gegen die Durchsetzung der neuen Weltordnung mit militärischen Mitteln sind erfreulich - wenn auch die Motive der Demonstrierenden sehr unterschiedlicher Natur sind. An den extremen Polen trifft platter Antiamerikanismus auf einen ebenso platten Antiislamismus ehemaliger Linker. Für eine radikale Linke stellen sich in der Antikriegsbewegung zwei Aufgaben: erstens, solchen Plattheiten eine konsequente Absage zu erteilen und zweitens, nicht nur den Krieg abzulehnen, sondern auch gegen die rassistische Formierung der Gesellschaft und die Ausweitung der inneren Repression zu mobilisieren.

Es werden jetzt nicht nur verstärkt Finanzmittel in die Ausweitung des inneren Repressionapparates fließen, sondern auch in die Hochrüstung des Militärapparates. Für eine Antikriegsbewegung, für eine radikale Linke gibt es also genug Ansatzpunkte, den Plänen der Kriegstreiber Widerstand entgegenzusetzen.

Seite 4 bis 15

2. Benjamin Ramos Vega frei

Rubrik: Spanien · CD-Datei: daten/aksuche/ak455/37.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:455:37

Der lange Kampf um die Freilassung von Benjamin Ramos Vega hatte Erfolg. Nach über sechs Jahren im Knast setzte die Audiencia Nacional in Madrid das Urteil wegen Haftunfähigkeit aus und den gesundheitlich schwer angeschlagenen Benjamin Ramos Vega auf freien Fuß.

1997 war er vor diesem spanischen Sondergericht für politische Verfahren wegen "Unterstützung einer bewaffneten Bande" (ETA) und "Fälschung von Autokennzeichen" zu elf Jahren Haft verurteilt worden. 1996 war Ramos Vega trotz zahlreicher Proteste aus Deutschland ausgeliefert worden.

Im Dezember 1995 erklärte das Berliner Kammergericht die Auslieferung von Benjamin Ramos Vega für rechtlich zulässig, obwohl in dem von spanischer Seite eingereichten Schreiben die erbetenen Zusicherungen (u.a. für den HIV-Erkrankten eine "sachgerechte medizinische Behandlung" zu gewährleisten) im Wesentlichen nicht erteilt wurden.

3. Bundeswehr in Führung. In Mazedonien ist Deutschland lead-nation

Autor: Boris Kanzleiter · Rubrik: Militärpolitik BRD - Bundeswehr; Mazedonien · CD-Datei: daten/aksuche/ak455/11.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:455:11

Die neue weltpolitische Konstellation nach Attentaten in den USA am 11. September verändert auch die Situation auf dem Balkan. Nach dem Ende des Nato-Einsatzes Essential Harvest (Notwendige Ernte), in dem bis zum 26. September über 4.000 UCK-Waffen eingesammelt wurden, läuft nun die Anschlussmission Amber Fox (Bernstein Fuchs). Die Bundeswehr stellt mit Brigadegeneral Heinz-Georg Keerl den Oberbefehlshaber der rund 800 Nato-Soldaten, von denen 450 aus Deutschland kommen. Frankreich, Italien und Polen stellen weitere größere Kontingente.

Deutschland darf so zum ersten Mal seit Bestehen der Nato einen Einsatz des westlichen Bündnisses führen. Gleichzeitig kündigte die US-Administration an, ihr Engagement in der Region zu verringern und Truppen in Richtung Afghanistan abzuziehen. An Amber Fox beteiligen sich weder US-Soldaten noch Truppen aus Großbritannien. Offizielle Hauptaufgabe des neuen Nato-Einsatzes ist der Schutz der insgesamt 284 zivilen BeobachterInnen der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) und der Europäischen Union, die in den nächsten Monaten die Umsetzung des Abkommens von Ohrid beobachten sollen. In diesem hat sich die mazedonische Regierung im August nach langwierigen Verhandlungen auf eine Besserstellung der albanischen Minderheit verpflichtet. Besonderes Augenmerk sollen die "Monitore" auch auf das Verhalten albanischer Rebellen und mazedonischer Sicherheitskräfte richten. Außerdem sollen sie eine Rückkehr der mehreren zehntausend Flüchtlinge in ihre Dörfer gewährleisten. Von dort waren diese entweder vertrieben worden oder vor den Kämpfen geflohen. Durch "Vertrauensbildung" soll ein Wiederaufflammen von Gefechten zwischen den Konfliktparteien verhindert werden.

Um all das gewährleisten zu können, ist Amber Fox gegenüber Essential Harvest mit einem "robusteren" Mandat ausgestattet. Konkret heißt dies, dass die Nato-Soldaten nicht nur sich selbst, sondern jeden "schützen" dürfen. Bundesaußenminister Fischer sprach sogar von einer "ausgesprochenen Nothilfepflicht" im Falle "schwerer Menschenrechtsverletzungen". Zunächst dürfen die deutschen Bernsteinfüchse drei Monate durch Mazedonien pirschen und dabei 76 Millionen DM ausgeben, welche das Bundesfinanzministerium außerplanmäßig bewilligte. Dann wird über eine Verlängerung des Mandats verhandelt, das der UN-Sicherheitsrat bereits vorgesehen hat.

Während der neue Nato-Einsatz in Mazedonien für heftige politische Kontroversen sorgt, scheint die Mission in Deutschland auf eine fast ungeteilte Zustimmung zu stoßen. Weder in der Presse noch im Parlament löste die erste von Deutschland geführte Nato-Militärmission größere Kontroversen aus; dabei handelt es sich um eine außenpolitische Zäsur. Bei der Bundestagsabstimmung am 27. September erzielten Kanzler Gerhard Schröder und Außenminister Josef Fischer ein Traumergebnis: 528 Abgeordnete stimmten für Amber Fox, nur 40 votieren dagegen, zehn Abgeordnete enthielten sich der Stimme. Während die Bundesregierung bei der Abstimmung über Essential Harvest im Sommer noch erhebliche Widerstände in den eigenen Reihen zu bekämpfen hatte, stimmten nun 17 der 19 SPD-Abgeordnete, die vier Wochen zuvor nein gesagt hatten, zu. Zwei enthielten sich. Auch fünf Grüne, darunter der Berliner Abgeordnete Hans Christian Ströbele, Wortführer der kriegskritischen Gruppe der Partei, enthielten sich. Die PDS bleibt bei ihrer Ablehnung von Mazedonieneinsätzen der Bundeswehr.

Militarisierung der Außenpolitik

Verschiedene Faktoren scheinen den Konsens hergestellt zu haben. Zum einen haben die Anschläge vom 11. Septembers nachdrücklich die Militarisierung der Außenpolitik befördert. Schröders Rede vor dem Bundestag am 11. Oktober, einen Tag nach seiner Rückkehr von der Schadensbesichtigung in New York, macht dies überdeutlich. Nach der Erlangung seiner vollen Souveränität durch die Wiedervereinigung habe sich Deutschland "in neuer Weise" seiner internationalen Verantwortung zu stellen, fordert der Kanzler. Die Etappe, in der Deutschland lediglich strukturelle und finanzielle Hilfe für Militäreinsätze der Bündnispartner stellt, sei unwiederbringlich vorbei, jetzt stünden auch vermehrt militärische Einsätze auf der Tagesordnung. "Die Bereitschaft, unserer größer gewordenen Verantwortung für die internationale Sicherheit gerecht zu werden,

bedeutet auch ein neues Selbstverständnis deutscher Außenpolitik", stellt so der Kanzler den Wendepunkt klar.

Ein zweiter Faktor für die im Vergleich zu Essential Harvest größere Akzeptanz von Amber Fox ist wohl der Beschluss des Uno-Sicherheitsrates vom 26. September. In der Resolution 1371 billigte das Gremium die Mission. Abgeordneter Ströbele sieht darin einen "sehr deutlichen Fortschritt". Wolfgang Gehrcke, außenpolitischer Sprecher der PDS-Fraktion, kritisiert dagegen, dass Amber Fox eben doch ein Nato-Einsatz bleibe, wenn auch mit UN-Mandat. Dadurch sei die Chance vergeben worden, die Nachfolgemission als klassischen Peace-keeping-Einsatz der UN zu organisieren. Dies hätte die Integration von Truppen aus Nicht-Nato-Staaten ermöglicht.

"Der Westen misst mit zweierlei Maß"

Während in Deutschland also weitgehend der Schulterschluss hinter der Bundeswehr geübt wird und die Anti-Kriegsbewegung mit der Eskalationsspirale um den Afghanistan-Konflikt beschäftigt ist, stößt die Nato-Mission in Mazedonien auf nachhaltige Widerstände. Eigentlich wollte die Nato bis zu 2.000 Soldaten stationieren mit einem sechs bis neun Monate währenden Mandat. Erst nach zähen Verhandlungen konnte die mazedonische Regierung Amber Fox auf die nun festgelegte Stärke und Dauer halbieren. Seit Beginn der bewaffneten UCK-Operationen im Februar und insbesondere seitdem Nato und EU sich im Konflikt teilweise offen auf Seiten der albanischen Nationalisten positionierten, wachsen anti-westliche Stimmungen unter der slawischen Bevölkerungsmehrheit.

Nur unter dem vielfältigen und konstanten Druck durch die EU- und US-Unterhändler unterschrieben die Vertreter der größten slawisch-mazedonischen Partei, der Regierungspartei VMRO-DPMNE, am 13. August das Rahmenabkommen über eine Besserstellung der albanischen Minderheit. Kernpunkte sind die Anerkennung des Albanischen als zweite offizielle Amtssprache. Lokalverwaltungen werden mehr Kompetenzen eingeräumt. Bei Gesetzen, die Fragen der Kultur und der Finanzierung der lokalen Selbstverwaltung berühren, muss dem Abkommen entsprechend nicht mehr nur die Mehrheit aller ParlamentarierInnen zustimmen, sondern auch die Mehrheit der Abgeordneten jeder ethnischen Gruppe. Weiterhin soll sich bis 2004 die ethnische Zusammensetzung der Polizeieinheiten nach dem Bevölkerungsproporz richten. Konkret heißt dies die Einstellung von etwa tausend albanischen PolizistInnen.

Besonders sensibel ist die geplante Veränderung der Verfassungspräambel. In ihr soll nicht mehr vom "Nationalstaat der Mazedonier" die Rede sein, sondern lediglich von einem Staat der "Bürger der Republik Mazedonien". Dies stellt einen Affront für die mazedonische Nationalbewegung dar, die die Existenz einer "mazedonischen Nation" gegenüber bulgarischen und serbischen Nationalisten mühsam legitimieren muss. Schließlich behaupten diese, dass es eine mazedonische Nation gar nicht gebe, und sehen in den MazedonierInnen wahlweise eigentlich BulgarInnen oder SerbInnen. Griechenland wollte das Land bei der Staatsgründung 1991 ebenfalls nicht anerkennen, weil es in Griechenland bereits eine Region mit gleichem Namen gibt. Und albanische Nationalisten haben die Abstimmung über die Unabhängigkeit schon damals boykottiert, weil sie sich lieber einem albanischen Nationalstaat angeschlossen hätten.

Zwar erteilt das Abkommen "territorialen Lösungen für ethnische Fragen" eine Absage. Es sieht also kein autonom verwaltetes Gebiet der hauptsächlich im Nordwesten und Westen Landes wohnenden Minderheit von etwa 500.000 AlbanerInnen vor. Viele slawische MazedonierInnen befürchten aber dennoch, dass das Land mit zwei Millionen EinwohnerInnen nach ethnischen Grenzen geteilt werden soll. Schließlich war das militärische Vorgehen der UCK teilweise mit der gezielten Vertreibung slawischer MazedonierInnen verbunden. Und es ist auch kein Geheimnis, dass zahlreiche albanische Gruppen die Errichtung eines Großalbaniens oder zumindest die Vereinigung des albanischen Teils Mazedoniens mit Kosovo betreiben.

Die Befürchtungen der slawischen MazedonierInnen mischen sich dabei nicht selten mit einer wachsenden anti-westlichen Stimmung, wird der Westen, und vor allem die USA, doch als Schutzpatron der albanischen Nationalisten betrachtet. Danilo Gligorovski, ein VMRO-DPMNE-Abgeordneter, der noch vor wenigen Monaten eine schnelle Anbindung Mazedoniens an die EU forderte, erklärt nun mit Blick auf die UCK: "Der Westen hat dem islamischen Fundamentalismus, finanziert mit dreckigem Geld aus dem Drogenhandel, erlaubt, die Prinzipien der westlichen Demokratie zu manipulieren und den Islam auf dem Balkan zu verbreiten." In Mazedonien blühen derzeit Spekulationen über eine angebliche Zusammenarbeit der UCK mit der

al-Qaida-Organisation Osama bin Ladens. Auch den USA wird nachgesagt, die UCK in Mazedonien und Kosovo direkt mit Militärberatern, Waffen und Geld unterstützt zu haben. Gligorovski dazu: "Der Westen misst mit zweierlei Maß. Er unterstützt die Terroristen in Tschetschenien und Kosovo und kämpft gegen die Terroristen, welche die Attacken in New York und Washington ausgeführt haben."

Die Widerstände gegen das Eingreifen des Westens in die mazedonische Krise offenbaren sich im schleppenden Ratifizierungsprozess des Rahmenabkommens vom 13. August. Eigentlich sollte die phasenweise Waffenabgabe der UCK in den vergangenen Wochen mit einer schrittweisen parlamentarischen Zustimmung zu den Artikeln des Abkommens verbunden sein. Doch das Abkommen wurde vom Parlament bis heute nicht endgültig ratifiziert, da sich zahlreiche Abgeordnete der VMRO-DPMNE weigern zuzustimmen. Sie fordern stattdessen ein Referendum über die Gesetzesänderungen. Selbst Premierminister Georgievski hält dies für möglich. Dabei ist klar, dass das Ohrid-Abkommen bei einer Volksabstimmung höchstwahrscheinlich durchfallen würde.

Mittlerweile drohen die Abgeordneten der beiden albanischen Parteien PDP und DPA mit einem Boykott der parlamentarischen Arbeit, sollte das Gesetzespaket nicht bald abgestimmt sein. Völlig genervt sagten Anfang Oktober der EU-Kommissar für Außenpolitik, Chris Patten, und der Hohe Repräsentant für gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, Javier Solana, eine für den 15. Oktober geplante Geberkonferenz, auf der über die Finanzierung des Staatshaushaltes verhandelt werden sollte, ab, nachdem es ihnen nicht gelungen war, den Ratifizierungsprozess zu beschleunigen. Doch auch in den nächsten Wochen ist nicht mit mehr Kompromissbereitschaft der VMRO-DPMNE zu rechnen, schließlich möchten die Abgeordneten bei der im Januar anstehenden Parlamentswahl wiedergewählt werden.

Bundeswehreinsatz mit "Risiken"

Während die slawisch-mazedonischen PolitikerInnen aus der Perspektive der westlichen Problemlöser bocken, präsentiert sich die UCK als Musterschüler der "internationalen Gemeinschaft". Die Waffenabgabe bis 26. September lief wie am Schnürchen, weit über die vereinbarten 3.300 Waffen lieferten die albanischen Nationalisten freiwillig ab. Und nur einen Tag später gab UCK-Chef Ali Ahmeti auf einer Pressekonferenz in seiner Hochburg Sipkovica die Auflösung der Organisation bekannt. Was von beidem zu halten ist, zeigt die Aushebung eines UCK-Waffenlagers im Dorf Tanuse durch die mazedonische Armee am 10. Oktober. In dem Lager sind laut Armeeangaben Raketenwerfer, Panzerabwehrminen, Maschinengewehre und eine "beträchtliche Menge Sprengstoff" gefunden worden. Dieses Depot dürfte kein Einzelfall sein. Die Option der UCK, sich neu zu formieren, besteht noch immer. Dies wird nicht nur von slawischen MazedonierInnen befürchtet, sondern auch von westlichen BeobachterInnen immer wieder eingeräumt.

Die Bundeswehr darf sich in den kommenden Monaten in Mazedonien beweisen. Wahrscheinlich hatte Verteidigungsminister Rudolf Scharping Recht, als er am 27. September im Bundestag sagte, die Gefahren von Amber Fox könnten "im Zweifel größer sein als bei Essential Harvest." Aber das ist durch die neue Linie in der Außenpolitik abgedeckt. Bundeskanzler hat vor dem Bundestag deutlich gemacht, dass Deutschland auch "Risiken" tragen muss, wenn es seiner neuen Rolle gerecht werden will.

Boris Kanzleiter

4. Blinde Gefolgschaften. Aufgeklärter Westen, feindlicher Islam - und wie das eine das andere bedingt

Autor: Stefanie Gräfe · Rubrik: Kommentare zu aktuellen Geschehen; Nationalismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak455/32.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:455:32

Dass nach den Anschlägen auf das World Trade Center alles anders sei, mag man wirklich nicht mehr hören. Grund genug, sich einigen Dingen zuzuwenden, die nunmehr nicht anders geworden, sondern geradezu gleich geblieben sind. Denn die rassistischen Utensilien, mit denen das "Feindbild Islam" gemalt wird, sind schon alt - wenngleich das Ausmaß, in dem es derzeit in den Medien beschworen wird, wohl historisch einmalig ist. Was aber ist das "Feindbild Islam"? Zunächst mal scheint der Antiislamismus bislang noch nicht in den Rang einer eigenständigen Rassismus-Theorie avanciert zu sein. Zwar gibt es eine Reihe von Arbeiten, die sich mit typischen und letztlich immer abwertenden Islam-Konstruktionen beschäftigen. Diese Arbeiten entstanden in der Regel als Reaktion auf mediale antiislamische Hochkonjunkturen wie den Krieg gegen den Irak oder die diversen "Kopftuch-Debatten". Ob es sich bei den jeweiligen Imaginationen - der "Irre von Bagdad", die "rückständige Muslimin" usw. um Rassismus handelt, welche Theorie von Rassismus dann zur Anwendung kommen müsste, wie sich der antiislamische Rassismus von anderen Rassismen bzw. vom Antisemitismus unterscheidet - was das angeht, ist die Literaturlage leider eher dünn.

Der Antiislamismus hat, so paradox es klingt, seine Wurzeln in vorislamischer Zeit. Der Islamforscher Gernot Rotter führt die vorislamische Araberfeindlichkeit auf eine Abneigung sesshafter gegen Nomadenkulturen zurück - "arab" bedeutet Nomade. Bereits im 8. Jahrhundert lassen sich Quellen finden, die die Sarazenen, also die Araber, als Bedrohung des Abendlandes schlechthin konstruieren. Ähnlich bezeichnet ein englischer Historiker einige Jahrhunderte später im 16. Jahrhundert das Osmanenreich als "Terror of the World". Das Stereotyp von der islamischen Gefahr ist also vor allem eins: uralt; seine Kehrseite auch: die Faszination. Faszination und Schrecken bestimmten die unterschiedlichen Varianten kolonial-orientalischer Stereotypen. Sexuelle Freizügigkeit und Lasterhaftigkeit; Luxus und Dreck, Toleranz und Despotismus - und so weiter. Der Orient war Anlass für wuchernde Fantasieergüsse unzähliger Maler und Literaten. Im gegenwärtigen Diskurs ist das Faszinierende scheinbar vollständig dem Schrecken gewichen - oder besser gesagt: Der Schrecken fasziniert in seiner Größe, der Potenz des islamischen Terrorismus.

Jedenfalls ist offensichtlich, dass der antiislamische Orientalismus bestimmte Ähnlichkeiten mit anderen rassistischen Logiken hat. Da gibt es erstens die Gleichsetzung partikularer Phänomene mit einem allgemeinen Wesen des "Anderen". Zwar weist man derzeit hier und da darauf hin, dass es ja darauf ankäme, zwischen islamistisch-fundamentalistischen und anderen islamischen Strömungen zu differenzieren. In manche Talkrunde lädt man auch einen Islamexperten ein, der sich bemüht, diese Differenzierungsarbeit zu leisten (in andere lädt man, mit gegenteiligen Effekten, Scholl-Latour ein). Doch die Mühe scheint vergebens. Die Angst vor der Bedrohung "Islam" grassiert, und auch wenn manch eine/r weiß, dass es zwischen Islam und Fundamentalismus eine Differenz gibt, so erscheint der islamistische Terrorist inzwischen als ein so übermächtiger, weil unsichtbarer Feind, dass diejenigen Muslime, die anders glauben und denken als dieser, im kollektiven Imaginären des Westens immer weniger Platz haben.

Das heißt nicht, dass diese Simplifizierung bloß in eine Richtung wirksam ist: Gerade gut gemeinte, tolerante oder sogar antirassistisch motivierte Diskurse über die "Differenz von Kulturen" können sich ja mit einem Handstreich - dem Hinweis auf die "andere kulturelle Identität" - jeglicher Differenzierungsanforderung entledigen. Sabine Kebir weist darauf hin, dass auch die Linke bei diesem "identitätspolitischen Mummenschanz" mitgemacht habe; nicht nur der Westen an sich, auch ein Großteil der Linken hätte die Demokratiebewegung in der islamischen Welt, z.B. in Algerien ihrem Schicksal überlassen. Die Gleichung islamischer Fundamentalismus gleich muslimische Identität weltweit kann eben in unterschiedlichen Weisen wirksam werden, auch, indem man sich davor drückt, sich eindeutig von faschistisch-islamistischen Politiken zu distanzieren. Zynisch ist sie allemal.

Der Orient als Gegen-Vernunft

Zweitens dient, wie in jedem Rassismus, die Konstruktion des islamischen Anderen vor allem der Konstruktion des Eigenen. Je religiöser, fanatischer, rückständiger und gefährlicher der Islam, desto säkularisierter,

vernünftiger, fortschrittlicher und humaner der Westen. Und damit vollzieht sich spiegelbildlich wiederum auch auf der eigenen Seite eine selbstgefällige Vereinfachung und Verallgemeinerung: Die Frage nach christlichen oder säkularen Fundamentalismen im Westen erübrigt sich; der Westen und alle, die ihn als legitime Staatsbürger bevölkern und regieren, geraten zum personifizierten Synonym für Aufklärung und Menschenrecht. Zum Beispiel ist ja gerade das Stereotyp vom "Heiligen Krieg" zum Synonym für die Gefahren des Islam schlechthin geworden. Dabei handelt es sich beim Heiligen Krieg, wie Klaus Mellenthin bereits in ak 370 feststellte, um eine originär christliche Auffassung - nicht zufällig wird derzeit erfolgreich mit Kreuzzug-Rhetorik zwecks Mobilmachung für den Kampf gegen "das Böse" gearbeitet.

Die These von der Höherwertigkeit der eigenen Kultur wird im Kontext rassistischer Logiken üblicherweise als objektiv erwiesen konstruiert. Diese Überlegenheit wird in antiislamischen Stereotypen insbesondere auf dem Gebiet der Moral konstatiert: War es während der Kolonialzeit insbesondere die "Zügellosigkeit" des Orients, die man von einer moralisch überlegenen Position aus zu kritisieren können glaubte, so verwandelte sich der Anlass für die eigene moralische Überlegenheit im Verlauf des 20. Jahrhunderts in eine "kulturelle und soziale Rückständigkeit".

Diese Transformation lässt sich gut an antiislamischen Geschlechterstereotypen nachzeichnen: Wurde in Reiseberichten aus und Fantasien über die Wirklichkeit in den Orient-Kolonien vor allem die sexuelle Freizügigkeit und Lasterhaftigkeit der Orientalin durchaus lüstern beschworen, so gilt die Muslimin heutzutage als Musterbeispiel für die unterdrückte und gefangen gehaltene Frau. Und auch hier kann die "gut gemeinte" Kehrseite die sein, sich zur Unterdrückung von Frauen z.B. in Afghanistan lieber nicht zu äußern, um sich nicht den Vorwurf des Kulturimperialismus einzuhandeln. Gemeinsamer Fluchtpunkt beider Argumentationstypen ist die Annahme von der gänzlich fremden, zugleich abgeschlossenen und im Prinzip unveränderlichen "islamischen Kultur".

Zügellos, gefährlich, despotisch

Eine besondere politische Funktion kommt dem Antiislamismus seit dem Krieg gegen den Irak 1991 zu: Der Antiislamismus löste den Ost-West-Gegensatz ab, er füllte gewissermaßen ein politisch historisches Vakuum, das seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion entstanden war. In diesem Sinne dient das antiislamische Feindbild der Durchsetzung einer neuen geopolitischen Aufteilung der Welt, wie es Verena Klemm für den Krieg gegen den Irak feststellt. Löste der Islam als Feindbild den "kommunistischen" Osten ab, so blieb doch die politische Funktion des ehemaligen Feindbildes erhalten: die Selbstlegitimation als "freier" Teil der Welt.

Die geopolitische Sichtbarkeit ist ein wichtiges Element des Antiislamismus. Die Bedrohung der (zivilisierten) Welt hat einen geographischen Platz auf der Weltkarte, und zwar einen bedrohlich großen. Die geopolitische Aufteilung der Welt in Freund und Feind steht so im Vordergrund und dient als Legitimation für Krieg. Im Antisemitismus z.B. steht dagegen die vermeintliche Bedrohung durch "den Juden", der "unter uns" ist und auf geheimen, anonymen Wegen seine Weltherrschaft ausübt, im Vordergrund, und gerade seine Anwesenheit im Innern macht die Gefährlichkeit "des Juden" aus. Nimmt man grob vereinfachend an, dass der Antisemitismus die abstrakte Bedrohung von innen und der Antiislamismus die konkrete Bedrohung von außen beschwört, so stimmt das einerseits und stimmt doch andererseits nicht mehr. 1992 meinte noch der ak-Autor K., der Hauptunterschied zwischen dem Feindbild Kommunismus und dem Feindbild Islam sei, dass der kommunistische Feind seit der Oktoberrevolution in Gestalt großer kommunistischer Parteien von außen und von innen als bedrohlich galt. Es bestehe aber kaum Gefahr, dass auch der Islam erfolgreich zum inneren Feind hochstilisiert werden könne. Dies ist insofern richtig, als auch die "Gefahren", die von hier lebenden Menschen ohne deutschen Pass angeblich ausgehen, immer noch als Bedrohung von außen konstruiert werden, wie es etwa die Rede von der "Überfremdung" verdeutlicht. Aber spätestens seit dem 11. September droht eine umfassende Gleichsetzung islamisch-fundamentalistischer Terroristen mit potenziell allen muslimischen oder muslimisch aussehenden Menschen. Der Westen wäre dann permanent von innen heraus gefährdet, denn "sie" sind ja schließlich auch mitten unter uns: als Nachbarn, Kommilitonen oder sogar Freunde. Die optimistische Prognose von K., es bestehe keine Gefahr, dass die Islam-Feindlichkeit die Züge einer "Weltanschauung" , vergleichbar dem Antisemitismus annehmen könne, lässt sich dann mit Gewissheit heute kaum noch vortragen.

Wenn es sich beim Antiislamismus um Rassismus handelt, dann sicherlich nicht um einen dumpf-biologistischen Rassismus, der von der genetischen Überlegenheit der eigenen "Art" ausgeht.

Islamfeindlichkeit ist eigentlich ein Musterbeispiel für neorassistische Argumentationen, die die Abgeschlossenheit und Unvereinbarkeit der Kulturen beschwören. Wobei im Unterschied zu manchen Multi-Kulti-Verfechtern, die eben diese Unvereinbarkeit, zugleich aber die prinzipielle Gleichwertigkeit aller Kulturen zumindest behaupten, hier von einer klaren kulturellen bzw. zivilisatorischen Unterlegenheit der anderen Kultur ausgegangen wird. Die differenzierte Variante: Man besteht auf der Unterscheidung zwischen Kultur (Islam) und Zivilisation (Westen). Konsequent erhebt z.B. Gerd Held in der Kommune die Forderung nach einem "Zivilisationspatriotismus": Dieser Patriotismus beruhe idealerweise auf einer derart "tiefen Bindung", dass er "auch ein Angebot für die Menschen aus der islamischen und arabischen Kultur darstellt, den Schritt von der kulturellen Identität zur zivilisierten Welt zu machen."

Kultur oder Zivilisation?

Insofern ist der Antiislamismus eher ein Musterbeispiel für die Verbindung von "altem" und "neuem" Rassismus: Die Annahme von der prinzipiellen Unter- bzw. Überlegenheit bestimmter Menschengruppen (alt) wird losgekoppelt von der Idee der "Rasse" und in einen kulturalistischen Rahmen gesetzt (neu).

Wahr bleibt, was Edward Said nach dem 11. September schrieb - und zwar eingedenk sowohl der Feindbilder des Westens wie auch der des "Orients", die einen so tumb und gefährlich wie die anderen: Als Banner, dem man blinde Gefolgschaft leistet, taugen weder "der Islam" noch "der Westen".

Stefanie Gräfe

Literatur:

Peter Heine: Im Visier: Die üblichen Verdächtigen, taz, 24.09.2001

Gerd Held: Zivilisationspatriotismus. Moderne Zivilisation versus Exklusivität der Kulturen?, in: Kommune 10/2001

Sabine Kebir: Tritt in den Spiegel. Die Schlacht gegen das "Böse". Der Westen attackiert seine Helfer von einst. Freitag, 12.10.2001

K., Das alt-neue Feindbild "Islam", Teil 2: Vom Antikommunismus zur Islamfeindlichkeit, ak 347, 21.10.1992

Verena Klemm; Karin Hörner (Hrsg.): Das Schwert des "Experten": Peter Scholl-Latours verzerrtes Araber- und Islambild. Heidelberg 1993

Klaus Mellenthin: Die Welten des Islam, ak 370, 21.09.1994

Gernot Rotter: Europa und der Orient: Geschichte und Wiedergeburt eines alten Feindbildes, in: Klemm/Hörner (Hrsg.), a.a.O., S.44-58

5. Bless or blame the left? Die Linke und der 11. September

Autor: Anna Bohn · Rubrik: Westdeutsche Linke allgemein; Kommentare zu aktuellen Geschehen · CD-Datei: daten/aksuche/ak455/36.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:455:36

Wer nicht für uns ist, ist gegen uns. Die an alle Staaten dieser Welt gerichtete Forderung der US-Regierung, sich für Zivilisation oder Barbarei zu entscheiden, haben offenbar auch große Teile der Linken in Deutschland seit dem 11. September verinnerlicht. Vor allem von den Schreibtischen aus beschießt man sich seither mit scharfen verbalen Geschützen, wobei die Terroranschläge in den USA nicht selten eher der Selbstvergewisserung dienen und instrumentalisiert werden, um den jeweils eigenen ideologischen Rahmen als "wahr" bestätigt zu sehen.

Zwischen verschiedenen Varianten von antizionistisch aufgeladenem platten Antimperialismus, der in Aufrufen und Slogans wie "Zivilisation ist Völkermord", "Nieder mit dem Staatsterrorismus Israels" oder "USA, internationale Völkermordzentrale" gipfelt und einem neuerdings beherzt vorgetragenen Bekenntnis zum Kapitalismus, der in diesem Fall "seinen Feinden vorzuziehen" sei, wie es in einem Dossier der Jungle World vom 26. September heißt, eine Position, die ihren vorläufigen Höhepunkt in der Überschrift "Fanta statt Fatwa" zu einem Debattenbeitrag von Andrea Albertini in der Jungle World vom 17. Oktober fand, scheinen Zwischentöne kaum mehr Raum zu finden. In diesem intellektuellen Stellungskrieg wird auch die Haltung Deutschlands zu den USA und zum Krieg jeweils so interpretiert, wie es ins vorgefertigte ideologische Muster passt. Während die einen wie beispielsweise attac-Deutschland den "bedingungslosen Schulterschluss der Bundesregierung mit der Bush-Administration" kritisieren, meint Andrea Albertini, nur dem "Druck der USA und ihrer russischen, chinesischen und indischen Unterstützung" sei es zu verdanken, "dass Kontinentaleuropa, allen voran Deutschland und Frankreich, nicht noch mehr versucht hat, aus der amerikanischen Schwächung Kapital zu schlagen."

Anschläge vom 11.9. sind reaktionär

Auch wenn sich bisher weder ein Staat noch eine Organisation offiziell zu den Anschlägen bekannt hat, bleibt festzuhalten, dass ein Angriff auf das militärisch-strategische Zentrum einer Supermacht wie den USA nichts anderes bedeuten kann als eine Kriegserklärung, eine Strategie der Eskalation, mit der eine militärische Reaktion auf höchstem Niveau angestrebt wird. Dieser Gegenschlag hat am siebten Oktober mit der Bombardierung Afghanistans durch die britischen und amerikanischen Streitkräfte und wahrscheinlich auch mit Hilfe von Einsatzkommandos anderer westlicher Länder begonnen. Auch dieser Krieg ist abzulehnen. Dabei greift allerdings weniger der von Linken häufig vorgebrachte Vorwurf, dass der britische und US-amerikanische Geheimdienst während des Kalten Krieges die Taliban und auch die Gruppen um Ussama bin Laden als antikommunistische Kräfte zumindest stark unterstützten, die sie jetzt bekämpfen. Diese Argumentation des "Da seht ihr was ihr davon habt" führt politisch nicht weiter, sondern sie blendet die lokale Entstehungsgeschichte und eigenständige Dynamik des radikalen Islamismus aus.

Gegen den Krieg in Afghanistan

Der Krieg gegen Afghanistan ist aus verschiedenen Gründen abzulehnen: Er folgt der Logik einer militärischen Eskalationsspirale; es ist unklar, wie viel weitere Menschenleben dieser Krieg kosten wird; die weltweite Koalition "gegen den Terror" ist äußerst brüchig und problematisch; darüber hinaus wollen die USA und Großbritannien (sowie auf einer bisher weniger deutlich sichtbaren Ebene auch andere EU-Staaten) mit diesem Krieg ihre geostrategischen Interessen in Zentralasien durchsetzen. Nicht zuletzt sind auch die katalysatorischen Effekte in der Bundesrepublik - so Katja Diefenbach von b_books in ihrem Redebeitrag auf der Jungle-World-Veranstaltung Bless or Blame America - der mit den Anschlägen in den USA ausgelösten Kriegsdynamik zu kritisieren: die nationalistische Formierung der deutschen Gesellschaft und die nun auf europäischer Ebene rapide forcierte Militarisierung. Dazu gehört die Installierung eines umfassenden Repressions- und Kontrollregimes nach innen, das sich in Deutschland vor allem rassistisch artikuliert, sowie die Beschleunigung der Militarisierung der europäischen Außenpolitik, die perspektivisch sogar in Konkurrenz zu den USA gedacht ist. Darauf weisen die sich neuerdings häufenden Kommentare in der bürgerlichen

Presse in Deutschland hin, die schon jetzt das Projekt der "multipolaren Weltordnung" auf Grund des militärischen Engagements der USA in Zentralasien gefährdet sehen.

Entgegen aller antideutschen Argumentationen, mit diesem Krieg kann das Existenzrecht Israels nicht gesichert werden, auch wenn man mit dem Anschlag gegen das World Trade Center zugleich antisemitische Implikationen verbindet und der Antisemitismus ein konstituierendes Element des Islamismus ist. Denn eine große "Koalition gegen den Terror" unter Einbeziehung der islamisch geprägten Staaten schadet den Interessen Israels, der Verzicht auf eine solche Koalition wäre für das Land aber noch fataler gewesen. Die vergangenen Wochen haben gezeigt, dass zwischen den USA, die immer als die große Schutzmacht Israels galten, und der israelischen Regierung Spannungen entstanden sind. Zusätzlich wächst in der momentanen Situation auch der Druck auf Ariel Scharon aus Europa, das eigene Interessen im Nahen Osten verfolgt.

Auf der anderen Seite ist ein antiamerikanisch aufgeladener "vulgärmarxistischer Ableitungsdeterminismus" (so der iz3w-Mitarbeiter Christian Stock) ebenso abzulehnen. Denn diese Interpretation der Ereignisse tendiert dazu, die USA als die personifizierte Verdichtung alles Bösen, sprich der Gewaltförmigkeit des Kapitalismus zu betrachten. Dieser Logik folgend werden Anschläge als Aufstand der Ausgebeuteten gewertet. Auch das beliebte Aufrechnen der Opferzahlen der US-Politik gegen die Toten des World Trade Center birgt die Gefahr, einen verallgemeinerten direkten Zusammenhang zwischen den Leidtragenden der gewaltsamen Durchsetzung der kapitalistischen Globalisierung in den Ländern des Südens und den Terroranschlägen vom 11. September herzustellen. Die Anschläge werden so verkürzt als Rebellion der hungernden Massen begriffen und in eine Reihe mit revolutionären Befreiungsbewegungen und emanzipatorischen Projekten gegen die weltweite Durchsetzung der neoliberalen "Wahrheit" gestellt. Anarchistische und autonome militante Gruppen, die in der Zerstörung von Symbolen der kapitalistischen Herrschaft per se einen emanzipatorischen Akt sehen und davon ausgehen, dass sich derartige Aktionen quasi von selbst vermitteln, agieren vor dem Hintergrund des 11. September lediglich zynisch.

Abzulehnen ist aber auch eine häufig in den linksliberalen Medien vorzufindende Haltung, in den USA die "Miss Liberty" zu sehen. Einer simplen Personifizierungslogik folgend müssten nun die angeblich durch den antimodernen, antiemanzipatorischen Islamismus bedrohten aufklärerischen Werte wie Vernunftdenken, Freiheit, Individualismus, Frauenrechte, sexuelle Rechte, Säkularisierung etc. verteidigt werden. Mit dieser Argumentation wird zum einen der Kapitalismus aus linker Sicht relegitimiert und der so genannte "Krieg gegen den Terror" zumindest billigend in Kauf genommen. Eigentlich muss nicht noch einmal betont werden, dass diese Rechte, wenn überhaupt, nur von exklusiven Bevölkerungsgruppen in den kapitalistischen Wohlstandsinseln wahrgenommen werden können. Es stellt sich darüber hinaus die Frage, ob die nun mit dem Kapitalismus identifizierten freiheitlichen Rechte dem Kapitalismus immanent sind. So werden diese Rechte beispielsweise in Saudi-Arabien trotz eines florierenden kapitalistischen Wirtschaftssystems, an dem die Mehrheit der Staatsbürger partizipieren kann, eben nicht gewährt. Auf der anderen Seite sind aufklärerische Werte im positiven Sinne auch immer die Werte emanzipatorischer Bewegungen und Projekte gewesen, die den Kapitalismus ablehnen.

Auf dem Bundeskongress entwicklungspolitischer Organisationen (Buko), der vom 9. bis zum 13. Oktober in München stattfand, plädierten die iz3w-Mitarbeiter Christian Stock und Jochen Müller für eine intensivere, kritische und nicht-kulturalistische Beschäftigung der Linken mit dem Islamismus. Trotz aller Heterogenität islamistischer Gruppen und Organisationen sei der radikale Islamismus ein "Herrschaftsprojekt über die Elenden" der Mittel- und Oberschichten im arabischen Raum, auch wenn seine Ideen wie der starke Appell an das Gemeinschaftsgefühl gegenüber den Feindbildern USA und Israel als einfache Lösungen für komplexe Probleme breiten Anklang in den ärmeren Bevölkerungsschichten finden. Der Islamismus sei auch eine Folge der Demütigungserfahrungen durch die Länder des Nordens, aber die Anschläge in den USA - sollten sie aus dieser Richtung gekommen sein - seien eher als "Aufstand eines gekränkten Narzissmus des bürgerlichen Subjekts in den arabischen Gesellschaften" zu werten denn als Aufstand der Armen. So ist der Islamismus prinzipiell als antiemanzipatorische, autoritäre und extrem patriarchale Ideologie zu sehen, in der aus dem islamischen Recht im Namen Gottes eine politische Ordnung abgeleitet wird. Der Anspruch islamistischer Gruppen auf Authentizität und die absolute, weil göttliche Wahrheit, tendiere -so Christian Stock - zur totalitären Durchsetzung dieser Ordnung.

Freund-Feind- Logik durchbrechen

So ist es wichtig zunächst festzuhalten, dass die "Anschläge vom 11. September reaktionäre Massaker ohne jeden emanzipativen Gehalt (sind)" - so der erste Satz der Abschlusserklärung des Bukos vom 11. Oktober. Tatsächlich führt jede Relativierung der Ereignisse selbst politisch in eine Sackgasse - sei es, indem man die ohne Zweifel weitaus mehr Toten benennt, die in den vergangenen Jahrzehnten auf das Konto der US-Militär- und Geheimdienstoperationen gingen, sei es, indem man sich den Begriffen Terror und Kriegserklärung zur Bezeichnung der Ereignisse des 11. September verweigert, wie es nicht wenige TeilnehmerInnen einer Veranstaltung des Berliner Buchladens b_books am 16. September forderten.

Zwischen dem G-8-Gipfel Ende Juli in Genua und den Anschlägen vom 11. September habe sich - so führt Thomas Seibert von Medico international auf dem Buko aus - ein grundlegender Wechsel des offiziellen politischen Diskurses vollzogen. Die Proteste in Genua seien der deutlichste Ausdruck für eine neue Phase sozialer Bewegungen "mit neuen politischen Subjekten und neuen politischen Formationen" gewesen, die die Politik der mächtigsten Staaten der Welt und damit die "Wahrheit" der kapitalistischen Globalisierung umfassend delegitimierten. Am Ende des Gipfels war klar, dass es diese Form der Inszenierung von Macht und Hegemonie nicht mehr geben wird. Nur knapp drei Monate später hätten die Anschläge in den USA jedoch eine ebenso umfassende Relegitimierung der mächtigsten Staaten der Welt bewirkt. Nur ihnen traut man jetzt zu, die Welt vor dem "Bösen", vor dem globalen, willkürlichen Terror, vor der Bedrohung der Gegenaufklärung zu retten.

Die Aufgabe der globalisierungskritischen Bewegungen müsse nun sein, so Seibert, diese fatale "Solidarisierung der jeweils Gleichen" aufzubrechen, da diese nach der Ost-West-Konstellation nun zu einer Nord-Süd-Konstellation führe. Dazu ist es notwendig, dass Interessenkonflikte zwischen GewinnerInnen und VerliererInnen der Globalisierung erneut benannt werden, zudem müsse die Linke vehement für eine andere Politik in den Metropolen eintreten. Dazu gehöre beispielsweise ein erneuter stärkerer Bezug auf emanzipatorische Bewegungen im Trikont oder die Unterstützung der Forderung nach bedingungslosem Schuldenerlass und Entschädigungszahlungen für die Länder des Südens sowie die strikte Ablehnung des Krieges in Afghanistan. Daran anknüpfen ließe sich der Kampf gegen die militärische Abschottungspolitik der EU und den vor allem in Deutschland rassistisch motivierten Ausbau der Systeme der inneren Sicherheit.

Insgesamt muss es der Linken darum gehen, die Zwangsdichotomisierung zwischen "Gut" und "Böse" aufzubrechen und Positionen zu formulieren, die den Raum für emanzipatorische Handlungsoptionen wieder öffnet. Wie schwierig dieses Unterfangen ist, zeigt sich auch an der Abschlusserklärung des Bukos. Zum einen wurde erneut darauf verzichtet, deutlich Stellung zu jenen Teilen der globalisierungskritischen Bewegung zu beziehen, die wie attac ihre Kapitalismuskritik auf das Finanzkapital reduzieren. Zum anderen konnte man sich offenbar auf keine gemeinsame Haltung zum Israel-Palästina-Konflikt einigen. Die Nichtthematisierung dieser beiden wichtigen Punkte gibt bereits einen Vorgeschmack auf (zukünftige) Konfliktlinien innerhalb der Linken.

Anna Bohn

6. Der Alltag ist Krieg gegen Frauen. Interview mit Marina Kamal, Aktivistin einer revolutionären afghanischen Frauenorganisation

Rubrik: Afghanistan; Gender · CD-Datei: daten/aksuche/ak455/38.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:455:38

In diesem Interview geht Marina Kamal auf die Arbeit von RAWA, der "Revolutionäre Vereinigung der Frauen in Afghanistan", ein und äußert eine Einschätzung zur aktuellen politischen Lage in Afghanistan. Die 20-jährige Marina Kamal lebt im Exil in Pakistan. Das Interview führte Joseba Sanz, es ist redaktionell bearbeitet aus der baskischen Tageszeitung GARA entnommen.

Die "Revolutionäre Vereinigung der Frauen in Afghanistan" (RAWA) ist eine parteiunabhängige feministische Organisation, die 1977 von intellektuellen Frauen in Kabul gegründet wurde. RAWA ist eine Frauenorganisation, die für Menschenrechte und soziale Gerechtigkeit kämpft. Nach dem Einmarsch der SU gingen Teile nach Pakistan und organisierten sich in der Grenzstadt Quettar und in Peschawar. In den vergangenen 24 Jahren haben sie ein Krankenhaus für Flüchtlinge aufgebaut, mobile medizinische Teams gegründet und führen Bildungsmaßnahmen in Afghanistan und im Exil durch. Sie unterstützen traumatisierte Frauen, bauen geheime Zellen in Kabul auf und organisierte Mädchenschulen im Untergrund. Mehrere Aktivistinnen, wie z.B. Meena, eine der Gründerinnen von RAWA, wurden bei Attentaten ermordet.

Frauen in Afghanistan dürfen nicht arbeiten, außer im medizinischen Bereich, und Mädchen, die älter als acht Jahre sind, dürfen keine öffentlichen Schulen mehr besuchen. Seit September 1997 wird Frauen und Mädchen der Zugang zu den staatlichen Kliniken verwehrt. Es gibt eine kläglich ausgestattete Frauenklinik in Kabul. Frauen ist es nicht erlaubt, ohne ihren Vater, Bruder oder Ehemann - ohne männlichen Verwandten - das Haus zu verlassen. Frauen, die keine Burka - einen den ganzen Körper verhüllenden Schleier mit nur einem kleinen Sichtgitter - tragen deren Knöchel z.B. zu sehen sind, drohen Misshandlungen.

Wie viele Mitglieder hat RAWA?

Wir sind etwa 2.000 Personen aus praktisch allen ethnischen Gruppen Afghanistans. Etwa 80 Prozent unserer Mitglieder entwickeln klandestine Aktivitäten innerhalb des Landes. Die anderen arbeiten in Pakistan, hauptsächlich zur Unterstützung der Flüchtlinge. RAWA ist eine Frauenorganisation, obwohl wir natürlich auch männliche Mitarbeiter haben.

Wie sieht ein Tag für eine Aktivistin von RAWA in Pakistan oder Afghanistan aus?

Das hängt sehr von der Gegend ab, in der wir arbeiten. Als ich im Büro für Öffentlichkeitsarbeit tätig war, haben wir oft nachts gearbeitet. Wir hatten wenig Ressourcen und die Arbeit war sehr hart. Jetzt bin ich in der Bildungsarbeit tätig. Ich besuche die Alphabetisierungskurse und die Lehrerinnen, ich kümmere mich um die Teilnehmerinnen und die Presse. Innerhalb Afghanistans ist unsere Arbeit sehr unterschiedlich und gefährlich. Es gibt Leute, die eine kleine geheime Schule in ihrem Haus betreiben. Andere, wie zum Beispiel Medizinerinnen, leisten medizinische Hilfe. Es gibt auch Leute, die unsere Publikationen innerhalb Afghanistans verteilen. Das sind Publikationen, welche die Leute kaufen, obwohl sie dabei ihr Leben riskieren.

Ihr legt großes Gewicht auf Bildung ...

Die Männer haben mehr Macht in allen Aspekten des öffentlichen Lebens, weil sie besseren Zugang zu Bildung haben. Unsere Alphabetisierungskurse und die Kurse zur politischen Bewusstseinsbildung haben das Ziel, den Frauen Macht zu verschaffen und sie in die Lage zu versetzen, ihre Rechte einzufordern.

Was bedeutet für euch Feminismus?

Wir kennen den westlichen Feminismus, aber die Grundlage unserer Ideen beziehen wir aus unseren elementaren Erfahrungen und der Repression, unter der wir leiden. Frauen werden seit drei Jahrzehnten auf allen Ebenen unterdrückt. Die Forderung nach Gleichheit und Grundrechten entsteht da ganz von alleine. Es gibt wichtige Unterschiede zu einem europäisch geprägten Feminismus. Während Frauen im Westen für das Recht auf Scheidung oder gleichen Lohn für gleiche Arbeit kämpfen, kämpfen wir für das Recht, das Haus zu verlassen. Während Frauen im Westen sich für Parlamentssitze einsetzen, kämpfen wir für grundlegende

Dinge, wie, dass wir uns alleine in der Öffentlichkeit bewegen können. Oder dafür, dass es nicht lebensgefährlich ist, wenn man aus Versehen einen Arm unter unserer Burka sehen kann.

Wie leben die Aktivistinnen von RAWA den Islam?

Wir sind fast alle Muslime, aber Muslime, die den Islam als eine persönliche Option leben. Er bildet einen Teil unseres Lebens, aber er darf nicht die Politik bestimmen.

Wie passt eine feministische Bewegung wie eure in den Islam?

Der Islam ist eine sehr weite Religion und - selbstverständlich - weit entfernt von der Interpretation der Taliban. Der Islam bietet Frauen das Recht auf Bildung, auf die Straße zu gehen, zu arbeiten und ihre Rechte zu fordern. Es gibt natürlich viele Interpretationen des Islam. Für uns heißt Feminismus in Afghanistan, dieselben Rechte zu besitzen wie die Männer, vor allem das Recht zu leben. Auf jeden Fall ist der Islam ein sehr umstrittenes Thema. Im Laufe der Geschichte hat sich gezeigt, dass die Religionen, der Islam mit eingeschlossen, die besten Waffen in den Händen der Regierenden und Diktatoren waren, die Bevölkerung zu kontrollieren und vor allem die Frauen. Afghanistan ist ein klares Beispiel für die Nutzung der Religion für politische und persönliche Interessen. Alle Fundamentalisten, sowohl die Taliban als auch die Jehadis, haben den Islam entsprechend ihrer eigenen Interpretation benutzt, um ihre Verbrechen zu rechtfertigen.

Warum sieht man so viele Frauen, die hier in Pakistan die Burka tragen?

Die Burka ist Teil unserer Kultur. Es gab immer Frauen, die sie angezogen haben. In konservativen Familien ist das noch immer üblich. Was ganz neu in unserer Kultur ist, ist, dass Frauen gezwungen werden, die Burka zu tragen. Einige Frauen, wie beispielsweise Meena, die Gründerin von RAWA, benutzten sie, um nicht erkannt zu werden. Wir selbst tragen die Burka manchmal, wenn wir nach Afghanistan reisen.

Was fühlt man unter einer Burka?

Du siehst kaum etwas durch das Stoffgitter in Augenhöhe. Man kann kaum atmen. Während der Mittagshitze vervielfacht sich jede Anstrengung. Der Gedanke, dass dich jemand töten kann, wenn du die Burka öffnest, verstärkt das Gefühl der Drangsalierung.

Was ist die Politik der Regierung gegenüber RAWA?

Die Strategie der Taliban und auch der reaktionären Presse in Pakistan ist es, uns zu diskreditieren. Sie bezeichnen uns als "untreue Frauen", als "Prostituierte", als "anti-islamisch".

Ist das Leben von RAWA-Aktivistinnen auch in Pakistan in Gefahr?

Selbstverständlich. Es ist nicht so gefährlich wie in Afghanistan, aber einige Aktivistinnen sind verhaftet worden, und wir werden beobachtet. Wir werden auch bedroht.

Welche Verbindungen zum Ausland habt Ihr?

In dieser harten Zeit ist es eine Notwendigkeit für uns, Mitarbeit und Hilfe von allen Organisationen und Bewegungen, die die Freiheit lieben, zu suchen, egal wo sie sind. Weil unsere politischen Ziele und unsere Situation denen der Palästinenserinnen, Zapatistinnen und Kurdinnen ähneln, ist es klar, dass wir uns diesen progressiven Bewegungen nahe fühlen.

Wie sieht sich RAWA politisch?

Wir sind eine unabhängige soziale und politische Organisation. Wir sind feministisch und anti-fundamentalistisch. Wir kämpfen für die Freiheit, die Demokratie und die Rechte der Frauen. Innerhalb der politischen Landkarte können wir uns nicht verorten, weil es uns in erster Linie um die genannten Ziele geht. Von der Rechten werden wir als links bezeichnet. Einige Linken sagen, dass wir Rechte sind.

Wie schätzt du die aktuellen Ereignisse ein?

Es ist eine neue Katastrophe für unser Land. Der Angriff auf Afghanistan wird den Schmerz der Amerikaner über die terroristische Attacke nicht lindern. Die USA sollten zwischen der afghanischen Bevölkerung, die eine furchtbare Zeit durchleidet, und den Fundamentalisten unterscheiden. Wir habe die Attentate des 11. September energisch verurteilt, aber wir erinnern daran, dass Bin Laden ein Mitarbeiter der CIA war und die

USA die Fundamentalisten finanzierten. Die USA sollten nicht Afghanistan angreifen und tausende ZivilistInnen ermorden, um sich am Verbrechen von Bin Laden und den Taliban zu rächen. Die Nordallianz ist die andere Seite derselben Medaille. Das sind die gleichen Mörder und Fundamentalisten wie die Taliban.

In ihrer Grausamkeit und ihrer Einstellung zu Frauen sind die Gruppen der Nordallianz kein bisschen besser als die Taliban. Auch bei ihnen wurden Frauen verschleiert, sie durften nicht zur Schule, sie wurden gesteinigt. Es wurden Massaker an ethnischen Minderheiten verübt und Frauen vergewaltigt. Für die afghanische Bevölkerung bietet die Nordallianz keine Perspektive. Wir wollen eine politische Lösung.

Website von RAWA: http://rawa.fancymarketing.net; http://www.rawa.org

7. Aktion Sorgenkind in Afghanistan? Rückblick und Ausblick auf einen langen Krieg

Autor: Christopher Steinmetz (ami) · Rubrik: Interventionspolitik und Kriege; Afghanistan · CD-Datei: daten/aksuche/ak455/25.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:455:25

In der Nacht zum 8. Oktober 2001 begann das amerikanische Bombardement Afghanistans als Vergeltung für das Attentat auf Pentagon und World Trade Center. Ob Afghanistan wirklich der Ausgangspunkt eines Weltkrieges werden wird, ob in Zukunft überhaupt noch ernsthaft das Völkerrecht als normativer Ordnungsfaktor der internationalen Beziehungen betrachtet werden kann, ist noch nicht absehbar. Über die zukünftige Entwicklung in Afghanistan können dagegen jetzt schon Aussagen getroffen werden. Die Anrainerstaaten sowie Russland und die USA werden weiterhin an einem nach außen stabilen staatenähnlichen Gebilde "Afghanistan" Interesse haben, so dass die zentrale geographische Funktion als Puffer zwischen regionalen Mächten wie Iran und Pakistan bestehen bleiben wird. Nach den amerikanischen Militärschlägen werden (wahrscheinlich mit Ausnahme der Taliban) alle Bürgerkriegsparteien zum Tagesgeschäft zurückkehren können - bestens ausgerüstet mit neuen Waffen.

Seit 1975 führen die Afghanen untereinander Krieg - in wechselnden Allianzen und mit wechselnder externer Unterstützung. Die Phase des post-kolonialen Friedens unter der konstitutionellen Monarchie von Shah Zahir (1933-1973) lag zum einen in einem "schwachen Staat" begründet, der es den einzelnen gesellschaftlichen Gruppen erlaubte, ungestört ihr Leben und Wirtschaften zu gestalten. Zum anderen war sie Resultat des Interesses regionaler und globaler Mächte an einem neutralen unterentwickelten Afghanistan als Pufferstaat. Erst die Intervention der UdSSR in Afghanistan 1979 rückte das Land in den Brennpunkt auch US-amerikanischer geostrategischer Überlegungen. Der Kampf der von den USA unterstützten oppositionellen Mudjahedin gegen die von der UdSSR unterstützte Regierung führte 1989 zum Abzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan. Die siegreichen Mudjahedin übernahmen 1992 die Macht; aber der Kampf zwischen den rivalisierenden Mudjahedin-Gruppen ging weiter. Vorläufige Kriegsgewinner waren die Taliban, die 1996 die Hauptstadt Kabul einnahmen.

Die Blockkonfrontation bot den gewaltbereiten gesellschaftlichen Gruppen in Afghanistan eine wirksame Projektionsfläche für die Durchsetzung ihrer lokalen und/oder regionalen Ambitionen und erhöhte den Anreiz für andere Staaten, durch Einflussnahme auf den Kriegsverlauf ein größeres Stück aus dem afghanischen Kuchen abzubekommen. Infolge des permanenten innergesellschaftlichen Kriegszustandes haben sich die Strukturen der Bürgerkriegsparteien mittlerweile dermaßen verfestigt, dass sie nicht mehr zu einer Reform von innen heraus in der Lage sind und ihre Legitimation nur noch aus dem Kriegszustand beziehen.

Die Situation vor der US-Intervention

Am Vorabend der US-Intervention befinden sich Taliban und Nordallianz in einer militärischen Pattsituation. Die Taliban kontrollieren etwa 95% des Landes, ihre Gegner von der Nordallianz nur 5%. Die Taliban können die letzten Täler im Nordosten nicht erobern; die Nordallianz kann ohne fremde Hilfe das flache Land nicht dauerhaft besetzen. Die genaue militärische Stärke beider Bürgerkriegsparteien ist nicht zu bestimmen. Für die Taliban werden stehende Streitkräfte von um die 20.000 Soldaten angegeben, für die Nordallianz etwa 15.000. Unter ihnen finden sich fast keine traditionell ausgebildeten Offiziere der früheren Regierungstruppen. Die Taliban können noch auf mehr als 10.000 nicht-afghanische Mudjahedin zurückgreifen. Ihre militärische Stärke basiert allerdings überwiegend auf lokalen Milizen, die sich momentan auf die Seite der Taliban geschlagen haben. Beide Kriegsparteien bedienen sich außerhalb ihrer Nachschubgebiete der so genannten "hit-and-run"-Taktik. Entscheidend sind dabei leichte Bewaffnung und hohe Mobilität. Dadurch wird es für die USA schwer werden, die Taliban tatsächlich zum Kampf zu zwingen.

Gesetzt den Fall, die USA haben tatsächlich nicht nur Interesse an einer externen Stabilität Afghanistans sondern auch an einer innergesellschaftlichen Entwicklung, ist trotzdem zu fragen, welche Person oder Kriegspartei in der Lage sein wird, die kriegsgeschädigte Gesellschaft und die verfeindeten bewaffneten Gruppierungen zu integrieren.

Afghanistan ist eine ländliche islamische Gesellschaft, in der der lokale Bezug auf Dörfer und Täler auch den Umgang mit Tradition und Religion prägt. Nach 1973 tauchten nur zwei Gruppierungen auf, die ansatzweise

eine gesamtafghanische Perspektive beanspruchten, über die Abwehr einer "Bedrohung" von außen hinaus: die von der Sowjetunion eingesetzte Demokratische Volkspartei (1978-1989) und die radikale Taliban-Bewegung. (1) Sowohl die städtischen Eliten als auch die Exil-Afghanen scheiterten ihrerseits daran, die lokalen Machthaber für ihre Ziele einzuspannen.

Die Suche nach einem Nachfolger des Taliban-Anführers Mohammed Omar konzentriert sich gegenwärtig auf den im italienischen Exil lebenden König Shah Zahir. Dieser verkörpert die konservativen politischen und islamischen Strömungen vor allem derjenigen Afghanen, die sich den Paschtunen zurechnen. Er bietet durch sein 28-jähriges Exil eine attraktive Projektionsfläche für die internationale Gemeinschaft, besitzt im Land selber jedoch kaum politische Unterstützung. Die eigentlich näher liegenden Optionen, den immer noch legitimen letzten Präsidenten Burhanuddin Rabbani oder auch den militärischen Befehlshaber der Nordallianz als Nachfolger zu propagieren, sind real keine wirkliche Alternative. Gegen Rabbani spricht seine tadschikische Herkunft und seine fehlende militärische "Hausmacht". Der militärische Befehlshaber der Nordallianz, Ahmed Shah Mas'ud, hätte vielleicht Chancen besessen, doch erlag er am 14.9.01 den Folgen eines Attentats. Über seinen Nachfolger ist bislang noch wenig bekannt.

Die Nordallianz

Die Nordallianz bündelt Restbestände der im Krieg gegen die UdSSR "siegreichen" Mudjahedin. Auch wenn sie tatsächlich die Unterstützung der USA erhalten würde, wäre sie nicht in der Lage, eine integrative Wirkung zu entfalten. Denn die Bevölkerung hat ihr Verhalten im Kampf gegen die sowjetischen Besatzer und ihr Scheitern in der politischen Machtübernahme 1992-1996 nicht vergessen.

Die Mudjahedin (Gotteskrieger) waren ein Ergebnis der Unvereinbarkeit zwischen der städtischen Elite mitsamt ihren Entwicklungsvorstellungen und dem ländlichen "Adel", der sich in Afghanistan hauptsächlich in der Politisierung des Islam manifestierte. Seit 1985 dominieren die Islamisten die Mudjahedin-Bewegung. Sie erzwangen den Abzug der russischen Truppen zwischen Juni 1988 und Februar 1989. Mit dem Abzug hatten die Mudjahedin ihr militärisches Ziel erreicht. Aber zu diesem Zeitpunkt zeigte sich bereits, dass in allen Parteien die militanten, autoritären Kriegsgewinnler Führungspositionen besetzt hatten, hauptsächlich um die eigenen Pfründe besorgt, statt um den Aufbau Afghanistans. Sie waren lokale Kriegsherren, die "Steuern eintrieben, korrupt waren und Strafen verhängten". (1)

Die Allianz zerbrach zunächst 1994/95, um sich unter neuem Vorzeichen, dem Vormarsch der Taliban auf Kabul im November 1996, neu zu formieren. In diesem Bündnis von Mas'ud, Hekmatyar, Dostam, Rabbani und dem Anführer der schiitischen Hazara, Khalili, konnte ersterer sich schnell durchsetzen. Auch international konnte allein Mas'ud begrenzte Unterstützung mobilisieren. Für Russland, China und Indien war er als "aufgeklärter Islamist" ein attraktiver Partner. Trotzdem blieb sein Verhältnis zu Russland und Tadschikistan gespannt. Denn als afghanischer Held und Sieger über die Sowjetunion erinnerte er Russland an die militärische Niederlage. Außerdem unterstützten Rabbani und Mas'ud eine Zeit lang die tadschikische Opposition. Auch die Spekulationen über die von ihnen 1992 von Russland geforderten Reparationszahlungen in Höhe von angeblich 100 Mrd. US-Dollar haben sicherlich nicht zur Entspannung beigetragen.

Die Taliban

Die Taliban sind in gewisser Weise das Produkt des amerikanischen Interesses, den Einfluss Russlands und Irans in Zentralasien einzuschränken. Zusammen mit Pakistan und Saudi-Arabien sorgten die USA für die Installation eines Terror-Regimes. Die Taliban erzwangen innerhalb kürzester Zeit eine komplette Ausrichtung des sozialen und ökonomischen Lebens auf die Kriegsführung. Erstmalig griffen sie im September 1994 in das muntere "jeder gegen jeden"-Spiel der Mudjahedin ein. Angeblich begann ihr Siegeszug damit, dass ein pakistanischer Konvoi durch einen lokalen Mudjahedin-Kommandeur vor Kandahar aufgehalten wurde. Der pakistanische Eigner des Konvois bat die Regierung in Islamabad um Hilfe. Die wiederum ermunterte afghanische Exilierte in den Koranschulen im pakistanischen Peschawar, die Sache in Ordnung zu bringen. Mehr als 2.000 der Taliban ("Koranschüler") zogen nach Kandahar und "befreiten" den Konvoi. Diese "Befreiung" endete mit der Eroberung der zweitgrößten Stadt des Landes - eine Anekdote, die die Eigendynamik der Talibanbewegung gut beschreibt.

Der Erfolg der Taliban war in erster Linie ein Ergebnis der innerafghanischen Herrschaftsverhältnisse. Die Kriegsmüdigkeit der Bevölkerung und die Erfahrungen mit den Verhaltensstrukturen der Mudjahedin verhalfen

den vorwiegend paschtunischen Taliban zu einem Erlöser-Image. Die paschtunischen östlichen und südöstlichen Provinzen fielen ihnen fast ohne Kämpfe zu: Friede, Ordnung und Islam waren ein simples und attraktives Programm. Später formulierte Ziele wie das Ende der Korruption und die Bekämpfung des Drogenanbaus und -handels wurden bald wieder fallen gelassen. Es blieb bei einer provinziellen, reaktionären Auslegung der Sharia als Rumpfprogramm zur Herbeiführung einer gesamtafghanischen Ordnung. Mit der Einnahme der Hauptstadt Kabul 1996 erreichten die Taliban den Höhepunkt ihrer gesellschaftlichen Unterstützung, die sie sofort durch ihre politischen Maßnahmen verspielten. Je nach Bedarf präsentierten sie sich als paschtunische Sammlungsbewegung oder als sunnitische Glaubensbewegung und trieben die tadschikisch- und usbekisch-sprachigen Minderheiten sowie die shiitischen Moslems in die nördlichen und nordwestlichen Grenzgebiete. Die rigorose reaktionäre Anwendung der islamischen Rechtslehre erfolgte vor allem in den nicht-paschtunischen Gebieten als Instrument einer inneren Kolonisation.

Islamistische Rekrutierung in Pakistan

In gewisser Weise sind die Taliban eine Art politische Laborentwicklung, deren Mutationen immer weniger gesteuert werden konnten. Gezüchtet wurde die ideologische Grundlage aus Versatzstücken der Deobandi-Schule des Islam. Diese Koranauslegung entstand während der britischen Kolonialherrschaft in Indien. Sie galt als Selbstvergewisserung der sunnitischen Glaubensrichtung des Islam nach dem Motto: Identitätsfindung durch Abgrenzung von anderen islamischen Glaubensrichtungen. Nach der Unabhängigkeit Pakistans 1947 entstand aus der Deobandi-Bewegung die Jamiat-i Ulema Islami (JUI). Der politische Durchbruch gelang der JUI, als sie sich 1993 mit der Pakistanischen Volkspartei verbündete und an der Regierung Benazir Bhuttos beteiligt wurde. Ihre Möglichkeiten der Rekrutierung von afghanischen Exilanten und pakistanischen Freiwilligen für die "islamische Befreiung" Afghanistans waren für den pakistanischen Militärapparat attraktiv.

Während der Zeit des Mudjahedin-Widerstandes in Afghanistan stand die pakistanische JUI den Fraktionen Mas'uds und Hekmatyars nahe, beteiligte sich aber nicht direkt am Bürgerkrieg. Sie nutzte allerdings den Konflikt, um in den paschtunischen Siedlungsgebieten und Flüchtlingslagern (mit etwa konstant 2-3 Mio. Menschen) im Nordwesten Pakistans Bildungseinrichtungen aufzubauen. Die Rekrutierungsmethoden für den Befreiungskampf gegen die Sowjetunion wurden unter dem Mantel der Religion perfektioniert. Kinder waren schon früher von ihren Vätern in die Mudjahedin-Ausbildungslager mitgenommen worden. Der Tod des älteren Familienangehörigen wurde zum Initiationsritus für die Jüngeren und verband sich mit den traditionellen und patriarchalen Wertvorstellungen der lokalen Gemeinschaften. Es galt, das "Gewehr des getöteten Familienmitglieds hoch zu halten".

Die islamistischen Bewegungen begannen jetzt damit, Kinder systematisch zu rekrutieren, vor allem Voll- und Halbwaisen. Sie wurden früh nach Pakistan gebracht. In den Flüchtlingslagern in Pakistan wurden die etwa 2-3 Millionen Flüchtlinge dadurch an die islamistischen Parteien gebunden, dass es Lebensmittelkarten nur dann gab, wenn man sich bei einer von ihnen im pakistanischen Peschawar registrieren ließ - mit Duldung der Behörden. Im Versprechen auf Essen, Kleidung, und Bildung wurden die Kinder sehr früh den Koranschulen überantwortet. Die folgende Ausbildung orientierte sich eher an den Prinzipien der Gehirnwäsche und sektenähnlicher Indoktrination, als am Koran. Mit dem gleichen Konzept wurde die Armut der pakistanischen Bevölkerung ausgenutzt: Insgesamt sollen zwischen 1994 und 1999 etwa 80.000 Pakistanis für die Taliban gekämpft haben. Offiziell verkündet Pakistan, dass Jugendliche unter 18 nur freiwillig und mit Zustimmung der Eltern in Afghanistan "hospitieren" dürfen. Inzwischen sollen 15-20% der Soldaten in Afghanistan Kinder sein.

Der "Erfolg" der Taliban ab Mitte der 90er Jahre beruht auf der Perfektionierung der militärisch-ökonomischen Grundlagen, die bereits während des Widerstandes der Mudjahedin gegen die sowjetische Marionettenregierung von Pakistan und den USA gelegt wurden.

Bin Laden und die CIA

Die USA hatten nach dem Einmarsch der Sowjetunion in Afghanistan den saudischen Unternehmerssprössling Osama bin Laden als Mittelsmann ausgewählt, um die Rekrutierung von Freiwilligen zur Befreiung Afghanistans zu übernehmen und die notwendigen Waffen in das Land zu schmuggeln. Bin Laden organisierte zwischen 1979 und 1988 im Auftrag der USA die Ausbildung von Arabern und Exilafghanen in Ägypten, Algerien, Indonesien, Philippinen, Indien, Libanon, Palästina, Libyen und Sudan, z.T. mit Hilfe von

US-Ausbildern. Zwischen 1982 und 1992 wurden 35.000 Kämpfer aus 20 Staaten in Afghanistan eingesetzt, neben den Kämpfern aus den radikalen militanten Schulen in Pakistan.

Für die Waffengeschäfte richtete bin Laden die Maktab-al-Khidmar-Organisation ein (MAK), die auch durch den ISI (der pakistanische Geheimdienst Inter Service Intelligence) finanziert wurde. Nach der sowjetischen Intervention soll die CIA etwa drei Milliarden US-Dollar Soforthilfe spendiert haben, die zunächst für sowjetische Waffensysteme ausgegeben werden sollten. Damit sollte sicher gestellt werden, dass die von den Sowjettruppen erbeuteten Waffen kompatibel seien. Lieferland soll Ägypten gewesen sein, welches gerade im Begriff war, von sowjetischen auf amerikanische Waffensysteme umzusteigen. 1985 autorisierte Reagan den CIA, seine verdeckte Hilfe für die Mudjahedin zu verstärken. 1987 wurden 65.000 Tonnen Waffenmaterial geliefert sowie Experten geschickt, um das weitere Vorgehen von Pakistan aus zu planen. Um den Mudjahedin und Taliban weitere Finanzierungsmöglichkeiten zu bieten, wurde ihnen der Einstieg in den Opiumanbau und -handel erleichtert. Es kam zu der paradoxen Situation, dass der CIA die Arbeit der US Drug Enforcement Agency in Pakistan behinderte.

(Kalkulierte) Nebenwirkung der Widerstandsfinanzierung war die Entstehung eines globalen Freischärler-/Söldner-/Terroristen-/Revolutionsnetzwerkes. Osama bin Laden verließ 1988 die MAK und damit auch Afghanistan. Er gründete al-Qaida und pflegte weiter die Beziehungen zu den arabischen Ausbildungslagern und den Geheimdiensten der USA, Pakistans und Saudi-Arabiens. Erst 1996 kehrte er zurück nach Afghanistan. Es war nur konsequent, dass der ISI den Taliban nach dem Sturz der afghanischen Regierung 1995 ihre Ausbildungslager in Afghanistan übergab. Auch die rechte Hand bin Ladens, Fazlur Rahman Khalil, soll maßgeblich vom ISI unterstützt worden sein.

Innerhalb kürzester Zeit entstand so ein internationales militantes Netzwerk. "Gotteskrieger" wurden gegen Geld ausgebildet und je nach Interesse der Geldgeber in anderen Staaten eingesetzt. Die Einsatzgebiete zogen sich vom Magreb über Zentralasien bis an den Pazifik. Fast selbstverständlich wurde zudem als Gegenleistung für die Nutzung der Einrichtungen auch ein wenig auf Seiten der Taliban mitgekämpft. So soll z.B. Djuma Boi Namangani, der Anführer der Islamischen Bewegung Usbekistans (IBU), in der nordöstlichen Stadt Kunduz sein Hauptquartier haben und insgesamt über 5.000 Kämpfer verfügen. IBU-Einheiten sollen an der Seite der Taliban im Norden kämpfen.

Die finanzielle Grundlage der Taliban liegt in der informellen und kriminellen Sphäre. Weder die Absatzmärkte noch die Investoren ihrer "Güter" befinden sich in Afghanistan. Daher würde der Verlust der politischen Fassade die ökonomischen Strukturen der Taliban nur dann gefährden, wenn zeitgleich vor allem in Pakistan ebenso entscheidende Veränderungen vorgenommen werden würden. Aber auch dann würde die Karawane wohl einfach zum nächsten attraktiven Standort weiterziehen.

Weitere Aussichten? Düster.

Wie immer liegt das eigentliche Problem woanders. Gemäß seines technologisch-militärischen und ökonomischen Potenzials ist dieser "Freischärler-Terrorismus" längst kein territorial gebundenes Phänomen mehr, so dass eine militärische Intervention in Afghanistan nur die Ratlosigkeit der amerikanischen Realpolitiker belegt und der afghanischen Bevölkerung eine kriegerische Zukunft verspricht. Das jetzige Bemühen der USA, Entschlossenheit zu demonstrieren und mit dem Terrorismus aufzuräumen, wird weder den gesellschaftlichen noch den materiellen Grundlagen dieser globalen Kriegsökonomie den Nährboden entziehen. Die begrenzte Reichweite ihrer Bestrafungsrhetorik zeigt sich schon darin, dass die USA die logistische Basis der Taliban, Pakistan, auch noch durch die Aufhebung der 1998 verhängten Sanktionen belohnt. Hätten die Taliban Osama bin Laden bereits 1998 an die USA ausgeliefert oder wenigstens jetzt schnell gehandelt, sie wären weiterhin salonfähig gewesen. Weder die USA noch andere NATO-Staaten hätten dann noch ernsthaft über die systematische Verletzung der Menschenrechte in Afghanistan reden wollen.

Egal, wer nach dem Sturz der Taliban die Macht übernimmt bzw. eingesetzt wird, ein notwendiger innergesellschaftlicher Konsens zwischen den fragmentierten Gruppierungen ist zum Scheitern verurteilt. Folgende Fragen zaubern nur ein zynisches Lächeln auf das Gesicht der verantwortlichen Politiker: Wie groß ist die Chance, dass die gesamtafghanisch nicht akzeptierte Nordallianz ihr neues Kriegsgerät nach dem Sturz der Taliban wieder abgibt? Wie groß ist die Chance, dass die GUS-Staaten in der Lage sind, die militanten

Splittergruppen politisch zu integrieren und ihnen die Legitimationsgrundlagen zu entziehen? Wie groß ist die Chance, dass Pakistan die Bildungschancen und Gesundheitsfürsorge der eigenen Bevölkerung verbessert und den Koranschulen damit die Zugriffsmöglichkeiten entzieht? Wie groß ist die Chance, dass wenigstens für Afghanistan ausreichend finanzielle Mittel und Dienstleistungen ohne die üblichen Auflagen zur Verfügung gestellt werden, um den Ausstieg aus der kurzfristigen Kriegswirtschaft zu ermöglichen? Wie groß ist die Chance, dass sich die Anrainerstaaten darauf verständigen, sich nicht in inner-afghanische Angelegenheiten einzumischen? Nicht sehr groß. Eben.

Christopher Steinmetz

Redakteur der Zeitschrift ami

www.antimilitarismus-information.de

Anmerkungen:

1) Lena Nijhuis: Kabul - Schüler an die Macht, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr.11, 1998.

8. Brüchige US-Allianzen. "Anti-Terror-Bündnis" muss Feuerprobe bestehen

Autor: Boris Kanzleiter · Rubrik: Interventionspolitik und Kriege; Afghanistan; US-Imperialismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak455/27.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:455:27

Je länger der von den USA geführte Krieg gegen das Taliban-Regime in Afghanistan dauert, desto heftiger werden die Widersprüche innerhalb des eilig zusammengeschusterten internationalen "Anti-Terror-Bündnisses". Auch innerhalb der US-Administration klaffen die Meinungen auseinander. Am Ende des von US-Präsident George Bush ausgerufenen "ersten Krieges des 21. Jahrhunderts" drohen zahlreiche Folgekonflikte.

Das Vorgehen der US-Administration nach den Anschlägen des 11. September löste zunächst eine Kette von Überraschungen aus. Nach dem ersten Schock über die Angriffe auf das World Trade Center und das Pentagon sah sich die Welt einer seit Ende des Kalten Krieges nicht gekannten aggressiven Rhetorik der US-Führung gegenüber und reagierte ungläubig bis perplex. Über das "Auslöschen von Staaten" schwadronierte der stellvertretende Verteidigungsminister Paul Wolfowitz, während Präsident George Bush nicht müde wurde, bei jedem Fernsehauftritt einen "weltweiten Kreuzzug gegen den Terrorismus" anzukündigen. Doch hinter der brachialen verbalen Drohkulisse gelang es der US-Administration mit diplomatischem Geschick eine internationale Allianz gegen das Taliban-Regime zu schmieden. Schnell wurde nun in Europa die unerwartete "Besonnenheit" der US-Reaktion gelobt. Doch schon folgen seit dem 7. Oktober die Militärschläge gegen Afghanistan, welche erhebliche Eskalationsrisiken bergen, wie viele KommentatorInnen befürchten, die zuvor noch die militärische Zurückhaltung der Supermacht gelobt hatten.

Die Widersprüche im Vorgehen der US-Administration sind vielfältig. Da ist einerseits der nach dem 11. September streckenweise offen ausgetragene interne Konflikt zwischen den "Falken" um Verteidigungsminister Donald Rumsfeld, seinen Stellvertreter Wolfowitz und Vizepräsident Richard Cheney einerseits und dem von Außenminister Colin Powell geführten Lager der "Tauben". Die "Falken" propagierten direkt nach dem 11. September öffentlich einen sofortigen allein von den USA geführten lang anhaltenden militärischen Schlag gegen verschiedene arabische Länder, die sie bezichtigten, "terroristischen Organisationen" Unterstützung zu gewähren. Dabei argumentierten sie, dass die USA nicht auf die Formierung einer internationalen Allianz warten sollten. Mit dieser Position sind die "Falken" tief in der Politik eines US-amerikanischen "Unilaterismus" verhaftet, dem zu Folge US-Hegemonie weltweit nur im Alleingang und selbst gegen die Interessen der engsten Verbündeten durchzusetzen ist.

Auf der Seite der "Tauben" profilierte sich dagegen Außenminister Powell mit seiner diplomatischen Einbindungstrategie der arabischen Welt, der NATO-Staaten und Russlands in eine US-geführte Allianz. Wie schon im zweiten Golfkrieg steht der Vier-Sterne-General einem Einsatz des Militärs zurückhaltend gegenüber. Powell befürwortet den Einsatz von Truppen nur unter der Bedingung, dass US-Soldaten minimal gefährdet werden und beharrt auf einer restriktiven Medienpolitik, wenn es zum Kriegsfall kommt. Beide Elemente gehen auf Erfahrungen aus dem Vietnamkrieg zurück. Damals wurde deutlich, dass ein Krieg auch an der Heimatfront verloren werden kann, wenn die Opposition zu Hause angesichts von Bildern getöteter US-Soldaten wächst, so Powells Auffassung, die zuletzt durch die panische Reaktion der amerikanischen Öffentlichkeit nach der Gefangennahme von drei US-Soldaten durch die jugoslawische Armee 1999 bestätigt worden war.

"Falken" und "Tauben"

Mit dem Beginn der militärischen Kampagne der US-Streitkräfte und der Briten gegen die Taliban in Afghanistan scheint sich innerhalb der US-Administration zunächst eine Kombination beider Linien durchgesetzt zu haben. Powell gelang es, eine US-geführte internationale Allianz von nie da gewesener Breite aufzubauen. Die NATO-Länder proklamierten zum ersten Mal seit der Gründung der Allianz den Bündnisfall und erklärten damit die Anschläge in den USA zu einem Angriff auf alle NATO-Partner. Der US-Diplomatie gelang es auch, Russland in ihre Allianz einzubeziehen. Eine Annäherung der beiden Staaten schien noch vor wenigen Wochen angesichts der heftigen Auseinandersetzungen um das amerikanische Raketenabwehrschild undenkbar. Damals war noch von einem drohenden zweiten Kalten Krieg die Rede, jetzt bezeichnet Bush

Russland als "wichtigsten Verbündeten". Auch China, ein weiterer bisheriger Kontrahent der USA, unterstützt die Anti-Terror-Allianz. Selbst die Führungen der arabischen und islamischen Welt setzen sich mit der Ausnahme von Irak ins Anti-Terror-Boot. Gleichzeitig hat die USA aber fast ausschließlich gestützt auf die eigenen Strukturen die Bombenangriffe auf Afghanistan begonnen, agiert militärisch also klassisch unilateral. Die britische Unterstützung und eventuell auch die anderer NATO-Staaten, Deutschland eingeschlossen, flankieren dieses Vorgehen nur.

Mit der vermeintliche Geschlossenheit der US-Administration nach den ersten Angriffswellen kann es allerdings schnell vorbei sein. Spätestens wenn sich die Frage stellt, wie umfangreich ein Einsatz von Bodentruppen in Afghanistan aussehen soll und vor allen mit welchem Ziel er verbunden ist - dem Sturz der Taliban und der Installierung eines US-freundlichen Regimes oder lediglich der Festnahme von "Terroristen" - wird der nicht ausgeräumte Widerspruch zwischen "Falken" und "Tauben" wieder auftauchen.

Einheitsfront droht umzukippen

Doch vor allem auf internationaler Ebene droht die Einheitsfront gegen den Terror schnell in ihr Gegenteil umzukippen, falls die Militärschläge gegen Afghanistan länger andauern. Zu konträr und widersprüchlich sind die Interessen der Koalitionsmitglieder. Um nur ein Beispiel zu nennen: Die USA müssen in großem Umfang die afghanische Nord-Allianz in ihrem Kampf gegen die Taliban unterstützen, wollen sie das Regime in Kabul stürzen. Dabei gerät die USA aber ins Gehege mit ihrem zweiten strategisch wichtigen Verbündeten in der Region, nämlich der pakistanischen Militärdiktatur unter General Musharraf. Diese hat bisher die Taliban unterstützt und fürchtet eine Machtübernahme der unter Einfluss von Iran und Russland stehenden Nord-Allianz in Afghanistan.

Doch die USA stehen noch vor einem weiteren grundlegenden Dilemma. Wollen sie den Krieg gegen die Taliban in Afghanistan gewinnen und ihre lokalen Verbündeten, die Nord-Allianz und den Ex-König Mohammed Sahir Schah an die Macht bringen, müssen sie militärisch in einer Weise vorgehen, die die internationale Allianz zu sprengen droht. Das Maharraf-Regime in Pakistan steht bereits jetzt unter dem wachsenden Druck der islamistischen Opposition. Aber auch das autoritäre Regime in Saudi-Arabien, einer der engsten US-Verbündeten in der arabischen Welt, signalisiert wachsende Missgunst. So kritisierte der saudische Innenminister Prinz Naif die US-Angriffe bereits nach der ersten Woche: "Das bedeutet die Tötung unschuldiger Menschen. Die Situation gefällt uns gar nicht." Es muss nicht weiter erwähnt werden, dass das saudische Regime selbst mehr als genug "unschuldiger" Menschen auf dem Gewissen hat, gilt es doch als eines der repressivsten in der ganzen Region. Was dem Regime allerdings tatsächlich nicht gefällt ist, dass es sich einer wachsenden inneren Opposition gegenüber sieht, je länger die US-Angriffe dauern. In der selben prekären Zwickmühle sitzen die Herrscher in Ägypten und Indonesien, um nur zwei der wichtigsten und explosivsten islamischen Länder zu nennen.

Die von westlichen PolitikerInnen gepriesene "Solidarität" Russlands mit den USA bedeutet in erster Linie eine Solidarität des Putin-Regimes mit sich selbst. Der russische Präsident nutzt die Anti-Terrorkampagne, um sich freie Hand bei der militärischen Bekämpfung der tschetschenischen Rebellen zu verschaffen. Mittelfristig allerdings droht eine um so direktere Konfrontation zwischen Russlands Interessen im rohstoffreichen Raum um das Kaspische Meer und den USA, die nun durch die Stationierung von Bodentruppen in Turkmenistan Mitten im Hinterhof der einstigen Weltmacht sitzen. Hier baut sich ein Konfliktpotenzial auf, das noch schwer zu bewerten ist.

Boris Kanzleiter,

19.10.2001

9. Give peace a chance. Schwierige Zeiten für US-amerikanische Friedensbewegung

Autor: Max Böhnel · Rubrik: USA · CD-Datei: daten/aksuche/ak455/24.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:455:24

"Eine militärische Sperrzone" - so beschreibt der Medienkritiker Norman Salomon die Haltung der amerikanischen Fernsehsender seit den Angriffen gegen Afghanistan, "eine Zone, in der es ‚Feuer frei` heißt für Kriegspropaganda". In den Nachrichten stehe nur noch "wir" gegen "sie", in den Talk Shows sei wieder einmal die Stunde abgehalfterter Ex-Militärs gekommen, und nationalistische Logos in den Nationalfarben ("Amerika schlägt zurück", "Heimatverteidigung"), die die militaristischen Grafiken auf den Bildschirmen untermalen, simulierten Objektivität.

Mit dem Beginn des Bombenkrieges in Afghanistan habe das stolze Zeigen der amerikanischen Fahne einen radikalen Bedeutungswandel erfahren, schließt der Medienkritiker traurig: "Über Wochen hinweg umarmte die Öffentlichkeit nach den schrecklichen Ereignissen des 11. September das Symbol des alten Ruhmes als Zeichen von Trauer, menschlicher Solidarität und Landesliebe. Aber jetzt bedeutet die allgegenwärtige amerikanische Fahne die Anwendung militärischer Mittel zur Zerstörung sowie unsere Freiheit zu töten".

Die US-FriedensaktivistInnen sind überrollt worden, zwischen den Terroranschlägen am 11. September und dem Kriegsbeginn hatte in der Friedensbewegung die Hoffnung geherrscht, die Wut und die Trauer in Großteilen der Bevölkerung in Nachdenklichkeit umzufunktionieren und vielleicht doch ein Gegengewicht gegen die Kriegspropaganda der Regierung schaffen zu können. Eine 25.000-köpfige Friedensdemonstration in Washington, 12.000 Menschen in New York unter dem Motto "Gerechtigkeit, nicht Krieg" und Hunderte von Mahnwachen im ganzen Land hatten solche Hoffnungen bestärkt.

Doch von einer organisierten Friedensbewegung, wie zu Zeiten des Golf- oder Vietnamkriegs, kann keine Rede sein. Stattdessen herrscht weitgehend Ratlosigkeit. Denn es fehlt eine vermittelbare Alternative. Zu massiv waren die Terroranschläge, zu schockierend die Antwort der US-Regierung, und über die Frage, ob die Anschläge vielleicht eine erklärbare Reaktion auf die Außenpolitik der USA sein könnten, ist der nationale Maulkorb verhängt worden. Der berühmte Talk-Show-Gastgeber Bill Maher wurde wegen "unpassender Kommentare" in seiner Satire-Sendung Politically Un-Correct zensiert. Die linksliberale Intellektuelle Susan Sontag, die die Anschläge als direkte Reaktion auf amerikanische Außenpolitik interpretierte, erhält Todesdrohungen von Rechten. Und selbst liberale DemokratInnen holen zu Rundumschlägen aus. Das Wochenmagazin New Republic veröffentlicht beispielsweise eine Kolumne namens Idiocy Watch, in der KritikerInnen von "Americas new war" diffamiert werden.

An Versuchen, Motivforschung zu betreiben, mangelt es nicht, ebenso wenig an Unterschriftenlisten, in denen Zehntausende ihre Ablehnung des von der Bush-Regierung erklärten Krieges bekundeten. Krieg sei eine falsche Antwort auf den Terror, mehr Opfer in der islamischen Welt würden die Gewaltspirale nach oben schrauben, heißt es in vielen Erklärungen, die im Internet zirkulieren und an Universitäten als Flugblätter ausliegen. Schon am 20. September hatten 120 Prominente eine Petition "Gerechtigkeit, nicht Rache" unterschrieben, darunter Harry Belafonte, Gloria Steinem, Rosa Parks und Edward Said. In der New York Times veröffentlichten Vorsitzende von 1.500 religiösen Gruppierungen eine großformatige Anzeige, in der sie die Bush-Regierung zur Zurückhaltung auforderten. Bisher haben 220.000 AmerikanerInnen einen "Aufruf für Frieden und Gerechtigkeit" unterschrieben. Viele Einzelorganisationen veröffentlichen Warnungen, dass die Bush-Regierung demokratische Freiheiten ernsthaft einschränken will. Doch Gehör findet außerhalb des eigenen Bezugsrahmens zur Zeit kaum jemand.

Zum Schock über die Terroranschläge und den Krieg in einer kaum bekannten Region kommt eine für amerikanische Verhältnisse neue Situation hinzu: strengste Sicherheitsvorkehrungen an allen Orten mit größeren Menschenansammlungen, FBI-Warnungen vor weiteren Terroranschlägen innerhalb der USA und ein fast panischer Run auf Medikamente, die angeblich Milzbrand heilen können. Die bewährten Reflexe funktionieren deshalb weder in der Friedens- noch in der Internationalismusbewegung. Denn Krieg fand immer außerhalb der USA statt, AmerikanerInnen mussten sich in ihrer Heimat nie Sorgen wegen möglicher Gegenschläge machen, Beschäftigung mit Außenpolitik war ein frei gewähltes Steckenpferd, und die amerikanische Naivität - von AusländerInnen oft belacht und kritisiert - galt als Tugend. So appellierten

US-Linke und Linksliberale in der Vergangenheit meist nur emotional an das Mitgefühl ihrer MitbürgerInnen - und hatten damit Erfolg. Bis die kollektiv gepflegte Unbeschwertheit einen schweren Schlag erhielt - und damit sowohl Inhalte als auch die politischen Umgangsformen in Frage stehen.

Dennoch existiert eine Fülle von hervorragenden Analysen und Hintergrundberichten, vor allem im Internet, die von AktivistInnen verfasst worden sind, die wenigstens teilweise das Informationsbedürfnis befriedigen und tatsächlich in Aktivitäten gegen den Krieg führen könnten, wenn der Schock über Terror und Krieg überwunden und das angeknackste Selbstverständnis wiederhergestellt ist. So erklären nicht nur Noam Chomsky, sondern auch Wissenschaftler wie Michael Klare oder Michel Chossudovsky immer wieder, dass Islamisten wie Bin Laden und fundamentalistische Regime wie Saudiarabien auf der Kalte-Kriegs-Politik der USA und deren Erdölinteressen beruhen. Feministinnen wie Barbara Ehrenreich und Katha Pollit zeigen den Zusammenhang zwischen Aufrüstung und Einschnitten in das Sozialsystem der USA auf. Linke Anwälte wie Michael Ratner weisen darauf hin, dass die Weltmachtarroganz der US-Regierung bereits bei der Ablehnung des Klimaprotokolls und vorher zu beobachten war. Und WirtschaftsexpertInnen machen den Zusammenhang von US-Bankensystem, Ölkonzernen und ihre Unterstützung für arabische Regime deutlich.

Derzeit überschlagen sich die Meldungen über immer neue Milzbrandfälle in den USA. Die Afghanistan-Berichterstattung tritt immer mehr in Hintergrund. Die politische Elite in Washington ist in Panik, Rundumschläge werden nun nicht mehr ausgeschlossen. Keine guten Zeiten also für amerikanische KriegsgegnerInnen.

Max Böhnel, New York

Nützliche Webseiten von und über die US-Friedensbewegung: www.commondreams.org, www.zmag.org und www.fpif.org

10. Unsicherer Kandidat. Pakistan zwischen Islamisierung und US-Loyalität

Autor: Romin Khan · Rubrik: Pakistan · CD-Datei: daten/aksuche/ak455/14.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:455:14

Pakistan ist ein unsicherer Kandidat in der US-geführten globalen Allianz des "Krieges gegen den Terrorismus". Als Nachbar Afghanistans und ehemaliger Verbündeter des Taliban-Regimes befindet sich der Staat mit der weltweit zweitgrößten muslimischen Einwohnerschaft im Konflikt zwischen US-orientierter Militärpolitik und einer starken islamistischen Bewegung. Das Agieren dieser Bewegung hat maßgeblichen Einfluss darauf, ob sich Pakistan als Operationsbasis für den bevorstehenden Einsatz von US-Bodentruppen eignet oder ob dem Land ein Bürgerkrieg droht.

Die Auseinandersetzung zwischen dem politischen Islam und dem Projekt eines säkularen Nationalstaates durchzieht die Geschichte Pakistans seit seiner Gründung. Im Zuge des Dekolonisierungsprozesses auf dem indischen Subkontinent kam es in den vierziger Jahren zu blutigen Auseinandersetzungen zwischen Hindus und Muslimen. Auf beiden Seiten entstand die Idee religiös separierter Nationalstaaten. Bereits seit der Staatsgründung 1947 gab und gibt es in Pakistan unterschiedliche Auffassungen über Staatsform und Ausrichtung. Konträre Positionen befürworten einen islamischen Gottesstaat oder einen islamisch geprägten Nationalstaat. Die gemäßigt religiöse Variante gewann die Oberhand und fand in Pakistans erstem Generalgouverneur, dem Rechtsanwalt Mohammed Ali Jinnah, seinen heute mythologisierten nationalen Gründervater. Doch blieben die Auseinandersetzungen um den Einfluss des Islam auf die Verfassung weiterhin aktuell.

Bis 1969 wurde Pakistan durch Militärgeneräle, die sich in einer Folge von Staatsstreichen abwechselten, regiert. Nach Massenprotesten gegen die desolate soziale Lage und die Bereicherungsmentalität des Militärgenerals Ayub Khan fanden 1969 erste freien Wahlen statt, welche die Pakistan People's Party (PPP) unter dem Großgrundbesitzer Zulfikar Ali Bhutto für sich entscheiden konnte. Bhutto avancierte mit seinem Konzept des "Islamischen Sozialismus" anfänglich zum Hoffnungsträger von Landbevölkerung, IndustriearbeiterInnen und Teilen der Intellektuellen und Bürokraten. Auch Teile der kommunistischen Linken ließen sich in die Regierung einbinden. Doch die hoch gesteckten Erwartungen an eine Verbesserung der sozialen Situation konnte Bhutto nicht erfüllen. Als in den Folgejahren die Landreform und Verstaatlichungspolitik von vielen als unzureichend empfunden wurden und die extreme soziale Polarisierung bestehen blieb, erlitt auch die mit Bhutto verbundene Linke einen weit reichenden Legitimationsverlust.

Vor diesem Hintergrund entstand eine neue Oppositionsbewegung, die von religiösen Fundamentalisten angeführt wurde. Nach bürgerkriegsähnlichen Unruhen putschte sich 1977 der Militärgeneral Zia-ul-Haq an die Macht. Unterstützt vom islamischen Klerus und der religiösen Jamat-i-Islam Partei begann er mit einer Politik der Islamisierung der Rechts- und Wirtschaftsordnung. 1979 führten dann die Weigerung, die pakistanischen Atomanlagen einer Kontrolle zu unterziehen, und das Niederbrennen der US-Botschaft in Islamabad durch Demonstranten zur Aussetzung der US-amerikanischen Wirtschaftshilfe.

Säkularer Nationalstaat und politischer Islam

Mit dem Einmarsch der Sowjets in Afghanistan im Dezember 1979 änderte sich die US-Politik allerdings schlagartig wieder. Die logistische und militärische Unterstützung der Mudschaheddin im Jihad gegen den Kommunismus wurde zu einer der größten Auslandsoperationen in der Geschichte der CIA. Die an Afghanistan grenzenden Provinzen Belutschistan und North-West Frontier Province (NWFP) entwickelten sich zu Operationsbasen für die Konterguerilla. Die Mudschaheddin zählten zeitweise 30.000 Freiwillige aus verschiedenen islamischen Ländern in ihren Reihen. Darunter befanden sich auch einige Tausend aus Pakistan.

Heute erfahren die gleichen Regionen eine erneute strategische Aufwertung durch die aktuellen amerikanischen Operationspläne. Dabei ist vor allem brisant, dass es sich bei der NWFP um eine Provinz mit Autonomiestatus handelt, in der die islamistische Bewegung ihre stärkste Basis hat. So behauptet die Provinz bis dato gegenüber der pakistanischen Zentralregierung eine vom Islam stärker beeinflusste Rechtsprechung als im Rest des Landes und das Recht des freien Waffentragens. Der direkte Grenzstreifen der NWFP zu Afghanistan, die Federally Administered Tribal Areas (FATA), dürfen sogar nur mit Bewilligung der

Provinzregierung betreten werden. Die Haupteinnahmequelle der Bevölkerung in den FATA besteht im Schmuggel zwischen Afghanistan und Pakistan. Während des Krieges in Afghanistan veränderte sich der Warenkorb der Schmuggler. Waren es anfangs noch Fernseher und Kühlschränke konnten sie bald mit Drogen und Waffen bessere Geschäfte machen. Unter den Augen der CIA mauserte sich Afghanistan mit Unterstützung der Mudschaheddin zum weltweit führenden Anbaugebiet für Opium. Pakistan wurde zu seinem Verarbeitungs- und Distributionszentrum.

Der Prozess der Islamisierung Pakistans fiel in denselben Zeitraum wie die hauptsächlich über den pakistanischen Geheimdienst ISI abgewickelte US-amerikanische Unterstützung für die Mudschaheddin. Hohe Militär- und Geheimdienstposten wurden mit islamistischen Funktionären besetzt. Verschiedene Verfassungsänderungen stärkten den Einfluss der islamischen Rechtslehre. Im ganzen Land wurden etwa 10.000 islamische Madaris gegründet. In diesen Religionsschulen und -universitäten wird kaum säkulares Wissen vermittelt. Dafür finden die rund drei Millionen oft aus afghanischen Flüchtlingslagern kommenden Schüler und Studenten in den Madaris eine Form nichtstaatlicher Wohlfahrtsorganisationen vor, die ihnen die Existenzsicherung erlaubt. Die Madaris bieten eine optimale Rekrutierungsbasis für Islamisten.

Nach dem verlorenen Krieg und dem Rückzug der Sowjets aus Afghanistan im April 1988 wollte Pakistan im Nachbarland weiterhin seine Interessen gewahrt wissen. Als sich herausstellte, dass der noch gegen die Sowjets unterstützte Milizenführer Gulbuddin Hekmatjar unfähig war, die Staatsgewalt in Afghanistan dauerhaft zu halten, wandte sich Islamabad Mitte der neunziger Jahre den überwiegend aus den Religionsschulen Belutschistans stammenden Taliban ("Studenten") zu. Diesen gelang es mit amerikanischer und pakistanischer Hilfe 1996 Kabul einzunehmen und ihre Macht in weiten Teilen des Landes zu konsolidieren.

Während die USA im aktuellen Konflikt gegen die Taliban sowohl auf die aus anderen Mudschaheddin-Gruppen hervorgegangene afghanische Nordallianz als auch auf die pakistanische Regierung setzt, sind diese beiden Parteien gleichzeitig tief zerstritten. Die Konflikte liegen weniger in ethnischen Fehden zwischen den mehrheitlich paschtunischen Taliban bzw. Pakistani und den usbekischen oder tadschikischen Kämpfern der Nordallianz begründet. Vielmehr geht es um das ökonomische und strategische Einflussstreben Pakistans. Als der Sprecher der Nordallianz in London Pakistan als "ersten Aggressor" bezeichnete, der für seine ehemalige Taliban-Unterstützung nicht noch belohnt werden dürfe, wurde deutlich, dass die Nordallianz kein willfähriger Partner Pakistans werden würde. Höher in der Gunst der Nordallianz dürften da die schon länger aktiven Kriegsgüterlieferanten Iran und Russland stehen. So bangt Pakistan eben auch um seine regionale Hoheitsfunktion im Handel von afghanischem Opium und Waffen, sollte die Nordallianz im Nachbarland bald das Sagen haben.

Auch mit seinem südöstlichen Nachbarn Indien liegt Pakistans Regierung im Dauerclinch. Der Konflikt ist so alt wie die Existenz der beiden Staaten selbst. Zentraler Krisenherd ist die Bergregion Kashmir. Aufgeteilt in den pakistanischen Teil Azad Kashmir (freies Kashmir) und die indische Provinz Jammu und Kashmir, ließ der postkoloniale Grenzkonflikt Bill Clinton bei einem Besuch 1999 vom "gefährlichsten Ort der Welt" sprechen.

Konflikte mit Indien und Nordallianz

Dass der ehemalige US-Präsident damit nicht völlig unrecht hatte, zeigen die Ereignisse Anfang Oktober, als Mitglieder einer radikalislamischen Gruppe einen Anschlag auf das Parlamentsgebäude in der Hauptstaat des indischen Teils verübten, bei dem 33 Menschen ums Leben kamen. Dieser Anschlag kam General Musharaf denkbar ungelegen. Einmal mehr wurde deutlich, dass unter der schützenden Hand der pakistanischen Militärs eine Reihe von islamistischen Gruppen operieren. Dabei handelt es sich teilweise um vormals in Afghanistan eingesetzte Trupps, die niemals demobilisiert wurden, sondern im Kampf gegen den "indisch besetzten" Teil Kaschmirs ein neues Aufgabenfeld gefunden haben. Die indische Regierung versucht, diese Verstrickungen verstärkt öffentlich zu machen. Sie dürfte jedoch keine Chancen haben, die pakistanische Teilnahme an der "Anti-Terror-Koalition" zu unterminieren. Zu wichtig ist Pakistan als Frontstaat im neuerlichen Afghanistankrieg.

Der Dauerkonflikt um Kashmir erfüllt traditionell die Aufgabe, die eigene Bevölkerung in Form einer negativen Integration loyal zur Regierung zu positionieren. Diese Rechnung geht auf, wie nicht zuletzt die Begeisterung auf pakistanischen Straßen zeigte, als 1998 in der Wüste Belutschistans ein erfolgreicher Atomtest als Antwort auf indische Tests gefeiert wurde. Bezahlen mussten die pakistanischen Machthaber die Welle nationaler

Euphorie mit einer internationalen Isolierung. In deren Überwindung liegt für die pakistanische Führung einer der Vorteile der aktuellen Situation. Die Teilnahme Pakistans an der "Anti-Terror-Koalition" ist mit der 1998 erlassenen umgehenden Aufhebung der US-Wirtschaftssanktionen gegen das Land verbunden.

Dabei ist nicht davon auszugehen, dass die neuerlichen Kreditzusagen und Finanzspritzen seitens der USA und des IWF die soziale Lage im Lande verbessern werden. Pakistan hatte nach Zahlen von 1997 eine Analphabetenquote von fast 60 Prozent. Nahezu die Hälfte der arbeitenden Bevölkerung ist - selber landlos - in der Landwirtschaft beschäftigt. Nach dem Ausbleiben einer weitgehenden Landreform und einer zunehmenden Verödung der Agrarflächen sind viele Bauern in die Städte migriert. Die Hafenstadt Karachi gehört zu den am schnellsten wachsenden Städten weltweit. Vor allem in den Großstädten wird sich also zeigen, ob die Demonstrationen der Islamisten zu einer für General Musharraf gefährlichen Massenbewegung werden können. Dazu müsste der Islamismus seine gesellschaftliche Basis allerdings noch verbreitern.

Blockierung emanzipatorischer Perspektiven

Bei westlichen Linken und Liberalen wird die stattfindende Islamisierung der politischen Sphäre zumeist als Antwort der Deklassierten auf ihre soziale Lage interpretiert. Die sozialistische Labour Party Pakistan (LPP) sieht die soziale Basis der islamischen Fundamentalisten dagegen eher im Kleinbürgertum der Händler und in den absteigenden Mittelschichten. Neben den antiamerikanischen und antiisraelischen Feindseligkeiten in der pakistanischen Gesellschaft, der Ausrufung einer islamischen Solidarität und einer Begeisterung für die zur Popikone gewordenen Gestalt Osama Bin Ladens, sind es gottlose materielle Interessen, die die Islamisten auf die Straße treiben.

Die Entlassungen hoher islamistischer Generäle aus Armee und Geheimdienst waren ein Vorspiel für das, was an Beschneidung von Einflüssen auch für den islamischen Klerus und andere islamistische Autoritäten zu erwarten ist. Musharrafs Ziel ist die innere Stabilität während des befürchteten langen Bodenkriegs am Hindukusch. Neben Gruppen aus Pakistan beteiligen sich auch viele geflohene AfghanerInnen, die dem Taliban-Regime keineswegs alle illoyal gegenüber stehen, an den Demonstrationen der vergangenen Tage. Angeheizt wird die Lage zusätzlich durch die Nutzung von Militärinstallationen durch die US-Armee.

Die Steigerung des repressiven Klimas unter Einsatz der Armee im Inneren verringert auch die Einflussmöglichkeiten der kleinen, nicht-islamistischen Antikriegsbewegung, die in Pakistan im Entstehen begriffen ist. So beteiligten sich am 15. Oktober in Lahore über tausend Menschen an einer Antikriegsdemo, die von Frauengruppen, Gewerkschaften und der LPP organisiert worden war. Sie protestierten gegen den US-amerikanischen Angriffskrieg und machten die pakistanische Regierung für die Existenz der Taliban verantwortlich. Langfristiges Ziel dieser Gruppen bleibt die Ablösung der Militärregierung durch eine breite Bewegung zur "Wiederherstellung der Demokratie". Dem im Wege stehen könnte dabei das erneute Ausspielen des militärischen Islam- Jokers. Dieser diente wie auch in anderen islamischen Ländern zumeist der Befriedung sozialer Widersprüche und Blockierung einer emanzipatorischen Perspektive.

Romin Khan, 16.10.2001

Link der LPP: www.labourpakistan.org

11. Déja vu in Moskau. Der tschetschenische Spiegel des 11. September

Autor: Maxime Butkevitch, Gisela Neunhöffer · Rubrik: Russland; Tschetschenien · CD-Datei: daten/aksuche/ak455/04.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:455:04

Russland 1999: Eine Bombenserie versetzt die MoskauerInnen in Angst und Schrecken. Am 9. und 13. September zerstören Explosionen zwei Hochhäuser. Jeweils über hundert Menschen werden getötet. Bei einem weiteren Anschlag am 16. September im südrussischen Volgodonsk sterben 20 Menschen, 300 werden verletzt. Die Anschläge in jenem September waren vorher unvorstellbar in ihrem Ausmaß und ihrer Brutalität. Es gab keine Bekennerschreiben oder Erklärungen. Der Sinn, die Ziele und Einzelheiten des Geschehenen blieben unklar. In den Tagen danach ähnelte die öffentliche Meinung einer Massenpsychose.

Sicherheit zu wahren wurde unerwartet die Aufgabe jedes und jeder einzelnen, falls nötig auch mit harten Maßnahmen auf Kosten von Grundrechten und - freiheiten. Als Ausgangspunkt der Angriffe, die von unbekannten Personen geplant worden waren, wurde schnell ein gewisses Gebirgsland identifiziert, gegen das nun eine große Militäroperation anlief: Tschetschenien. Diese als "antiterroristisch" bezeichnete Militäroperation verwandelte sich in einen "echten" Krieg - den zweiten Tschetschenienkrieg, einen langwierigen, guerilla-ähnlichen Krieg, der bis heute andauert. Die Verantwortlichen für die Bombenanschläge dagegen sind bis heute nicht gefunden worden. Niemand wurde vor Gericht gestellt.

Gefühl der Unfähigkeit, selbst zu handeln

Es gibt einige auffallende Parallelen zwischen den Ereignissen des September 1999 in Russland und dem September 2001 in den USA, die einen gewissen DéjaVu-Effekt hervorrufen. In Russland wurden 1999 die Verantwortlichen für die Anschläge sofort benannt: die bewaffneten tschetschenischen Verbände, die in den Konflikt in der Russischen Teilrepublik Dagestan verwickelt waren, und die Führung der Tschetschenischen Republik im allgemeinen. Die Anschuldigung blieb unbewiesen, überzeugte aber dennoch mit Hilfe des Propaganda-Apparates die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung. Noch vor einigen Wochen konnten viele westliche BürgerInnen die Haltung der RussInnen zum Zweiten Tschetschenienkrieg nicht verstehen. Heute, unter massivem Propagandadruck, beziehen viele von ihnen eine ähnliche Position. Ihr Gegner heißt Islamismus in Afghanistan.

Ähnlich ist es mit wachsenden rassistischen Tendenzen: In Russland verstärkte der Krieg die anti-tschetschenische Stimmung, nach den Ereignissen in New York trugen die Ausdrucksformen von Intoleranz und besonders in extremen Formen wie Anschläge auf Moscheen, arabische Personen und Mitglieder anderer ethnischer oder religiöser Gruppen östlicher Herkunft - den Charakter einer "Orientophobie".

Auch in anderen Bereichen des öffentlichen Lebens sind ähnliche Entwicklungen zu beobachten. Der Umschwung im Informationsgehalt und ideologischen Inhalt der Massenmedien ist besonders auffällig. Die Nachrichten von den brutalen Anschlägen und der militärischen Reaktion der USA füllen seit Wochen die ersten Seiten aller Zeitungen und sind die Hauptthemen in Fernseh- und Radiosendungen. Über den einigermaßen erbärmlichen Zustand der US- und Weltwirtschaft wird dagegen nur noch vergleichsweise wenig berichtet, und wenn doch, so wird das Thema immer in Zusammenhang mit den verschärfenden Auswirkungen der Anschläge gebracht. Niemand redet mehr von der Kritik an US-Präsident Bush, seiner reaktionären Linie vor allem in der Außenpolitik, aber auch seinen zahlreichen Versprechern und Ausrutschern. Der noch vor kurzem so belächelte und verhasste Bush ist anscheinend in die Rolle des Hauptfeuerwehrmanns und des Beschützers - nicht nur Amerikas, sondern der ganzen "westlichen Zivilisation" hineingewachsen. Das gleicht dem Effekt, den die Anschläge in Russland und der Beginn des Tschetschenienkrieges für Vladimir Putin, den bis dahin fast unbekannten damaligen Premierminister und zukünftigen Präsidenten Russlands, hatten.

Keine Parallele haben allerdings die Anschuldigungen gegen den russischen Geheimdienst FSB, die Anschläge selbst inszeniert zu haben, um Putin aufs Schild zu heben. Es gibt keine ernsthaften Beschuldigungen, die CIA habe etwas mit den Anschlägen auf das World Trade Center und das Pentagon zu tun. Aller Wahrscheinlichkeit nach ist der amerikanische Staat nicht in die Anschläge verwickelt - dennoch können sie für die herrschenden amerikanischen PolitikerInnen die selben nützlichen Auswirkungen haben wie die Anschläge in jenem September in Wolgodonsk und Moskau für Putin.

Die Reaktionen weisen ebenfalls vielfache Parallelen auf: in einer erstaunlichen Geschwindigkeit ist die Konstruktion von "wir" und "sie" in den Köpfen verfestigt worden. Sie - das sind die Bösen, leicht identifiziert als wilde, unzivilisierte Bergbewohner, als dunkelhäutig und, natürlich, als Islamisten. Jeder/m ist klar, wer die Verdächtigen sind, und es spielt praktisch keine Rolle, dass immer noch keine Beweise über die Schuld von irgend jemand veröffentlicht wurden. Es geht dabei nicht nur um Bin Ladens "Al Quaida"-Gruppe, sondern um jede "Nation", die sie beherbergt, oder noch allgemeiner alle, die nicht auf "unserer" Seite sind im Kampf des Guten gegen das Böse.

Gemeinsamer Feind "Terrorismus"

Auch wenn von Zeit zu Zeit betont wird, dass "wir nicht gegen den Islam oder die arabischen Völker kämpfen", macht die erneuerte Kalte-Kriegs-Rhetorik sehr klar, wer "sie" sind. Wir - das sind alle, die vereint hinter dem amerikanischen Präsident kompromisslos diese Kräfte bekämpfen. In dieser Rhetorik, die zum Beispiel in der Ansprache von Bush und dem Videoband von Bin Laden nach den Angriffen auf Afghanistan von beiden Seiten benutzt wurde, gibt es keinen Platz für eine dritte Kraft oder auch nur eine dritte Meinung. Diese Art von Polarisierung war einer der Hauptgründe für das fast vollständige Fehlen einer russischen Friedensbewegung gegen den Tschetschenienkrieg 1999-2001.

Die Reaktionen sind entsprechend: ein großer Teil der Bevölkerung der so genannten "zivilisierten Welt" fordert Vergeltung und ist nur zu bereit, dafür einige der Regeln zu vergessen, die normalerweise als Beleg für die Überlegenheit dieser Zivilisation angeführt werden: Rechtsstaatlichkeit, der Vorrang von Vernunftentscheidungen über "archaische" Emotionen, das Prinzip des Individualismus, inbegriffen die individuelle Verantwortung für das eigene Handeln, sowie den schlichten Grundsatz, keinen Massenmord zu begehen. Im Russland des Zweiten Tschetschenienkrieges war und ist es einfach, Stimmen zu finden, die einen Genozid an allen Tschetschenen befürworten. Aber es bereitet auch keine große Mühe, nach dem 11. September in der "zivilisierten Welt" Menschen zu finden, die ein Schild mit dem einen Wort "Bomben" hochhalten. Natürlich wird die Vergeltung nicht Vergeltung genannt, die Zivilisiertheit des eigenen Vorgehens wird betont, und auch hier gibt es Parallelen: wieder wird der Euphemismus "antiterroristische Maßnahme" benutzt.

Während der Staat demonstrativ Handlungsfähigkeit zeigt, herrscht gleichzeitig bei vielen Menschen ein Gefühl von Depression. Sowohl Leute, die für den Vergeltungsschlag eintreten als auch Menschen, die gegen Militär-Aktionen sind, fühlen sich unfähig selbst zu handeln. Vor diesem Hintergrund ist es nicht schwierig, die Aufrüstung der Sicherheitsapparate und die Ausweitung ihrer Befugnisse zu Lasten grundlegender Menschen- und Bürgerrechte durchzusetzen. Polizei, Militär und Geheimdienst scheinen die einzige Antwort auf die Kräfte des Bösen und der Zerstörung. Und wiederum weist die Rhetorik eine fatale Ähnlichkeit mit der Rede vom starken Staat in Russland auf, wo gelegentlich das Pinochet-Regime als positives Beispiel zitiert wird. Ein starker Staat meint in diesem Kontext unausweichlich einen starken Repressionsapparat.

Die PolitikerInnen selbst nehmen die Parallelen sehr klar wahr. Präsident Putin wirbt schon lange um Zustimmung für seine Tschetschenienpolitik, indem er auf die Gefahren des internationalen Terrorismus im allgemeinen und die Bin Laden-Connection im besonderen hinweist. Russische Nachrichtenagenturen berichteten schon 1999: "'Russland und die USA haben einen gemeinsamen Feind - den internationalen Terrorismus'. Dies betonte am 12. September der russische Premierminister Vladimir Putin nach seinem Gespräch mit US Präsident Bill Clinton. Auf Fragen nach der Beziehung Usama bin Ladens und seiner Anhänger zu den Ereignissen im Kaukasus sagte der russische Regierungschef: '(...) Wir wissen, dass bin Ladens Leute vor Ort sind, und das sollte unseren amerikanischen Partnern nicht gleichgültig sein.'"

Während seines kürzlichen Besuchs in Deutschland erhielt Putin nun endlich das Versprechen von Bundeskanzler Schröder, das Problem Tschetschenien werde in Zukunft "differenzierter" betrachtet. Eine neue antiterroristische Internationale hat sich schnell formiert, und sie ist nur allzu bereit, einige "Unregelmäßigkeiten" zu tolerieren, solange sie von befreundeten Staaten begangen werden und nicht von unbotmäßigen bewaffneten Banden.

Den Tschetschenien-Krieg sich zu vergegenwärtigen, ist, wie den Mittelteil des Buches zu lesen, das die Vereinigten Staaten nun in Afghanistan zu schreiben beginnen. Allerdings mit einigen Änderungen: Während Tschetschenien daran interessiert war und ist, von anderen, auch westlichen Regierungen anerkannt zu

werden, haben sich die Taliban darum nie ernsthaft bemüht. Der Krieg und seine Begleiterscheinungen haben die Industrie und Infrastruktur Tschetscheniens zerstört und seinen BewohnerInnen nur Handel, halblegale und auch illegale Aktivitäten als Mittel zum Überleben gelassen. Afghanistan dagegen ist immer noch ein traditionelles Agrarland, das weder eine Industrie noch eine Infrastruktur von der Art Tschetscheniens hatte. Eine drei Jahre andauernde Dürre hat unter diesen Bedingungen schon für eine Mehrheit der AfghanInnen zu einem Leben am Existenzminimum geführt, und die Einstellung der humanitären Hilfen und Zerstörung der wenigen existierenden Kommunikations- und Versorgungswege kann den Tod für sehr viele Menschen bedeuten, ganz abgesehen von den direkten Opfern militärischer Angriffe.

Es ist leider unwahrscheinlich, dass humanitäre Überlegungen jenseits von Kosmetik den Erzählstrang jenes Buches beeinflussen werden. Washington hat seinen Wunsch geäußert, die Taliban durch ein anderes Regime in Kabul zu ersetzen. Moskau versucht schon wesentlich länger "Terroristen zu bestrafen", und immer noch haben die föderalen Truppen, auch nachdem ein örtliches loyales Regime eingesetzt wurde, keine Kontrolle über die Situation in der Tschetschenischen Republik. Die Macht ist je nach Tages- oder Nachtzeit zwischen ihnen und den tschetschenischen Brigaden aufgeteilt. Die Mehrheit der tschetschenischen Feldkommandanten sind am Leben und in Freiheit, im Gegensatz zu tausenden tschetschenischer ZivilistInnen. Mehr als 100.000 TschetschenInnen sind aus ihrem Land geflüchtet. Internationale BeobachterInnen sprechen von einer "humanitären Katastrophe", die TschetschenInnen von "Genozid". Die - ständig wachsende - Zahl der Getöteten auf beiden Seiten ist unbekannt - oder zumindest unveröffentlicht. Tschetschenien wird wahrscheinlich noch für viele Jahrzehnte eine Quelle von Spannungen sein, die in die Nachbarländer immer mehr Flüchtlinge aus den Reihen der Überlebenden und immer mehr ausgelaugte junge Menschen mit vom Krieg verkrüppelter Psyche exportieren wird.

Anschläge und "Orientophobie"

Das alles wirkt wie eine Warnung - sogar mehr noch als die Vietnam-Erfahrung - an die US-Regierung mit ihrem "Krieg gegen den Terrorismus". Nicht nur weil Afghanistan auch mit modernsten Waffen wohl nicht so leicht zu besetzen ist. Nicht nur weil von Beginn an klar ist, dass die für die Anschläge Verdächtigten nicht in einem einzelnen Land ansässig sind, sondern über die ganze Welt verteilt sind. Sondern auch weil im Drang nach Vergeltung es einmal mehr unmodern geworden ist, das Problem an seinen Wurzeln zu verfolgen. Das heißt ethnische Vorurteile, Rassismus und soziale Ungleichheit anzugehen.

Das Spielfeld der amerikanischen Regierung ist - anders als das der russischen - nicht "nur" ihr eigenes Territorium plus ein gewisser "Hinterhof", sondern der gesamte Globus. Entsprechend beschäftigen ihre Reaktionen auf die Ereignisse vom 11. September die ganze Welt - wiederum im Unterschied zu dem größtenteils vergessenen Krieg in den Bergen des Kaukasus. Es bleibt zu hoffen, dass es einen weiteren entscheidenden Unterschied gibt: dass es dieses Mal genug Menschen geben wird, die bereit sind zu handeln, die Logik der Eskalation und der Polarisierung zu durchbrechen.

Maxime Butkevitch und Gisela Neunhöffer

12. Im Osten viel Neues. Washingtons Feldzug gegen "das Böse" setzt südostasiatische Regierungen unter Druck

Autor: Rainer Werning · Rubrik: Interventionspolitik und Kriege; Asien allgemein; US-Imperialismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak455/06.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:455:06

Der US-amerikanisch-britische Krieg gegen Afghanistan wird auf Dauer mehr Probleme schüren, als er durch seinen erklärtermaßen antiterroristischen Feldzug zu lösen vorgibt. In Südost- und Ostasien wächst jedenfalls die Ablehnung gegen den Weltsheriff USA, der durch die ausgegebene Parole "dead or alive" nach eigenem Gutdünken Rache und Vergeltung übt, sich gleichzeitig der Installierung eines Internationalen Strafgerichtshofes seit 1998 widersetzt. Diese imperiale Selbstherrlichkeit stößt unter der Bevölkerung in der Region zunehmend auf Kritik und die herrschenden Eliten in Legitimitätskrisen.

Indonesien: Zerreißproben

In Indonesien, mit etwa 240 Millionen EinwohnerInnen das bevölkerungsreichste Land Südostasiens und gleichzeitig die Nation mit dem weltweit größten muslimischen Bevölkerungsanteil, wird der erst seit Sommer amtierenden Regierung unter Megawati Sukarnoputri ein politischer Spagat abverlangt. Einerseits ist Indonesien seit dem blutigen Militärputsch des Diktators Suharto (1965/66) ein treuer Vasall Washingtons und Nutznießer massiver westlicher Wirtschafts- und Militärhilfe gewesen. Zum anderen haben die verschiedenen muslimischen Organisationen, darunter auch radikale mit Verankerung im Militär, seit dem Abtritt Suhartos im Mai 1998 Aufwind bekommen. Nicht zuletzt deshalb, weil Megawatis Amtsvorgänger, Abdurrahman Wahid, einst Vorsitzender der mit über 30 Millionen Mitgliedern landesweit größten, gemäßigten muslimischen Organisation Nahdlatul Ulama war.

Unruhig bleibt es nicht nur in Aceh und Westpapua, wo sich Regierungssoldaten und Kämpfer der Unabhängigkeitsbewegungen GAM beziehungsweise OPM wieder verstärkt blutige Gefechte liefern. In den letzten Tagen kam es auch in Makassar, der Hauptstadt Südsulawesis, sowie in allen größeren Städten auf der Hauptinsel Java, vor allem aber in der Metropole Jakarta, wiederholt zu gewalttätigen Anti-USA-Demonstrationen und Protestkundgebungen vor der Britischen Botschaft. US-Botschafter Robert S. Gelbard hat bereits mit anderen Botschaftsangehörigen Jakarta verlassen. Die indonesischen Streitkräfte, so Gelbard, böten keine Sicherheitsgarantie mehr. Firmen wie Nike und Adidas, die auf dem Archipel seit Jahren zu Tageslöhnen von umgerechnet knapp zwei Mark produzieren lassen, haben ebenfalls einen Teil ihrer ausländischen Mitarbeiter abgezogen. Auch sie fühlen sich unzureichend geschützt und befürchten, dass die Situation aus dem Ruder läuft, sollten die US-amerikanisch-britischen Bombardements in Afghanistan anhalten.

Wenngleich Präsidentin Megawati kurz nach den Anschlägen in New York und Washington zur Staatsvisite in den USA weilte, dort ihre Verbundenheit mit Amerika zum Ausdruck brachte und ihr Amtskollege Bush ihr Militärhilfe von gut eine halbe Milliarde US-Dollar zusagte, muss sie um die innenpolitische Stabilität bangen. Radikale Organisationen - wie die Islamische Jugendbewegung, Laskar Jihad (Jihad Paramilitärische Kraft), Laskar Pembela Islam (Paramilitärische Kraft zur Verteidigung des Islam) und die Laskar Mujahidin Indonesia (Paramilitärische Kraft der Indonesischen Heiligen Krieger) - drohen mit der Eskalation von Gewalt, wenn der Westen weiterhin in Afghanistan militärisch interveniert und keine eindeutigen Beweise der Verstrickung Osama bin Ladens in die Terroranschläge vom 11. September liefert. Von der eigenen Regierung verlangen sie, den USA keinerlei Unterstützung zu gewähren. Eine Forderung, die mittlerweile auch der politisch gemäßigte und einflussreiche Rat der Ulema erhebt. Selbst Vizepräsident Hamzah Haz hat die US-Kriegführung wiederholt kritisiert und sich damit bewusst von jenen Kräften in der Regierung abgesetzt, die Washington die Stange halten.

Vor allem Laskar Jihad geriert sich als besonders martialisch. Ihr Führer Ustadz Ja'far Umar Thalib brüstet sich, über eine Gefolgschaft von mittlerweile 10.000 Mann zu verfügen. Seine Truppe war innerhalb der vergangenen eineinhalb Jahre maßgeblich an der Tötung von über 5.000 Menschen auf Maluku (den Molukken) beteiligt. Dort schwebt ihnen eine "Christen-freie Provinz" vor, was nach erfolgreicher Umsetzung auch in anderen Landesteilen realisiert werden soll. Was diese Truppe besonders gefährlich macht, sind ihre

Verbindungen zu aktiven und pensionierten Militärs, die sich als Suharto-Loyalisten verstehen. "Wird ein Afghane verletzt oder getötet", hatte Handrian Syah, einer der Laskar Jihad-Kommandeure, wenige Tage vor Kriegsbeginn gegen Afghanistan erklärt, "werden wir amerikanische Waren boykottieren. Werden zwei Afghanen getötet, werden wir Amerikaner aufspüren, die in Indonesien leben. Werden drei umgebracht, werden wir uns den amerikanischen Botschafter vorknöpfen. Sind es mehr, dann wird die US-Botschaft zerstört."

Auch in Japan, wo Megawati nach ihrem Washingtonbesuch auf dem Rückflug Zwischenstation machte, zeigen sich hochrangige Politiker äußerst besorgt über die mögliche Gewalteskalation in Indonesien. Vor allem das japanische Big Business, schrieb die Japan Times am 3. Oktober, fürchte als größter ausländischer Investor in Indonesien eine instabile Lage, was auch die Sicherheit der Straße von Malakka, einem Seeweg von vitaler Bedeutung, gefährden könnte. In Makassar wurden bereits Anschläge auf japanische Einrichtungen verübt. Nutznießer solcher Unruhen und des allerorten propagierten unerbittlichen Kampfes gegen den Terror sind die Militärs, auf deren Rückendeckung die Regierung freilich angewiesen ist. Damit schwinden nicht zuletzt die Hoffnungen, dass die Verantwortlichen der Massaker in Osttimor im Sommer 1999 jemals zur Rechenschaft gezogen werden. Ursprünglich sollte ihnen vor einem UN-Tribunal der Prozess gemacht werden, was letztlich zu Gunsten einer Strafverfolgung im Lande selbst fallen gelassen wurde.

Philippinen: Vasallentreue

Am 20. Januar 2001, als Bush Junior sein Amt antrat, legte auch die neue philippinische Präsidentin Gloria Macapagal-Arroyo in Manila ihren Amtseid ab. Als oberste Repräsentantin eines Staates, der vor seiner Unabhängigkeit 1946 nahezu ein halbes Jahrhundert lang eine US-Kolonie war, mangelt es der neuen Präsidentin innen- wie außenpolitisch an Souveränität. Im Kampf gegen den kommunistischen und muslimischen Widerstand im Lande - d.h. gegen die Guerilla der von der Kommunistischen Partei befehligten Neuen Volksarmee (NPA) und der Moro Islamischen Befreiungsfront (MILF) - signalisiert sie einerseits Friedfertigkeit und Verhandlungsbereitschaft. Andererseits schwadronieren die Präsidentin und ihre Generäle unablässig von einem raschen militärischen Sieg.

Kopfzerbrechen bereitet Manila indes die Gruppe der Abu Sayyaf (ASG - "Vater des Scharfrichters") im Süden des Archipels. Und das nicht erst seit Mitte September, als Präsident Bush die Abu Sayyaf auf die Liste von 27 weltweit operierenden Terrororganisationen setzen ließ, die es nunmehr durch die "Allianz gegen den Terror" auszumerzen gelte. Pikanterweise haben nicht nur das philippinische Militär und dessen Geheimdienst zeitweilig die obersten Ränge der Gruppe infiltriert, sondern laut Zeugenaussagen von ZivilistInnen auf der Insel Basilan auch mehrfach ihre Trupps gegen Zahlung von Schmiergeldern durch Sicherheitskordons schlüpfen lassen. (Vgl. ak 445) Bis Juli, hatte sich Frau Arroyo selbst als Frist gesetzt, werde die Abu Sayyaf ausgemerzt sein. Doch ihre Politik des "Auge um Auge, Zahn um Zahn, Kugel für Kugel" führte dazu, dass seit Mitte Juli in zahlreichen Orten auf Basilan faktisch der Ausnahmezustand herrscht und vor allem die Zivilbevölkerung drangsaliert wird. Trotz eines militärischen Großaufgebots von über 5.000 Soldaten gelang es den staatlichen Sicherheitskräften bislang nicht, die auf Kidnapping und Lösegelderpressungen spezialisierte Abu Sayyaf auszuschalten. Derart peinlich ist diese Affäre für das Militär, dass noch einen Tag vor der Verwüstung des World Trade Center der Verteidigungsminister und Generalstabschef nicht mehr ihren Rücktritt ausschließen mochten, sollte eine zwischenzeitlich vom Kongress eingesetzte Untersuchungskommission zu dem Ergebnis gelangen, dass Offiziere tatsächlich Gelder fürs Wegschauen kassiert hatten.

Seit dem 11. September aber ist alles anders. Das Militär ist exkulpiert, und seine Dienste werden - wie im Nachbarland Indonesien - jetzt mehr denn je als innenpolitische Ordnungsinstanz in Anspruch genommen. Mehr noch: Die Präsidentin und der philippinische Generalstab üben sich seitdem gegenüber Washington in Vasallentreue. Manila gestattet den GIs nunmehr erneut die Nutzung der früheren US-Militärbasen Clark Air Field und Subic Naval Base sowie uneingeschränkte Überflugrechte über philippinisches Territorium. Die Präsidentin bot den USA gar an, sich mit einem eigenen Kontingent am "Kampf gegen den weltweiten Terrorismus" zu beteiligen. Vereinbart wurde auch die Entsendung von US-amerikanischen Antiterrorspezialisten zur Bekämpfung der Abu Sayyaf, wenngleich Manila - noch zumindest - darauf beharrt, kein direktes militärisches Eingreifen von US-Truppen zu dulden. All diese Maßnahmen erfolgen im Rahmen des sogenannten Visiting Forces Agreement (VFA), das nach hitzigen innenpolitischen Debatten Ende Mai

1999 zwischen Manila und Washington quasi als Fortsetzung des früheren Militärbasen-Abkommens vereinbart worden war.

Das VFA gestattet den US-amerikanischen Streitkräften u.a. die Anlandung von 22 Häfen im Lande sowie die Nutzung von Flughäfen auf unbestimmte Zeit. Das führt jetzt wieder zur Kritik inner- wie außerhalb des Parlaments. Massive Protestaktionen vor der US-Botschaft in Manila richten sich denn nicht nur gegen die Kriegführung in Afghanistan, sondern auch gegen die US-hörige Politik der eigenen Regierung und die Bestimmungen des VFA. Befürchtet wird, dass damit eine militärische Intervention im Süden des Landes möglich werden könnte. Denn "der langwierige Kampf gegen den weltweiten Terrorismus" mit der von Präsident Bush vorgegebenen Zielrichtung, auch die Länder ins Visier zu nehmen, die terroristischen Banden (wie der Abu Sayyaf, von denen einige in Afghanistan militärisch ausgebildet wurden) Unterschlupf gewähren beziehungsweise dort operieren, könnte rasch eskalieren. Schließlich bedeutet das bedingungslose Einschwenken der Regierung auf den Kurs der USA und das Festhalten an der militärischen Option, dass der seit 1970 schwelende Konflikt auf Mindanao und in der Sulu-See anhält, die Autonomiebestrebungen der dortigen muslimischen Bevölkerung (Moros) unerfüllt bleiben und eine politische Konfliktregelung mit der einflussreichen MILF in weite Ferne rückt.

Malaysia: Politisches Vabanquespiel

"Die Attacken (am 11. September - ak) sind als sinnlose Gewalt aufs Schärfste zu verurteilen", ließ der inhaftierte frühere stellvertretende Premierminister Anwar Ibrahim durch seinen Anwalt erklären. "Ich hoffe allerdings", so fügte der von Premier Mahathir Mohamad 1998 politisch abservierte prominente Häftling hinzu, "dass die USA Gerechtigkeit walten lassen und nicht Vergeltung üben". Damit gab es eine überraschende Übereinstimmung zwischen beiden, die sich seit dem Beginn der Bombardierungen afghanischer Städte verstärkt hat. Malaysia, lange Zeit dem Westen zugeneigt und gleichzeitig auf Grund seines überwiegend muslimischen Bevölkerungsanteils Mitglied der 56 Staaten umfassenden Organisation der Islamischen Konferenz (OIC), geriet seit der sogenannten Asienkrise 1997 außen- und wirtschaftspolitisch sowie wegen der Kaltstellung von Dissidenten (darunter eben Anwar Ibrahim) auf der Basis des berüchtigten Internen Sicherheitsgesetzes (ISA) ein wenig ins Abseits. (Das ISA, seit 1960 in Kraft, ist eine Hinterlassenschaft der sogenannten Notstandsphase, die von 1948 bis 1960 währte, als es darum ging, die damals starke Kommunistische Partei Malaysias zu bekriegen. Laut ISA kann die Polizei Personen, die die "Sicherheit des Landes gefährden", bis zu 60 Tage ohne Rechtsbeistand und Einleitung eines Verfahrens internieren. Stimmt der Innenminister zu, ist danach eine weitere, bis zu zwei Jahre währende Inhaftierung möglich.) Mahathir hatte ausländische Spekulanten und Finanzinstitutionen offen als "neokoloniale Instrumente" und deren Gebaren als "imperialistisch" gebrandmarkt.

Politische Widersacher wurden von dem seit 1981 amtierenden Premier wiederholt als "subversiv" oder "terroristisch" abgestempelt. Seitdem nunmehr in den US-amerikanischen Medien häufiger von einer malaysisch-indonesisch-philippinischen Connection zu Osama bin Ladens al-Quaida die Rede ist, konterte Mahathir mit dem Argument, freilich gebe es in Malaysia terroristische Elemente. Diese hätten aber, so der Premier, niemals US-Einrichtungen ins Visier genommen, sondern seien ein internes Problem, mit dem seine Regierung sehr wohl allein fertig werde. Tatsächlich wurden Wochen vor den Anschlägen in New York und Washington mehrere militante Moslems verhaftet: Ihnen wurde vorgeworfen, die Regierung stürzen zu wollen. Unter den Festgenommenen, die mittlerweile zu einer zweijährigen Haftstrafe verurteilt wurden, befand sich mit Nik Adli auch der älteste Sohn des Führers der Islamischen Partei Malaysias (PAS), Nik Abdul Aziz. Die Staatsanwaltschaft warf Nik Adli und seinen Gefolgsleuten vor, in Afghanistan militärisch ausgebildet worden zu sein, sich Waffen aus Thailand beschafft und bei Moslem-Rebellen in den Philippinen das Fertigen von Bomben gelernt zu haben.

Mahathirs Regierungsbündnis der Nationalen Front, die von des Premiers geführter Vereinten Malaiischen Nationalen Organisation (UMNO) dominiert wird, hat über all die Jahre ohne nennenswerte Opposition Politik machen können. Und jetzt fürchtet die ohnehin zersplitterte Opposition wegen der Terrorismus-Hysterie noch mehr in die Zange genommen zu werden. Erst am 27. September fuhr die Nationale Front bei den Wahlen zur Legislativversammlung im ostmalaysischen Bundesstaat Sarawak ein Traumergebnis ein: Sie errang 60 der insgesamt 62 Sitze. Die beiden größten Oppositionsparteien, die PAS und die von Anwar Ibrahims Frau, Azizah Ismail, geführte Keadilan, gingen leer aus. So profitiert Mahathir zum einen von den Auswirkungen des Antiterrorismus-Feldzuges zur Zähmung politischer Gegner. Andererseits wächst mit jedem Tag der

Bombardierung Afghanistans die Kritik gegen die Krieg führenden westlichen Staaten; mit England ist ja immerhin auch die einstige Kolonialmacht wesentlich involviert.

Latenter Konfliktherd Ostasien

Währenddessen geht das Pentagon davon aus, dass den Vereinigten Staaten und dem Weltfrieden allerdings langfristig aus dem Osten Asiens Gefahren drohen. In Präsident Bushs erstem Defence Review Report (dieser erscheint alle vier Jahre und skizziert die militärstrategischen Grundlinien der jeweiligen Administration), der in seinen wesentlichen Passagen im Sommer entstanden und am 30. September veröffentlicht wurde, werden der Fokus und die Streitkräfte der US-Militärmacht von Europa und dem Atlantik weg gen Asien und dem Pazifik gelenkt. In einem Gespräch mit der Hongkonger Wochenzeitschrift Far Eastern Economic Review (18.10.01) erklärte Admiral Dennis C. Blair, Oberbefehlshaber des Pacific Command: "In der Vergangenheit waren die 'Big Three'-Regionen stets Europa, Südwestasien und Ostasien, und zwar in dieser Rangfolge. Jetzt aber rückt Ostasien an die erste Stelle, gefolgt von Südwestasien und letztlich Europa," wobei er mit Südwestasien den Golf, Afghanistan and Zentralasien meint. Laut Blair wird es künftig notwendig sein, zwischen Ost- und Nordostasien zu unterscheiden. Letztgenannte Region beinhaltet noch ungelöste Probleme auf der koreanischen Halbinsel, während "der Rest Ostasiens potenzielle Konflikte sowie konfliktentschärfende Potentiale birgt, die von der Straße von Taiwan über Südostasien bis hin nach Südasien reichen". Damit, so Admiral Blair, sei erstmalig und explizit mit Asien mehr als nur eine Abschreckung in Korea gemeint.

Fortan soll die US-Pazifikinsel Guam Dreh- und Angelpunkt militärischer Operationen werden. In der Hauptstadt Agana existiert bereits mit der Anderson Air Force Base ein großer Luftwaffenstützpunkt, und die Marineeinrichtung soll ausgebaut und dort binnen eines Jahres drei nuklear betriebene Unterseeboote stationiert werden. Gleichzeitig wird den auf Okinawa (Japan) stationierten US-Verbänden eine größere regionale Ordnungsfunktion zugewiesen. Anstelle neuer Militärbasen gelte es verstärkt auf die Einrichtungen befreundeter Staaten - das betrifft vor allem Australien und die Philippinen - zurückzugreifen und mit deren Militärs häufiger gemeinsame Manöver abzuhalten. Die Richtlinien des Defence Review sehen im Rahmen des Raketenabwehrsystems (MDS) überdies eine Umrüstung von Unterseebooten vor: Da gemäß den Waffenkontrollabkommen atomare ballistische Raketen verschrottet werden sollen, ist deren Ersetzung durch Cruise-Missiles vorgesehen. Schließlich: Sollte sich die Lage auf der koreanischen Halbinsel und das Verhältnis zwischen Seoul und Pjöngjang entspannen, bestünde die Mission der in Südkorea stationierten US-Truppen weniger in der Verteidigung des Landes als vielmehr in der Übernahme regionaler Verpflichtungen. (Vor allem in Nordkorea ist nicht vergessen, dass während des Koreakrieges (1950-53) die USA im Rahmen auch bakteriologischer Kriegführung u.a. Anthrax (Milzbranderreger) eingesetzt und US-Bomberpiloten geklagt hatten, dass dort partout keine Angriffsziele mehr auszumachen waren. So war die Hauptstadt Pjöngjang buchstäblich in Schutt und Asche gelegt.)

Bleibt abzuwarten, wie Washington künftig sein Verhältnis zur Volksrepublik China gestaltet. Zumindest in der ersten Jahreshälfte war das bilaterale Verhältnis auf einem Tiefpunkt angelangt, was nicht nur an der erzwungenen Landung eines US-amerikanischen Spionageflugzeuges auf der Insel Hainan und an den aufgestockten Waffenverkäufe an Taiwan demonstriert wurde. In den ersten Wochen seiner Amtszeit wurde die VR China in Washington gar als "strategischer Feind" bezeichnet. Staats- und Parteichef Jiang Zemin fuhr dann am 24. Mai eine für den US-Präsidenten wenig schmeichelhafte Retourkutsche. Bush, so Jiang anlässlich einer Sondersitzung von Politbüromitgliedern und außenpolitischen Experten der KP Chinas über nationale Sicherheitsbelange, sei "konfus und prinzipienlos" - wörtlich: "logically unsound; confused and unprincipled; unwise to the extreme".

Rainer Werning

13. Risse im Gebälk. Israel/Palästina und die internationale Anti-Terror-Koalition

Autor: Achim Rohde · Rubrik: Israel / Palästina · CD-Datei: daten/aksuche/ak455/17.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:455:17

Der Krieg in Afghanistan und die diplomatischen Anstrengungen der USA, eine internationale Anti-Terror-Koalition zu schaffen, haben auf die Konfliktparteien in Israel/Palästina mäßigende Auswirkungen gehabt, zumindest auf den ersten Blick: Die palästinensische Administration wählte in diesem Konflikt die "richtige" Seite und konnte so ihre Position im diplomatischen Grabenkampf mit Israel deutlich stärken. Die israelische Armee begann, Truppen aus den zehn Tage zuvor besetzten Stadtvierteln im autonomen Teil Hebrons abzuziehen.

Offiziell begründet wurde dieser Rückzug mit einer Abnahme feindseliger Akte seitens der Palästinenser, doch dürfte dahinter auch das Interesse der israelischen Regierung stehen, den USA positive Schlagzeilen zu liefern. Immerhin hatte Premierminister Sharon kürzlich mit seinen Verbalattacken gegen US-Präsident Bush weltweit für Kopfschütteln gesorgt. Shimon Peres warnt zu Recht vor einer selbstverschuldeten Isolierung Israels, sollten sich seine Vertreter weiterhin auf so geschichtsblinde Weise zu Opfern einer amerikanischen "Appeasement-Politik" gegenüber "den Arabern" (sprich: den Nazis) stilisieren. Solch krude Projektionen zeugen aber weniger von der Dummheit Sharons als vielmehr von einer zum Zerreißen gespannten Situation innerhalb des israelischen politischen Establishments. Sollten sich angesichts der Herausforderung durch den internationalen Terrorismus die strategischen Prioritäten der USA in der Region zum Nachteil Israels verschieben - worauf einiges hindeutet - dann geriete das politische System des jüdischen Staates in eine bedrohliche Lage.

Die gesellschaftlichen Gruppen und politischen Akteure in Israel sind in den Jahren seit Oslo immer weiter auseinander gedriftet und nehmen in vielen Bereichen einander wechselseitig ausschließende Positionen ein. Die unter den Regierungen Netanjahu und Barak grassierende Korruption und eine strikt neo-liberale Wirtschaftspolitik haben die sozialen Spannungen innerhalb der israelischen Gesellschaft im Laufe der 90er Jahre dramatisch verstärkt und dem Zynismus Tür und Tor geöffnet. Darunter litt die Legitimität des ebenfalls auf neo-liberalen Prinzipien basierenden Oslo-Prozesses, den die Mehrheit der jüdischen Israelis als eine Bedrohung ihres Lebensstandards und ihrer politischen Identität ablehnen. Der von Peres in so rosigen Farben gepriesene "Neue Nahe Osten" war nur für die potenziellen Gewinner einer solchen Entwicklung interessant, also für die kapitalstarken und hoch qualifizierten, meist säkularen, städtischen Mittel- und Oberschichten. (1)

Nachdem Barak den Oslo-Prozess in Camp David fahrlässig gegen die Wand gefahren hatte, war eine neue Intifada nur eine Frage der Zeit. Ebenso nahe liegend war der Aufstieg Ariel Sharons, immer noch die Personifikation eines schicksalhaften Existenzkampfes des jüdischen Staates gegen eine stets feindliche Umwelt: Wenn Nachdenken zu anstrengend wird, dann hilft die Selbststilisierung als unschuldiges Opfer einer fremden Aggression. Die Wagenburgmentalität im Angesicht eines äußeren Feindes ist momentan der einzige Kitt, der die zahlreichen und nur schwer überbrückbaren Konfliktlinien innerhalb der israelischen Gesellschaft überdecken kann.

Das israelische politische System ist praktisch handlungsunfähig geworden: Oslo hat als strategische Option versagt, weil die Palästinenser nicht bereit sind, weiterhin in ihren mit hohlen Symbolen einer palästinensischen Staatlichkeit geschmückten Kaninchenkäfigen in Westbank und Gaza auszuharren, deren Schlüssel bis auf weiteres in den Händen Israels verbleiben. Die gewaltsame Unterdrückung der palästinensischen Unabhängigkeitsbestrebungen kann ebenfalls nicht als längerfristige Option gelten. Gegenwärtig mehren sich die Anzeichen dafür, dass die USA im Interesse ihrer Anti-Terror-Koalition Israel zu weit größeren Zugeständnissen an die Palästinenser zwingen werden, als dies bislang vorstellbar war. Damit aber würde der äußere Feind einmal mehr zum Verhandlungspartner, diesmal unter für Israel weniger vorteilhaften Bedingungen als noch 1993.

Ein weiterer Unsicherheitsfaktor ist die palästinensische Administration. Selbstverständlich sind eine seit 34 Jahren andauernde Militärbesatzung und fortwährende Enteignung und Vertreibung keine günstigen Ausgangsbedingungen zur Bildung zivilgesellschaftlicher Strukturen. Dennoch galt diesbezüglich die palästinensische Gesellschaft lange als im Vergleich zu anderen arabischen Gesellschaften hoch entwickelt.

Viele Hoffnungen richteten sich auf eine demokratisch legitimierte Institutionenbildung in den autonomen Gebieten, auf dem Weg zu einem demokratischen Staat Palästina in Westbank, Gaza und Ost-Jerusalem. Vergeblich. Die israelischen Regierungen sahen in Arafats Leuten nie mehr als nützliche Idioten, die ihnen die Drecksarbeit in den palästinensischen Bevölkerungszentren abnehmen würden, ohne sich groß um demokratische Gepflogenheiten oder Menschenrechte kümmern zu müssen. Das Machtgefälle zwischen der palästinensischen Administration und Israel ist so groß, dass Arafat seit seinem Einzug nach Gaza 1993 nur sehr begrenzten Handlungsspielraum hatte.

Seit dem Ausbruch der neuen Intifada aber erreichte die Schwäche seiner Administration dramatische Dimensionen. Die wirtschaftliche Strangulierung und Aufteilung der besetzten Gebiete in zahllose hermetisch abgeriegelte Siedlungsenklaven treiben Arafats Machtapparat in den Bankrott, und sie zerstören die Funktionsfähigkeit seiner Verwaltung, die unter den Bedingungen eines Volksaufstandes ohnehin zu Gunsten informeller Strukturen geschwächt wird. (2)

Doch wäre es falsch, die Korruption, den Klientelismus, die chronische Schwäche von Judikative und Legislative, die Menschenrechtsverletzungen, diese ganze Miefigkeit und Absurdität einer Gartenzwergdiktatur in einem geschundenen Zipfel der Dritten Welt schlicht als eine Folge des israelischen Kolonialismus zu verbuchen. Arafat hat seine Administration aus ureigenem Machtinteresse mit engen Vertrauten aus der Zeit des Exils besetzt. Während der Jahre des Oslo-Prozesses war eine Vielzahl von miteinander konkurrierenden Geheimdiensten und Milizen damit beschäftigt, Widerspruch mundtot zu machen. Zusätzlich sorgt ein Netz von Klientelbeziehungen, in das auch die Anführer zahlreicher einflussreicher Familienclans eingebunden sind, für die Zementierung undemokratischer und patriarchaler Strukturen. (3)

Die versprengten Reste der säkularen palästinensischen Linken fristen an Universitäten, in Ministerien und in den zahlreichen NGOs ein Nischendasein fernab der Macht; die Anglistik-Professorin, Parlamentsabgeordnete und engagierte Bürgerrechtlerin Hanan Ashrawi etwa hat sich frustiert aus der palästinensischen Politik zurückgezogen und einen Job als Sprecherin der Arabischen Liga angenommen. Es ist auffällig, wie sehr zivilgesellschaftliche Institutionen und Techniken des zivilen Ungehorsams, die den Charakter der ersten Intifada entscheidend prägten, in der neuen Intifada praktisch ohne Bedeutung bleiben. Dies liegt zum einen sicher an der brutalen und explizit militärischen Aufstandsbekämpfung durch die israelische Armee, ist aber auch eine Folge der systematischen Unterdrückung und Kooptierung ziviler Strukturen und Institutionen durch die palästinensische Administration. (4)

Direkt nach dem Beginn des Krieges in Afghanistan wurde Gaza zum Schauplatz der bisher schwersten und blutigsten Auseinandersetzungen zwischen Arafats Administration und der Hamas. Auf wütenden anti-amerikanischen Demonstrationen schwenkten Hamas-Anhänger Bilder von Osama Bin Laden vor den TV-Kameras - eine schlechtere Werbung kann es für die Palästinenser nicht geben! Dies ist weit mehr als nur eine Auseinandersetzung zwischen einem pragmatischen Arafat und seiner fundamentalistischen Opposition. Die Legitimität und Durchsetzungsfähigkeit der palästinensischen Administration ist durch interne Korruption und infolge der israelischen Unterdrückung derart geschwächt, dass der gesellschaftliche Zusammenhalt und die aus den Oslo-Verträgen hervorgegangenen politischen Strukturen insgesamt zur Disposition stehen. Nur durchgreifende politische Reformen unter Einbeziehung auch der Hamas sowie die wirkungsvolle Bekämpfung der grassierenden Korruption könnten die Lage verbessern.

Achim Rohde

Anmerkungen:

1) Oren Yiftahel, Israeli Society and Jewish-Palestinian Reconciliation: "Ethnocracy" and its Territorial Contradictions, in: Middle East Journal 51/4 (1997), S. 505-519.

2) Charmaine Seitz, The Search for Good Governance in Palestine, in: Middle East Report 220 (Fall 2001).

3) Sara Roy, The Crisis Within: The Struggle for Palestinian Society, in: Critique, No. 17 (Fall 2000), S. 5-30.

4) Rema Hammami and Salim Tamari, Anatomy of Another Rebellion, in: Middle East Report 217 (Winter 2000).

14. Italien: Krieg und Burgfrieden

Autor: Js. · Rubrik: Italien · CD-Datei: daten/aksuche/ak455/31.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:455:31

Als letzter kam der Kleinste unter den Großen, um die westliche Führungsmacht der "uneingeschränkten Solidarität" seines Landes zu versichern. Nach seiner Tirade gegen den Islam ("1.400 Jahre hinter unserer Zivilisation zurück") musste Silvio Berlusconi bis zum 15. Oktober auf einen Empfang durch George W. Bush warten. Die kleine Demütigung hat er vor allem seinem verfehlten Timing zuzuschreiben. Hatte Berlusconi die Anschläge des 11. September zunächst erstaunlich sachlich als Angriff auf die USA bezeichnet, schwenkte er dann auf die offen rassistische Linie seiner rechten Partner von Alleanza Nazionale und Lega Nord ein - bis zu dem zitierten Ausbruch in Berlin. Derweil hatte Bush seine Kreuzzugs-Rhetorik schon wieder gemäßigt und warnte scheinheilig vor pauschaler Verurteilung des Islam.

Dass Berlusconi das in Washington vorgelegte Tempo nicht halten konnte, muss ihn, den Mann der perfekten Performance, schwer gewurmt haben. Denn in der Sache gibt es zwischen der italienischen und der US-Regierung keinen Dissens: Der "Krieg gegen den Terror" muss "mit allen Mitteln" und bis zum endgültigen Sieg geführt werden. Da darf auch Italien seinen Beitrag leisten. Begeistert griff Berlusconi den Vorschlag des stellvertretenden US-Verteidigungsministers Wolfowitz auf, Italien solle "eine größere Rolle auf dem Balkan spielen" und mit seinen Truppen US-Soldaten ersetzen, wie die Bundeswehr das in Mazedonien bereits vorexerziert.

Grüne und KommunistInnen sind lernfähig

Nach Beginn des britisch-amerikanischen Angriffs auf Afghanistan steht die italienische Regierung, ungeachtet ihres Dilettantismus, wieder bestens da: Man ist mit dabei, um der "großen Herausforderung" zu trotzen, während die Mehrheit der Mitte-Links-Opposition Ulivo in Patriotismus macht. Es sei in der gegenwärtigen Situation "wichtig, dass das italienische Parlament einig ist", erklärte der bei den Wahlen im Mai gescheiterte Spitzenkandidat Francesco Rutelli. Während sich die meisten Ulivo-Abgeordneten bei der Abstimmung über Italiens Eintritt in den Krieg absprachegemäß enthielten und so der Regierung freie Hand ließen, brachte eine Minderheit aus Grünen und Kommunisten (Armando Cossuttas PdCI) eine Resolution gegen den Krieg ein, der auch einige Linksdemokraten (DS) zustimmten. Im März 1999 hatten die Linksparteien - außer Rifondazione Comunista - noch einheitlich für den NATO-Krieg in Jugoslawien votiert.

In der Opposition fällt der Druck weg, stets einheitlich zu stimmen - sehr zum Missfallen der Ulivo-Strategen, die sogleich die Einführung des einheitlichen Votums auch in der Opposition anmahnten. Daraus wird wohl nichts werden. "Den Fehler aus dem Kosovo-Krieg werden wir nicht noch einmal machen", erklärten die Grünen, die - ebenso wie der PdCI - eher das Ulivo-Bündnis verlassen wollen als sich einem "demokratischen Zentralismus" zu unterwerfen.

Während im Parlament nur eine verschwindende Minderheit klar gegen den Krieg Stellung nahm, gehörte die Straße den KriegsgegnerInnen. An dem seit 1961 alljährlich stattfindenden Friedensmarsch von Perugia nach Assisi beteiligten sich diesmal weitaus mehr Menschen als jemals zuvor, fünf Mal so viele wie an der größten Demo gegen den Kosovo-Krieg. An diesem 14. Oktober marschierten 250.000 Menschen für den Frieden, nicht alle die ganze Strecke von 24 Kilometern, nicht alle, um auch den gerade begonnenen Krieg gegen Afghanistan zu verurteilen. Denn auch Francesco Rutelli und DS-Präsident Massimo D'Alema hatten sich nach langen Debatten und beschützt von ihren Bodyguards in die umbrische Hauptstadt gewagt, wo sie mit Pfiffen empfangen wurden und nach einigen Kilometern zu Fuß schnell wieder das Weite suchten.

Allerdings ist nicht nur die parlamentarische Opposition in der Frage von Krieg und Frieden gespalten. Auch die nach Genua noch einmal beträchtlich gewachsene außerparlamentarische Bewegung der GlobalisierungsgegnerInnen, in diversen Sozialforen koordiniert, tritt keineswegs einheitlich auf. Während der linke Flügel mit zeitlos richtigen, aber aktuell wenig hilfreichen Parolen gegen die NATO agitiert, beschränken sich die PazifistInnen darauf, "jeden Krieg ohne Wenn und Aber" zu verdammen. Rifondazione Comunista (RC) dagegen hält auch militärische Anti-Terror-Aktionen für legitim.

So forderte RC-Sekretär Fausto Bertinotti eine "internationale Polizei-Intervention, die von der UNO geführt, organisiert und geplant wird und in die die arabischen Staaten einbezogen sind". Und Vittorio Agnoletto, der Sprecher des Genoa social Forum, appellierte in Assisi noch einmal an die KriegsbefürworterInnen in den

Reihen des Ulivo: "Ich empfehle ihnen, zu Hause darüber nachzudenken, was sie angerichtet haben und wie sie die Schande ihrer Zustimmung wiedergutmachen können." Nützen wird es wohl nichts.

Js.

15. Frankreich im Krieg

Autor: Bernhard Schmid · Rubrik: Frankreich · CD-Datei: daten/aksuche/ak455/16.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:455:16

Mitte September stimmten nach einer Umfrage des Instituts Gallup International 73 Prozent der Französinnen und Franzosen einer Beteiligung Frankreichs an "militärischen Aktionen der USA gegen die Terroristen" zu. Wenig später, in der ersten Oktoberwoche, sahen 67 Prozent der vom Ipsos-Institut Befragten das französische Engagement als "ausreichend" an, während 23 Prozent es als "unzureichend" und 7 Prozent als zu stark empfanden. Zu diesem Zeitpunkt hatte Frankreich den USA seinen Luftraum und die Logistik seiner Marine im Indischen Ozean zur Verfügung gestellt, schien jedoch in den Augen der Öffentlichkeit nicht direkt am Geschehen beteiligt zu sein - ein Trugschluss.

Denn wie die Pariser Tageszeitung Liberation am 9. Oktober enthüllte - und wie Verteidigungsminister Alain Richard offiziell bestätigte -, ist der französische Auslandsgeheimdienst DGSE derzeit mit knapp 100 Agenten in Afghanistan vertreten und spielt damit eine größere Rolle als die amerikanischen Dienste. Die DGSE trägt zur Definition der Ziele der Bombardierungen bei, denn - so Minister Richard - "die Satellitenbilder sagen nicht alles". Was nebenbei die These untermauert, dass die Ausschaltung Osama Bin Ladens, wäre sie politisch gewollt, auch mit anderen Mitteln als großflächigen Bombardierungen möglich sein dürfte. US-Anfragen nach einer verstärkten Beteiligung Frankreichs, etwa mit der Luftwaffe, sind nach Angaben der Regierung noch zurückgestellt.

Nach ersten kleineren Demos gegen den Krieg beteiligten sich am 29. September in Paris etwa 6.000 Menschen an einer seit Monaten geplanten Demo für die Rechte der afghanischen Frauen, die wegen der aktuellen Weltlage weitgehend zu einer Antikriegsaktion wurde. Am 11. Oktober gingen in Paris dann noch einmal knapp 5.000 Menschen auf die Straße. Ein Teil von ihnen, um gegen den Krieg zu demonstrieren; andere, um Premierminister Jospin zu kritisieren, der sich bislang weigerte, das Parlament in die Entscheidung über ein französisches Engagement einzubeziehen.

Das Dilemma der KP und der Grünen

Die linken Regierungsparteien, d.h. die Kommunisten und die Grünen, befinden sich spätestens seit Kriegsbeginn in der Zwickmühle. Mit Abstand am schwierigsten ist die Situation für die KP, den Parti communiste français (PCF). Einerseits ist die Partei traditionell anti-fundamentalistisch eingestellt. Dazu tragen mindestens zwei Traditionslinien bei: Zum einen rechtfertigte der PCF 1979/80 den sowjetischen Einmarsch in Afghanistan, auch mit Verweis auf die islamischen Fundamentalisten und Reaktionäre in den Reihen der anti-sowjetischen Widerständler. Zum anderen war dem PCF, auf Grund der starken Bindungen zwischen Frankreich und Algerien, in den neunziger Jahren das Schicksal der algerischen Kommunisten bzw. Ex-Kommunisten besonders nahe. Andererseits kultivierte die Partei aber auch einen Anti-Imperialismus, der mitunter antiamerikanisch-patriotische Züge aufwies und den französischen Imperialismus - namentlich in Afrika - mal mehr und mal weniger einbezog.

Diese Mischung aus Imperialismus- und USA-Kritik ist im Bewusstsein der KP-Mitglieder tief verankert. Zusätzlich muss die KP, die als konstruktive Regierungspartei anerkannt werden will, Rücksichten auf ihre sozialdemokratischen Koalitionspartner nehmen. Zwischen diesen drei Zwängen ist die Partei heute hin- und hergerissen.

Am 13. September hatte PCF-Sekretär Robert Hue anlässlich einer Schweigeminute des Conseil national - der erweiterten Parteiführung - seine Solidarität mit "dem gesamten amerikanischen Volk" erklärt, "mit allen Bürgern und Bürgerinnen dieses großen Landes", und hinzugefügt: "Und mit den Führungsleuten, die sie sich gegeben haben." Das wollten bedeutende Teile der Basis und des Umfelds der Partei jedoch nicht hinnehmen. Die Schweigeminute auf dem Pressefest der PCF-nahen Tageszeitung L'Humanité, das vom 14. bis 16. September stattfand, wurde deswegen schon nach wenigen Sekunden von einem Pfeifkonzert unterbrochen.

Bei der Pariser Demonstration am 11. Oktober wurden die Schwierigkeiten der KP offensichtlich. In ihrem Demo-Aufruf drückte sie die Erwartung aus, "dass ein unerbittlicher Kampf geführt werde, damit der Terrorismus ausgerottet wird. Er beinhaltet, auch in seinen militärischen Dimensionen, dass nicht auf Mittel zurückgegriffen wird, die, indem sie unschuldige Zivilisten treffen, den Terroristen und ihren Unterstützern in die Hände spielen." Während der Betrachter noch rätselte, ob dies nun als Kritik oder als Unterstützung der

"militärischen Dimensionen" der US-geführten Operationen auszulegen sei, zeigte sich der PCF auf der Demo mit Schildern, die die Aufschrift trugen: "Das afghanische Volk, erstes Opfer des Terrorismus und der Taliban". Und jetzt der Bomben, war man versucht hinzuzusetzen - aber schwarz auf weiß zu lesen war es nicht. Auf anderen PCF-Schildern stand: "Das Parlament soll entscheiden". Was es denn beschließen solle, wurde nicht mitgeteilt.

Ähnlich wie der PCF ist auch der Gewerkschaftsbund CGT, der einst den Parteikommunisten nahe stand, hin- und hergerissen. Seine Positionsfindung wird noch durch das Bemühen der CGT-Führung verkompliziert, bei jeder Gelegenheit ihre "Emanzipation" von der Kommunistischen Partei herauszustreichen. Ein Teil des CGT-Apparats befindet sich in einer Phase fortschreitender Annäherung an die Sozialdemokratie.

Ein weiteres Problem ist, dass keine andere Gewerkschaftsorganisation, mit Ausnahme der linken SUD-Basisgewerkschaften und der Lehrergewerkschaft FSU, aktuell gegen den Krieg Stellung bezieht. Insbesondere die Führung des zweiten großen Gewerkschaftsbundes, der sozialliberalen und immer weiter nach rechts driftenden CFDT, geißelt alle Anti-Kriegs-Positionen als "altlinken Antiamerikanismus". Daher rührt eine Furcht in Teilen des CGT-Apparats, sich in der gewerkschaftlichen Landschaft zu isolieren.

Zunächst wollte die CGT daher gar nicht zur Pariser Demonstration vom 11. Oktober aufrufen. Kurz vor Beginn der Bombardierungen wurde die CGT-Führungstagung jedoch von einer kontrovers geführten Debatte erschüttert, und auch von Teilen der Basis kam erheblicher Druck. Mit Beginn der Bombardierungen schwenkte die CGT daher um und mobilisierte ihrerseits für die Pariser Demo. Anders dagegen der linksnationalistische Präsidentschaftskandidat Jean-Pierre Chevènement, der 1991 gegen den Golfkrieg und 1999 gegen die Bombardierung Jugoslawiens aufgetreten war. Obwohl er traditionell US-kritische Positionen einnimmt, gehört er heute zu den Befürwortern der US-geführten Operationen in Afghanistan.

Undurchsichtig ist die Lage derzeit noch bei den Grünen. In einer ersten Reaktion nach Beginn der Bombardements verurteilte Noel Mamère den "Akt des Krieges gegen das afghanische Volk". Mamère ist sozialliberaler Spitzenvertreter des Realo-Flügels; beim Golfkrieg 1991 und beim NATO-Krieg gegen Jugoslawien 1999 gehörte er zu den Bellizisten. Hingegen erklärte die ehemalige Umweltministerin Dominique Voynet, die eher in der Mitte der Partei steht, in einer ersten Stellungnahme: "Stehen die Grünen einer Intervention feindlich gegenüber? Das würde ich nicht sagen."

Eine offizielle Position der Ökopartei gibt es bisher nicht. Die bisher vorliegenden Erklärungen grüner ProtagonistInnen entspringen auch eher ihrem innerparteilichen Profilierungsbedürfnis: Noel Mamère wollte mit seiner Intervention vor allem seine Chancen auf eine Nominierung als Präsidentschaftskandidat erhöhen, die denn am 14. Oktober anlässlich einer Führungstagung der Grünen auch beschlossen wurde.

Bernhard Schmid

16. Generalverdacht gegen Muslime. Wo "Anti-Terror-Paket" drauf steht, ist Überwachungsstaat drin

Autor: mb. · Rubrik: Innenpolitik/Innere Sicherheit; Geheimdienste; Ausländer- und Asylpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak455/30.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:455:30

Hektisch, nervös und mit sachfremden Vorstellungen werde die Diskussion um die "Innere Sicherheit" seit dem 11. September geführt - dies ist, man höre und staune, die Einschätzung des Vorsitzenden der Gewerkschaft der Polizei, Konrad Freiberg. Was angeblich dem Schutz vor Terrorangriffen dienen soll, erweist sich bei näherem Hinschauen als Ausweitung repressiver Maßnahmen in Richtung Überwachungsstaat.

Seit dem 8. Oktober sucht das Bundeskriminalamt (BKA) mit Steckbrief nach dem 26-jährigen Deutsch-Marokkaner Said B. sowie nach dem aus dem Jemen stammenden Ramiz B. (29). Said B. soll nach Erkenntnissen der deutschen Behörden für die logistische Vorbereitung der Anschläge in den USA zuständig gewesen sein. Ramiz B. war unter derselben Adresse gemeldet wie einer der angeblichen Hamburger Selbstmordattentäter und hatte sich vergebens um ein Visum für die USA bemüht. Beide Gesuchten seien Anfang September mit unbekanntem Ziel verreist, so die Bundesanwaltschaft (BAW).

Im BKA ist eine Sonderkommission "Besondere Aufbauorganisation USA" eingerichtet worden, die Anfang Oktober aus 613 BeamtInnen bestand, verteilt auf Hamburg, Wiesbaden und Meckenheim. Zu bearbeiten sind 8.500 Hinweise aus der Bevölkerung, die bisher zu 32 Hausdurchsuchungen geführt haben. Nach Angaben des BKA-Chefermittlers seien rund 15 FBI-Beamte und "andere Mitarbeiter US-amerikanischer Dienststellen" an den Ermittlungen beteiligt. (FAZ, 9.10.01) In dem vom BKA als "plausibel" eingeschätzten Material US-amerikanischer Behörden wird von einem "Hamburger Netz" gesprochen, das auf Weisung Osama Bin Ladens gearbeitet habe.

Der German Connection auf der Spur

Bereits drei Tage nach den Anschlägen in den USA entdeckte das FBI erste Hinweise auf eine "German Connection", die nach Hamburg-Harburg führte. Danach soll der 33-jährige Ägypter Mohamed Atta die Maschine gesteuert haben, die als erste das World Trade Center rammte. Der aus den Vereinigten Arabischen Emiraten stammende 23-jährige Marwan al-Shehhi soll das zweite Flugzeug navigiert haben. An Bord der Maschine, die in der Nähe von Pittsburgh abstürzte, habe sich der Libanese Ziad Jarrah (26) befunden, gab das FBI bekannt.

"Waren die Mörder unter uns?", fragte sich daraufhin nicht nur die FAZ. Als radikale Islamisten sind die fünf Studenten in Deutschland nie in Erscheinung getreten. "Sie haben ein völlig unauffälliges Leben geführt, sind nie polizeilich aufgefallen, haben keine falschen Namen benutzt", so die damalige Hamburger Wissenschaftssenatorin Krista Sager (GAL). Von Bekannten und Nachbarn werden die Hamburger Verdächtigten als intelligent, freundlich und unauffällig beschrieben. Wegen ihres angepassten Lebensstils bezeichnen die Ermittlungsbehörden sie inzwischen als "Schläfer", die sich in Deutschland "hoch konspirativ" auf ihren Einsatz in den USA vorbereitet hätten. Und obwohl es zur Eigenschaft von "Schläfern" gehört, unerkannt auf ihren Einsatz zu warten, will der nordrhein-westfälische Innenminister Fritz Behrens (SPD) wissen, dass sich noch rund 100 "Schläfer" in Deutschland aufhalten.

Ermittelt wird fieberhaft und mit gewaltigem Aufwand. Am 1. Oktober wurden auf Veranlassung der BAW ein Türke und zwei Jemeniten in Wiesbaden unter dem Verdacht der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung "mit fundamentalistisch-islamistischem Hintergrund" festgenommen. Sie sollen nicht näher definierte "schwere Straftaten" in Deutschland geplant haben. Knapp drei Wochen nach der Verhaftung setzte die BAW einen der Verdächtigen mangels dringenden Tatverdachts wieder auf freien Fuß. Laut BAW gibt es keine Verbindung dieser Gruppe zu den Anschlägen in den USA. Allerdings wurde durch einen Hinweis im Zuge der Ermittlungen gegen die mutmaßlichen Attentäter bekannt, dass einer der am 1. Oktober Festgenommenen eine Homepage mit " islamistisch-fundamentalistischen Inhalten" betrieben habe, auf der auch die E-Mail-Adresse des mutmaßlichen Logistikchefs der Hamburger Attentätergruppe aufgeführt ist.

Unterdessen erlebt Deutschland die größte Fahndung seit den 70er Jahren. Wurde damals die Rote Armee Fraktion (RAF) zum Staatsfeind Nr. 1 aufgebaut, so sind es heute islamische Fundamentalisten. In fast allen Bundesländern wurden eiligst die Etats des Verfassungsschutzes und des polizeilichen Staatsschutzes aufgestockt. Anfang Oktober begann eine gigantische Rasterfahndung. In den Computerabgleichen wird nach männlichen Personen zwischen 18 und 35 Jahren geforscht, die sich zum Islam bekennen und in Deutschland studieren oder studierten. Zu den gerasterten Persönlichkeitsmerkmalen gehören auch "ledig" und "keine Kinder" sowie "legaler Aufenthalt" in Deutschland, der keinen Beschränkungen durch Asyl- oder Duldungsauflagen unterliegt. Der Abgleich der Datensätze soll auf die Zeit zwischen 1996 und 2001 eingegrenzt werden. Dabei werden nicht nur staatliche Datenbanken herangezogen, auch die Universitäten wurden verpflichtet, die Daten von Studenten bestimmter Nationalitäten zu übermitteln. In Berlin wird dabei laut FAZ auch auf Datenbestände von u.a. Sicherheitsunternehmen, Catering- und Reinigungsfirmen zurückgegriffen.

In den anderen Bundesländern wird die Fülle der Datenmenge ähnlich sein. Dass man es dabei mit den offiziell ausgewiesenen Rastern nicht allzu eng sieht, zeigt eine "Erfolgsmeldung" aus Baden-Württemberg. So verkündete der dortige Justizminister Ulrich Groll (FDP), die Rasterfahndung habe zu zahlreichen "Zufallsfunden" bei Verstößen gegen das Ausländergesetz und das Asylverfahrensgesetz geführt. (FAZ, 16.10.01)

Soweit bekannt, soll es bei der Rasterfahndung gegen die RAF nur einen Fahndungserfolg gegeben haben: die Verhaftung von Rolf Heißler 1979. Damals wurden alle Stromkunden in Frankfurt gerastert, die ihre Rechnung bar bezahlten. Von 16.000 StromkundInnen verblieben 2.000, die nicht polizeilich gemeldet waren, bei 1.000 von ihnen war kein Auto unter derselben Adresse gemeldet, auf zwei Wohnungen traf das Kriterium "kein Kindergeldbezug" zu, so dass genau diese zwei Wohnungen als potenzielle konspirative Wohnungen in Frage kamen. Im Gegensatz zur Rasterfahndung nach der RAF, die sich gegen bekannte Personen richtete, die lediglich an unbekannten Aufenthaltsorten unter falscher Identität lebten, richtet sich die aktuelle Fahndung gegen Menschen, die hier ganz unauffällig leben und von denen nur vermutet wird, dass sie "Schläfer" sein könnten.

Den Sicherheitsfanatikern geht es derzeit vor allem darum, die Befugnisse der Polizei und der Geheimdienste bei der Informationsbeschaffung auszubauen. Dabei werden rechtsstaatliche Grundsätze (wie z.B. die Unschuldsvermutung und der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz) über Bord geworfen. Weil der Einsatz von verdeckten Ermittlern schwierig sei, schlug der niedersächsische Innenminister Heiner Bartling (SPD) vor, sollten schon bei Personen, die in der Rasterfahndung hängengeblieben sind, die Telefone abgehört und die Post überwacht werden dürfen. (FAZ, 4.10.01)

Alles in allem fällt auf, dass viele aktuelle Vorschläge zur "Bekämpfung des Terrorismus" seit langen Jahren schon als Vorhaben diskutiert werden. Das so genannte Sicherheitspaket I bestand hauptsächlich aus Vorhaben, die an bestehende Pläne anknüpften. So wäre das Religionsprivileg im Vereinsrecht auch ohne die Terroranschläge abgeschafft worden. Die zunächst bis Ende 2001 vorgenommene befristete Änderung der Strafprozessordnung, die Telefonunternehmen zur Herausgabe von Informationen zwingt, wurde einfach bis Ende 2004 verlängert. Die Einführung des neuen §129b in das Strafgesetzbuch, mit dem künftig auch "terroristische Aktivitäten" im Ausland durch die deutsche Justiz verfolgt werden können, weist allerdings in eine andere Richtung. Im EU-Rahmen ist die Bundesrepublik schon seit einiger Zeit gezwungen, eine solche Ergänzung des §129a vorzunehmen (vgl. ak 440); der jetzige Beschluss bezieht sich jedoch nicht nur auf den EU-Raum, sondern ermächtigt die bundesdeutschen Ermittlungsbehörden zu Ermittlungen gegen "im Ausland aktive und terroristische Vereinigungen". Da unklar ist, was konkret darunter verstanden wird, könnte zukünftig eine Spendenkampagne wie "Waffen für El Salvador", die in den 80er Jahren rund 4 Millionen Mark für die FMLN erbrachte, als Unterstützung einer "terroristischen Vereinigung" kriminalisiert werden.

Auf dem Weg zur Bundespolizei

War beim so genannten Sicherheitspaket I der rot-grünen Bundesregierung die Stoßrichtung noch unklar, so schält sich die Zielrichtung mit den nun bekannt gewordenen Bestandteilen des Sicherheitspakets II zunehmend heraus. Das zweite "Anti-Terror-Paket" soll den Ermittlungsbehörden weit reichende Möglichkeiten zur Informationsbeschaffung eröffnen. Geplant ist ein Einreiseverbot für Menschen, die "terroristischer" bzw. "extremistischer" Aktivitäten verdächtigt werden. Ebenso ist vorgesehen, Flüchtlinge und MigrantInnen

auszuweisen, die im Verdacht stehen, "extremistische Organisationen" zu unterstützen. Auch "Ausländervereine", die "gewalttätige oder terroristische Organisationen z.B. durch Spenden, durch Rekrutierung von Kämpfern oder auf sonstige Weise unterstützen", sollen verboten werden können. Die Vorschläge zielen außerdem auf die Ausweitung der Ermittlungskompetenzen des Bundeskriminalamtes und des Bundesgrenzschutzes, die lückenlose Kontrolle von AsylbewerberInnen, Visa-AntragstellerInnen und AusländerInnen mit einem Duldungsstatus (Beteiligung der Sicherheitsbehörden und der Ausländerämter bei Visaverfahren und der Erteilung von Aufenthaltsgenehmigungen; zehnjährige Speicherung von Lichtbildern, Visaentscheidungen, und Sprachaufnahmen, Einführung fälschungssicherer Ausweispapiere für AsylbewerberInnen und DuldungsinhaberInnen, Datenaustausch zwischen Verfassungsschutz, Ausländerämtern und Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge, wenn "Anhaltspunkte für extremistische Bestrebungen" vorliegen).

Bundesinnenminister Otto Schilys Beteuerung, sein Maßnahmenpaket richte sich nur gegen Terroristen, ist nicht glaubwürdig. Auf die Täterprofile der mutmaßlichen Attentäter aus Hamburg-Harburg treffen diese Maßnahmen jedenfalls nicht zu. Auch das Vorhaben macht in diesem Zusammenhang keinen Sinn, für alle Bundesbürger Pässe einzuführen, die Fingerabdrücke oder andere biometrische Identifikationsmittel bzw. verschlüsselte Angaben zur Person enthalten. Vielmehr ist zu vermuten, dass über diesen Umweg eine bundesweite Fingerabdruckdatei aufgebaut werden soll, denn die Einführung solcher Identifikationsmittel macht ja nur Sinn, wenn diese auch überprüfbar sind. Bislang hat sich das Innenministerium noch nicht zu der Frage geäußert, wie sie eine Überprüfung bewerkstelligen will.

Darüber hinaus sieht das Paket auch eine so genannte Initiativermittlungskompetenz für das BKA vor. Dadurch kann es auch ohne Anfangsverdacht Ermittlungen anstellen. Dem Verfassungsschutz sollen zudem weit reichende Auskunftsrechte zugestanden werden. Außerdem sollen so genannte Informationsboards eingerichtet werden, die für einen systematischen Austausch auch personenbezogener Informationen zwischen BKA, VS und BND genutzt werden können. Das Trennungsgebot zwischen Polizei und Geheimdienst wird so immer weiter aufgehoben, und auch die Kompetenzverlagerung in Richtung einer Bundespolizei ist ein Bruch mit dem im Grundgesetz verankerten föderalen System im Sicherheitsbereich. Der ehemalige Bundesinnenminister Gerhard Baum (FDP) kommt angesichts solcher Vorstöße nicht umhin, Schilys Vorstellungen als teilweise verfassungswidrig zu kritisieren. (FR, 18.10.01)

Nimmt man noch die geplanten Maßnahmen im Bereich der Telekommunikation hinzu, dann zeigt sich, dass hier flächendeckende Bewegungsprofile und eine lückenlose Überwachung drohen. Zur Rückverfolgung "digitaler Täterspuren in Datennetzen" wird die Einführung einer "mindestens sechsmonatigen Verpflichtung zur Speicherung von Verbindungs- und Nutzungsdaten" gefordert.

mb.

Rasterfahndung und

Rekrutierung - (K)ein Problem

Die Berliner Morgenpost zitiert am 11.10.2001 den Leiter des Brandenburger Verfassungsschutzes, Wegesin, dessen Dienst - wie die anderen auch - ausgebaut werden soll: "Wir haben ein Rekrutierungsproblem. Das Profil der künftigen Mitarbeiter gleicht den per Rasterfahndung Gesuchten. Vorsicht sei also geboten: Dringend benötigt werden nämlich Muttersprachler aus arabischen Ländern, die in den letzten Jahren Auslandsaufenthalte oder ein Studium in den Ländern unternommen haben."

17. Waffen gegen Rohstoffe. Ungleichartiger Tausch - ein imperialistischer Handelsmechanismus

Autor: Peter Custers · Rubrik: Imperialismus und Weltwirtschaft; Rüstungsexport · CD-Datei: daten/aksuche/ak455/02.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:455:02

Dass die kapitalistische Globalisierung den weltweiten Nord-Süd-Konflikt dramatisch verschärft, können auch ihre Propagandisten nur schwer bestreiten. Dass sie im Süden der Erde geradezu verheerende Wirkungen hat, zeigt unser Autor Peter Custers an einem Mechanismus des Welthandels, den er den "ungleichartigen Tausch" (disparate exchange) nennt. Sein Beitrag ist zugleich ein Plädoyer, die Kritik an der kapitalistischen Globalisierung auszuweiten und den ungleichartigen Tausch - Waffen des Nordens gegen Rohstoffe des Südens - zum Thema internationaler Kampagnen zu machen.

Der hier behandelte Mechanismus des Welthandels wird leider in der Debatte über Globalisierung nur selten angesprochen oder gar hinterfragt: Es geht um den ungleichartigen Tausch (disparate exchange). Damit meine ich den direkten und indirekten Tausch von Waffen gegen Rohstoffe. Waffen stehen für die Verschwendung von Gebrauchswert und für Zerstörung, wenn sie tatsächlich "verbraucht" werden; Rohstoffe sind eine Quelle sozialen Reichtums. Die Frage wird von den Institutionen des Weltkapitalismus, die das Regime des Freihandels propagieren, bewusst übergangen. Aber auch viele GegnerInnen der Globalisierung übersehen sie. Der Handelsmechanismus des ungleichartigen Tausches ist aber eindeutig ein Thema für weltweite Solidarität, da er gravierende negative Auswirkungen für die Bevölkerungen der Länder des Südens hat.

Der ungleichartige Tausch hat in den letzten beiden Jahrzehnten des vorigen Jahrhunderts mehr Verwüstungen, mehr Elend und Armut verursacht als jeder andere Mechanismus des internationalen Handels. Durch die Einfuhr von Waffen und militärischen Ausrüstungssystemen aus den nördlichen Regionen in die Länder des Mittleren Ostens, die durch Exporte von Rohöl bezahlt wurden, konnte der Krieg zwischen Iran und Irak in den 1980er Jahren aufrecht erhalten werden - ein Krieg, in dem Millionen von Menschen ihr Leben verloren. Der Zusammenhang, in dem ungleichartiger Tausch in Afrika heute praktiziert wird, sieht teilweise anders aus, da Afrika sowohl durch Bürgerkriege als auch durch internationale Kriege verwüstet wird. Allerdings trägt hier der direkte und indirekte Tausch von Waffen gegen Rohstoffe - Diamanten, Öl, Gold, Kupfer, Kobalt, usw. - zur Verarmung bei und ermöglicht Massenmorde; gleichzeitig aber beschert der ungleichartige Tausch den in den Ländern des Nordens ansässigen transnationalen Konzernen und ihren Vermittlern große Gewinne.

Der Mechanismus, wonach Waffen und militärische Ausrüstungssysteme von Ländern des Südens importiert und durch Export von Rohstoffen bezahlt werden, ist eindeutig ein imperialistisches Handelssystem. Ein Indikator hierfür ist die Tatsache, dass die Waffen, die von nördlichen Ökonomien exportiert werden, überwiegend in die Länder des Südens fließen. Nach einem Bericht des US-Außenministeriums aus dem Jahr 2000 waren Entwicklungsländer zwischen 1992 und 1998 die wichtigsten Kunden internationaler Waffenhändler: Sie haben nicht weniger als 68,3% der weltweit gehandelten Waffen abgenommen. Zum anderen waren 1999 die USA, wie in den Jahren zuvor auch, der bei weitem größte Exporteur von Waffen und militärischen Ausrüstungssystemen. Sie hatten einen Anteil von 49,1% an den internationalen Waffenverkäufen. Es ist eindeutig belegt, dass die USA in den 90er Jahren, nach dem Ende der Sowjetunion, ihren Anteil am weltweiten Waffenhandel beträchtlich vergrößern konnten, obwohl der weltweite Waffenhandel insgesamt seit Ende der 80er Jahre abgenommen hat.

Am Anfang war die Nixon-Doktrin

Dass der Tausch von Waffen gegen Rohstoffe zunahm, ist allerdings kein Zufall, sondern die Folge einer sehr bewussten Politik, die der US-Imperialismus verfolgte. Der historische Ausgangspunkt, an dem der ungleichartige Tausch als Handelsmechanismus erkennbar wird, ist die Nixon-Doktrin, proklamiert am Ende des Vietnamkrieges. Die Doktrin besagte, dass es die USA zukünftig vermeiden würden, eigene Truppen ins Ausland zu senden; stattdessen würden sie andere Staaten mit US-Waffen aufrüsten. Auf den ersten Blick verfolgte die Doktrin hauptsächlich ein innenpolitisches Ziel: Verhindert werden sollte die Wiederholung einer innenpolitischen Krise, verursacht durch Tausende toter US-Soldaten, die in einem ungerechten Krieg weit

weg von zu Hause gestorben waren. Der Doktrin lagen jedoch verschiedene ökonomische Ziele zu Grunde. So konnten die USA zwischen 1967 und 1977 die Verkäufe von Waffen ins Ausland um 500% steigern. Allerdings konnte die Konzentration auf den militärischen Sektor als eine Methode, die Wirtschaft zu beleben, nicht aufrecht erhalten werden. Die staatlichen Aufträge für die Waffenkonzerne nahmen ab, und viele Konzerne, auch Lockheed, der wichtigste Lieferant für das Pentagon, gerieten in die Krise. Unter den gegebenen Umständen boten Waffenexporte eine alternative Absatzmöglichkeit für die US-Konzerne.

Die Nixon-Doktrin und das Auftauchen des Mechanismus des ungleichartigen Tausches müssen im Zusammenhang der Veränderungen des internationalen Öl-Marktes verstanden werden. Es ist bekannt, dass die Öl-Staaten in den 1960er Jahren den Versuch starteten, größere Kontrolle über die eigenen Öl-Quellen zu erlangen. Über zwei Jahrzehnte - von 1950 bis 1970 - nahm der internationale Ölpreis ab; dies ging zu Lasten der südlichen Länder. Sie waren Opfer von sich verschlechternden terms of trade - ein Ausdruck, der am Ende dieser Periode als der Mechanismus "ungleichen Tausches" (unequal exchange) identifiziert wurde. 1970 betrug der Preis für Rohöl nur mehr 40% des Preises 20 Jahre zuvor. Mit dem Aufbau des Erzeugerkartells OPEC behaupteten die arabischen und die anderen Öl exportierenden Länder ihr Recht, den internationalen Ölpreis zu diktieren, und setzten einen neuen Trend für alle Exporteure von Rohstoffen in südlichen Ländern.

Die US-Regierung versuchte mit mehreren Strategien, diesem Trend entgegenzuwirken. Der vielleicht wirksamste Schritt der US-Regierung sollte die Nixon-Doktrin sein. Um 1970 begannen Henry Kissinger und andere US-Beamte eine Offensive, um Länder wie Iran, Saudi-Arabien und andere mittelöstliche Öl produzierende Länder gezielt zum Kauf von Kampfflugzeugen und anderen Waffensystemen made in USA zu bewegen. Der Iran wurde ein Hauptimporteur von US-Waffen. Alleine 1974 kaufte er für 3,9 Mrd. US-Dollar Waffen in den USA; dies war die Hälfte des Wertes aller US-amerikanischen Waffenexporte in diesem Jahr. Durch den Mechanismus des ungleichartigen Tausches - hier der (indirekte) Tausch von Waffen gegen Öl - stellten die USA sicher, dass ein bedeutender Teil der Gewinne aus dem internationalen Ölgeschäft wieder in die US-Ökonomie zurück flossen, nachdem sich der Ölpreis nach der Ölkrise vervierfacht hatte.

Ich möchte nun die Rolle des ungleichartigen Tausches im gegenwärtigen Afrika überprüfen, insbesondere in Angola - einem Land, das seit einem Vierteljahrhundert Schauplatz eines Bürgerkrieges ist. Oberflächlich betrachtet scheint die Rolle des afrikanischen Kontinents beim ungleichartigen Tausch eine untergeordnete zu sein. Während der mittlere Osten seit den 1970er Jahren der Hauptadressat von Waffenexporten aus den Industriestaaten ist, hat Afrika nur einen geringen Anteil am weltweiten Waffenhandel. Nach Daten des Stockholmer Friedensforschungsinstitutes SIPRI lag der Anteil des afrikanischen Kontinents am weltweiten Waffenhandel in den 1970er Jahren bei ungefähr 21%. Heute liegt er lediglich bei wenigen Prozenten.

Angolas Diamanten füllen die Kriegskasse

Das Beispiel Angola ist sehr anschaulich. Angola beherbergt eine Rebellenbewegung, die hauptsächlich durch die Kontrolle über Diamantenbergwerke in der Lage ist, einen bewaffneten Konflikt zu führen. Wurde die UNITA bis in die späten 1980er noch vom US-Imperialismus finanziert, so finanziert sie seit den 1990ern ihre unbarmherzigen Feldzüge durch den Verkauf und Export von Rohdiamanten. Mit der De-Beer-Gesellschaft als Hauptkäufer dieser Diamanten wird das Geschäft von einer Gesellschaft beherrscht, die den Bergbau und internationalen Vertrieb weitestgehend beherrscht. Der Umfang der Diamantenverkäufe durch die UNITA betrug laut der britischen Forschungsgruppe GLOBAL WITNESS in den Jahren zwischen 1992 und 1998 3,7 Mrd. US-Dollar. Diese Verkäufe ermöglichten der UNITA die Beschaffung ausgereifter Waffentechnik, einschließlich Panzerabwehrwaffen und Raketenwerfern.

Aber auch die herrschende Partei Angolas, die MPLA, die Mitte der 1970er die Befreiung vom portugiesischen Kolonialismus erkämpfte, sah sich zunehmend gezwungen, auf den Handelsmechanismus des ungleichartigen Tausches zu bauen. Die Wechselbeziehung zwischen Ölexporten und Waffenimporten ist indirekt: Sowohl der Export der Ware Öl als auch der Import der Ware Waffen wird durch Geld vermittelt. Nichtsdestotrotz gibt es in einigen Fällen enge Verbindungen zwischen den beiden Handelsflüssen. Ein Großteil des Geldes, das von den Ölkonzernen als "signature bonuses", d.h. für Förderungsrechte, vergeben wird, ist für die Beschaffung von Waffen vorgesehen. Zum anderen erhielten ausländische Gesellschaften, die Waffen an die angolanische Regierung lieferten, dafür Zahlungen in Form von Anteilen an den Ölkonzessionen. Der tragische Effekt dieses Handels besteht darin, dass Angola seinen eigenen Reichtum "auspumpt".

Die Abhängigkeit der Länder des Südens von Exporten von Bodenschätzen und anderen Grundstoffen ist schon lange als die Ursache ökonomischen Niedergangs erkannt. Die Rohstoffpreise auf dem Weltmarkt fielen, während die Preise von Industriegütern tendenziell ansteigen. Daher verlor der Süden infolge der fortwährend wechselnden terms of trade durch Gebrauchsartikel, die exportiert werden, ebenso wie durch Gebrauchsartikel, die vom Norden importiert werden. Die ökonomischen Folgen sind beklagenswert, und noch beklagenswerter sind die Folgen ungleichartigen Tausches, insbesondere für afrikanische Länder. Der (indirekte) Tausch von Diamanten, Öl, Gold, Kupfer, Kobalt und anderen kostbaren Rohstoffen gegen Waffen hat bereits zerstörerische Folgen für den Kontinent. Er hat zu enormer Verarmung und Verlust von Leben nicht nur in Angola geführt, sondern auch in einer Reihe anderer Länder, z.B. Sierra Leone, Sudan und Kongo. Deshalb müssen wir die Natur und die Bedeutungen ungleichartigen Tausches in Afrika sorgfältig analysieren und einen weltweiten Blick auf das Regime des Freihandels entwickeln.

Bevor ich weiter auf die theoretischen Fragen des ungleichartigen Tausches zu sprechen komme, möchte ich kurz auf den ungleichen Tausch eingehen. Dieser Ausdruck bezieht sich auf das Phänomen der sich fortwährend verschlechternden terms of trade von Gütern, die von Ländern des Südens exportiert werden. Ungleicher Tausch, das muss herausgestellt werden, war der historische Vorläufer und ist die Grundlage für ungleichartigen Tausch.

Zwar wurden die zahlreichen empirischen Materialien der sich verschlechternden terms of trade von den Vereinten Nationen gesammelt, die Erscheinung selbst wurde aber von marxistischen Autoren theoretisiert. Führend war dabei Arghiri Emmanuel. Er versuchte der bürgerlichen Sichtweise auf den internationalen Handel eine eigene Position entgegen zu stellen. Im Mittelpunkt stand die Auseinandersetzung mit dem britischen Ökonomen David Ricardo, der die bürgerliche Theorie maßgeblich beeinflusste. Anfang des 19. Jahrhundertes hatte Ricardo die Theorie des komparativen Vorteils entwickelt. Er behauptete, falls zwei Länder sich auf den Tausch von jeweils unterschiedlichen Gebrauchsartikeln spezialisierten, gewännen beide Länder an dem Tausch. Auch wenn Ricardos Theorie häufig benutzt wird, um Freihandel zu legitimieren, so stieß sie bei ökonomischen Theoretikern nie auf ungeteilte Zustimmung. Emmanuel wies außerdem darauf hin, dass, abgesehen von einigen kurzen historischen Zwischenspielen, die Regierungen imperialistischer Länder im 19. und 20. Jahrhundert meist zu Protektionismus, Zöllen und anderen politischen Mechanismen griffen, um den Freihandel zu behindern.

Auch wenn die führenden marxistischen Theoretiker sich in der Ablehnung der Theorie des komparativen Vorteils einig waren, so schien ihre Debatte über die Ursachen des ungleichen Tausches ergebnislos. Arghiri Emmanuel betonte in seinen Erklärungen für die Ursachen imperialistischer Ausbeutung durch Handel die großen Ungleichheiten der Lohnniveaus zwischen den nördlichen und den südlichen Ökonomien. Diese Ungleichheiten würden durch die vergleichsweise geringe Mobilität des Faktors Arbeit im Vergleich zum Faktor Kapital verursacht. Charles Bettelheim, der Emmanuels Analyse sofort kritisierte, konzentrierte sich auf die unterschiedlichen Phasen von technologischer Entwicklung, die gewaltige Entwicklung der Produktivkraft in imperialistischen Ökonomien, die diese Ökonomien weit vor Ökonomien brachte, die vom Imperialismus beherrscht werden. Meines Wissens bezog kein marxistischer Theoretiker die Frage des Waffenhandels zwischen den Ländern des Nordens und des Südens in seine Analysen ein. Sonst wäre ihnen sehr wahrscheinlich der enge Zusammenhang zwischen dem einseitigen Fluss von Waffen in die peripheren Ökonomien und den unterschiedlichen Niveaus in der Entwicklung der Kräfte der Zerstörung in nördlichen und südlichen Ökonomien aufgefallen.

Ungleicher und ungleichartiger Tausch

Das Konzept ungleichartigen Tausches soll nicht das des ungleichen Tausches ersetzen, sondern als eine Ergänzung dienen. Was genau ist die theoretische Bedeutung des Konzepts vom ungleichartigen Tausch? Zunächst soll das Konzept nicht nur jene Fälle einschließen, wo Waffen direkt gegen Rohstoffe getauscht werden, also einen Tauschhandel (barter), sondern auch all jene Fälle, wo der Tausch indirekt stattfindet - also den Export von Waffen vom Norden in den Süden und den Transfer von Rohstoffen vom Süden in den Norden; in beiden Fällen wird der Tausch durch Geld vermittelt. Überwiegend handelt es sich beim ungleichartigen Tausch also um Parallel-Tausch. Einerseits tauscht der Exporteur von Waffen oder Waffensystemen seine Waren (C) für Geld (M). Auch das Land, das die Waffen importiert, tauscht seine Waren, Mineralien, landwirtschaftlichen Reichtum usw. gegen Geld. Aus diesem Blickwinkel gesehen, wäre es sinnlos, von ungleichartigem Tausch zu sprechen, da die zwei Geschäfte in ihrer Art sehr ähnlich sind.

Dennoch muss das Konzept des ungleichartigen Tausches verteidigt werden. Betrachtet man diesen Tausch nämlich unter dem Gesichtspunkt des sozialen Gebrauchswertes der Waren, dann kann von Gleichartigkeit nicht mehr gesprochen werden. Unter dem Aspekt sozialer Gebrauchswerte werden militärische Waren gegen zivile getauscht, also Abfall/Überfluss gegen Reichtum (waste versus wealth). Dieser Punkt wurde bislang übersehen. Dennoch lässt er sich auf einen Teil der wechselseitigen Handelsströme zwischen Norden und Süden anwenden. Seit 40 Jahren haben die Exporte von Waffentechnik aus dem Norden in den Süden stark zugenommen. Diese Handelsbeziehungen sind Hauptstütze des internationalen Waffenhandels geworden, und sie sind weitestgehend ein Warenstrom in eine Richtung geblieben: der Süden, und nur der Süden, hat im sozialen Sinn lediglich Abfall erhalten.

Ähnlich der Theorie des ungleichen Tausches wird auch das Konzept des ungleichartigen Tausches weder von den konventionellen bürgerlichen noch von den orthodox-marxistischen Ökonomen ohne weiteres angenommen werden. Tatsächlich kann es nur im Rahmen einer allgemeinen Theorie der Verschwendung vertreten werden. Will man eine Theorie über Produktion und Export von Waffen entwickeln, dann besteht der erste Schritt in der Erkenntnis, dass bestimmte Gebrauchsartikel (C) eine Quantität von Tauschwert verkörpern, d.h. Werte, die gegen Geld (M) getauscht werden können, dass sie aber gleichzeitig nach sozialen Gesichtspunkten eine Art von Abfall (W) sind. Diese Tatsache kann durch die Formeln C (= W) und M (= W) ausgedrückt werden; diese Formeln drücken aus, dass das soziale Ergebnis der Herstellung von Waffen, wie auch das Ergebnis für das Land, das die Waffen importiert, ein Null-Ergebnis ist. Weiterhin ist das Ergebnis der parallelen Geschäfte für den Norden der Empfang von M (Geld-Kapital) und C (Gebrauchsartikel, konkret Rohstoffe, die Reichtum darstellen), das Ergebnis für den Süden, ist der Empfang von M (Geld-Kapital) zusammen mit C = W (Gebrauchsartikel, konkret Waffen, die Mittel der Zerstörung darstellen).

Um die Dringlichkeit des Konzeptes ungleichartigen Tausches zu unterstreichen: Der Niedergang südlicher Ökonomien in Folge des Tausches von Waffen gegen Rohstoffe ist so dramatisch, dass die Vereinten Nationen vor wenigen Jahren sich veranlasst sahen, auf das Phänomen in Berichten, Debatten und Beschlüssen über bewaffnete Konflikte in afrikanischen Ländern wiederholt einzugehen. Ich habe schon über Angola gesprochen. In verschiedenen Beschlüssen, 1993 und 1998, hat der UN-Sicherheitsrat den Verkauf und das Angebot jeglicher Waffen und jeder militärischen Hilfe an die UNITA verboten und Sanktionen verhängt gegen jeglichen Export von Diamanten aus Angola, die kein staatliches Zertifikat haben. Außerdem wurde der Verkauf aller Waren und Dienstleistungen im Bergbausektor an die UNITA verboten. Der Diamanten-für-Waffen-Handel und andere ähnliche Fragen erschienen in Berichten des UN-Sicherheitsrats über die Kriege in Sierra Leone und im Kongo. Diese offiziellen UN-Dokumente bieten eine empirische Basis, um das Problem des ungleichartigen Tausches in die Kampagnen gegen Globalisierung einzubeziehen.

Gebrauchswert gegen Abfall

Meine wesentliche Schlussfolgerung ist also, dass der Kampf gegen die Globalisierung ausgeweitet werden sollte, um Aspekte des Welthandels mit aufzunehmen, die die am stärksten benachteiligten Teile der Weltbevölkerung betreffen. Sicherlich haben die Kampagnen gegen Globalisierung, die an die Türen der Institutionen des Weltkapitalismus klopfen, bedeutende Aspekte der Ungerechtigkeit schon thematisiert. Sie haben die Heuchelei der Mächte aus dem Norden aufgezeigt, die Druck auf südliche Länder anwenden, um sie von Maßnahmen zum Schutz ihrer einheimischen Landwirtschaft abzuhalten, während die gleichen Mächte ihre eigenen landwirtschaftlichen Sektoren weiterhin subventionieren. Im Zusammenhang des Widerstandes gegen die kapitalistische Globalisierung sind ernste Fragen zu dem Patent-Regimes aufgeworfen worden, das die WTO und andere Welt-Institutionen durchsetzen wollen. Das Patent-Regime ist auf die Interessen von transnationalen Konzernen zugeschnitten, die gentechnisch manipulierte Samen kontrollieren und die Lebensmittelproduktion weltweit beherrschen wollen.

Inzwischen verursachen ungleichartiger Tausch und seine Abkömmlinge eine immer größere Zahl von Opfern, insbesondere auf dem afrikanischen Kontinent. Ich appelliere daher an jene, die sich am Kampf gegen die Globalisierung beteiligen, die Frage des Tausches von Waffen gegen Rohstoffe in ihren Kampagnen zu berücksichtigen. Ungleichartiger Tausch ist eindeutig ein imperialistischer Handelsmechanismus, der schlimme Folgen für einige der am meisten benachteiligten Teile der Weltbevölkerung hat. Wenn wir diese Art des Handels nicht diskutieren und theoretisieren, ist es schwierig, den Kampf gegen die Globalisierung als eine universelle Kampagne zu organisieren.

Peter Custers

Peter Custers ist Direktor des Bangladesh-People's Solidarity Center (BPSC). Er hielt den hier dokumentierten Vortrag auf dem Ersten Westbengalischen Sozialwissenschaftlichen Kongress über "Globalisierung, Demokratie und die Dritte Welt", der vom 23. bis 25 . Februar 2001 an der Jadavpur-Universität in Kalkutta stattfand. Übersetzung und redaktionelle Bearbeitung: ch. und Js.

18. Der "Fall Distomo". Griechische NS-Opfer warten weiter auf Entschädigung

Autor: Arbeitskreis Distomo · Rubrik: Geschichte des Faschismus; Griechenland · CD-Datei: daten/aksuche/ak455/08.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:455:08

Die Bundesregierung hat einen juristischen Teilerfolg im Kampf gegen die Opfer deutscher Besatzungspolitik in Griechenland während des 2. Weltkriegs erzielt. Das Oberlandesgericht Athen sorgte mit seiner Entscheidung vom 14. September 2001 dafür, dass das Goethe-Institut und das Deutsche Archäologische Institut in Athen vorerst nicht versteigert werden dürfen. Die Zwangsversteigerung der im deutschen Besitz befindlichen Immobilien sollte am 19. September 2001 stattfinden, nachdem sie schon im vergangenen Jahr gepfändet worden waren. Aus dem Erlös der Zwangsversteigerung sollten die Hinterbliebenen der Opfer eines SS-Massakers im griechischen Ort Distomo entschädigt werden.

Das Oberlandesgericht in Athen entschied nun, dass vor einer Vollstreckung die Zustimmung des griechischen Justizministers eingeholt werden müsse. Griechenlands Justizminister Stathopoulos hatte aber bereits erklärt, dass er seine Zustimmung nicht erteilen werde. Die juristische Auseinandersetzung um die Entschädigung von griechischen NS-Opfern und ihren Hinterbliebenen geht damit in die nächste Runde. Erneut wird sich der Areopag, der oberste Gerichtshof Griechenlands, mit dem "Fall Distomo" (siehe Kasten) befassen müssen.

Die deutsche Regierung hat einmal mehr der Hoffnung, 56 Jahre nach Kriegsende könnten endlich die Entschädigung griechischer Opfer deutscher Kriegsverbrechen eingeleitet werden, einen Dämpfer versetzt. Die Bundesregierung gab sich aber nicht mit dem für sie positiven Urteil des Oberlandesgerichts Athen zufrieden. Die griechische Regierung soll darüber hinaus, nach dem Willen der Bundesregierung, dem Goethe-Institut und dem Deutschen Archäologischen Institut eine Art diplomatischer Immunität verleihen. Damit könnte eine Zwangsversteigerung auch dann verhindert werden, wenn der Areopag letztlich gegen Berlin entscheiden sollte.

Unabhängigkeit der Justiz ist das Eine ...

Die Opfer und Hinterbliebenen von Distomo aber lassen sich trotz dieses Rückschlags nicht entmutigen. Seit Jahren kämpfen sie um Entschädigungszahlungen durch die Bundesrepublik. Ihr Anwalt Ioannis Stamoulis, ehemaliger Präfekt der Provinz Böotien und Europaabgeordneter der Regierungspartei PASOK, hat bereits einige Erfolge in seinem Einsatz für die Ansprüche der Opfer erzielt. Stamoulis vertritt 290 Klägerinnen und Kläger, die ihre Angehörigen verloren, als deutsche SS-Soldaten am 10.6.1944 im griechischen Dorf Distomo 218 BewohnerInnen ermordeten.

Am 30.10.1997 verurteilte das Landgericht Levadia die BRD zur Zahlung von ca. 54 Mio. DM Entschädigung an die Hinterbliebenen. Die Bundesregierung ihrerseits bestritt in diesem Verfahren von Anfang an die Zuständigkeit der griechischen Justiz. Doch da man sich der Sache offenbar nicht so sicher war, wurde vorsorglich Revision gegen das Urteil vor dem obersten Gerichtshof Griechenlands, dem Areopag, eingelegt. Zur Überraschung der meisten BeobachterInnen bestätigte der Areopag jedoch die Entscheidung des Landgerichts. Das Gericht ließ in seinem Urteil vom 4. Mai 2000 das Hauptargument der deutschen Seite, die sich auf den völkerrechtlichen Grundsatz der Staatenimmunität berief, nicht gelten. Da es sich um ein Massaker an der Zivilbevölkerung und damit ohne Zweifel um ein Kriegsverbrechen handele, komme dieser Grundsatz nicht zum Tragen. Die Hinterbliebenen könnten, so der oberste Gerichtshof, sehr wohl vor einem griechischen Gericht gegen die Bundesrepublik klagen, denn die Verbrechen fanden in Griechenland statt und wurden von den Soldaten des Rechtsvorgängerstaates der BRD begangen.

Trotz dieser rechtskräftigen Entscheidung verweigerte die BRD die Zahlung. Die sture Haltung der Bundesregierung führte dazu, dass RA Stamoulis im vergangenen Juli mit einem spektakulären Coup das Goethe-Institut und das deutsche Archäologische Institut in Athen per Gerichtsvollzieher beschlagnahmen ließ. Die Bundesregierung ließ daraufhin jegliche diplomatische Zurückhaltung fallen, um die griechische Regierung unter Druck zu setzen. Außenminister Fischer sah bei einer Fortführung der Vollstreckungsmaßnahmen die deutsch-griechischen Beziehungen belastet. Die Maßnahmen seien völkerrechtswidrig und man erkenne die Entscheidungen der griechischen Justiz nicht an. Der griechische Regierungschef Simitis musste sogar bei Schröder persönlich vorstellig werden. Griechenland wurde faktisch der Status einer Bananenrepublik

zugewiesen, die den Anweisungen aus Berlin Folge zu leisten habe. Unverhohlen wird die griechische Regierung seither aufgefordert, auf Entscheidungen der griechischen Justiz Einfluss zu nehmen und damit eigenes nationales Recht zu brechen.

Gleichzeitig sieht sich die deutsche Seite als Opfer einer ungerechten Kampagne. So geht das Auswärtige Amt davon aus, dass mit dem 1960 mit Griechenland geschlossenen Globalabkommen für die Opfer der NS-Verfolgung und den zur Verfügung gestellten 115 Mio. DM alle Ansprüche abgegolten seien. Natürlich auch die der Opfer von Distomo. Eine offenkundige Lüge. In dem Globalabkommen wurden die Ansprüche von Einzelpersonen gerade nicht abschließend geregelt, sondern von der zwischenstaatlichen Übereinkunft ausdrücklich ausgenommen. Das Auswärtige Amt verschweigt zudem, dass derartige Massaker wie im Falle Distomo bei Abschluss des Abkommens überhaupt nicht als NS-Unrecht galten, sondern allenfalls als Kriegshandlungen. Für die meisten Opfer des deutschen Besatzungsterrors wurde entgegen der deutschen Legende bis heute kein Pfennig Entschädigung gezahlt.

... Druck der Bundesregierung das Andere

Bis heute wurde auch keiner der Täter des Distomo-Massakers bestraft. Die Angehörigen der 4. SS-Polizei-Panzergrenadier-Division, die das Massaker verübten, blieben unbehelligt. Sie treffen sich immer noch in ihrem "Wahlstandort" Marktheidenfeld bei Würzburg, um ihre "Heldentaten" von damals zu feiern. Trotz Hunderten von Ermittlungsverfahren wegen Kriegsverbrechen in Griechenland wurde überhaupt nur ein einziges Hauptverfahren eröffnet. Das Landgericht Augsburg sprach jedoch den angeklagten Hauptmann frei und argumentierte mit "völkerrechtlicher Notwehr". Die deutsche Justiz vertrat damals den Standpunkt, dass selbst Massaker der Wehrmacht und der SS an der griechischen Zivilbevölkerung im Rahmen der Partisanenbekämpfung gerechtfertigt waren. Eine solche Rechtsauffassung wird heute zwar nicht mehr vertreten, aber an einer Bestrafung der Täter, die mangels Verjährung von Mordtaten immer noch möglich wäre, hat in Deutschland offensichtlich niemand ein Interesse. Dieses Desinteresse korrespondiert mit der Abwehrhaltung gegenüber den Ansprüchen der Opfer.

Die Bundesregierung will um jeden Preis den Präzedenzfall "Distomo" verhindern. Erstmals wurde die BRD im Ausland von einem Gericht zu Entschädigungszahlungen für Kriegsverbrechen verurteilt. Dieses Urteil hat deshalb eine herausragende juristische und politische Bedeutung für die Entschädigung aller NS-Opfer und ihrer Hinterbliebenen, auch über Griechenland hinaus. Distomo steht beispielhaft für die mörderische Besatzungspolitik der Deutschen in Griechenland zwischen 1941 und 1944. 64 größere Massaker verübten die Deutschen an der griechischen Zivilbevölkerung, 56.000 Menschen wurden erschossen, 65.000 griechische Jüdinnen und Juden wurden in die Vernichtungslager verschleppt und ermordet. Hunderttausende verhungerten auf Grund der Ausplünderung des Landes durch die deutsche Besatzungsmacht, mehr als 1000 Ortschaften wurden zerstört.

Zur Zeit sind in Griechenland mehr als 10.000 Klagen von Opfern der deutschen Besatzungspolitik anhängig. Sollten sich die Hinterbliebenen des Distomo-Massakers durchsetzen, stünde auch allen anderen dieser Weg offen. Die Gesamtforderungen wären dann nicht mehr aus der Portokasse zu zahlen. Auch in anderen Ländern Europas könnte das griechische Beispiel Schule machen.

Auf die BRD kämen Reparationsforderungen in erheblichem Umfang zu. Allein im Falle Griechenlands lägen die Forderungen bei ca. 200 Milliarden DM. Bislang verweigert Deutschland der griechischen Regierung aber jegliche Gespräche. Nicht einmal die Zwangsanleihe von 7,5 Milliarden Reichsmark, die das deutsche Besatzungsregime der damaligen griechischen Regierung abpresste, will Berlin zurückzahlen.

Die alte BRD schaffte es, durch das Londoner Schuldenabkommen von 1953 den Aufschub von Reparationszahlungen bis zum Abschluss eines Friedensvertrags durchzusetzen. Hierdurch wurde erst die Grundlage für das bundesdeutsche "Wirtschaftswunder" gelegt. Doch statt sich nach Wiedervereinigung und 2+4 Abkommen wenigstens dankbar für den Zahlungsaufschub zu erweisen und nun endlich angemessene Entschädigungen zu leisten, erklärt die neue BRD statt dessen alle Ansprüche für historisch erledigt und verjährt. Die Kinder verteidigen das Erbe ihrer Eltern gegenüber den Opfern - deutsche Kontinuität.

Nach der Feststellung der "Rechtssicherheit" für deutsche Unternehmen war von fast allen Parteien mit Nachdruck bekundet worden: Mit der Entschädigung für die Zwangsarbeiter sollte Deutschland definitiv zum letzten Mal für die Verbrechen des Nationalsozialismus zur Kasse gebeten werden. Mit den griechischen

Entschädigungs- und Reparationsforderungen könnte die Schlussstrichpolitik der Bundesregierung allerdings durchkreuzt werden. Juristische Schritte allein werden dabei aber nicht genügen. Der politische Druck auf Berlin muss verstärkt werden. Auch von hier aus müssen die Hinterbliebenen von Distomo und der anderen Verbrechen der deutschen Besatzer in Griechenland unterstützt werden. Alle Opfer des NS müssen endlich entschädigt werden.

Arbeitskreis Distomo

Das Massaker in Distomo vom 10. Juni 1944

Am 10.6.1944 brach die 2. Kompanie des SS-Polizei-Panzergrenadier-Regiments 7 in der Provinzhauptstadt Levadia (Böotien) mit dem Befehl zur "Freikämpfung" der Hauptstraße nach Arachova auf, die von griechischen Partisanen gesperrt sein sollte. Zur Täuschung der Partisanen fuhr ein Zivilkommando mit zwei Lkws der nachfolgenden Kompanie voraus. Ohne auf Partisanen zu stoßen, kam die Kampfgruppe voran. Bei der Durchsuchung von Erdhöhlen, etwa fünf Kilometer von der Abzweigung zur Ortschaft Distomo entfernt, stieß die Gruppe auf 18 bewaffnete Männer, die sich dort mit einer Schafherde aufhielten. Als sechs der Männer zu flüchten versuchten, wurden sie erschossen. Die anderen Männer wurden gefangen genommen.

Über Funk erhielt die Kompanie nun den Befehl, nach Distomo vorzustoßen. Auch bei der Durchsuchung wurden keine Partisanen gefunden. Vom Bürgermeister des Dorfes erfuhren die Soldaten, dass am Vortag eine Gruppe von etwa 30 Partisanen durch Distomo in Richtung des Nachbarortes Stiri gezogen war. Eine Fahrzeugkolonne machte sich auf den Weg in das fünf Kilometer entfernte Stiri. Vor Stiri wurde die Kolonne von Partisanen angegriffen, die sich abseits der Straße versteckt hielten. Vom Gefechtslärm alarmiert, rückten die in Distomo verbliebenen Soldaten nach. Daraufhin zogen sich die Partisanen zurück. Bei der Schießerei kamen drei Angehörige der SS-Kompanie ums Leben. Vier der insgesamt 18 Verwundeten starben kurze Zeit später.

Die SS-Kompanie kehrte nach Distomo zurück. Die mitgeführten zwölf Gefangenen wurden sogleich auf dem Marktplatz erschossen. Anschließend durchsuchten die SS-Soldaten den gesamten Ort. Alle anwesenden DorfbewohnerInnen, Männer, Frauen und Kinder, wurden sofort ermordet. Insgesamt 218 EinwohnerInnen, vom zweimonatigen Säugling bis zum 86-jährigen Greis wurden auf bestialische Weise getötet. Viele der Häuser der BewohnerInnen wurden in Brand gesetzt und das Vieh getötet. Einigen BewohnerInnen von Distomo gelang die Flucht in die Berge.

19. Alles für die Firma. Die Regierung Berlusconi und ihr profitables "Unternehmen Italien"

Autor: Js. · Rubrik: Italien · CD-Datei: daten/aksuche/ak455/01.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:455:01

Es war nicht die übliche Oppositionsrhetorik, als Francesco Rutelli die ersten 100 Tage der Regierung Berlusconi bilanzierte: "Ein katastrophalerer Start einer neuen Regierung ist nur schwer vorstellbar." Tatsächlich war die "Start-up-Phase" in ihrer Außenwirkung verheerend. Auf das Desaster von Genua folgten skandalöse Gesetzesinitiativen und verbale Entgleisungen der neuen starken Männer. Mag Berlusconis Regierungsstil auch chaotisch und unprofessionell erscheinen - bei der Absicherung der eigenen Macht gehen er und seine Partner planvoll und zielstrebig vor, und zwar so erfolgreich, dass selbst die oft allzu kleinlaut opponierenden Linksdemokraten schon das böse Wort "Regime" benutzen.

Von der versprochenen Wunderkur, die das Land im Eiltempo von allen Gebrechen heilen sollte, ist indes kaum noch die Rede. Berlusconis magische Formel von den "drei großen I" - Impresa , Internet, Inglese ("Unternehmen, Internet, Englisch") - war gut für den Wahlkampf, weil sie Modernität und Innovation versprach. Im Alltag hat sie sich als fauler Zauber erwiesen. Die Umwandlung der Gesellschaft in ein florierendes "Unternehmen Italien" erweist sich - zum Glück - als ein langwieriger Prozess: Auch Gegenreformen brauchen ihre Zeit.

Die meisten wirtschafts-, finanz- und sozialpolitischen Änderungen sind von der rechten Mehrheit zwar als Gesetzesentwürfe auf den Weg gebracht, aber noch nicht von beiden Kammern des Parlaments, dem Senat und der Abgeordnetenkammer, verabschiedet worden. Dazu gehören einige Herzensanliegen des Rechtsblocks, allen voran die Abschaffung der Erbschafts- und Schenkungssteuer: ein schamloser Versuch, Berlusconis Reichtum (er steht mit 25 Mrd. DM Privatvermögen derzeit auf Platz 14 der reichsten Männer der Welt) auch dann völlig unangetastet zu lassen, wenn er ihn demnächst an seine Erben verteilen sollte.

Noch nicht unter Dach und Fach ist auch das nach Finanzminister Tremonti benannte Gesetz, das satte Steuerersparnisse auf reinvestierte Unternehmensgewinne verspricht. Steuervorteile soll auch erhalten, wer sein Unternehmen aus der "Schattenwirtschaft" herausführt. Besonders kostbare Geschenke gibt es für Leute, die ihre Profite steuerfrei ins Ausland geschafft haben. Wer das Geld nach Italien zurück transferiert, dem wird verziehen - er muss lediglich eine Steuer von lächerlichen 2,5 Prozent zahlen. Unter diesem Gesetz fehlt nur noch die Unterschrift des Staatspräsidenten Carlo Azeglio Ciampi.

Während das In-Kraft-Treten der Gesetze zu Gunsten der Reichen nur eine Frage der Zeit ist, kommt Berlusconis große Steuerreform ("weniger Steuern für alle") nicht vom Fleck - sie ist nicht zu finanzieren. Die Gutgläubigen, die das von vornherein unhaltbare Versprechen für bare Münze nahmen und mit Berlusconi ihren vermeintlichen Wohltäter wählten, werden nun mit der "veränderten Weltlage" auf später vertröstet. Die "Herausforderung durch den Terrorismus" verlange erhöhte Ausgaben - für Streitkräfte, Polizei und Geheimdienste.

Zauberformel "Impresa, Internet, Inglese"

Dass die innere Aufrüstung weder der Landesverteidigung noch der Terrorbekämpfung dient, ist in Italien noch offensichtlicher als anderswo. Die Regierung Berlusconi trägt nicht nur die Verantwortung für den Staatsterror von Genua. Sie hat auch nachträglich ihre parlamentarische Mehrheit dafür benutzt, jegliche Kritik am Vorgehen der Staatsmacht abzubügeln. So hat der parlamentarische Untersuchungsausschuss durch seinen Vorsitzenden Donato Bruno (Forza Italia) den Gipfel als Erfolg gewertet; die Ordnungskräfte hätten in Genua nur ihre Pflicht getan, die Gewalt sei allein von den DemonstrantInnen ausgegangen, wobei die Gewaltfreien den Militanten Schutz gewährt hätten. Die vielfach bezeugten Misshandlungen in der Polizeikaserne von Bolzaneto werden in dem Bericht der Ausschussmehrheit schlicht geleugnet. Dieser vom Parlament ausdrücklich gebilligte Bericht bedeutet nicht nur einen pauschalen Freispruch der in Genua eingesetzten Schläger und Folterer. Er ermuntert zugleich die Polizeikräfte im ganzen Land, auch bei den bevorstehenden innenpolitischen Auseinandersetzungen wieder ohne Rücksicht auf fundamentale Gesetze hinzulangen.

Nimmt man den Terrorgipfel von Genua einmal aus, dann hat sich der sichtbarste Wandel der italienischen Politik im ideologischen Bereich vollzogen, weil Berlusconi, Bossi und Fini nun mit der Autorität ihrer

Regierungsämter Propaganda treiben dürfen. Auch wenn sich namentlich Berlusconi und Fini vorzugsweise als seriöse Staatsmänner gebärden - zuweilen kommt dann doch ihr stramm rechtes bis faschistoides Weltbild zum Vorschein. Berlusconis Berliner Ausbruch gegen den "1.400 Jahre zurück" gebliebenen Islam übertrifft alles, was westliche RegierungspolitikerInnen in den Tagen der schlimmsten antiislamischen Hysterie von sich gaben.

Politisch gesehen war diese Tirade eine Riesendummheit, die Berlusconis Beratern die Haare zu Berge stehen ließ. Wenn es dennoch unversehens und ohne Rücksicht auf Ansehensverluste und internationale Kritik aus ihm herausbricht, dann zeigt sich, was auch viele seiner KritikerInnen nicht wahrhaben wollen: Berlusconi ist eben nicht nur ein Unternehmer, der als Regierungschef sein wirtschaftliches Imperium absichern will; er ist auch ein Ideologe und Demagoge, der selbst vor dreistesten Lügen nicht zurückschreckt. So behauptete er nach dem weltweiten Schrei der Entrüstung, er habe die diffamierenden Sätze über den Islam nie gesagt, um sich danach darauf zurückzuziehen, er habe sie ganz anders gemeint. (Nicht zurückgenommen hat er im übrigen die wahnwitzige These, es gebe eine "merkwürdige Übereinstimmung" zwischen GlobalisierungskritikerInnen und islamistischen Terroristen.)

Berlusconis rotzfrecher Umgang mit der Wahrheit, seine offene Verhöhnung des Publikums hat auch bei seinen "gemäßigten" Partnern stilbildend gewirkt. Die linke Tageszeitung Il Manifesto (29.9.) berichtet über eine Pressekonferenz der Regierung: Da lobt Wirtschaftsminister Tremonti die überaus soziale Politik der Regierung, indem er einen namenlosen "bedeutenden Gewerkschafter" als Kronzeugen anführt. Dieser sei "sehr enttäuscht, weil wir mehr als zwei Millionen Menschen aus der Armut heraushelfen." Reformminister Umberto Bossi (Lega Nord) hebt besonders die Wohltaten zu Gunsten der "stillen Frauen" hervor, armen Rentnerinnen vor allem. Berlusconi ergänzt, vier Millionen ItalienerInnen seien überhaupt erst während der kurzen Regierungszeit des Linksdemokraten Massimo D'Alema ins Elend geraten. Das Schlusswort spricht Rocco Buttiglione (CDU), von Haus aus Philosoph, jetzt Minister für EU-Angelegenheiten, der die in den ominösen 100 Tagen vollzogene Wende zum Guten noch einmal auf Vorschulniveau zusammenfasst: "Diese Regierung hat mit Rückenwind begonnen. Alle vertrauen uns, alle haben angefangen zu arbeiten, der Friseur hat einen Gehilfen eingestellt. Dieser Rückenwind hat einen Namen: Silvio Berlusconi."

Regieren bedeutet Abkassieren

So lächerlich diese Art der Politikvermarktung auch erscheinen mag - wirksam ist sie doch, schon weil das Fernsehpublikum derlei seit Jahren gewohnt ist. Seit ihrem Wahlsieg stehen den Rechten nicht mehr nur die drei landesweiten Kanäle von Berlusconis Mediaset-Imperium zur Verfügung. Auch in den öffentlich-rechtlichen Programmen der RAI wird auf Regierungskritik weitgehend verzichtet. Dass der "Interessenkonflikt" zwischen dem schwerreichen Medien-Unternehmer und dem Regierungschef Berlusconi geregelt werden müsste, war von diesem vor der Wahl sogar zugegeben worden. Jetzt will er nicht einmal mehr Schein-Lösungen wie eine Treuhänder-Verwaltung (blind trust) akzeptieren. Einziges Zugeständnis ist die Einrichtung einer Kommission (authority), die über etwaige "Interessenkonflikte" der Regierenden bis hin zu den Bürgermeistern der größten Städte wachen soll. Die drei Mitglieder der Kommission werden von den rechten Präsidenten der Parlamentskammern benannt und haben keinerlei Befugnisse - äußerstenfalls können sie dem Parlament berichten oder Strafanzeige erstatten.

Mit gewohnter Dreistigkeit hat der Rechtsblock seinem Anführer diverse juristische Probleme vom Halse geschafft: Bilanzfälschungen, in großem Stil in Berlusconis Auslandsholding All Iberian praktiziert, ziehen künftig nur noch ein Bußgeldverfahren nach sich. Und ein neues Rechtshilfegesetz führt dazu, dass mehrere Korruptionsverfahren gegen Berlusconi und seine Vertrauten eingestellt werden müssen: Zwar belegen Schweizer Dokumente, dass Berlusconi & Co. sich Ende der 80er-Jahre der Richterbestechung schuldig gemacht haben; diese Dokumente dürfen aber nach dem neuen Gesetz wegen geringfügiger "Formfehler" nicht als Beweismaterial anerkannt werden - genau so hatten es Berlusconis Anwälte, mangels Rechtsgrundlage bislang erfolglos, in den laufenden Verfahren gefordert. Nach Schätzungen des Wochenmagazins L'Espresso (11.10.) müssen auf Grund des neuen Gesetzes 5.000 Strafverfahren eingestellt werden, in denen italienische Gerichte ausländische Amtshilfe in Anspruch genommen haben. In Hunderten von Fällen geht es dabei um Bandenkriminalität (Mafiaverdächtige eingeschlossen), Körperverletzung und Raub, in geringerem Umfang auch um Delikte, die bei den Law&Order-Politikern als besonders verabscheuungswürdig gelten, wie Drogenhandel und "illegale" Einwanderung.

Das neue Einwanderungsgesetz dürfte die Hardliner von Alleanza Nazionale und Lega Nord für diesen kleinen Verlust an "Glaubwürdigkeit" entschädigen. Denn eher handelt es sich um ein Einwanderungsverhinderungsgesetz mit strengen Quoten, Fristen und Strafen. Vorübergehend bleiben darf nur, wer einen Arbeitsvertrag vorweisen kann; wer zweimal ausgewiesen wurde, riskiert bei einem dritten Versuch bis zu vier Jahre Gefängnis.

Im Parlament führte der Streit um den Komplex Interessenkonflikt, Bilanzfälschung und Rechtshilfe zu Tumulten. Die Opposition erwägt sogar die Einleitung von Referenden, um die skandalösen Gesetze zu Fall zu bringen. Für die meisten Italienerinnen und Italiener - nach Umfragen bis zu 70 Prozent - ist dagegen die Frage des Interessenkonflikts eher zweitrangig. Weniger gelassen dürften sie auf die demnächst anstehenden Streitthemen reagieren. Für Zündstoff sorgt insbesondere die geplante weitgehende Privatisierung der Rentenversicherung, von der Berlusconi über seine 37-Prozent-Beteiligung an der Versicherungsgruppe Mediolanum auch persönlich profitieren würde. Schon im Herbst 1994 waren Hunderttausende gegen Berlusconis Rentenreform auf die Straße gegangen. Damals waren die Proteste der Anfang vom Ende seiner kurzlebigen ersten Regierung.

Verdummung, Lügen und falsche Dementis

So weit wird es wohl vorerst nicht kommen. Denn Berlusconi erfreut sich, sehr viel mehr als vor sieben Jahren, der Unterstützung fast des gesamten Unternehmerlagers, das allerdings auch Druck auf die Regierung ausübt. Insbesondere den als Giovani industriali organisierten Jungunternehmern geht der Abbau sozialer Rechte viel zu langsam. Konsens der Kapitalisten aller Altersstufen ist, dass - nach der durch EU-Richtlinie ermöglichten generellen Befristung von Arbeitsverträgen - weitere "Tabubrüche" folgen müssen. Ganz oben auf der Liste steht der Artikel 18 des "Arbeiterstatuts" von 1970, demzufolge ungerechtfertigt Entlassene wieder eingestellt werden müssen. Dieser Artikel habe ähnlich destruktive Effekte wie der Terrorismus Bin Ladens, ereiferte sich der Sprecher des Unternehmerverbandes Confindustria, Guidalberto Guidi.

Was die Maßlosigkeit ihrer Agitation angeht, sind sie kaum zu übertreffen, die "Fundamentalisten des Marktes" (so Fausto Bertinottis treffendes Wort über die Ideologen des freien Unternehmertums). Mit diesen Leuten einen Ausgleich zu suchen, wäre Zeitverschwendung. Und doch drängelt sich gerade jetzt die Mehrheit der linken Opposition in der weit nach rechts verschobenen "Mitte". Wir kennen das: In der "Stunde der Not" siegt auch bei vielen angeblich "vaterlandslosen Gesellen" der Patriotismus (vgl. Artikel in dieser ak-Ausgabe). Der nationale Schulterschluss hat eine Nebenwirkung, die von den Strategen der Opposition billigend in Kauf genommen wird: Ihr Ja zum "Krieg gegen den Terror" ist auch ein Ja zum Burgfrieden. Darüber können auch gelegentliche verbale Attacken auf den selbstsüchtigen Chef des "Unternehmens Italien" nicht hinwegtäuschen. Vor dieser Opposition muss Berlusconi sich nicht fürchten.

Js.

20. Stürmische Zeiten im Südpazifik. Gewaltkonflikte im Südpazifik Teil V

Autor: Vo · Rubrik: Asien allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak455/15.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:455:15

In diesem abschließenden Beitrag unserer Reihe über Gewaltkonflikte im Südpazifik geben wir einen Überblick über den aktuellen Stand jener Konflikte, die in den vorher gehenden Teilen thematisiert wurden, und wagen einen Ausblick auf die künftigen Entwicklungen in der Region.

Der Friedensprozess auf Bougainville ist jüngst einen entscheidenden Schritt voran gekommen. Nach einem fast ein Jahrzehnt währenden Sezessionskrieg (1989-1998) und nach mehreren Jahren eines prekären Waffenstillstands und mühseliger Verhandlungen unterzeichneten die Konfliktparteien am 30. August 2001 einen umfassenden Friedensvertrag, das Bougainville Peace Agreement. Dieses umfasst im wesentlichen drei zentrale Elemente: erstens soll es zunächst eine weitgehende politische Autonomie für Bougainville im Rahmen des Staatsverbands von Papua-Neuguinea (PNG) und seiner Verfassung geben. Alsbald sollen Wahlen zu einer Autonomieregierung stattfinden. Zweitens soll innerhalb der nächsten 10 bis 15 Jahre ein Referendum über die politische Zukunft - also die Frage: Unabhängigkeit oder Verbleib bei PNG - durchgeführt werden. Drittens soll ab sofort ein Prozess der Abgabe der Waffen und der Auflösung der bewaffneten Gruppierungen - verbunden mit dem Abzug der letzten Regierungstruppen von der Insel - beginnen. Allerdings - so betonte der Premierminister Morauta - habe das Nationalparlament PNG's das "letzte Wort" bei der Umsetzung des Abkommens. Hier könnte ein entscheidender Stolperstein liegen: für Autonomie und Referendum sind Änderungen der PNG-Verfassung nötig, die nur mit einer Dreiviertelmehrheit des Parlaments vorgenommen werden können. Es dürfte jedoch schwierig sein, die nötige Anzahl der ParlamentarierInnen zusammen zu bekommen. Darüber hinaus stehen im nächsten Jahr Wahlen in PNG an, nach denen die Karten völlig neu gemischt werden.

Dennoch feierten Tausende von Bougainvilleans und ihre politischen RepräsentantInnen am 30.8. das Bougainville Peace Agreement auf einer Riesen-Fete in der Inselhauptstadt Arawa als historischen Durchbruch. Mittlerweile ist der Alltag wieder eingekehrt und damit die Mühen der Umsetzung des Friedensabkommens. Jetzt geht es darum, eine Verfassungskommission und eine Verfassunggebende Versammlung zu konstituieren, die eine Verfassung für Bougainville ausarbeiten und verabschieden sollen, auf deren Basis dann eine Autonomieregierung für Bougainville gebildet werden soll. Ferner muss der Prozess der Waffenabgabe unter UN-Kontrolle in Gang kommen. Hierfür bedarf es - neben der Verfassungsänderungen - der Versöhnung zwischen den ehemals verfeindeten bewaffneten Gruppierungen, insbesondere der sezessionistischen Bougainville Revolutionary Army (BRA) und den pro-PNG-Milizen, den sog. Resistance Forces. Und nicht zuletzt sind umfassende Wiederaufbaumaßnahmen nötig, die den Bougainvilleans im allgemeinen und den ehemaligen Kämpfern im besonderen zivile wirtschaftliche und soziale Perspektiven eröffnen.

Der Friedensprozess wird auch weiterhin nicht ohne Brüche und Rückschläge verlaufen. Die Zentralregierung PNG's kommt ihren Verpflichtungen aus dem Friedensabkommen offensichtlich nur schleppend nach. Zugesagte Gelder für den Wiederaufbau kommen gar nicht oder nur mit großer Verzögerung auf der Insel an. Der vollständige Abzug der Regierungstruppen lässt ebenfalls auf sich warten. Auf der anderen Seite haben BRA-Führungskader deutlich gemacht, dass sie ein Referendum über die Unabhängigkeit in drei bis fünf und nicht erst in zehn bis 15 Jahren wollen. Die BRA-Fraktion unter Führung des "Gründervaters" der BRA Francis Ona, hat sich dem Friedensprozess offiziell immer noch nicht angeschlossen, auch wenn sie ihn weiterhin toleriert. Ob sie aber zur Abgabe ihrer Waffen bereit ist, ist noch unklar. Das aber fordern die Resistance Forces, die Wahlen zu einer Autonomieregierung erst zulassen wollen, wenn alle Waffen eingesammelt sind, und die ein Referendum innerhalb von drei bis fünf Jahren strikt ablehnen. Genügend Probleme für die Zukunft also. Trotzdem lässt sich als vorläufiges Fazit festhalten: Der Friedensprozess auf Bougainville kommt voran.

Stillstand auf den Salomonen

Das kann man vom Friedensprozess auf den benachbarten Salomonen nicht behaupten. Ein Jahr nach Abschluss des Townsville Peace Agreement (TPA) im Oktober 2000, welches den Krieg zwischen der Malaita Eagle Force (MEF) und dem Isatabu Freedom Movement (IFM) beendete und einen Waffenstillstand brachte,

hat sich die Lage auf den Salomonen kaum gebessert. Zwar sind die meisten Kämpfer der MEF auf ihre Heimatinsel Malaita zurückgekehrt, und das IFM hat sich fast vollständig aufgelöst. Die im TPA vereinbarte Waffenabgabe ist jedoch gescheitert. Das Einsammeln der Waffen durch das australisch-neuseeländische International Peace Monitoring Team (IPMT) wird allgemein als Lachnummer gewertet. Nur ein Bruchteil der Waffen (meist veraltete Waffen) wurde abgegeben. Immer wieder werden daher Konflikte auf Malaita und Guadalcanal ausgeschossen, jetzt nicht mehr entlang der Front "MalaitanerInnen gegen GuadalcanalesInnen", sondern unter rivalisierenden Fraktionen beider Seiten. Das während des Krieges ruhige Malaita ist seit der Rückkehr der MEF-Kämpfer zusehends Schauplatz gewaltsamer Konflikte. Auf Guadalcanal ist die Region der "Weather Coast" nach wie vor unbefriedet, dort hat die IFM-Abspaltung Guadalcanal Liberation Front, die sich nicht dem TPA angeschlossen hat, ihre Hochburg. Die Hauptstadt Honiara auf Guadalcanal ist nach wie vor ein äußerst unsicheres Pflaster, wo sich kriminelle Banden ehemaliger MEF-Kämpfer nahezu ungehindert austoben können. Die (paramilitärische) Polizei, die während des Krieges ihre Waffen an die MEF verlor bzw. zu dieser übergelaufen war, ist immer noch macht- bzw. willenlos. Die Wirtschaft des Landes ist zusammengebrochen, der Staat faktisch bankrott, die Regierung unfähig und korrupt. Gehälter von Staatsbediensteten können nicht mehr gezahlt werden. Die dem Gewaltkonflikt zu Grunde liegenden Ursachen (Landkonflikte zwischen MalaitanerInnen und GuadalcanalesInnen, Konkurrenz zwischen diesen im Staatsapparat, entwicklungspolitische Vernachlässigung bestimmter Gebiete usw.) wurden überhaupt noch nicht angegangen.

Eine TPA-Überprüfungskonferenz, an der IMF- und MEF-Führer, Regierungsvertreter und Vertreter der Provinzen Guadalcanal und Malaita teilnahmen und die die nächsten Schritte des Friedensprozesses festlegen sollte, musste Mitte September nach nur wenigen Tagen ergebnislos abgebrochen werden, nachdem ein IFM-Führer während der Verhandlungen von Unbekannten gekidnappt und ermordet worden war. Zwar verurteilte die MEF die Tat, und das IFM versicherte, dass es trotz des Mordes am Friedensprozess festhalte, doch an eine Fortsetzung der Konferenz war nicht mehr zu denken. Zur Zeit scheint niemand zu wissen, wie es weiter gehen soll. Hoffnungen richten sich nunmehr auf die im Dezember vorgesehenen Neuwahlen zum nationalen Parlament.

Wahlen in Fiji

Solche Wahlen hat Fiji bereits hinter sich. Sie fanden vom 25.8. bis 1.9. statt und bestätigten die tiefe Spaltung der fijianischen Gesellschaft entlang der Trennungslinie zwischen indigenen und indischstämmigen FijianerInnen. Knapper Wahlsieger wurde die vom Interims-Premierminister Laisenia Qarase neu gegründete indigen-fijianische Sammlungspartei SDL (Vereinigte Fijianische Partei). Sie erhielt 31 (von 71) Parlamentssitze, dicht gefolgt von der Fiji Labour Party (FLP) mit 27 Sitze. Die FLP ist weitgehend eine Partei der indisch-stämmigen FijianerInnen und wird geführt von Mahendra Chaudhry, dem ersten indisch-stämmigen Premier in der Geschichte Fijis. Die Geiselnahme Chaudhrys und seiner Regierung im Mai 2000 durch rechtsnationalistische Putschisten, die nachfolgenden gewaltsamen Auseinandersetzungen und die verfassungswidrige Einsetzung der Übergangsregierung Qarase durch das Militär bildeten Hintergrund und Voraussetzung der Neuwahlen. Kleinere Parteien spielen im neugewählten Parlament keine Rolle - mit einer Ausnahme: die ultranationalistisch-rassistische Partei Matanitu Vanua (MV), getragen von den UnterstützerInnen des Putsches vom Mai 2000, erhielt sechs Sitze. Auf ihrem Ticket errang sogar der Putschistenführer George Speight, der immer noch in Untersuchungshaft sitzt, ein Parlamentsmandat.

Die Wahlen wurden von internationalen BeobachterInnen als überwiegend korrekt bewertet. Dennoch wollen Chaudhry und die FLP wegen Unregelmäßigkeiten bei den Wahlen vor Gericht ziehen und auch, weil sich Qarase, der am 10.9. als Premierminister vereidigt wurde, beharrlich weigert, der FLP eine Mitarbeit in der Regierung anzubieten; nach der Verfassung aber muss ein solches Angebot jeder Partei mit mehr als 10% der Sitze gemacht werden.

Dieser Rechtsstreit ist nur ein Ausdruck der tiefen Widersprüche zwischen den von SDL einerseits und FLP andererseits repräsentierten gesellschaftlich-politischen Kräften. Qarases SDL, die mit den Putschisten von der MV eine Koalition eingegangen ist, will die Vorherrschaft der indigenen FijianerInnen im Land (51% der Bevölkerung) befestigen und die indischstämmige Bevölkerung (44%) zu BürgerInnen zweiter Klasse degradieren. Die FLP hingegen gerät mehr und mehr in die Rolle der Interessenvertreterin der indischstämmigen FijianerInnen. Die Ursachen, die zu den Gewaltausbrüchen des Jahres 2001 geführt haben,

bestehen fort, und die politische Konstellation nach den Wahlen spricht nicht dafür, dass diese Ursachen demnächst friedlich gelöst werden.

Gewalteskalation in West-Papua

Von friedlicher Konfliktbearbeitung kann in West-Papua noch viel weniger die Rede sein. Im Gegenteil: Dort eskalierte die Gewalt nach der Regierungsübernahme Megawati Sukarnoputris in Indonesien. Indonesisches Militär und Polizei haben die Verfolgung von UnabhängigkeitsbefürworterInnen, MenschenrechtsaktivistInnen, UmweltschützerInnen usw. intensiviert. Nachrichten über Mord, Folter, Vertreibungen durch die Sicherheitskräfte häufen sich. Auf der anderen Seite verstärkt der bewaffnete Arm der Unabhängigkeitsbewegung, die OPM, ihre Aktivitäten. So brachte sie Ende September erstmals eine größere Distrikthauptstadt in ihre Gewalt und konnte erst nach mehreren Tagen vom indonesischen Militär vertrieben werden. Die während der Amtszeit Wahids keimenden Hoffnungen auf einen politischen Dialog zur Lösung des West-Papua-Problems haben in jüngster Zeit schwere Rückschläge erlitten. In West-Papua wird weiter gekämpft, gemordet und gefoltert.

Ausblick

Auch in anderen Regionen des Südpazifik schwelen Gewaltkonflikte, die gewaltsam zu eskalieren drohen: In Kanaky/Neukaledonien ist der Konflikt zwischen indigenen KanakInnen einerseits und französischer Kolonialmacht sowie französischstämmigen SiedlerInnen andererseits allenfalls aufgeschoben, aber nicht gelöst. Ähnliches gilt für Französisch-Polynesien. In der Inselrepublik Vanuatu besteht die Gefahr der Eskalation von Konflikten vergleichbar denen auf den Salomonen. Tonga und Samoa sind ebenfalls potenzielle Kandidaten für Gewaltkonflikte. Der Südpazifik geht stürmischen Zeiten entgegen.

Die hier vorgestellten Fälle zeigen deutlich, dass es völlig verfehlt wäre, diese Konflikte als "ethnische" abzutun. Damit würden die Metropolen des Nordens fälschlicherweise von ihrer Verantwortung entlastet. Diese besteht nicht allein in den kolonialen Erblasten, die sie den Bevölkerungen der Region hinterlassen haben (soweit sie nicht - wie Frankreich oder die USA - nach wie vor als Kolonialmächte in der Region präsent sind), sondern auch darin, dass sie die vielfältigen negativen Folgen von "Globalisierung" auf die Menschen in der Region abwälzen. Je spürbarer diese werden, desto wahrscheinlicher werden Gewaltkonflikte. Beispiele für "globalisierte" Verursachungsketten gibt es viele: Klimawandel führt zum Meeresspiegelanstieg führt zum Landverlust, führt zum Verlust der Ernährungsgrundlage, führt zu erzwungener Migration, führt zu Gewaltkonflikten mit benachbarten Gruppen. Oder: Verschuldung führt zu Strukturanpassungsprogrammen von IWF und Weltbank, führt zu Massenentlassungen aus dem öffentlichen Dienst, führt zu Druck auf die Subsistenzwirtschaft, führt zu Landkonflikten zwischen benachbarten Gruppen. Das Bemühen um eine friedliche Lösung der Konflikte im Südpazifik bedeutet zuallererst, die Auseinandersetzung mit den für die kapitalistische Globalisierung Verantwortlichen in den Metropolen des Nordens und deren Politik aufzunehmen.

Vo

21. Was ... Wann ... Wo ...? (Aktivitäten gegen CASTOR-Transporte)

CASTOR-Transport La Hague - Gorleben: November 2001

Autor: BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg · Rubrik: Anti-AKW-Bewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak455/23.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:455:23

"Nichts wird sein wie es war."

Nach den Terror-Angriffen von New York gab es keinen Politiker, der diesen Satz nicht im Munde führte. Inzwischen wissen wir, was damit gemeint ist: Scharfmacher aus Regierung und Opposition nutzen die Situation, um endlich die Mittel für eine restriktive Law-and-order-Politik in die Hand zu bekommen: Verschärfung der Ausländergesetze, Rasterfahndung, systematische Durchleuchtung der Gesamten Gesellschaft. Nur eines soll unangetastet bleiben: Die Profitlogik der Atomindustrie.

Alles wie gehabt?

Trotz des Krieges in Afghanistan und der Möglichkeit terroristischer Gegenschläge sollen Anfang November erneut sechs CASTOR-Behälter mit hochradioaktivem Müll von La Hague nach Gorleben gebracht werden. Obwohl das Zwischenlager Gorleben als Leichtbauhalle keinerlei Schutz gegen Flugzeugabsturz bietet, sollen dort bis zu 420 CASTOR-Behälter untergestellt werden. Jeder einzelne gefüllt mit einem satten Fünftel der Radioaktivität, die in Tschernobyl freigesetzt wurde.

Das Undenkbare denken.

Die Anti-Atom-Bewegung hat die Gefahren der Atomkraft schon immer beschworen - die technischen Risiken ebenso wie die Unwägbarkeiten menschlichen Handelns. Durch die Anschläge von New York wurden die Schreckenszenarien um eine zynische Variante erweitert: Jede Atomanlage, jedes AKW und jedes Zwischenlager für radioaktiven Müll kann zum Ziel eines Terror-Angriffs werden.

Recht zu behalten bedeutet uns keine Genugtuung. Jetzt gilt es, endlich die Konsequenzen zu ziehen.

Wir fordern die unmittelbare Beendigung der Wiederaufarbeitung, den Stopp aller Atomtransporte und die sofortige Stilllegung der Atomkraftwerke!

Das was uns Rot/Grün als "Ausstieg" verkaufen will, ist nichts als ein Kniefall vor der Atomindustrie und eine Garantie für den unbehelligten Weiterbetrieb:

- Die Atomkraftwerke sollen noch jahrzehntelang am Netz bleiben. Solange, bis auch der letzte Schrottreaktor sein Profitsoll erfüllt hat.

- Der bisher angefallene Strahlenmüll soll noch einmal um die gleiche Menge anwachsen dürfen. Verdoppelung, obwohl niemand auf der Welt weiß, wo und wie der tödliche Müll sicher von der Biosphäre abgeschirmt werden kann.

- Die Wiederaufarbeitung in den WAAs von La Hague und Sellafield und damit die Verseuchung von Ärmelkanal und irischer See sollen weitergehen.

- Die Rücknahme von WAA-Müll wird uns als eine Frage nationaler Verantwortung verkauft. Tatsächlich öffnen die Transporte nach Gorleben die Türen für unzählige neue Transporte aus Deutschen AKWs nach Frankreich.

Widerstand ist wichtiger denn je!

Bei jedem CASTOR-Transport werden die demokratischen Grundrechte weiter beschnitten und demontiert. Der Widerstand wird kriminalisiert und der Rechtsstaat systematisch ausgehöhlt: Demoverbote, Platzverweise, Ingewahrsamnahmen, Verhaftungen. Die Bedrohung wächst und der Raum zum Leben wird immer enger.

Die Ereignisse in New York haben uns erschüttert, aber nicht gelähmt. Wir sind so klarsichtig wie noch niemals zuvor. Wir fordern den sofortigen Atomausstieg. Bis dahin wird jeder CASTOR-Transport auf unseren kompromisslosen Widerstand stoßen.

Wir stellen uns quer! - Wir stellen uns quer!

BÜRGERINITIATIVE UMWELTSCHUTZ LÜCHOW- DANNENBERG E. V., Drawehner Straße 3, 29439 Lüchow

Telefon: 05841 4684, Fax 3197, e-Mail: BI-Luechow@t-online.de, internet : www.bi-luechow-dannenberg.de

Infotelefon : 0190 033099 mit Informationen vor dem Transport und ab Tag X aktueller Aufenthaltsort des CASTOR-Zuges. (Durch die 0190 ersparen wir allen das "Besetztzeichen". Kosten 1.-DM erste Min.

weitere 0,24, evtl. Einnahmen gehen an den Ermittlungsausschuss.)

Spendenkonto: 206 07 21 KSK Lüchow (BLZ 258 513 35)

Was...Wann...Wo...?

Radioaktivität kennt keine Grenzen, unser Widerstand auch nicht! Nicht nur im Wendland - schon an der Grenze laden Anti-Atom-Intiativen aus dem Südwesten zu einem angemessenen Empfang ein. Zeitgleich zum Auftakt in Lüneburg findet eine Demonstration in Karlsruhe zum Atomstrom- und Müllproduzenten ENBW statt. Danach wird in der Nähe der Grenze ein Camp mit Volxküche bezogen. Vermutliche Grenzüberquerung ist Lauterbourg. (Infotelefon: 0175-7112894)

Termine (nach derzeitigem Stand der Dinge)

Samstag vor Tag X (3.11. oder 10.11.)

Auftaktkundgebung in Lüneburg

10.00 Uhr Treffpunkt Sülzwiesen

10.30 Uhr Demo zum Kundgebungsplatz

12.30 Uhr Kundgebung vor der Bezirksregierung

danach Bezug der Camps

Infotelefon ab Freitag: 04131-48599

Sonntag vor Tag X (4.11. oder 11.11.)

Großer Wendländischer Dreisprung -

eine sportliche Herausforderung auch

für die Damen und Herren der Polizei

11 Uhr Splietau

Gemeinsame Auftaktkundgebung

mit Kulturprogramm

14 Uhr Hitzacker

Kabarett "Den Atomstaat auf die Schippe nehmen"

anschließend Aktion WiderSetzen in Dannenberg

Montag (5.11. oder 12.11.)

10 Uhr Kundgebung in Uelzen

18 Uhr Kundgebung in Hitzacker

Dienstag (6.11. oder 13.11.)

18 Uhr Kundgebung in Dannenberg und Hitzacker

am Tag X in Dahlenburg Demonstration

Infopunkte

Infowiese Dahlenburg Infotelefon: 05851-602620

Uelzen Infotelefon: 0581-3896301

Lüneburg

Platenlaase

Dannenberg

Gorleben

Wir lassen unsere Gäste nicht im Regen stehen:

Camps

Uelzen, Nahrendorf, Göhrde, Hitzacker,

Dannenberg (Camp in der Stadt)

Fragen zu den Camps Telefon: 05862-985991

Bettenbörse

Lüneburg: 04131-682516 (ab 1.11. neue Nummer)

e-Mail: anticastorbettenboerse@gmx.de

Dahlenburg: 05851-7331

Dannenberg: 05861-4826

Ermittlungsausschuß

der EA wird ab Samstag vor Tag X rund um die Uhr besetzt sein

Telefon: 05849-971030

Sanis

Telefon: 05882-987436

Kartenmaterial

1 : 50.000 L 2728, WL Naturpark Elbufer-Drawehn

ISBN 3-89435-613-8

Weitere Informationen über Internet

www.bi-luechow-dannenberg.de

www.oneworldweb.de/castor

www.x1000malquer.de

www.castornix.de

www.nadir.org

22. Einflugschneise gegen die Atomlobby. Nächster Tag X steht unmittelbar bevor

Der nächste Tag X steht unmittelbar bevor

Autor: Wolfgang Ehmke · Rubrik: Anti-AKW-Bewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak455/22.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:455:22

Es bedarf keiner Neubewertung der Situation, um nach den Anschlägen vom 11. September die Forderung nach der sofortigen Stilllegung aller Atomanlagen zu stellen. Es ging in der Debatte um die vermeintliche Sicherheit von AKWs auch vor dem 11. September schon immer um das nicht tragbare Risiko unwahrscheinlicher Störfälle und deren Folgen. Das Kalkar-Urteil, in dem auch die Berücksichtigung nur entfernt wahrscheinlicher Störfälle festgeschrieben wurde, erhält allerdings neue Relevanz.

Der Countdown für den nächsten Castortransport aus La Hague nach Gorleben läuft. Noch ist nicht klar, ob der Castor in der Woche ab dem 5. November oder erst ab dem 12. November rollen wird. Dass Polizei und BGS angesichts der welt- bzw. innenpolitischen Situation für den Objektschutz benötigt werden könnten, kommt dem niedersächsischen Innenminister Heiner Bartling (SPD) nicht in den Sinn, er plädiert unbeirrt für die Einhaltung des Transporttermins Anfang November. Die Vorstellung, dass Atomanlagen ebenso wie das World Trade Center oder das Pentagon Ziel von Terroranschlägen sein können, kann der Bundesumweltminister Jürgen Trittin (Grüne) nicht ausschließen. Über eine vorübergehende Stilllegung hätten die Bundesländer zu befinden, meint Trittin. Eine Neubewertung des Reaktorrisikos weisen die Regierungsgrünen weit von sich. Grünen-Fraktionschef Rezzo Schlauch warnt gar vor Hysterie. Dabei sind Atomkraftwerke ein geradezu ideales Ziel für Terrorgruppen, um mit geringst möglichen Mitteln das größtmögliche Leid und Chaos zu erzielen. Umweltverbände und Anti-Atom-Initiativen appellieren dieser Tage an die Bundesregierung, diese Unsicherheitsaspekte endlich anzuerkennen und die Atomanlagen unverzüglich stillzulegen. Die gesetzliche Grundlage bietet das Atomgesetz, das ausdrücklich den Widerruf von Betriebsgenehmigungen vorsieht. Reaktorsicherheitsexperten bezweifeln, dass ältere deutsche Atomkraftwerke gezielte Abstürze überstehen könnten, selbst Heinz-Peter Butz, der Sprecher der Gesellschaft für Anlagen- und Reaktorsicherheit (GRS) in Köln, gestand ein, dass es in der Frage, bis zu welchem Maße ein AKW einem Angriff standhalten würde, "eine Grenze gibt, die wir nicht so genau kennen".

Am 11. September ist etwas geschehen, was angeblich rein hypothetischer Natur sei. Die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl resultierte aus einer Verkettung menschlichen und technischen Versagens - mit Tschernobyl verbindet sich in erster Linie andauerndes menschliches Leid und außerdem der Nachweis, dass die Atomkraft eine unbeherrschbare Technologie ist. Jetzt wurde mit den gezielten Flugzeugabstürzen in den USA ein Szenario Wirklichkeit, was man eigentlich nur im Bereich der Phantasmagorie angesiedelt hätte. Angesichts dieser "morbiden Fantasie" warnt der Hamburger Professor für Technologiebewertung Arnim von Gleich: "Bei einem Atomkraftwerk potenziert sich das Risiko. Es droht nicht nur eine räumliche und zeitliche Explosion, die Folgen sind - siehe Tschernobyl - praktisch global und über sehr lange Zeiträume hinweg spürbar".

In einem gemeinsamen Appell erinnern die Umweltinitiativen deshalb an die Formulierung des BVG-Urteils vom 8.8.1978 ("Kalkar-Urteil"), in dem ein schwerer Störfall jenseits der Schwelle "praktischer Vernunft" angesiedelt wurde. Allerdings "muss bereits eine entfernte Wahrscheinlichkeit ihres Eintritts genügen, um die Schutzpflicht auch des Gesetzgebers konkret auszulösen", formulierten die Verfassungsrichter. Diese Situation ist spätestens jetzt gegeben.

Bereits die Sicherung der Atommüllabfuhr durch 18.000 Uniformierte im März 2001 setzte die Demokratie teilweise außer Kraft: Versammlungsverbote und Polizeigewalt in der "Sonderzone" Wendland sind die augenfällige Begleiterscheinung. Was sagte doch Sigmar Gabriel in einem lichten Moment in seinem SPIEGEL-Interview unmittelbar nach den letzten Castortransport nach Gorleben? Gabriel: "Ich bin nicht Ministerpräsident geworden, um permanent Belagerungszustände zu organisieren. Bei zwei bis drei Castor-Transporten im Jahr sieht die Bevölkerung dort ständig Blaulicht und Polizeipanzer. Weitere Transporte nach Gorleben gefährden den Landfrieden und lassen die früheren Mahnungen von Robert Jungk wahr werden, dass ein solcher Atomstaat die Demokratie zerstört".

Ein bemerkenswert visionärer Satz angesichts der Überreaktion seines sozialdemokratischen Parteifreundes und Bundesinnenministers Schily, der gar für den Einsatz der Bundeswehr im Inneren des Landes plädiert und dabei von der CDU-Spitze sekundiert wird. Wie sollen wir das verstehen? Wird demnächst die Bundeswehr zur Sicherung von Atommülltransporten eingesetzt und werden Flugabwehrstellungen installiert, um den Reaktorbetrieb zu sichern? Wie viel sicherer wäre es, endlich Schluss zu machen mit dem atomaren Abenteuer, denn mit Sicherheit droht weniger Freiheit.

Setzt sich die Unvernunft durch, bleibt es bei dem Kotau vor den profitorientierten Interessen der Atomlobby, stellen wir uns selbstverständlich wieder quer. Die Politik setzt offensichtlich auf unsere Verunsicherung und die Angst, wir setzen auf die Vernunft und Besonnenheit. Lässt sich der Transport politisch nicht verhindern, legen wir nicht paralysiert die Hände in den Schoß. Es wird in den Novembertagen tagelang Dauerdemonstrationen gegen den Zynismus der Macht, für die Stilllegung der Atomanlagen und gegen die Spirale der Gewalt, die jeder Krieg darstellt, geben. Wir laden bundesweit alle Kriegsgegner/innen ein, sich unseren Protesten anzuschließen.

Wolfgang Ehmke,

Sprecher der BI Umweltschutz

Lüchow-Dannenberg e.V.

23. Gouvernementalität und Geschlecht. Zur Festschreibung und Flexibilisierung von Geschlechterverhältnissen

Zur Festschreibung und Flexibilisierung von Geschlechterverhältnissen Teil 1: Medikalisierung und Bevölkerungspolitik

Autor: Susanne Schultz und Katharina Pühl · Rubrik: Wissenschaftskritik; Gender · CD-Datei: daten/aksuche/ak455/07.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:455:07

Teil 1: Medikalisierung und Bevölkerungspolitik

Sei es in Anti-Aggressions-Therapien für Jugendliche, sei es im Qualitätsmanagement, sei es in Programmen zum "Empowerment" von Frauen: Eigenverantwortung, persönliche Wahlfreiheit und aktive Selbstregulierung sind zentrale neoliberale Maximen, mit denen Gesellschaftskritik heute konfrontiert ist. Diente einst eine Idee gesamtgesellschaftlicher bzw. nationaler Solidarität als Mittel der Wahl zur Lösung von Klassengegensätzen, so konstatiert man heute die Überforderung des Staates - eine Behauptung, die seit Ende der siebziger Jahre nicht zuletzt dazu dient, die kapitalistische Krisenhaftigkeit zu erklären und anzugehen.

Eine Reihe sozialwissenschaftlicher Studien haben in den letzten Jahren unter Rückgriff auf Michel Foucaults Thesen zur "Gouvernementalität" diese Entwicklungen in Gesundheitspolitik, Managementtheorien, Sozial- und Therapieprogrammen untersucht und kritisiert. Ziel dieser Studien ist es zu verstehen, wie das Verhältnis zwischen den nur scheinbar getrennten Sphären Politik, Ökonomie und Soziales im Rahmen veränderter kapitalistischer Bedingungen im Postfordismus neu geordnet wird. Die Perspektive der Gouvernementalitätsstudien ist interessant, weil sie erklären kann, wie ehemals emanzipatorische Kritiken an Macht- und Eigentumsverhältnissen im Kontext von Neoliberalismus umformuliert werden in die Forderung, individuelle Ressourcen zu mobilisieren und optimal einzusetzen. Auch feministische Theorie und Praxis steht vor der Herausforderung, politische Diskurse zu kritisieren, die kollektive Haftung durch individuelle Verantwortung ersetzen. Das ist nicht unbedingt einfach. Denn schließlich überschneidet sich die neoliberale Idee von der individuellen Verantwortung durchaus mit Forderungen von Frauenbewegungen nach Selbstbestimmung und Autonomie.

Vom Umformulieren kritischer Diskurse

Gerade vor diesem Hintergrund ist es bedauerlich, dass viele Gouvernementalitätsstudien eine geschlechtsneutrale Perspektive einnehmen. Uns geht es deshalb darum, sowohl nach den Angeboten als auch nach den blinden Flecken der Gouvernementalitätsperspektive für eine feministische Gesellschaftskritik zu fragen. Denn sicherlich ermöglicht diese Perspektive, paradoxe Zusammenhänge zwischen Flexibilisierungstendenzen einerseits und Zementierungen der Geschlechterordnung andererseits zu erkennen. So zielen neoliberale Diskurse einerseits auf ein flexibles weibliches Individuum ab und koppeln andererseits die versprochenen Freiheiten nach wie vor an eine als "Umweltbedingung" fest stehende Geschlechterordnung. Ähnlich paradox verlaufen auch staatliche Regulierungsversuche der Geschlechterverhältnisse: Emanzipative Rhetoriken, kompensatorische Politiken der Gleichberechtigung und ökonomisch repressive Anrufungen von Arbeits- und Leistungsfähigkeit stehen in komplexen und widersprüchlichen Verhältnissen zueinander. Solange neoliberale Konzepte von Eigenverantwortlichkeit und Selbstsorge in den Gouvernementalitätsstudien überwiegend als geschlechtsneutral untersucht werden, besteht die Gefahr, dass letztlich nur der Maßstab einer autonomen Männlichkeit, wenn auch aus kritischen Absichten heraus, reproduziert wird. Gefragt werden muss nicht nur, welche moralischen Normen es dem/der Einzelnen verbieten, der Gesellschaft oder dem Staat "zur Last zu fallen", sondern auch, in welchem Kontext es weiterhin gesellschaftsfähig ist, von anderen versorgt zu werden. Oder: Wie wird die Sorge für andere als Handlungsmaxime an Frauen herangetragen und als "feminisierte Verantwortung" individualisiert?

Ein weiteres Problem der Gouvernementalitätsstudien liegt in der oft verkürzten Sicht auf die "Durchreichung" politischer Programme des Neoliberalismus hinab zur "Basis". Dagegen gilt es unserer Ansicht nach, eher ein Ensemble widersprüchlicher Diskurse, Alltagspraktiken und Seitenwege gesellschaftlicher Aushandlungsprozesse nachzuvollziehen. Wir sprechen deswegen im Folgenden einschränkend von

"programmatischen Subjektivitäten", die durch neoliberale Programme gesellschaftlicher Umstrukturierung angerufen werden. Wir verstehen sie als umkämpftes Terrain, als Verdichtung sozialer Konflikte, nicht als abgeschlossene Ideologie, die funktionalistisch von oben nach unten durchgesetzt wird: "Programmatische Subjektivitäten" korrespondieren nicht umstandslos mit den konkreten Erfahrungen von Frauen und Männern.

Doch welche Politiken, welche Alltagspraktiken, welche Geschlechterkonstellationen sind mit der Bezeichnung "neoliberal" eigentlich gemeint? Wenn "neo" die Umformung liberaler Herrschaftskonzepte bezeichnen soll, muss auch die feministische Liberalismuskritik umformuliert werden. Der klassische Liberalismus etabliert ein komplementäres Verhältnis der Rollen im bürgerlichen Geschlechtermodell: Zum rational ökonomisch agierenden, nutzenmaximierenden männlichen Staatsbürger gehört die aufs Haus verwiesene, reproduktive Arbeiten verrichtende (Ehe-) Frau. Ihre politischen Rechte konnten folglich erst nach und nach in das liberale Projekt integriert werden. Welche Geschlechtermodelle entwirft nun eine neoliberale Re-Organisation dieser Geschlechterordnung? Was passiert, wenn alle sich als "UnternehmerIn ihrer/seiner selbst" verstehen sollen? Welche neuen Maßstäbe von "Normalität" (Nancy Fraser) kommen in Bezug auf die Geschlechterordnung zum Einsatz? Diese Fragen diskutieren wir in dieser ak-Ausgabe im Zusammenhang mit feministischen Interpretationen der internationalen Bevölkerungspolitik und mit Geschlechterverhältnissen in Medikalisierungsprozessen.

Die Veränderung von Körperbildern im Zusammenhang mit Gesundheitspolitik ist ein wichtiges Thema der Gouvernementalitätsstudien. Untersuchungen in diesem Bereich gehen davon aus, dass liberale Formen der Regierung in unterschiedlichen Bereichen von Gesundheitspolitiken zentral geworden sind. Machtverhältnisse werden demzufolge eher mit Hilfe des Paradigmas von der individuellen Gesundheitsverantwortung und durch die Vervielfältigung von "Gesundheitsrisiken" stabilisiert als über autoritäre Anweisungen medizinischer ExpertInnen. Die Studien fragen danach, wie in medizinischen Texten, in Beratungsliteratur und in den Medien folgende Anforderungen an das Selbst formuliert werden: eine umfangreiche Informiertheit über den eigenen Körper, langfristige Prävention und permanente Flexibilität in der Reaktion auf veränderte Bedingungen.

Die liberale Regierung von Gesundheit

Neu ist das, was die Gouvernementalitätsstudien unter dem Begriff der "liberalen Regierung von Gesundheit" diskutieren, für die feministische Medizinkritik keineswegs. Die Frage danach, ob und wie Konzepte individueller Entscheidungsfreiheit innerhalb medizinischer Institutionen neue Zwänge produzieren, prägte die Debatten in der seit den achtziger Jahren zunehmend international vernetzten Frauengesundheitsbewegung. Dort wurde der Begriff der "Selbstbestimmung" und die Forderung nach individuellen "reproduktiven Rechten" kontrovers diskutiert. Denn das Selbstbestimmungskonzept ist höchst ambivalent. Einerseits standen und stehen Forderungen nach Selbstbestimmung über den eigenen Körper im Zentrum feministischer Bewegungen - im Protest gegen "illiberale" Praktiken wie autoritäre ärztliche Anweisungen und gegen ein ExpertInnenwissen, das den weiblichen Körper pathologisiert und Frauen zu unwissenden Objekten meist männlicher Forscher degradiert. Die Selbstbestimmungsforderung ist so etwa für den Kampf gegen "illiberal" geregelte Abtreibungspolitiken weiterhin zentral. Andererseits hat gerade die feministische Technologie- und Medizinkritik aufgezeigt, welche Zwänge einem Modell von Selbstbestimmung innewohnen, das einen rational steuerbaren Körper und ein objektives medizinisches Wissen unterstellt. Denn aus vermeintlicher Wahlfreiheit kann leicht ein Zwang zur Entscheidung für bestimmte medizinische Technologien und Verfahren werden, wenn auf der Basis medizinischer "Objektivität" nur eine "beste Lösung" in Frage kommt.

In der Geschichte von Frauengesundheitsbewegungen gab es immer wieder Tendenzen, dieses politische Spannungsverhältnis in eine Richtung zu vereindeutigen: Entweder wurde die Selbstbestimmungsforderung als Einfallstor einer biopolitischen Macht völlig abgelehnt oder aber sie wurde unkritisch aufgenommen. Die Tendenz der völligen Ablehnung lässt sich etwa in der radikalen Technologiekritik der achtziger Jahre finden, die damit trotz steigender Akzeptanz moderner Reproduktions- oder Verhütungstechnologien an einer Opferthese festhielt und in ideologiekritischer Tradition Strategien des "falschen Bewusstseins" entlarvte. Schematisch könnte man über die neunziger Jahre dagegen sagen, dass sie von einem Rückzug feministischer Forderungen auf die Maxime der individuellen Selbstbestimmung bestimmt waren. Dies spiegelt sich etwa in der Umorientierung feministischer Frauengesundheitszentren wider: weg von radikaler Medizinkritik, hin zu "nondirektiver individueller Beratung". Auch üben viele der großen internationalen Frauengesundheits-NGOs heute keine politische Kritik an Verhütungsmittelforschung mehr, sondern propagieren mit dem Pro-Choice-Ansatz "Wahlfreiheit" als wichtigste Maxime.

Auch die Debatte um Bevölkerungspolitik im Kontext der UN-Weltbevölkerungs-Konferenz in Kairo 1994 spiegelt die Ambivalenz der Forderung nach Selbstbestimmung wider. Das Aktionsprogramm von Kairo, das die Begriffe "reproduktive Rechte" und "reproduktive Gesundheit" etablierte, war sowohl Ergebnis einer breiten Mobilisierung der internationalen Frauengesundheitsbewegung als auch ein Effekt von strategischen Neuorientierungen in internationalen bevölkerungspolitischen Institutionen. In diesem Programm wird betont, dass bevölkerungspolitische Maßnahmen die Entscheidungsfreiheit und die informierte Zustimmung von Frauen als Trägerinnen individueller Rechte garantieren und fördern müssen. In der Folge etablierten sich innerhalb der feministischen Diskussion zwei gegensätzliche Interpretationen dieses "Konsenses von Kairo": Die Frauenorganisationen, die ihre Kooperationsbereitschaft mit bevölkerungspolitischen Programmen erklärten, behaupteten, dass mit einer Garantie der Entscheidungsfreiheit für Frauen jede Kritik an diesen Programmen obsolet geworden sei. Die Gruppen hingegen, die sich dem Konsens verweigerten und an der grundsätzlichen Ablehnung von Bevölkerungspolitik aus den achtziger Jahren festhielten, kritisierten den neuen Diskurs der reproduktiven Rechte als bloße Fassade, hinter der sich keine Veränderungen bevölkerungspolitischer Ziele und Methoden abzeichneten.

Aus der Perspektive der Gouvernementalität können diese Entwicklungen als die Ausweitung liberaler Regierungsformen auf dem bevölkerungspolitischen Terrain verstanden werden - und damit weder als Auflösung noch als reine Kontinuität älterer biopolitischer Regierungsformen. Vielmehr handelt es sich um eine Verschiebung "programmatischer Subjektivitäten" im Kontext von Bevölkerungspolitik. Ziel des Konzeptes der reproduktiven Rechte ist für das bevölkerungspolitische Establishment nicht das Ende, sondern die bessere Durchsetzung demographischer Strategien zur Verringerung der Geburtenraten in Ländern des Südens. Im Fokus steht die Frau als Individuum und nicht wie bisher als Teil einer Familie. Neue Gesundheitsprogramme betonen die Notwendigkeit einer aktiven Partizipation von Frauen, anstatt sie nur als passive Empfängerinnen von Verhütungsmitteln wahrzunehmen oder sie gar durch positive und negative "Anreize" disziplinieren zu wollen.

Freiheit, Gesundheit und Weiblichkeit

Die politische Ambivalenz von Selbstbestimmungsforderungen lässt sich aus der Gouvernementalitätsperspektive zum theoretischen Ausgangspunkt machen, so dass sie nicht zwangsläufig in eine Richtung aufgelöst werden muss. Eine bittere politische Erfahrung feministischer Medizinkritik könnte damit angegangen werden: Solange es der kritischen Praxis nicht gelingt, die in veränderten Selbstverhältnissen angelegten machtpolitischen Strategien aufzuzeigen, ohne im Gegenzug individuelle Freiwilligkeit und individuelles Begehren in Abrede zu stellen, wird sie nicht in der Lage sein, der Individualisierung und damit der Entpolitisierung "ethischer" und "technischer" Entscheidungen etwas entgegenzusetzen.

Wie aber werden individuelle Bedürfnisse und individuelle Rechtsansprüche durchlässig für biopolitische Machtstrategien? Gesundheitskritische Bewegungen haben schon lange den Begriff der Medikalisierung eingeführt, um eine Entpolitisierung durch medizinische Diskurse zu kritisieren. Allerdings hat sich die klassische feministische Medizinkritik bisher darauf konzentriert, deterministische Körperbilder, wie z.B. Modelle des Körpers als Maschine, immunologische Regelkreisläufe oder genetische Codierungen in Frage zu stellen. Die Gouvernementalitätsliteratur betont jedoch, dass Medikalisierung heute nicht nur als eine reine Ausblendung sozialer oder politischer Fragen durch ihre Übersetzung in medizinische oder technische Fragen zu verstehen ist. Stattdessen eignen sich neoliberale Gesundheitspolitiken die Diskurse medizinkritischer Bewegungen auf eine spezifische Art und Weise in großem Umfang an. Nicht die Ausblendung des Wissens über soziale und psychische Bedingungen von Gesundheit ist das Problem, sondern seine Umformulierung als individuelle Wissensressource, die der dynamischen Anpassung an die Verhältnisse dient.

Medikalisierungsprozesse als Element liberaler Regierungsformen lassen sich auf dem Terrain der Bevölkerungspolitik deutlich erkennen. In den neunziger Jahren ist der Begriff der "reproduktiven Gesundheit" zu einem zentralen Paradigma des bevölkerungspolitischen Diskurses geworden. Gesundheitsfragen dienen seither als Hauptargument für Strategien zur Reduzierung der Geburtenraten - sei es in den Programmen der internationalen Agenturen wie dem UN-Weltbevölkerungsfonds und dem US-AID oder in Publikationen von großen Frauen-NGOs. Gesundheitliche Risiken von Schwangerschaft und Geburt, "Müttersterblichkeit" sowie gesundheitsbezogene Argumente gegen "teenage pregnancies" (Teenager-Scwangerschaften) oder "birth spacing" (größere zeitliche Abstände zwischen den Geburten) beherrschen die Debatten. Grundsätzlich wird

Frauen eine bessere Gesundheit versprochen, wenn sie weniger Kinder bekommen und wenn sie diese nur in einem Alter zwischen 20 und 35 Jahren und in einem Abstand von mehr als zwei Jahren gebären. Kritikerinnen des "Kairoer Konsenses" sprechen deswegen von einer Medikalisierung von Bevölkerungspolitik, die sowohl die ihr zu Grunde liegenden demographischen Interessen als auch die sozialen Bedingungen der Gesundheit von Frauen ausblenden.

Aber auch im Bereich der Bevölkerungspolitik bedeutet Medikalisierung nicht einfach einen Rückzug auf biologisch-medizinische Objektivitäten. Die durch die bevölkerungspolitische Lobby massiv finanzierte Forschung ordnet dem Thema reproduktiver Gesundheit eine Fülle frauenpolitischer Fragen zu - Titel wie "Reproduktive Gesundheit und Gewalt" oder "Reproduktive Gesundheit und schwarze Frauen" verdeutlichen dies. Gesucht wird auch hier nicht nach gesellschaftlichen, sondern nach individuellen Lösungsmodellen, nämlich nach den individuellen Ressourcen von Frauen, die sie gegen ökonomische oder soziale Zwänge zum Kinderkriegen zum Einsatz bringen sollen. Das Interesse der bevölkerungspolitischen Programme für Machtverhältnisse, denen Frauen ausgesetzt sein könnten, ist zudem sehr selektiv. So werden die strukturellen Zwänge völlig ausgeblendet, die Frauen daran hindern könnten, sich für ein Kind zu entscheiden.

Medikalisierungsprozesse sind heute also sowohl durch deterministische biologische Wahrheiten als auch durch das Paradigma individueller Selbstbestimmung und Regierbarkeit aller sozialen und psychischen Aspekte von Gesundheit zu charakterisieren. Die Gouvernementalitätsstudien zu Gesundheit und Medikalisierung legen nahe, dieses offensichtlich paradoxe Verhältnis zwischen Determinismus und Voluntarismus nicht nur als Gegensatz, sondern auch als sich fördernde Formen des Wissens zu konzipieren - eine Denkbewegung, die auch für den Zusammenhang zwischen der Festschreibung und der Flexibilisierung von Geschlechternormen aufschlussreich ist.

So lässt sich z.B. in der Literatur zur Beratung von Schwangeren nachvollziehen, wie Schwangere zu Verhaltensänderungen in fast allen Bereichen des Alltags angehalten werden - von Gymnastik über die Abstinenz von Alkohol bis zur Vermeidung von Stress. Angesichts der Komplexität dieser Anforderungen, die unmöglich vollständig zu erfüllen sind, ist der Haupteffekt die Produktion von Schuldbewusstsein, wenn Geburt oder Kind nicht den erwarteten Standards entsprechen - und irgendein Fehlverhalten kann im Nachhinein immer rekonstruiert werden.

Ist das Individuum, das seine Schwangerschaft so managt, geschlechtlich normiert? Spielen Zuschreibungen von Weiblichkeit in einem Gesundheitsverständnis, das auf individuelle Informiertheit und Selbstbestimmung setzt, noch eine Rolle? Ein wichtiges Indiz dafür, dass es sich hier durchaus um einen vergeschlechtlichen Diskurs handelt, ist die in der Beratungsliteratur beständig wiederholte Interpretation der sozial erwarteten Verhaltensweisen als "natürlicher" Ausdruck von Mutterschaft. Ein der "Natur" der Schwangerschaft angemessenes Verhalten wird eingefordert, sei es "natürliche" Ernährung oder "natürliche" Geburtsstellungen. So liegt die Schlussfolgerung nahe, dass die neoliberale Regierung von Schwangerschaft das Geschlecht nicht ausblendet, sondern vielmehr eine ganz bestimmte Weiblichkeit produziert. Scheinbar unhintergehbare biologische Bedingungen sind die Voraussetzung für das rationale Verhalten des autonomen Individuums, werden darin aber gleichzeitig unsichtbar. Individualisierung und die Vergeschlechtlichung der Schwangeren sind hier keine sich widersprechenden oder voneinander unabhängig laufenden Prozesse. Sondern sie fördern sich gegenseitig; je mehr Wissen und Kontrolle eine Frau über den Prozess der Schwangerschaft gewinnt, desto mehr produziert sie damit eine neoliberale Form der aktiven und engagierten Weiblichkeit.

Wie Strategien der Individualisierung mit stark normativen Zuschreibungen von Geschlechtlichkeit einhergehen, lässt sich wiederum auch in der internationalen Politik der reproduktiven Gesundheit aufzeigen. Die Individualisierung von Bevölkerungspolitik im Diskurs über individuelle Rechte und Gesundheit geht einher mit einer Reduktion feministischer Gesundheitspolitik auf die Frage der Reproduktion. So konstruiert das Modell der reproduktiven Gesundheit letztlich eine "biologische Verletzlichkeit" der Frau. In den von bevölkerungspolitischen Organisationen geförderten Diskursen über Müttersterblichkeit erscheinen Schwangerschaften und Geburten selbst als Ursache für gesundheitliche Probleme. Harte Arbeitsbedingungen, Unterernährung oder Krankheiten, die nichts mit der "Reproduktion" zu tun haben, werden als Ursachen für Gesundheitsprobleme ausgeblendet. Das vorherrschende Lebenszyklus-Modell differenziert nicht nach sozialen Lebensbedingungen und deren Auswirkungen auf Gesundheit, sondern nach verschiedenen "reproduktiven Phasen" im Leben einer Frau, denen unterschiedliche Gesundheitsrisiken zugeschrieben werden. "Es ist das unterernährte Mädchen, das dann eine sich überarbeitende und

selbstverleugnende Mutter wird, die dann in die post-reproduktive Phase eintritt und eine enorme Last an Gesundheitsproblemen mit sich schleppt". (Imrana Quadeer)

Frei und verletzlich: die "Dritte-Welt"-Frau

Für die Untersuchung "programmatischer Subjektivitäten" in der Bevölkerungspolitik ist ausschlaggebend, dass bevölkerungspolitische Programme heute zwar Gesundheitsverantwortung und Empowerment ins Zentrum setzen. Diese Fähigkeiten werden aber nicht als gegebenes Potenzial von Frauen vorausgesetzt, sondern sollen durch Bildungsprogramme, Förderung von Frauen-NGOs und durch reproduktive Gesundheitsdienste erst herausgebildet werden. Wenn das im bevölkerungspolitischen Diskursen transportierte Bild der "Dritte-Welt-Frau" also eher das eines "disempowertes" Subjekts ist, dann kann die Durchsetzung einer programmatischen liberalisierten Weiblichkeit durchaus mit Formen der Disziplinierung, Pädagogisierung und Repression einhergehen. Eine saubere analytische Trennung zwischen liberalen und illiberalen Machtstrategien, wie sie in den Gouvernementalitätsstudien oft suggeriert wird, ist also zu einfach.

Die Medikalisierung von Bevölkerungspolitik kann als ein Prozess beschrieben werden, der die Frage der Fortpflanzung zum entscheidenden Maßstab für den Grad an Gesundheitsverantwortung und Selbstbestimmung einer Frau macht und der ein bestimmtes "generatives Verhalten" vorgibt. Bevölkerungspolitische Strategien entziehen sich so einer kritischen politischen Praxis. Aus einer feministischen Herrschaftskritik werden darin individualisierte und dynamische Vorstellungen von Weiblichkeit, die als universelle Anforderung an alle Frauen zudem permanent Ausschlüsse entlang sozialer und ethnisierter Hierarchien produzieren.

Katharina Pühl und Susanne Schultz

Dieser Artikel ist aus den Vorarbeiten zu einem Beitrag für folgendes Buch entstanden, das im November 2001 im Ulrike Helmer Verlag erscheinen wird: Sabine Hess / Ramona Lenz (Hrsg.): Geschlecht und Globalisierung.

Teil 2 in der nächsten ak-Ausgabe: Die programmatische "Frau-als-Unternehmerin" und die subjektive Wirklichkeit von Existenzgründerinnen.

Literaturauswahl:

Ulrich Bröckling, Susanne Krasmann, Thomas Lemke (Hrsg.): Gouvernementalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen. Frankfurt/Main 2000.

Nancy Fraser: Die Gleichheit der Geschlechter und das Wohlfahrtssystem. Ein postindustrielles Gedankenexperiment. In: Herta Nagl-Docecal/Herlinde Pauer-Studer (Hrsg.): Politische Theorie. Differenz und Lebensqualität. Frankfurt/Main 1996, S. 469-493.

Thomas Lemke: Eine Kritik der politischen Vernunft. Foucaults Analyse der modernen Gouvernementalität. Berlin/Hamburg 1997.

Imrana Quadeer: Reproductive Health. A Public Health Perspektive. In: Economic and Political Weekly, 10. Oktober 1998, S. 2675 - 2684.

Lealle Ruhl: Liberal Governance and Prenatal Care: Risk and Regulation in Pregnancy. In: Economy and Society, Vol. 28, Nr. 1 (1999), S. 95-117.

Susanne Schultz: Feministische Bevölkerungspolitik? Zur internationalen Debatte um Selbstbestimmung. In: Cornelia Eichhorn/Sabine Grimm (Hrsg.): Gender Killer. Texte zu Feminismus und Politik. Berlin/Amsterdam 1994, S. 11-23

Was ist Gouvernementalität?

Im Zentrum von Foucaults Überlegungen zur Gouvernementalität steht die Kritik an einem vereinfachenden Staats- und damit Regierungsverständnis. Ihm ging es um die Analyse unterschiedlicher Handlungsformen und Praxisfelder, die auf die Lenkung, Kontrolle und Leitung von Individuen und Kollektiven zielen: Er untersucht den Zusammenhang von Formen der "Selbstführung" mit Techniken der gesellschaftlichen "Fremdführung" von Individuen. Beides, Selbst- wie Fremdführung, geht für Foucault in dem Begriff der "Regierung" bzw. Gouvernementalität auf.

Insofern bildet "Gouvernementalität" ein analytisches Scharnier zwischen Machtstrategien einerseits und Subjektivität andererseits, ohne beides ineinander aufgehen zu lassen. Es geht um die Frage, welche Handlungsoptionen durch Machttechnologien gefördert und welche gebremst werden, und darum, welche historische Parallelen zwischen individuellen und kollektiven Handlungsnormen zu analysieren sind - etwa zwischen Formen des Selbstmanagements und des Managements eines Unternehmen.

Aktuelle Studien zur Gouvernementalität untersuchen neoliberale Regierungsformen, die durch eine spezifische Verbindung von Fremd- und Selbstführung gekennzeichnet sind: Soziale Verhältnisse werden auf individuelle Verantwortlichkeiten zurückgeführt. Den Studien zufolge entwirft eine neoliberale Regierungsperspektive das Verhältnis von Markt und Staat auf eine bestimmte Weise. Der Staat überwacht nicht mehr die Marktfreiheit, sondern der Markt wird umgekehrt selbst zum organisierenden Prinzip des Staates. Freiheit meint im Neoliberalismus die Freiheit eines Individuums, das auch in Bezug auf die eigene Subjektivität unternehmerisch handelt. Ein zentrales Element zur Regulierung dieser Freiheit sind so genannte "Risikotechnologien", mit denen soziale Konfliktstoffe in berechenbare und damit individuell handhabbare Unsicherheiten umformuliert werden. In diesem Prozess werden gesellschaftliche Risiken produziert und "Sicherheitsregime" zur Kontrolle der Risiken entwickelt.

24. Nötigung! Lufthansa will AbschiebegegnerInnen mundtot machen

Autor: Johannes Junge · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Kapitalpolitik, Firmen; Antirassismus, Antinationalismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak455/35.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:455:35

Dass die Deutsche Lufthansa AG mit kritischen Stimmen nicht zimperlich umzugehen pflegt, durfte schon die Süddeutsche Zeitung erleben. Als den Konzernchefs die Berichterstattung über den Pilotenstreik nicht zusagte, nahmen sie das Blatt einfach aus dem Bordprogramm. Nun versucht der Konzern, eine Kampagne mundtot zu machen, die seit zwei Jahren ein Ende der Abschiebungen mit Lufthansa-Maschinen fordert. Stellvertretend für die AbschiebegegnerInnen wird die Berliner Forschungsgesellschaft Flucht und Migration (FFM) e.V. und die Solidaritätsinitiative Libertad! durch die Lufthansa mit Anzeigen und massiven Strafandrohungen überzogen.

Schätzungsweise 10.000 Abschiebungen jährlich" werden, so Unternehmenssprecher Thomas Jachnow, mit den Linienmaschinen des Konzerns abgewickelt. Das antirassistische Netzwerk kein mensch ist illegal versuchte deshalb mit einer Kampagne "Stop Deportation Class" einen Ausstieg aus dem Abschiebegeschäft zu erreichen. Auch Menschenrechtsorganisationen wie Pro Asyl und amnesty international sowie die ÖTV und die Pilotenvereinigung Cockpit bedrängten den Konzernvorstand, auf die umstrittenen Abschiebungen zu verzichten. Aber Lufthansa blieb hart.

Die AbschiebegegnerInnen ließen sich nicht entmutigen und griffen zu unkonventionellen Methoden. Parallel zur Aktionärsversammlung des Konzerns am 20. Juni diesen Jahres veranstaltete kein mensch ist illegal zusammen mit Libertad! die bundesweit erste Online-Demonstration bei www.lufthansa.com. Die virtuelle Protestaktion, die am 10. Mai 2001 ordnungsgemäß beim Ordnungsamt in Köln angemeldet worden war, fand ein breites Medienecho und wurde von insgesamt 150 Menschenrechtsgruppen und Flüchtlingsräten aus dem In- und Ausland unterstützt. Da sich über 13.000 Menschen an dem originellen Protest beteiligten, geriet der Webserver des Unternehmens in Schwierigkeiten: Die Lufthansa-Homepage war zeitweise nicht mehr erreichbar. Aber anstatt nun aus der breiten Kritik die Konsequenz zu ziehen, verlegte sich der Konzern darauf, den unbequemen AbschiebegegnerInnen mit der Macht des Geldes den Garaus zumachen.

Lufthansa ist jedes Mittel recht

Jüngstes Beispiel: die Initiative Libertad! Nach einer Anzeige des Konzerns brachen am 17. Oktober 2001 Beamte der politischen Polizei die Büroräume der Gruppe auf und beschlagnahmten sämtliche Computer sowie zahlreiche Festplatten, CDs und Dokumente. Auch vor der Wohngemeinschaft des Verantwortlichen der von der Gruppe betriebenen Internetdomains machte die Polizei nicht halt: Hier nahm sie sechs Computer sowie über hundert CDs mit. Im Frankfurter Dritte-Welt-Haus, in dem sich die Büroräume von Libertad! befinden, wurden die Eingangstür eingeschlagen und die Türen aller übrigen dort ansässigen Initiativen aufgebrochen - bis auf jene von amnesty international. Hintergrund: Weil der Lufthansa durch die über 1,2 Millionen Seitenaufrufe während der Online-Demo nicht näher ausgewiesener wirtschaftlicher Schaden entstanden sei, wertet die Polizei die Online-Aktion als "Nötigung" und die Erklärung der 150 aufrufenden Gruppen als "Anstiftung zu Straftaten".

"Das ist ein Angriff auf die Demonstrationsfreiheit", protestiert die Aktivistin Anne Morell, die die Online-Demo am 10. Mai 2001 beim Ordnungsamt Köln angemeldet hatte. "Es ist skandalös, dass 13.000 DemonstrantInnen zu Kriminellen gestempelt werden, während gleichzeitig ein Unternehmen, das aus Abschiebungen Profit schlägt, im Internet seinen Geschäften nachgehen kann."

Im Zuge der aktuellen "Anti-Terror-Pakete" scheint der direkte Draht zwischen einem finanzstarken Privatkonzern und dem Amtsgericht Frankfurt sowie der politischen Polizei kürzer denn je geworden zu sein. So meinte Thomas Jachnow, Pressesprecher von Lufthansa, bereits 48 Stunden nach der Razzia auf Nachfrage der taz zu wissen, dass die Durchsuchungen "sehr erfolgreich" verlaufen seien. Die Frankfurter Staatsanwaltschaft bekräftigte ebenfalls, die Ermittlungen auch auf "einen Teil" der Online-DemonstrantInnen ausweiten zu wollen, da über die so genannte IP-Nummer, die jeder Rechner besitzt, die Identität der DemonstrationsteilnehmerInnen ermittelt werden könne, wie die Berliner Zeitung am 19. Oktober berichtete.

"Das virtuelle Sit-in vor dem Lufthansa-Portal war ein öffentlicher Akt des zivilen Ungehorsams gegen das menschenverachtende Abschiebegeschäft", so hält Anne Morell dagegen. "Wir verzichteten dabei bewusst auf jede Form etwaiger ‚elektronischer Hasskappen`, wie sie jederzeit durch frei im Internet verfügbare Verschlüsselungsprogramme technisch machbar gewesen wären. Wenn der Staatsschutz nun meint, im Nachhinein den öffentlichen Protest kriminalisieren zu müssen oder gar in abstruser Weise versuchen sollte, in der Menge der DemonstrantInnen vermeintliche digitale ‚Rädelsführer` zu konstruieren, so werden wir dem mit einer öffentlichen Ausweitung unserer Kampagne begegnen."

Nicht ganz so spektakulär, aber dennoch hartnäckig hatte die Lufthansa AG schon im Mai diesen Jahres versucht, die in Berlin ansässige Forschungsgesellschaft Flucht und Migration (FFM) unter Druck zu setzen. Die FFM, die für ihre fundierten und kritischen Recherchen im Bereich deutscher und europäischer Flüchtlingspolitik bekannt ist, fungierte bis Ende des Jahres 1998 als offizielle zentrale Postadresse der Kampagne kein mensch ist illegal. Als solche ist sie - trotz offiziellen Widerrufs der FFM - nach wie vor verschiedentlich im Internet zu finden. Seit Mai versucht die Lufthansa dem gemeinnützigen Verein per Einstweiliger Verfügung den Betrieb der "Deportation-class"-Sites zu verbieten. Für die Zuwiderhandlung droht der tölpelhafte Kranich mit einem Ordnungsgeld von einer halben Million Mark. Beanstandet hatte Lufthansa, dass zwei Bilder von Piloten ihres Hauses zur Gestaltung einer abschiebekritischen Seite verwendet werden . Die FFM konnte in einem ersten Verfahren vor dem Frankfurter Landgericht glaubhaft machen, dass sie weder die inkriminierten Seiten betreibt noch Einfluss auf deren Gestaltung hat. Die Einstweilige Verfügung wurde abgelehnt.

Gelassenheit in Berlin und Frankfurt

So weit, so gut, dachte man zunächst im Berliner Mehringhof. Doch nun ist die Lufthansa vor dem Oberlandesgericht Frankfurt in Berufung gegangen. Das wiederum zeigt, dass der Großkonzern von den verschiedenen Aktionen der AbschiebungsgegnerInnen wohl empfindlich getroffen wurde. Verpatzte Aktionärsversammlungen, eine Online-Demo und allerlei dem Image wenig zuträglicher Internet-Spaß haben die Verantwortlichen wohl ins Schwitzen gebracht. Die FFM jedenfalls - so ist in Berlin zu erfahren - sieht der Berufungsverhandlung gelassen entgegen.

Johannes Junge

Die Initative Libertad! braucht dringend materielle Unterstützung, um ihre Arbeit weiterführen zu können. Neben der unmittelbaren Anschaffung von neuen Computern wird mittelfristig auch ein Fonds für Prozess- und Anwaltskosten von Nöten sein. Wer seine Unterstützung erklären möchte, setze sich mit Libertad! in Verbindung (online-demo@gmx.net, http://go.to/online-demo) und/oder Spende auf das Konto: Förderverein Libertad! e.V., Ökobank BLZ 50090100, Konto-Nr. 20215810, Stichwort: "Online-Demo"

25. attac wird APO. Kongress in Berlin völlig überfüllt.

Autor: bk · Rubrik: Westdeutsche Linke allgemein; Aktionen / Veranstaltungen; Antiglobalisierungsbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak455/40.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:455:40

Als Erfolg dürfen die OrganisatorInnen des attac-Kongresses die dreitägige Veranstaltung vom 19. bis 21. Oktober in den überfüllten Hörsälen an der TU-Berlin verbuchen. Etwa 4.000 Menschen diskutierten über Globalisierung und Widerstand. Was als ein Kongress über die Perspektiven des deutschen Ablegers des "attac-Netzwerkes zur demokratischen Kontrolle der internationalen Finanzmärkte" konzipiert war, geriet zu einer Protestversammlung gegen den Afghanistan-Krieg und die neoliberale Politik der rot-grünen Bundesregierung.

Bemerkenswert war das politische Spektrum, das sich in Berlin versammelte. Von linksradikalen Vernetzungen wie dem Bundeskongress entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO) über VertreterInnen zahlreicher Nichtregierungsorganisationen, diversen Miniparteien wie Linksruck und Sozialistische Alternative (SAV) bis zu Horst Schmitthenner vom geschäftsführenden Vorstand der IG-Metall und dem ehemaligen SPD-Vorsitzenden Oskar Lafontaine reichten die Gruppen und Einzelpersonen, die das Programm gestalteten.

Das Publikum war ähnlich heterogen. Jugendliche Aktive der Straßenproteste von Genua waren ebenso gekommen wie ergraute StreiterInnen der Friedensbewegung und der Solidaritätsbewegungen der 80er Jahre. Obwohl der Kongress in Berlin stattfand, war die Veranstaltung durch die westdeutsche Linke geprägt. Nur wenig Gruppen und Einzelpersonen aus Ostdeutschland hatten den Weg in die TU gefunden. So mutete der Kongress mit seinen dutzenden Arbeitsgruppen einerseits zwar an wie eine Mischung aus evangelischem Kirchentag, UZ-Pressefest, GEW-Gewerkschaftstag und Soli-Basar der Nicaragua-Solidarität der 80er Jahre. Andererseits machte die Breite und das Engagement der Teilnehmenden aber deutlich, dass es attac tatsächlich gelungen ist, die Impulse der neuen internationalen globalisierungskritischen Bewegung seit Seattle auch in Deutschland aufzunehmen.

Dort, wo im Audimax der TU beim Vietnam-Kongress 1968 ein Transparent mit dem Che Guevara Spruch "Die Pflicht jedes Revolutionärs ist es die Revolution zu machen" prangte, hing jetzt das attac- Motto "Eine andere Welt ist möglich". Mit diesem im Vergleich eher bescheidenen Anspruch wurden auch die Diskussionen gefüllt.

In streckenweise überraschendem Verbalradikalismus geißelten zwar viele RednerInnen die Auswirkungen der neoliberalen Globalisierung. Horst Schmitthenner von der IG-Metall etwa beschrieb auf der Abschlussveranstaltung die brutale weltweite Durchsetzung der Herrschaft der "nördlichen kapitalistischen Metropolen" und des "internationalen Finanzkapitals". Geradezu frenetischen Beifall fand er für seine vehemente Kritik am Nato-Krieg in Afghanistan. Oskar Lafontaine blieb es dagegen überlassen, konkrete Forderungen zu formulieren. Diese beschränkten sich in seinen Redebeiträgen auf eine "Re-Regulierung der internationalen Finanzmärkte", dem Ruf nach mehr nationalstaatlichen wirtschaftlichen Interventionsmöglichkeiten und der Stärkung der UNO gegenüber dem Unilaterismus der USA.

Ein junger Globalisierungskritiker kommentierte dies in einem Diskussionsbeitrag so: "Dafür bin ich in Prag nicht auf die Straße gegangen".

Hier wurde das Spannungsfeld, in dem sich attac bewegt, deutlich. Mit der professionell organisierten Struktur und einem geübten Umgang mit den Medien ist das Netzwerk nach den öffentlichkeitswirksamen Protesten von Genua zu einem Anziehungspol für unterschiedliche Spektren geworden, die sich vor wenigen Jahren noch nicht an einen Tisch gesetzt hätten. Innerhalb weniger Monate wuchs attac von einigen hundert auf über 2.000 Mitglieder. Während Gewerkschaftslinke offensichtlich eine Möglichkeit sehen, mit attac eine sozialstaatlich orientierte Kritik am sozialdemokratisch-neoliberalen Modell des Blair-Schröderschen Dritten Weges zu artikulieren, suchen Aktive aus Zusammenhängen der anti-kapitalistischen Linken nach Möglichkeiten, ihre Politik mit einer bislang vermissten Basis zu verbinden. Diese Pluralität, die während des Kongresses als eine große Stärke gelobt wurde, wird in Zukunft die Auseinandersetzungen über die politische Ausrichtung des Netzwerkes prägen.

Ermutigend wirkte für viele TeilnehmerInnen, dass die Anschläge vom 11. September in den USA und der Krieg gegen das Taliban-Regime in Afghanistan offensichtlich nicht die befürchtete Lähmung der globalisierungskritischen Bewegung bewirken. Gerade auf Grund der aktuellen Ereignisse hat der Kongress

einen weiteren Impuls erfahren, stellten die OrganisatorInnen fest. Deutlich wurde, dass die Mehrzahl der Teilnehmenden in Parteien, und vor allem in den Grünen, ein abschreckendes Politikmodell sieht und lieber eine außerparlamentarische Opposition bilden möchten. Die Umarmungsversuche von Daniel Cohn-Bendit, der den Kongress ebenfalls zur Selbstdarstellung nutzen wollte, blieben unerwidert. Auf der Abschlusspressekonferenz wies Thomas Seibert von der attac Mitgliedsorganisation medico international darauf hin, dass eine befürchtete Institutionalisierung der Bewegung nur durch die Existenz dieser selbst zu verhindern sei.

Attac wird sich in den nächsten Monaten am Aktionstag gegen Globalisierung und Krieg am 10. November, der Mobilisierung gegen den EU-Gipfel in Brüssel Mitte Dezember und am zweiten Welt-Sozial-Forum im brasilianischen Porto Alegre Ende Januar 2002 beteiligen.

Boris Kanzleiter

Weitere Informationen: www.attac-netzwerk.de

26. Immer diese Widersprüche. Buko 24 in München

Autor: Nicole Vrenegor · Rubrik: Westdeutsche Linke allgemein; Aktionen / Veranstaltungen · CD-Datei: daten/aksuche/ak455/21.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:455:21

Die OrganisatorInnen des 24. Bundeskongresses entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (Buko), der vom 12. bis zum 14. Oktober in München stattfand, hatten es dieses Jahr wirklich nicht leicht. Zunächst war alles noch klar, sternenklar genau genommen, sollte der Kongress sich doch diesmal mit dem sonst von den Linken so gern vernachlässigten Thema Europäische Union beschäftigen. Dann kam Genua und das Programm wurde flugs aktualisiert, um die Frage nach den Perspektiven und Grenzen der sogenannten Antiglobalisierungsbewegung zu stellen. Die Ereignisse vom 11. September machten allerdings eine erneute Programmänderung nötig: Schnell wurde der Kongressplan um Themen wie Islamismus und Antikriegspolitik erweitert. Dass dieser wilde Mix aus Europa, Globalisierung und Aktuellem dennoch aufging, liegt sicherlich auch daran, dass irgendwie doch alles irgendwie zusammenhängt. Nur bei der Frage nach dem Wie scheiden sich die Geister.

Selten war der Diskussionsbedarf, aber auch die Ratlosigkeit innerhalb der Linken so groß: Wie sind die Anschläge auf New York und Washington einzuordnen? Welche weltpolitischen Konsequenzen hat der Krieg in Afghanistan? Wie wirkt sich der Krieg im Inneren aus? Das sind nur einige der auf dem Buko heiß diskutierten Fragen. Angesichts der immensen Gleichschaltung in den bürgerlichen Medien nach dem 11.9. ("Wer nicht für uns ist ...") verwundert es kaum, dass sich kritische Stimmen nur sehr langsam und sehr zaghaft Gehör verschaffen. Glücklich sind da sicherlich diejenigen, die sowieso schon immer eine fertige Interpretationsfolie parat haben, die sie der jeweilige Situation überstülpen, wobei störende Elemente und Widersprüche der Einfachheit halber weggelassen werden. Die Glückspilze, die schon genau wissen, wo der Feind bzw. der Terrorist steht (die USA, der Islam, die Deutschen, das Kapital) aber auch PeacefundamentalistInnen (Krieg ist böse) haben sich nicht auf den Buko verirrt.

Vielen der rund 200 TeilnehmerInnen ging es zunächst einmal darum, nicht in dieses von außen aufoktroyierte Freud-Feind-Schema zu tappen. Eine brutalstmögliche Solidarität mit den USA ist ebenso kontraproduktiv wie eine Mystifizierung der Anschläge à la "die Unterdrückten bringen den Krieg in die Metropolen zurück". Offensichtlich sei, so Thomas Seibert von medico international, dass die Anschläge vom 11. September im Norden und Süden unterschiedlich rezipiert werden: Während in vielen südlichen Ländern eine klammheimliche Freude vorherrscht, steht der Norden geschlossen hinter der so genannten Antiterror-Allianz. Diese "Solidarisierung der Gleichen muss durchbrochen werden", fordert Seibert. Um der fatalen Blockkonfrontation Nord-Süd zu entgehen, sei es umso notwendiger, die Globalisierungskritik zu verschärfen sowie Alternativen jenseits der militärischen Strategie der kapitalistischen Globalisierungssicherung zu entwickeln.

Intensiv wurde auf dem Buko auch die Frage nach den Auswirkungen der Terroranschläge auf die so genannte Antiglobalisierungsbewegung debattiert. Die seit Mitte der 90er Jahre kontinuierlich wachsende soziale Bewegung hatte es - zumindest teilweise - durch ihre massiven Proteste geschafft, den vorherrschenden Neoliberalismus zu delegitimieren. Während mit dem Siegeszug der neoliberalen Ideologie Konflikte zwischen "oben und unten", "GewinnerInnen und VerliererInnen" "Nord und Süd" ausgeblendet wurden, lag das Verdienst der "Antiglobalisierungsbewegung" genau darin, diese gesellschaftlichen Konfliktachsen wieder sichtbar zu machen. Der 11. September stellt in dieser Hinsicht eine Zäsur da, da nun erneut eine Rehorizontalisierung sozialer Konflikte anhand eines "Gut-und-Böse-Schemas" erfolgt, führt Ulrich Brand, vom Buko-Arbeitsschwerpunkt Weltwirtschaft aus. Auffällig sei, so Brand, dass Interessenkonflikte nicht mehr als solche benannt werden, sondern dass sie im Sinne eines Zivilisationskonfliktes umgedeutet werden. Als Beispiel nennt er die Massenentlassungen der Fluggesellschaften, die derzeit keine großen Proteste hervorrufen. In Zeiten, in denen die "westliche Zivilisation" bedroht sei, müssen eben alle "Zivilisierten" Opfer bringen. Aufgabe der Linken müsse nun sein, sich der ideologischen Formierung der Gesellschaft entlang der Dichotomisierung "Westliche Zivilisation" gegen den "Islamismischen Terror" zu widersetzen.

Genau dieser Zivilisations-Diskurs bringt allerdings die meisten Widersprüchlichkeiten mit sich. So wurde in der Arbeitsgemeinschaft "Islam und Islamismus", die von den iz3w-Mitarbeitern Christian Stock und Jochen Müller angeboten wurde, äußerst kontrovers über das Verhältnis der Linken zum Islam bzw. Islamismus

diskutiert. Während einige angesichts der gegenwärtigen Welle rassistischer Diskriminierung davor warnten, den Islam in den Vordergrund der Ursachenforschung zu stellen, plädierten andere für eine grundsätzliche Religionskritik, die nicht aus falsch verstandener Solidarität vor den autoritären Tendenzen des Islams halt machen dürfe. Dies ist eine schwierige Gratwanderung, da einerseits der Islamismus als reaktionäre, antisemitische, frauenfeindliche und latent gewaltbereite Ideologie kritisiert werden muss, ohne jedoch den herrschenden, rassistischen Diskurs des "unzivilisierten, antimodernen Terroristen" zu reproduzieren.

"Es gibt in diesem Krieg keine Seite des Guten" schreibt Christoph Spehr in seinem Thesenpapier zum Buko-Kongress. Das Fehlen des "Guten" ist für die Linke anscheinend besonders schwer zu akzeptieren. Doch genau diese Widersprüche gilt es auszuhalten. Dabei zeichnet sich innerhalb der Linken bereits jetzt jede Menge Konfliktpotenzial ab (Stichwort: Antisemitismus/Antiamerikanismus). In dem Bemühen, allen Strömungen des Kongresses gerecht zu werden, bleibt die vom Buko verabschiedete Resolution auffällig unkonkret: "Unterstützen (wir) alle sozialen Kräfte, die sich jeder Form kolonialer und neokolonialer Herrschaft widersetzen", heißt es dort. Welche Gruppen und Kräfte damit gemeint sein könnten, darüber kann man sich ja ein anderes Mal (konstruktiv) weiterstreiten. Gelegenheit dazu gibt es bei den Demonstrationen gegen den EU-Gipfel in Brüssel im Dezember, gegen das Weltwirtschaftsforum in Davos und gegen die Münchener Konferenz für Sicherheitspolitik im Februar 2002, zu denen der Buko ebenfalls aufruft.

Nicole Vrenegor

27. Rebellendisco

Autor: dse@rock-links.de · Rubrik: Musik · CD-Datei: daten/aksuche/ak455/29.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:455:29

Vor zwei Jahren stellte sich Neues Glas aus alten Scherben mit einer Live-CD vor: Neuinterpretationen alter Songs von Ton Steine Scherben und Rio Reiser. Nun liegt unter dem Titel Rebellendisco die neue Scheibe vor. Von den vierzehn Titeln stammen nur noch zwei Songs vom Meister, alle anderen sind von der Band neu und selbst gemacht. Sänger Michael Kiessling fasst die Band-Philosophie so zusammen: "Romantische Rebellion gegen Lustfeindlichkeit und erdrückenden Alltag."

Neues Glas ist fest im Rock verwurzelt. Der Sound ist satt, getrieben von der Gitarre der Ex-Scherbe Dirk Schlömer. Dabei unterstützen ihn die Trommeln von Funky K. Götzner, der Mitte der 70er Jahre zu den Scherben stieß und dessen Faible für Samba-Rhythmen nicht zu überhören ist. Harmonisch eingebunden wird das von den manchmal sphärischen Keyboard-Klängen, die Jörg "Mischka" Mischke erzeugt. Für die Bodenhaftung sorgt Jochen Hansen, der Mann am Bass, für emotionalen Tiefgang Michael Kiessling.

Aus der Feder von Rio Reiser bzw. den Scherben stammen das romantisch interpretierte Schritt für Schritt ins Paradies und das schöne und verzweifelte Sternschnuppen. Dann gibt es nur noch neuen und musikalisch sehr abwechslungsreichen Stoff: Alarmierend kommt Virus daher, gepeitscht der Wanderer, und Wenn die Menschen wieder lachen ist polkaähnlich unterlegt. Klagend das ewige Warten und getrieben der einsame Reiter. Richtig ab geht es dann bei Wenn der Wind weht, und mit dem Stück Widerstand zeigt Neues Glas, dass auch HipHop für die Band nicht außer Reichweite liegt.

Würde die Band sich nicht auf Ton Steine Scherben berufen, könnte man einfach sagen, dass hier ein gutes deutschsprachiges Pop-Rock-Werk vorgelegt wurde, das in Teilen bereits live erprobt worden ist. Aber natürlich kommt man nicht umhin, nach dem Vorbild zu fragen und die neue CD daran zu messen. Denjenigen, für die die Scherben lediglich aus den ersten beiden Platten bestehen, war schon mit der ersten CD klar gewesen, dass Neues Glas nichts taugt. Doch jenseits der Klassenkampf-Songs stehen die Scherben - vor allem durch die Stimme von Rio Reiser - aber auch für emotionale Intensität, für Glücksgefühle ebenso wie für Trauer, Ohnmacht und Verzweiflung. Das hatte immer eine persönliche und eine gesellschaftskritische Komponente. Daran reichen die Texte auf Rebellendisco nicht heran. Das kann - und sollte - vielleicht auch gar nicht gehen, denn die Intensität der Reiser-Songs ist vermutlich mit seinem frühen Tod untrennbar verbunden. Vergessen darf man daneben nicht, dass ihre Intensität ohne die (kollektive) Aufbruchstimmung seit 1968 nicht denkbar wäre, ohne das Gefühl, alles erreichen zu können und das - persönliche wie gesellschaftliche - Scheitern in den 70ern.

Heute, wo nahezu jedes Gefühl unter den Blickwinkel der Vermarktung gerät, wo eine Armee von Einzelkämpfern ohne Hoffnungen (und Illusionen) Cool-Sein hip findet, versucht Neues Glas dagegen ihre "Romantische Rebellion" ins Feld zu schicken - vielleicht die heute am ehesten mögliche. Lässt man den Vergleich mit den alten Scherben beiseite, dann liegt hier eine abwechslungsreiche und erstklassig produzierte CD vor, die zwischen den Live-Auftritten der Band deutlich mehr als ein Trostpflaster ist.

dse@rock-links.de

Rebellendisco ist im Vertrieb von Buschfunk (www.buschfunk.com); Infos über Neues Glas unter www.neues-glas.com

28. Til we outnumber `em. Neues von und über Woody Guthrie

Autor: Tommy Schroedter · Rubrik: Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak455/26.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:455:26

Eine bunte Schar von Künstlerinnen und Künstlern versammelte sich im September 1996 in Cleaveland, um in Gesprächen, Vorträgen und Konzertbeiträgen einem ihrer großen Vorbilder zu gedenken. Woodrow Wilson Guthrie geboren 1912 in Okemah, Oklahoma, gestorben 1967 in New York. Er gehörte sicherlich zu den einflussreichsten Folkmusikern des 20. Jahrhunderts. So unterschiedliche Musikerinnen und Musiker, wie Ani Di Franco, Bruce Springsteen, Dave Pirner von Soul Asylum, Billy Bragg oder Bono von U2 oder die Indigo Girls; sie alle nennen den Einfluss von Woody Guthrie und seiner Musik als einen wesentlichen Faktor für ihre musikalische Entwicklung.

Es ist der Ausdauer Ani Di Francos zu danken, dass in diesem Jahr endlich eine musikalische Zusammenfassung des Abschlussfestes dieser Veranstaltung auf ihrem Label Righteous babe records erscheinen konnte. Schier endlos zogen sich die Verhandlungen mit den Plattenfirmen der beteiligten KünstlerInnen hin.

Den Titel verdankt die CD einer Geschichte die kennzeichnend ist für den pazifistischen Humor Woody Guthries. Zum Ausklang der Produktion vorgetragen von dessen Sohn Arlo, während im Hintergrund Guthries wohl bekanntestes Lied, "This land is your land" von den anderen Teilnehmenden gesungen wird: Ein Hasenpärchen flüchtet vor zwei geifernden Hunden in eine kleine Höhle. Die Häsin äußert die Befürchtung, dass sie nicht mehr lebend davon kommen. Darauf der Hase: "Mach dir keine Sorgen, wir bleiben hier, bis wir mehr sind als sie." (Til we outnumber 'em)

Die CD ist eine klassische Folk-Produktion, lediglich Ani Di Franco glänzt bei ihrer Version von "Do Re Mi" mit einigen innovativen Gitarrenpassagen. In der Originalfassung setzt Guthrie der Geschichte über den unmenschlichen Zynismus der kalifornischen Grenzpolizei, die landlose Bauern aus Oklahoma an der Grenze zurückweist eine lustige Melodie entgegen. Ani Di Franco interpretiert den Text viel düsterer und lässt damit ahnen, um wie viel brutaler das Grenzregime heute gegen die Latinas und Latinos vorgeht, die versuchen über die Grenze in die USA zu kommen.

Das Woody Guthrie, als Schöpfer des Talking Blues, in seiner Zeit innovative Herangehensweise an die Folk Musik bewies, hätte eigentlich nach einem zeitgemäßeren Gewand für diese Produktion verlangt. Die Interpretation seiner Lieder wirken oft sehr bieder. Dennoch gefällt mir vor allem Bruce Springsteens Fassung von "Deportee". In dem Lied geht es vordergründig um einen Flugzeugabsturz bei dem mexikanische Landarbeiter 1948 ums Leben kamen. Als Vorlage für den Titel diente aber auch das Abkommen zwischen den USA und Mexiko aus dem Jahre 1947, in dem die Abschiebung von mexikanischen Saisonarbeitern geregelt wurde. Eine Regelung, dem die Landarbeiter zum Opfer fielen. Damit ist dieser Titel wohl eines der ältesten Lieder gegen Abschiebung. Gleichzeitig ist es ein Beleg für die immer noch vorhandene Aktualität der Themen in vielen der wohl über 2000 Lieder, die der Songwriter der Nachwelt hinterließ.

Die Lieder dieser CD stellen sicherlich keinen repräsentativen Querschnitt des Gesamtwerkes von Woody Guthrie dar, es wird jedoch deutlich, wie stark Guthrie mit den verschiedenen Schichten der US-amerikanischen Arbeiterklasse verbunden war. Jack Elliots Interpretation von "1913 Massacre" zum Beispiel, in der es um die Ermordung einer Gruppe von Bergarbeitern durch ihre Bosse ging, gehört zu den Stücken, die der späte Weggenosse Guthries nah am Original interpretiert und die zeigt das eine Zeitungsmeldung über die Ermordung von Facharbeitern Guthrie genauso so zum Stift greifen ließen, wie die täglich erlebte Situation der "Landstreicher".

Guthrie, der von seinem 18. Lebensjahr an als so genannter Hobo auf Güterwagen der Eisenbahn, zu Fuß oder auf einem LKW durch die USA zog, mal als Gelegenheitsarbeiter, mal in Kneipen mit seiner Musik ein paar Cent verdiente, war gerade deswegen für die Jugend der 60er ein Vorbild. Er hatte bereits mit "This Land is your land" oder "Bound for Glory" die Hymnen für die sich gegen die Zwänge der repressiven Gesellschaft der Mc Carthy-Ära wehrende Jugend geschrieben. Ob Pete Seeger, Joan Baez oder Bob Dylan, alle haben sie mit den Liedern von Guthrie begonnen.

Ambivalent ist dabei seine unerbittlich Kritik an den Verhältnissen und seine gleichzeitige Liebe zu seiner Nation. John Steinbeck hat dies einmal folgendermaßen interpretiert: "Woody hat nichts Liebliches an sich, auch seine Lieder nicht. Doch diejenigen, die ihm zuhören, werden etwas viel Wichtigeres darin finden: den Willen des Volkes, der Unterdrückung standzuhalten und gegen sie zu kämpfen. Dies ist glaube ich, das was wir mit American Spirit meinen."

Wer mehr über Woody Guthrie erfahren möchte, der sollte auf die in diesem Frühjahr im Hamburger Edition Nautilus Verlag erschienene Autobiografie von Woody Guthrie: "Dies Land ist mein Land" zurückgreifen. Bereits als 36 jähriger verfasste Guthrie diese Autobiografie, die einen hervorragenden Einblick in die Authentizität dieses Poeten und Musikers gibt. Im Mittelpunkt steht das Leben Guthries als Hobo, in der Arbeitslosigkeit aber auch Hunger zentrale Elemente waren. Auch hier tritt immer wieder die Suche nach besseren, gerechteren Vereinigten Staaten von Amerika hervor. "Das zugfahrende, herumstreifende, geschichtensammelnde und politische akustische Balladen singende Vorbild" wie Ani Di Franco ihn nennt, steht für den Gegenpol zum rassistischen, waffenstrotzenden US-Patrioten, den die Herren Bush repräsentieren.

Tommy Schroedter

Woody Guthrie, Dies Land ist mein Land, Autobiografie, Edition Nautilus 2001, 448 Seiten gebunden, 49,80 DM

Til we outnumber 'em, Righteous babe records 2001

29. CDU in Schills Schatten. Die Hamburg-Wahl und ihre Folgen

Autor: mb. · Rubrik: Wahlen; CDU/CSU · CD-Datei: daten/aksuche/ak455/33.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:455:33

Was haben der 11. September und der 23. September bei aller Unterschiedlichkeit gemeinsam? Sowohl die Anschläge in den USA, wie auch die Hamburger Bürgerschaftswahl bedeuten einen Rechtsruck in Richtung Obrigkeitsstaat und "Innere Sicherheit". Der Wahlerfolg von Ronald Barnabas Schill, der nur in seiner Höhe überraschend war, wird in der Union zu einer Aufwertung des rechten Flügels führen und auch bei SPD, Grünen und PDS seine Folgen haben.

Seit der Hamburgwahl ist nichts mehr so wie es war, denn bislang galt die These: Die CDU ist das bürgerliche Lager. Der CDU-Generalsekretär Laurenz Meyer sprach am Wahlabend folgerichtig, wenn auch gezwungenermaßen, von "Umschichtungen im bürgerlichen Lager", die nicht zu leugnen seien. Jörg Schönbohm, Vorsitzender der CDU Brandenburg, forderte, die Partei müsse darüber Rechenschaft ablegen, warum Schill aus dem Stand 19 Prozent der Stimmen errungen habe. Er verlangte, die CDU müsse ihre eigene Sachkompetenz im Bereich der "Inneren Sicherheit" deutlich machen. Angesichts des Wahlerfolgs von Schill wächst in der CDU der Rückhalt für eine noch härtere Linie in der Innenpolitik, wie sie auch CSU-Chef Edmund Stoiber vertritt.

"In Jahrzehnten deutscher Nachkriegsgeschichte hatte sie auf diesem Gebiet einen unbestrittenen Kompetenzvorsprung - der ist dahin. Schill hat sie in den Schatten gestellt", so fasste die FAZ in ihrem Kommentar am Tag nach der Hamburgwahl das Problem der Union zusammen. "Dies wird nicht ohne Folgen für den Bund bleiben." In welche Richtung das geht, hat der bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber deutlich gemacht. Das was Schill in der Innenpolitik fordere, sei "in großen Teilen schon Standard in Bayern", so Stoiber. Das Hamburger Wahlergebnis zeige, dass die CSU die richtige Entscheidung getroffen habe, die "Innere Sicherheit" an die oberste Stelle der politischen Aufgabenliste zu stellen. Gleichzeitig warnte Stoiber davor, Schill und dessen Partei als Rechtsradikale auszugrenzen. Und insgeheim freut man sich in Bayern, dass das Hamburger Ergebnis einen deutlichen Dämpfer für die "liberale" Strömungen in der Schwesterpartei bedeutet.

Dass unter diesen Umständen die Diskussion um den Kanzlerkandidaten der Union hoch kocht, ist nicht verwunderlich. Dabei hat die Union im engeren Sinne noch nicht einmal ein Personalproblem. Mit einem Kanzlerkandidaten Edmund Stoiber stünde der rechte Mann zur Verfügung. Aber da ist ja auch noch die momentane CDU-Spitze mit Angela Merkel und Friedrich Merz. Merz ist aus dem Rennen, doch was macht Angela Merkel? Dass mit ihr ein polarisierender Wahlkampf mit dem Hauptthema "Innere Sicherheit" erfolgreich geführt werden könnte, trauen ihr innerhalb der eigenen Partei nur wenige zu. Stoiber dagegen müsste, um die Vorbehalte bei der Schwesterpartei, aber auch um die Ernsthaftigkeit seiner Kandidatur zu beweisen, sich dazu bereit erklären, unabhängig vom Bundestagswahlergebnis Bayern den Rücken zu kehren. Angesichts der minimalen Erfolgschancen für die Union, die SPD im Bund aus der Regierung zu vertreiben, ist dieser Preis Stoiber wahrscheinlich zu hoch.

Aber zurück nach Hamburg. Das Thema "Innere Sicherheit" war für gut drei Viertel, die Ausländerpolitik für jede/n zweite/n Schill-WählerIn ausschlaggebend. Für 95 Prozent seiner WählerInnen ist er Garant für Sicherheit und Ordnung in Hamburg. Mit diesem einfachen Programm ist es ihm gelungen, das rechtsextreme Wählerinnenpotenzial auszuschöpfen, aber auch bei CDU und SPD abzusahnen. Die Wanderungsbilanz zeigt, dass jeweils fast 40.000 WählerInnen von der regierenden SPD, von der oppositionellen CDU sowie von den Rechtsextremen kamen, die diesmal zusammen nicht einmal ein Prozent erreichten. Die DVU fiel von 4,9 Prozent auf 0,7 Prozent ab und verlor auch in den vier Bezirksparlamenten, in denen sie vertreten war, alle Mandate. Die REP kamen nur noch auf 0,1 Prozent, nach 1,8 Prozent vor vier Jahren. Die NPD war erst gar nicht mehr zur Bürgerschaftswahl angetreten. Eine weitere beträchtliche Gruppe von 30.000 kam aus dem Lager der NichtwählerInnen. Lediglich grüne und liberale WählerInnen haben sich diesem Trend verweigert. Die GAL allerdings hat kräftig an die SPD verloren, die damit ihre Einbußen an Schill kompensieren konnte.

Schill ist es mit Unterstützung der wohlwollenden Hamburger Springer-Presse gelungen, die Unzufriedenheit mit der Politik von SPD und CDU an einem markanten Punkt zu bündeln. Damit hat er das bislang desperate

Wäherinnenpotenzial der Rechtsextremen hinter sich vereint und gleichzeitig NichtwählerInnen und unzufriedene AnhängerInnen von SPD und CDU angesprochen. "Wir haben das Unmögliche möglich gemacht, und jetzt werden wir den Worten Taten folgen lassen", kündigt Schill an, "ganz Deutschland schaut auf uns". Doch schon wenige Tage nach der Wahl räumte "Richter Gnadenlos" ein, "Politik ist die Kunst des Kompromisses". Abzuwarten bleibt, was Schill von seinen markigen Sprüchen in einer Koalition mit CDU und FDP umsetzen kann. Nimmt man die Koalitionsergebnisse als Maßstab, so dürften die Erwartungen seiner WählerInnen bald enttäuscht werden.

Das Abschneiden der Schill-Partei hat gezeigt, dass es (momentan) rechts von der Union viel Platz im Parteienspektrum gibt. Mit seiner Ankündigung, in allen Ländern antreten zu wollen, wird sich Schill trotzdem aller Wahrscheinlichkeit nach übernehmen. Dazu fehlt ihm einfach das Personal und das Standing, das er in Hamburg hatte. Hamburg bot günstige Bedingungen. Die Union hatte mit ihrem Spitzenkandidaten Ole von Beust, der eher der liberalen Strömung der Union zuzurechnen ist, Schill nichts entgegenzusetzen, die SPD war, trotz ihres eifrigen Bemühens Schill beim Thema "Innere Sicherheit" Paroli zu bieten, einfach unglaubwürdig. Mit Schill ist Law-and-Order, verstärkt noch durch die Folgen des 11. September, zum beherrschenden gesellschaftlichen Thema geworden, bei dem auch SPD, Grüne und sogar die PDS beherzt mitmischen. Durch den nun anstehenden Wettlauf um den rechten Rand, zu dem sich vor allem die Union durch den Erfolg Schills herausgefordert fühlt, werden jedoch die Chancen für eine Wiederholung eines solchen Wahlerfolgs nicht größer.

mb.

COLUMNS(4), DIMENSION(IN), COLWIDTHS(1.0000,E1,E1,E1), HGUTTER(0.0788), VGUTTER(0.0788), BOX(Z_SINGLE), HGRID(Z_SINGLE), VGRID(Z_SINGLE), KEEP(OFF)

UZ2, TABELLENTEXT, TABELLENTEXT, TABELLENTEXT

Wahlergebnis der Hamburger Bürgerschaftswahl , +, +, +

TABELLENTEXT, BODY MITTE, BODY MITTE, BODY MITTE

, Bürgerschaftswahl 2001, Bundestagswahl 1998, Bürgerschaftswahl 1997

TABELLENTEXT, BODY RECHTS, BODY RECHTS, BODY RECHTS

Wahlbeteiligung, 857.868 (71,0%), 984.644 (81,1%), 831.913 (68,7%)

SPD, 310.362 (36,5%), 445.276 (45,7%), 298.218 (36,2%)

CDU, 223.015 (26,2%), 291.756 (30,0%), 252.354 (30,7%)

GAL, 72.771 (8,6%), 104.658 (10,8%), 114.776 (13,9%)

TABELLENTEXT, BODY RECHTS, BODY MITTE, BODY MITTE

Schill, 165.421 (19,4%), -, -

TABELLENTEXT, BODY RECHTS, BODY RECHTS, BODY RECHTS

FDP, 43.214 (5,1%), 62.835 (6,5%), 28.664 (3,5%)

DVU, 6.043 (0,7%), 20.601 (2,1%), 40.957 (4,9%)

TABELLENTEXT, BODY RECHTS, BODY MITTE, BODY RECHTS

Statt-Partei, 3.506 (0,4%), -, 31.401 (3,8%)

TABELLENTEXT, BODY RECHTS, BODY RECHTS, BODY RECHTS

REP, 566 (0,1%), 5.562 (0,6%), 15.207 (1,8%)

TABELLENTEXT, BODY RECHTS, BODY MITTE, BODY MITTE

Regenbogen, 14.247 (1,7%), -, -

TABELLENTEXT, BODY RECHTS, BODY RECHTS, BODY RECHTS

PDS, 3.299 (0,4%), 22.603 (2,3%), 5.354 (0,7%)

30. Zwischen Schauspielhaus und Roter Flora. Perspektiven der Hamburger Linken nach der Wahl

Autor: dk · Rubrik: Wahlen; Westdeutsche Linke allgemein; PDS · CD-Datei: daten/aksuche/ak455/19.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:455:19

Nach über 40 Jahren SPD-Regierung hat die Hamburger Bürgerschaftswahl vom 23. September einen "Bürgerblock" in die Regierungsämter gespült. Und dazu einen mit unverhüllt rechtspopulistischer Schlagseite: Egal, was der neue CDU-Schill-FDP-Senat im Koalitionsvertrag vereinbart und letztlich tatsächlich umsetzt, eines ist relativ unstrittig: Das Wahlergebnis mit dem eigentlichen Wahlsieger Schill wird das Klima in der Stadt verschärfen, nicht zuletzt in Verbindung mit der allgemeinen gesellschaftlichen Klimaveränderung nach dem 11. September. Die Hamburg-Wahl vom 23. September ist ein Triumph für Law and Order, und zwar nicht nur durch den neuen Rechtssenat. Auch die SPD und weite Teile der Grünen gehören zu dieser großen gesellschaftlichen "Partei der Sicherheit und Ordnung". Die gesellschaftliche Linke hingegen ist, gemessen an dieser Wahl, in Hamburg marginalisiert. Regenbogen - Für eine neue Linke hat 1,7% der Stimmen erhalten, die sektiererischen Dogmatiker vom Hamburger PDS-Landesverband 0,4%. Sämtliche anderen linken Gruppen - von PDS-Minderheit über die DKP bis zu diversen trotzkistischen Zirkeln - hatten nicht kandidiert und zur Wahl von Regenbogen aufgerufen.

Angesichts der Prognosen, die noch bis wenige Tage vor der Wahl zwischen 3% und 4% schwankten, kann man davon ausgehen, dass ein erheblicher Teil der potenziellen Regenbogen-WählerInnen doch der Lagerwahl-Logik gefolgt sind und in letzter Sekunde SPD oder Grüne gewählt hat. Dafür spricht auch, dass Regenbogen bei den gleichzeitig stattfindenden Wahlen zu den Bezirksversammlungen besser abgeschnitten hat als bei der Bürgerschaftswahl. Und nicht zuletzt differieren die Ergebnisse stark nach Stadtteilen. So haben in St. Georg und St. Pauli zwischen 14% und 18% Regenbogen gewählt, in Teilen von Altona waren es ebenfalls deutlich über 10%.

Dennoch, die Spielräume und Rahmenbedingungen für linke Politik haben sich in Hamburg nach dem 23. September erheblich verändert und verschlechtert. Neben der zahlenmäßigen Schwäche trägt dazu auch bei, dass es nunmehr - das erste Mal seit vielen Jahren - weder auf Bürgerschaftsebene, noch in den Bezirken eine radikal-demokratische oder gar linke Opposition in den Parlamenten geben wird. Weder von der SPD noch von den Grünen ist in der Opposition ein linker Neuanfang zu erwarten. Die GAL hat in Gestalt ihrer "linken" Parteisprecherin Antje Radtke bereits unmittelbar nach der Wahl klar gemacht, dass von ihr eine "konstruktive" Opposition zu erwarten ist. Einen Rückbezug auf Basisinitiativen werde es nicht geben, schon weil den Grünen das niemand abkaufen würde.

Das parlamentarische Spielbein, das Regenbogen in den letzten zwei Jahren dargestellt hat, wird der nunmehr gänzlich außerparlamentarischen Linken schmerzlich fehlen. Von notwendigen, auch (verwaltungs-)internen Informationen abgeschnitten, mit deutlich spärlicherem Zugang zur medialen Öffentlichkeit, ohne finanzielle und andere materielle Ressourcen, ohne Hauptamtlichenapparat, auf den auch Initiativen zurückgreifen konnten, sieht es um die Handlungs- oder gar Kampagnenfähigkeit der außerparlamentarischen Linken in Hamburg erst einmal düster aus. Wenn man der Wahl dennoch etwas Positives abgewinnen will, so vielleicht die vage Hoffnung, es könnte jetzt in der Rest-Linken zu einer Einsicht in die eigene desolate Situation kommen. Wann, wenn nicht jetzt, wäre für die verschiedenen außerparlamentarischen Initiativen und Teilbereiche die Zeit für strategische Diskussionen darüber, was "linke Politik" in Zukunft eigentlich heißen soll.

Ob es tatsächlich zu solchen Diskussionen mit der Perspektive einer "Neuen Linken" kommt, hängt auch davon ab, wie es mit Regenbogen in Hamburg weiter geht. Auch wenn diese Gruppierung mit ihrem Vernetzungsanspruch nunmehr viel von der Attraktivität verloren hat, die mit der parlamentarischer Repräsentanz und einem funktionsfähigen Hauptamtlichenapparat verbunden war, so verkörpert sie immer noch eine ganze Menge von dem, was in einem mittelfristigen Neuformierungsprozess linker Politik notwendig ist: eine radikal-demokratische bis libertär-sozialistische Programmatik, die sich sowohl von einem grünen Öko-Liberalismus wie auch einer orthodoxen und erstarrten Traditionslinken unterscheidet. Regenbogen steht gewissermaßen für den spannenden politischen und kulturellen Spagat zwischen Schauspielhaus, Gewerkschaftshaus und der Roten Flora. Und es ist genau dieser Spagat, aus dem heraus so etwas wie eine "Neue Linke" nur entstehen kann.

Die Zukunft des Regenbogens hängt zunächst einmal davon ab, ob es gelingt, sich materiell und personell zu konsolidieren und als politische Kraft in Hamburg weiter präsent zu sein. Für Regenbogen als politisches Netzwerk mit einer gesamtstädtischen, stadtpolitischen Perspektive, die über einzelne Teilbereiche oder Ein-Punkt-Themen hinausgeht, wird sich mittel- und langfristig aber auch die Frage der Wahloption stellen. Damit ist zum einen das Problem verbunden, dass gerade in Hamburg die Geschichte der Grünen als warnendes und auch abschreckendes Beispiel im Bewusstsein vieler (außerparlamentarischer) AktivistInnen verankert ist.

Zum zweiten ist es mehr als zweifelhaft, ob es auf Dauer im Sinne einer linken Wahloption einen Platz für Regenbogen und die PDS geben kann. Der Hamburger PDS-Landesverband ist in der Stadt politisch und kulturell völlig isoliert, und man kann sich nur wünschen, dass die PDS Hamburg in ihrem jetzigen Zustand so schnell wie möglich auf dem Müllhaufen der Geschichte verschwindet. Aber selbst wenn sich in der Hamburger PDS vernünftigere Kräfte durchsetzen sollten, wird eine Verankerung der PDS über das Spektrum der TraditionssozialistInnen hinaus oder gar ein gemeinsames Projekt von PDS und Regenbogen alles andere als leicht. Die Voraussetzung dafür wäre nicht mehr und nicht weniger als eine mittelschwere Kulturrevolution innerhalb der PDS.

dk

31. Wem nutzt die Drogenpolitik? Kontinuitäten und Wandel der Hamburger Drogenpolitik von Rot-Grün bis Schill

Kontinutäten und Wandel der Hamburger Drogenpolitik von Rot-Grün bis Schill

Autor: Ed Prömmel · Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen; CDU/CSU; Grüne (und Vorläufer) · CD-Datei: daten/aksuche/ak455/05.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:455:05

Der Rechtspopulist Ronald Schill forderte im Hamburger Wahlkampf den uneingeschränkten Einsatz von Brechmitteln und ein Aufenthaltsverbot von DealerInnen und allen, die er dafür hält (SchwarzafrikanerInnen, KurdInnen, etc.) und fing damit erfolgreich Stimmen. Eine grundsätzlich neue Drogenpolitik bedeutet die mögliche Umsetzung seiner Forderungen durch einen neuen Senat aus CDU/SCHILL-Partei/ FDP nicht. Zu erwarten ist vielmehr die Intensivierung einer Drogenpolitik, die auch schon durch die beiden letzten SPD-geführten Stadtregierungen betrieben wurde. Im Folgenden zeichnet der Kriminologe Ed Prömmel die Entwicklung der Drogenpolitik in den letzten 10 Jahren nach, ausgehend von der Annahme eines grundsätzlichen Wandel in der Drogenpolitik.

Die Veränderungen der staatlichen Drogenpolitik lassen sich mit den Begriffen der fordistischen und postfordistischen Regulationsweise beschreiben. Die Drogenpolitik im Fordismus zielte in erster Linie auf die Durchsetzung eines umfassenden Modells von Normalität. Diese Normalität sollte durch umfangreiche staatliche Interventionen in die gesellschaftlichen und ökonomischen Abläufe sicher gestellt werden. Der Sozialpolitik kamen dabei zwei Aufgaben zu. Die "reguläre Arbeiterklasse", damit sind die sich über Lohnarbeit finanzierenden Menschen und ihre Angehörigen gemeint, sollte durch die sozialen Sicherungssysteme und das System der verschiedenen Transferleistungen gegen die Risiken der Lohnarbeiterexistenz gesichert werden. Der "irregulären Arbeiterklasse", das sind die Personen, die nicht dauerhaft in den Produktionsprozess eingebunden waren, gewährte der Staat materielle und persönliche Hilfeleistungen, welche mit semi-professionellen Beurteilungsverfahren (Sozialpädagogik) verbunden waren. So sollte eine kommunikative Rückbindung an gesellschaftliche Normen gewährleistet werden.

Die postfordistischen Regulationsweise zielt nicht mehr darauf ein bestimmtes Normalitätsmodell durchzusetzen. Demgegenüber geht es vorrangig um die "Regulation einer gespaltenen Gesellschaft". (Schaarschuch 1994, S. 78). Überspitzt könnte man sagen, dass eine "Entmoralisierung von sozialer Kontrolle" stattfindet: "Die an einer universellen Moral orientierte staatlichen Kontrolle (wird) abgelöst durch einen Trend zu einer situations- und kontextadäquaten (Kontroll)-Moral" (Lindenberg/Schmidt-Semisch 1995, S. 8). Diese Moral richtet sich nicht mehr starr auf die Kontrolle des Einzelnen, sondern sie reagiert flexibel und funktional auf unterschiedliche Orte und Situationen.

Abschied vom Normalitätsmodell

Fordistische Drogenpolitik bedeutete, dass KonsumentInnen illegalisierter Drogen als deviant und NormabweichlerInnen beurteilt werden; sie fielen damit in die primäre Zuständigkeit der Organe repressiver Sozialkontrolle, also Polizei und Justiz. Sobald der Konsument jedoch deutlich machte, dass er willens sei, sein deviantes Verhalten dauerhaft aufzugeben, setzte die Drogenhilfe als "therapeutische Kette" ein. In ihrem Kernstück der stationären Langzeittherapie bot die staatliche Drogenpolitik zugleich Hilfen bei der Bewältigung eines zukünftig dauerhaft abstinenten Lebens an. Sie wirkte stark disziplinierend. Als Stichworte sind hier das Brechen der "Junkie-Persönlichkeit" und der anschließende Aufbau einer neuen "gesunden abstinenten" Persönlichkeit zu nennen.

Mit dem Übergang von der fordistischen zur postfordistischen Regulationsweise erwies sich diese Drogenpolitik mit ihrer starken Ausrichtung auf den individuellen Normalweicher und ihrer geringen Reichweite in die Drogenszene zunehmend als contraproduktiv. Unter dem Eindruck der AIDS-Hysterie vollzog sich ein öffentlich wahrnehmbarer Focuswechsel: so richtete sich die Aufmerksamkeit nicht mehr so stark auf die individuellen KonsumentInnen sondern vielmehr auf die Anwesenheit so genannter offener Drogenszenen im öffentlichen Raum. Die AIDS-Hysterie wirkte als Katalysator für Aufnahme von Hilfe, die sich am sogenannten Akzeptanzansatz orientierte, in das staatlich geförderte Hilfesystem.

Die akzeptierende Drogenarbeit versteht sich in Abgrenzung zu der bis dahin ausschließlich abstinenzorientierten Drogenhilfe der therapeutischen Kette als "vages Gegenkonzept" bzw. als "Paradigmenwechsel" in der Drogenpolitik. Sie zielt auf eine Änderung der bis dahin betriebenen Drogenpolitik sowohl auf praktischer als auch auf normativer Ebene: Auf der praktischen Ebene soll durch lebensweltnahe und niedrigschwellige Hilfen auch bei fortgesetztem Drogenkonsum eine weitere gesundheitliche und soziale Verelendung möglichst verhindert werden. Auf der normativen Ebene wird die einseitig kriminalisierende oder pathologisierende Sichtweise ersetzt durch eine differenzierte Sichtweise des Konsums illegalisierter Drogen. Anstelle des "war on drugs" und der Zielvorstellung einer "drogenfreien Gesellschaft" tritt die Einsicht, dass der Konsum von Drogen eine dauerhafte gesellschaftliche Erscheinung sein wird. Dementsprechend gilt es die bisherige irrationale, durch "Drogenmythen" geprägte Drogenpolitik zu ersetzen durch eine "rationale Drogenpolitik", die als längerfristiges Ziel die Legalisierung der illegalisierten Drogen anvisiert und die strafrechtlichen Drogenkontrolle durch andere Kontrollformen, wie zum Beispiel die kontrollierte Abgabe, ersetzt.

Anfang der 90er Jahre wurden schrittweise am Akzeptanzansatz orientierte Hilfen in das staatlich geförderte Drogenhilfesystem integriert. Verschiedene Repräsentanten des Hamburger Senats zeigten zudem den Willen zu einer grundsätzlichen auch normativen Umorientierung in der Drogenpolitik. So beklagte der damalige erste Bürgermeister Voscherau, öffentlich die negativen Folgen der Drogenpolitik für die Betroffenen. Der damalige Drogenbeauftragte des Senats Horst Bossong ging noch einen Schritt weiter: "Es bedeutet für uns, die Drogenabhängigen eben nicht aus dem Stadtteil auszugrenzen und zu vertreiben, sondern sie als Mitbürger/innen zu integrieren, mithin offen zu sein für ein Zusammenleben im Gemeinwesen". Diese auf Integration in das Gemeinwesen ausgerichtete neue Drogenpolitik geriet jedoch schon sehr bald in einen offenen Widerspruch zu der parallel zunehmenden polizeilichen Repression gegen die Angehörigen der offenen Drogenszene zunächst hauptsächlich in St. Georg, ab 1996 auch im Schanzenviertel. Folgerichtig stellte der Hamburger Senat in der Fortschreibung des Landesprogramms Drogen 1992 dann auch einen grundsätzlichen Zielkonflikt fest: "Die sich hierin offenbarenden Gegenläufigkeiten (nämlich zwischen akzeptierend arbeitenden Hilfen und polizeilicher Repression, E.P.) können nur sehr bedingt durch koordinierende Maßnahmen abgemildert werden."(Fortschreibung des Landesprogramms Drogen 1992, S.17).

Repression statt Hilfe

Wie der Senat jedoch nun mit diesem Zielkonflikt zukünftig umzugehen gedachte, zeigte sich bereits wenig später. Im Winter 1992 wurden Menschen der "offenen Drogenszene" tagelang von Einheiten der KORA (Koordinierungsgruppe Rauschgift) durch die Stadt gehetzt. Da die Arbeit in der Drogenberatungsstelle Drob Inn unmöglich gemacht wurde, hatten die MitarbeiterInnen beschlossen, die Einrichtung vorrübergehend zu schließen undan die Öffentlichkeit zu gehen. Der Konflikt wurde schließlich dadurch "gelöst", dass der Zuwendungsgeber des Drob Inns, die Behörde für Arbeit, Gesundheit und Soziales (BAGS), massiven Druck auf die Einrichtung ausübte trotz der fortgesetzten Polizeimaßnahmen die Einrichtung wieder zu öffnen.

Dieser Vorgang stellte eine doppelte Weichenstellung für die zukünftige Hamburger Drogenpolitik dar. Auf der Repressionsseite schloss an das "Sofortprogramm St. Georg" 1995 das "Handlungskonzept St. Georg" mit seiner ausufernden Platzverweispraxis an. 1996 wurde die Praxis der Platzverweise durch eine Änderung des Gesetzes zum Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung (SOG) rechtlich abgesichert. In der Hochphase des Hamburger Wahlkampfes setze sich schließlich SPD-Innensenators Scholz endgültig mit einer ausschließlich repressiven Drogenpolitik durch, die in ihrer Form bereits die wesentlichen Forderungen Schills erfüllte: Brechmitteleinsatz, Strafverfolgung des Konsums im Umfeld des Hauptbahnhofes, Privatisierung des Hauptbahnhofvorplatzes und verstärkte Videoüberwachung. Diese Tendenz der zunehmenden Kolonisierung staatlicher Drogenpolitik durch repressive Maßnahmen zeichnet sich aber bereits seit Mitte der 90er Jahre ab. Beispielhaft sind hier insbesondere das Projekt "aufsuchende Arbeit am Hauptbahnhof" und die Dezentralisierung der Drogenkonsumräume.

Das Projekt "Aufsuchende Arbeit am Hauptbahnhof" hat seinen Ursprung in der Drucksache der Innenbehörde "Maßnahmen gegen die drohende Unwirtlichkeit der Stadt". Dieses als "Bettlerpapier" bekannt gewordene Schriftstück des damaligen Innensenators Wrocklage sah eine "Säuberung St. Georgs" von Bettlern, Junkies und anderen unerwünschten Menschen vor. Nach erheblichen Protesten wurde die Drucksache zurückgezogen und die Sozialsenatorin beauftragt, geeignete sozialpolitische Maßnahmen zu entwickeln. Ergebnis war im Bereich der offenen Drogenszenen die Installierung eines Streetwork-Projektes im Bereich

des Hauptbahnhofs mit sechs MitarbeiterInnen. Ziel war es die Anzahl der sich dort aufhaltenden Angehörigen der offenen Drogenszene zu verringern (Zielvorgabe: ca. 50%).

Weiterhin wurde eine Dezentralisierung der Konsumräume vorgenommen. So wurden zusätzliche Konsumraumkapazitäten in drei Beratungsstellen außerhalb der sogenannten Szeneschwerpunkte St. Georg und Schanze eingerichtet. Damit sollte die Szene "entzerrt" werden. Flankierende Maßnahmen sollten die Szeneangehörigen dazu animieren, diese Einrichtungen vermehrt zu nutzen und sich damit im städtischen Raum weniger sichtbar zu verteilen. Bestimmt wurde dieses Konzept damit nicht mehr durch gesundheits- oder sozialpolitische Gesichtspunkte, sondern wesentlich durch ordnungspolitische Vorgaben. Folgerichtig war dann auch im letzten Suchtbericht des Senats aus dem Jahre 1999 von dem Zielkonflikt in der Drogenpolitik keine Rede mehr. Er beginnt mit der Feststellung: "Der Senat setzt seine bewährte und erfolgreiche Drogenpolitik auch in den kommenden Jahren fort: Sie fußt auf den vier Säulen Prävention und Aufklärung, Überlebenshilfen und gesundheitliche Basisversorgung, Suchttherapie und sozial-integrative Hilfen. Repression und Gewährleistung der öffentlichen Ordnung." (Suchtbericht der Freien und Hansestadt Hamburg von 1999, S. 1)

Kontinuität: Wrocklage - Scholz - Schill

Die hier skizzierte Entwicklung in der Hamburger Drogenpolitik markiert den Wandel, den Joachim Hirsch als den Übergang vom Sicherheitsstaat zum nationalen Wettbewerbstaat bezeichnet. Repression und sozialpolitische Interventionen werden gemäß des staatlichen Selbstverständnisses als Dienstleistungsunternehmen zu einem gemeinsamen Instrumentarium zur Gestaltung des öffentlichen Raumes im Interesse des "ideellen Gesamtsteuerzahlers". Dies ist ganz im Sinne des Schröder/Blair Papiers, indem es heißt: "Moderne Sozialdemokraten verlangen zu Recht nach hochwertigen Dienstleistungen und Solidarität für alle, die Hilfe brauchen, aber auch Fairness gegenüber denen, die das bezahlen" (Spiegel 24/1999). Nun dürfte aber das Interesse dieses "ideellen Gesamtsteuerzahlers" insgesamt kaum feststellbar sein. Tatsächlich orientiert sich staatliche Politik deshalb an solchen Interessen, die ihr Partikularinteresse durch die Arbeit entsprechender Pressure-Groups als das allgemeine Interesse artikulieren können und an den Interessen der Angehörigen der neuen Dienstleistungs- und Headquarter-Ökonomie, deren Ansiedlung in der Stadt als entscheidend für die Wahrung der Metropolenfunktion angesehen wird.

Nicht nur, weil sich hier die größten sichtbaren offenen Drogenszenen befinden, dürfte sich die staatliche Drogenpolitik fast ausschließlich auf den Hauptbahnhofsbereich und das Schanzenviertel konzentrieren, sondern auch weil beide Bereiche für die Standortpolitik von überragender Bedeutung sind: Der Hauptbahnhof im Rahmen seiner Umgestaltung vom Verkehrsknotenpunkt zur Einkaufs- und Erlebnislandschaft in unmittelbarer Nähe zur Hamburger City, das Schanzenviertel wegen seiner Funktion als herausragender "weicher Standortfaktor".

Eine grundsätzliche Änderung dieser Hamburger Drogenpolitik dürfte auch unter dem neuen Hamburger Senat mit dem Innensenator Schill nicht zu erwarten sein. Zu erwarten ist vielmehr eine Verschärfung der Entwicklung in der Drogenpolitik wie sie schon unter den SPD geführten Senaten betrieben wurde. Dafür spricht, dass Schill im Wahlkampf das geplante Heroinprogramm befürwortet hat, weil es die Beschaffungskriminalität verringere und dass der SPD-Innensenator Scholz keine Schwierigkeiten hatte, Forderungen der Schill-Partei als originäre sozialdemokratische Forderungen in seine Drogenpolitik zu übernehmen. Mit der jüngsten Forderung Schills nach einem Bettelverbot in Teilen der Innenstadt bezieht er sich im Gegenzug positiv auf das Bettlerpapier des vormaligen SPD-Innensenators Wrocklage. Fast könnte man sich angesichts der Duplizität der Ereignisse an einen alten Philosophen erinnert fühlen, der gesagt haben soll, dass sich Geschichte stets wiederholt, das erste mal als Tragödie, das zweite Mal als Farce. Dabei sollte man aber nicht verkennen, dass die sich abzeichnende Farce für eine Vielzahl von Menschen höchst konkrete negative Auswirkungen haben wird.

Ed Prömmel

Literatur:

BAGS: Suchtbericht. Schwerpunkte einer zukunftsorientierten Drogenpolitik in Hamburg, März 1999.

BAGS: Fortschreibung des Landesprogramm "Drogen" 1992

Hirsch, J.: Vom Sicherheitsstaat zum nationalen Wettbewerbsstaat, Berlin 1998

Lindenberg, M./ Schmidt-Semisch, H. Sanktionsverzicht statt Herrschaftsverlust. Vom Übergang in die Kontrollgesellschaft. In KrimJ, Heft 1, 1995

Schaarschuch, A: Soziale Dienstleistungen im Regulationszusammenhang. In: Widersprüche, Heft 52, 1994

32. In Sachen Frieden macht der PDS niemand etwas vor. Dresdener Parteitag diente vor allem dem Parteifrieden

Autor: Martin Reeh · Rubrik: PDS · CD-Datei: daten/aksuche/ak455/10.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:455:10

Am Ende des Kuschelparteitags stand der große Krach: Parteichefin Gabi Zimmer entließ ihren Pressesprecher. Hanno Harnisch habe interne Informationen über Zimmer an den Spiegel weitergegeben. Tenor des Artikels: Die Parteivorsitzende sei ideenlos und ohne Durchsetzungskraft; selbst die eigenen Leute versuchten, sie vor der Öffentlichkeit zu verstecken. Zu Zimmers Kündigung mag auch beigetragen haben, dass Harnisch während ihrer zweistündigen Parteitagsrede am Samstag in einen tiefen Mittagsschlaf versank.

Und zwar zu Recht. In die Geschichte der zahlreichen langweiligen PDS-Parteitage wird Dresden als einer der langweiligsten eingehen. Im Frühjahr hatten die GenossInnen die Debatte um ein neues Programm für den Parteitag angesetzt, doch dann machten ihnen die Berliner Neuwahlen - zwei Wochen nach Dresden - einen Strich durch die Rechnung. Die zu erwartenden Kontroversen mussten vermieden werden. Kaum waren die Formelkompromisse gefunden, um die Programmdebatte ohne großen Streit zu vertagen, kam der 11. September. "Seitdem herrscht in der Parteiführung eine Stimmung, als seien die Flugzeuge ins Karl-Liebknecht-Haus gestürzt", ist aus der PDS zu erfahren.

Die Parteispitze befürchtete nun eine Auseinandersetzung wie auf dem Parteitag in Münster 2000, als sie bewaffnete Einsätze unter UNO-Kommando befürwortete und erstmals in einer entscheidenden Frage unterlag. Gysi kündigte daraufhin resigniert seinen Rücktritt als Fraktionsvorsitzender an, der Hamburger Sektiererflügel klatschte begeistert - der erste Parteitag im Westen, mit dem die Parteiführung ihr Ankommen in der westlichen Demokratie signalisieren wollte, war grandios gescheitert. Eine Wiederholung solcher Bilder, zwei Wochen vor der Berlin-Wahl, wäre ein Desaster für die Spitzenkandidatur von Gregor Gysi geworden.

So wurde Dresden zum Friedensparteitag, der vor allem dem Parteifrieden diente. Friedensbarden sangen, blaue Luftballons mit Friedenstauben stiegen nach oben, "Frieden!" stand auf dem Leittransparent hinter der Bühne und selbst Bundesgeschäftsführer Dietmar Bartsch, einer der Befürworter des UNO-Kampfeinsatz-Antrages von Münster, trat den Gang nach Canossa an: "Ich bin froh, dass sich unser Parteitag klar positioniert hat: Die PDS ist und bleibt die Friedenspartei in Deutschland." Die Militäreinsätze der USA gegen Bin Laden lehnte der Parteitag ohne Wenn und Aber ab.

Die PDS bietet derzeit ein merkwürdiges Bild: In Mecklenburg-Vorpommern hat die Partei erste Skandale zu überstehen, die Zweifel am moralischen Fundament ihrer Funktionäre nahe legen. In Berlin propagiert sie eine harte Konsolidierungspolitik. Der Brie/Brie/Klein-Entwurf für das neue Parteiprogramm enthält Vorstellungen der Neuen Mitte. Und in der Innenpolitik übernimmt die PDS unter dem Schock der Hamburg-Wahl erstmals Momente autoritärer Sicherheitspolitik. Gysi forderte den verstärkten Einsatz von Polizei in öffentlichen Verkehrsmitteln, um das Sicherheitsbedürfnis der BürgerInnen zu befriedigen. All diese Veränderungen vollziehen sich ohne parteiinterne Debatte. Nur die Außenpolitik ist zum letzten Hort des "linken Fundamentalismus" geworden.

Außenpolitik: Hort des "linken Fundamentalismus"

Dabei sorgt nicht die Ablehnung der US-Militäreinsätze gegen Afghanistan für Befremden, sondern die parteiliche Geschlossenheit. Der 11. September hat ebenso wie zuvor die Konflikte in Ex-Jugoslawien überall in der Linken zu Debatten über Ursachen und mögliche Lösungswege geführt. Wie können die Täter dingfest gemacht und ihre Netzwerke zerschlagen werden? Hilft eine gerechte Weltwirtschaftsordnung, um al-Qaida den Boden zu entziehen, oder hat sich die islamistische Ideologie in breiten Bevölkerungsschichten längst verselbstständigt und mit erlittener Armut nur noch vermittelt zu tun? Handelt die USA in Afghanistan aus ökonomischen Interessen oder tatsächlich, um den Terror zu bekämpfen? In der PDS aber gibt es scheinbar keinen Diskussionsbedarf - und weil es keine Fragen gibt, sind auch die Antworten dürftig: Mit ihrer Selbststilisierung als einzige "Anti-Kriegs-Partei" hat die PDS einen Bruch mit ihrer Geschichte vollzogen, für den sie bis heute keine stichhaltige Begründung zu geben vermag. Wenn kollektive Sicherheitsstrukturen, auch die der UNO, wie es in Dresden erneut beschlossen wurde, nur nicht-militärischer Art sein dürfen - wie

beurteilt die PDS dann heute beispielsweise den Beistandspakt Frankreichs und Großbritanniens mit Polen anno 1939? Es ist ein geborgter Pazifismus, der die Partei eint und der im Grunde nichts anderes als eine Anti-NATO- und Anti-Bundeswehr-Position darstellt.

Die außenpolitische Lage ist seit 1989 etwas kompliziert geworden - zu kompliziert für die PDS. Natürlich ist es richtig, dass sich "die NATO anmaßt, die Rolle einer globalen Ordnungsmacht zu spielen", wie es in einem Beschluss des Parteitags heißt. Richtig ist aber auch, dass seit 1989 die Zahl ethnischer und anderer Konflikte, die auf dem Rücken der Zivilbevölkerung ausgetragen werden, zugenommen hat. Eine linke Partei kommt nicht umhin, eine Strategie zu entwickeln, wie die Zivilbevölkerung geschützt werden kann. Die Parteispitze hatte in Münster mit dem Antrag, Militäreinsätze unter UNO-Kommando zuzulassen, einen Ausweg aus diesem Dilemma zu formulieren versucht. Demnach wären UNO-Einsätze zur Friedenserzwingung wie in Haiti nach Kapitel VII der UN-Charta legitim. In Ruanda hätte die PDS demnach die USA und Frankreich sogar drängen müssen, ihre UN-Truppen gegen den Völkermord einzusetzen, statt das Land aus fehlendem strategischen Interesse sich selbst zu überlassen.

Einzig Gregor Gysi wagte auf dem Dresdener Parteitag noch einen Vorstoß: Ein Kommandounternehmen "so wie damals zur Ergreifung von Adolf Eichmann" sei legitimiert, die Täter vom 11. September festzunehmen und vor einen internationalen Gerichtshof zu stellen. "Durchgeführt werden müsste die Aktion zwar vom Militär, aber vom Charakter her wäre es eine polizeiliche Aktion", so Gysi. Unbeteiligte dürften dabei nicht gefährdet werden. Den Realitätsgehalt dieser Vorstellungen kann man sicher diskutieren - schließlich handelt sich vermutlich nicht um Einzeltäter, sondern um eine Terrororganisation, bei der mit der Verhaftung einzelner Beschuldigter noch nicht viel gewonnen sein dürfte.

Befreiungsschläge der Parteiführung

Vielleicht aber ist es eine unrealistische Erwartungshaltung an die PDS-Führung, solche Fragen offen zu debattieren, solange in Teilen der Partei der Glaube herrscht, der Zweck heilige die Mittel und Menschenrechte seien ein bloßer Propagandatrick des Westens. So rief ein PDS-Mitglied, ein durchaus angesehener Direktkandidat für das Berliner Abgeordnetenhaus, am 11. September seine Bekannten an und berichtete mit freudig erregtem Unterton, die "Kathedralen des Spätkapitalismus" würden brennen. Offensichtlich steht die PDS-Führung vor jeder politischen Debatte noch immer vor der Aufgabe, ihren Mitgliedern ein gewisses zivilisatorisches Grundverständnis beizubringen: Man schießt nicht auf Menschen, bloß weil sie über eine Staatsgrenze wechseln wollen, und man tötet keine Zivilisten, bloß weil sie am falschen Tag im falschen Flugzeug oder in einem symbolisch wichtigen Gebäude sitzen. Gysis Satz in Dresden, für die Linke sei das "erste Menschenrecht das Recht auf Leben" zielt daher zuallererst auf die Mitglieder der eigenen Partei. Es dürfte noch lange dauern, bis ein solches Denken bei der PDS-Basis in die emotionale Tiefenstruktur eingedrungen ist.

Die Linke und eine Basis, die nicht diskutieren will

Die eigentliche Auseinandersetzung über den außenpolitischen Kurs wird die PDS, so steht zu befürchten, vertagen, bis sich auf bundespolitischer Ebene die Koalitionsfrage stellt. Dann aber werden sich taktische Notwendigkeiten mit der Suche nach einer richtigen PDS-Position unrettbar vermischen und wie schon bei den Grünen den Eindruck hinterlassen, es handele sich bei den Änderungen der Parteilinie um reinen Opportunismus.

Die Parteilinke, so hat sich in Dresden gezeigt, wird diesen Prozess nicht aufhalten können. Und zwar nicht nur, weil sie ihren inhaltlichen Schwerpunkt in der bedingungslosen Ablehnung jeglicher Militäreinsätze sieht - eine Position, die perspektivisch auf Grund ihres Dogmatismus nicht zu halten sein wird - sondern auch, weil ihre Vorgehensweise entweder zur Isolierung oder zur mangelnden Wahrnehmung führen muss.

Winfried Wolf, der in Dresden einen Alternativentwurf zum Brie/Brie/Klein-Entwurf der Parteiführung vorlegte, ist vielleicht der einzige Trotzkist in der PDS, der bei der Taktikschulung nicht aufgepasst hat - und deshalb ein Bündnis mit Vertretern der Kommunistischen Plattform und Teilen des noch sektierischeren Hamburger Landesverbandes eingegangen ist. Innerparteilich gelten sie als das Musterbeispiel einer rechthaberischen und missratenen Westlinken, deren Konfrontationspolitik mit der Parteiführung dem Harmoniebedürfnis vieler Ostmitglieder widerspricht. In Dresden kam die Retourkutsche der Parteiführung. Wolf und die HamburgerInnen wurden zum Sündenbock - wenn die Parteispitze Positionen der Basis attackieren wollte, griff

sie stellvertretend Wolf und die HamburgerInnen an. Sogar Gabi Zimmer nutzte deren Isolierung zum Befreiungsschlag. Die Parteichefin beschuldigte Wolf, er habe eine merkwürdige Vorstellung von "Ostweibern", weil er sich nicht vorstellen könne, dass sie sich ihre Positionen selbst erarbeitet habe und nicht die Meinung einer hinter ihr stehenden Männerriege vertrete. Wolfs Programmentwurf fiel, wie zu erwarten war, durch. Der Parteitag beschloss, den von Gabi Zimmer im Frühjahr vorgestellten Brie/Brie/Klein-Entwurf zur weiteren "Diskussionsgrundlage" zu machen. Das überarbeitete Programm soll nun 2003 beschlossen werden, so dass der PDS im Wahljahr 2002 eine quälende Debatte erspart bleibt.

Im Gegensatz zur Konfrontationspolitik der Wolf-Fraktion steht das überaus vorsichtige Taktieren der Strömung um Bundestagsabgeordnete wie Uwe Hiksch und Ulla Lötzer, die sich erstmals anlässlich der Programmdebatte zusammenfanden. Obwohl sie dem vorgelegten Brie/Brie/Klein-Entwurf ablehnend gegenüberstehen, ließen sie sich in Dresden in einen Formelkompromiss einbinden, wonach der Entwurf zukünftig alleinige "Arbeitsgrundlage" sein soll. Das Vorgehen erinnert an SPD und Grüne, wo solche Kompromisse heute schon gang und gäbe sind. Der verbliebenen Parteilinken bereitet solches Parteichinesisch das Gefühl, irgendwie eingebunden zu sein, während die Führung ungehindert weiterarbeiten darf. Man muss der Strömung allerdings zu Gute halten, dass sie sich noch im Findungsprozess befindet und es zudem mit einer autoritätshörigen Partei zu tun hat - einer Basis, die sichtlich nach einem "guten Vorsitzenden" sucht und deshalb gerne auf inhaltliche Debatten verzichtet.

Wer aber nach Vorsitzenden Ausschau hält, tut sich mit Basisbewegungen schwer: In dem Dresdener Beschluss heißt es auch, die PDS werde ihre außerparlamentarische Arbeit aktivieren, damit dem Regierungswechsel 1998 endlich der Politikwechsel folge. "Die PDS wendet sich mit Konsequenz der Problematik ‚Anti-Globalisierungs-Bewegung zu", heißt es weiter. Das könnte man bloß für missglücktes Deutsch halten, es drückt aber recht genau das gespaltene Verhältnis der PDS zu den GlobalisierungskritikerInnen aus. So bestellte die PDS im Juli einen bereits georderten Bus für Genua wieder ab - offenkundig aus Angst, nach Göteborg und vor der Berliner Abgeordnetenhauswahl mit Krawall in Verbindung gebracht zu werden. In Genua selbst war von Seiten der PDS nur eine Hand voll Offizielle zu sehen. Die Basis wurde stattdessen in wochenlangen Anzeigenkampagnen in der taz und anderen Medien mobilisiert, zum Sommerfest der portugiesischen KP zu fahren. Nun ist, Bin Laden sei Dank, der Globalisierungsprotest wieder von der Tagesordnung gedrängt - die Friedensfrage steht auf dem Programm. Und in Sachen "Frieden" macht der PDS ja niemand etwas vor.

Martin Reeh

33. Landser haben ausgespielt. Berliner Neonaziband verhaftet

Autor: Kathrin Klever · Rubrik: Rechtsradikale, Neonazis · CD-Datei: daten/aksuche/ak455/18.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:455:18

Am 2.10.2001 wurden die vier Mitglieder der Berliner Neonaziband Landser sowie deren Vertriebsleiter verhaftet. Die Maßnahme ist das Ergebnis einer fünfzehnmonatigen Ermittlungstätigkeit der Bundesanwaltschaft, die erstmals auch wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung gegen eine neonazistische Band ermittelt. Damit ist die Karriere der bekanntesten Neonaziband Deutschlands vorerst beendet, den Kult um die Gruppe wird diese Maßnahme noch verstärken.

Dass die Verhaftung von höchster Stelle veranlasst wurde, hat seinen Grund: Landser gehört zu den bekanntesten und beliebtesten Bands der Naziskinheadszene; ihre seltenen Live-Auftritte genießen Kultstatus. Obwohl alle Veröffentlichungen der Gruppe indiziert wurden, gehören die Musikstücke zu den Verbreitesten und Begehrtesten in Jugendclubs und Schulen, vor allem in den neuen Bundesländern. Dabei ist der Umstand, dass alle ihre Veröffentlichungen auf dem Index landen, gewollt. Die Band hat nie versucht, ihre Texte zu entschärfen, um so der Zensur zu entgehen. Die knallharten Texte, die konspirativen Vertriebsstrukturen, die vermummten Auftritte, all das macht Landser zu einer Untergrundband mit Kultstatus. Die engen Kontakte zu dem inzwischen verbotenen Neonazinetzwerk Blood & Honour und der Berliner Neonazitruppe Vandalen, aus deren Umfeld die Band 1992 entstand, belegen, wie stark die Gruppe in der militanten Neonaziszene verwurzelt ist.

Jean-Rene Bauer, Gitarrist bei Landser und Mitglied der Vandalen, wurde erst im Mai 2000 festgenommen, als er einem Brandenburger Neonazi ein Präzisionsgewehr samt Munition verkaufen wollte. Das Gewehr war für einen Anschlag auf Linke vorgesehen. Der Angriff blieb aus und Bauer wurde auf Bewährung entlassen. Doch auch ohne direkte persönliche Beteiligung sind Landser an mehreren Angriffen und Morden beteiligt: Ihre Musik sorgt für Stimmung, liefert die Begleitmusik für Mord und Totschlag.

Als am 13.2.1999 der Algerier Farid Guendoul nach einer tödlichen Hetzjagd in Guben ums Leben kam, lieferte Landser die Hintergrundmusik. Während die tödliche Hetze begann, lief im Wagen der Neonazis die Landser-CD "Republik der Strolche". Als Alberto Adriano am 12.6.2000 in Dessau zu Tode getreten wurde, hatten die Täter noch das Afrika-Lied, eines der bekanntesten Landserstücke, im Ohr, mit dem sie sich vor der Tat gemeinsam in Stimmung brachten. Bei dem folgenden Prozess erkannte ein deutsches Gericht erstmalig einen direkten Zusammenhang zwischen dem Abspielen der Musik und der darauf folgenden Tat.

Antifaschistische Initiativen haben immer wieder auf die Gruppe und den Einfluss ihrer Musik hingewiesen. Die Wirkung rassistischer und antisemitischer Texte auf Jugendliche wurde von offizieller Seite jahrelang verharmlost. Zum Teil wurden Nazibands von staatlichen Stellen gefördert, wurden Proberäume zur Verfügung gestellt und erste Aufnahmen ermöglicht. Nun fordert der Staat die Zivilgesellschaft auf, sich den Ergebnissen dieser Politik entgegenzustellen, und stellt Mittel zur Verfügung, um die Auswirkungen ihrer eigenen Politik zu bekämpfen. Was rein ökonomisch gesehen schon Irrsinn ist, hat politisch eine fatale Aussage.

Rechtsextreme Bands sind Teil einer kulturellen Bewegung; ihre Musik spielt eine große Rolle bei der Verbreitung ihrer menschenverachtenden Ideologie. Mit Hilfe von Bands wie Landser ist es den Nazis gelungen, einen vorpolitischen Raum zu erobern; sie führen einen Kulturkampf und das mit großem Erfolg.

Denn nicht nur in der militanten Neonaziszene sind Landser beliebt. Die meist selbstgebrannten CDs werden auf Schulhöfen und in Jugendclubs in Auflagen von mehreren Tausend kopiert und weitergereicht. Zwar verdient die Band an den Kopien keinen Pfennig, der Werbeeffekt ist jedoch enorm. Um den Handel der Original-CDs kümmerte sich bei Landser vor allem der inzwischen auch festgenommene Vertriebsleiter Jan Werner aus Chemnitz. Werner leitete früher die Blood & Honour-Division Sachsen, trat aber nach Streitigkeiten mit seinen Kameraden aus. Er betreibt das Label "Movement Records" und bringt das Skinzine White Supremacy heraus, eine Zeitschrift der Blood & Honour-Bewegung. Werner verfügt über gute Kontakte ins Ausland, vor allem in die USA, wo bei dem Nazilabel Panzerfaust die letzte Landser-CD "Best of Landser" produziert wurde. Als vor drei Jahren mehrere Personen aus dem Umfeld der Band beim Handel mit der illegalen CD "Rock gegen oben" verhaftet wurden, kam auch ein Teil der konspirativen Vertriebsstrukturen ans

Licht: Die CD wurde in den USA in einer Auflage von 10.000 Stück gepresst, ging per Post in die Niederlande und wurde dort an Zwischenhändler in kleinen Auflagen verteilt. Bei der Übergabe beschlagnahmte die Berliner Polizei 500 Exemplare der CD, der größte Teil der Auflage fand jedoch seinen Weg in die Plattenschränke der Neonazis. Geschadet haben die polizeilichen Maßnahmen der Band nicht; der Kult um die Gruppe stieg mit jeder neuen Veröffentlichung und ist bis heute ungebrochen.

Es verwundert, dass die Bundesanwaltschaft sich erst jetzt der Gruppe angenommen hat. Immerhin besteht die Band schon seit neun Jahren. In dieser Zeit gab es genügend Anlässe, die ein Einschreiten gerechtfertigt hätten. Dass Landser sich nicht nur verbal militant geben, wurde nun auch der Bundesanwaltschaft bewusst: Bei den Durchsuchungen, die auf die Festnahmen folgten, fand die Polizei Belege dafür, dass die Bandmitglieder an internationalen Treffen militanter, bewaffneter Neonazis teilgenommen hatten. Gegen Landser wird nun wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung ermittelt.

Damit wird offiziell, wovor AntifaschistInnen schon seit Jahren warnen: Es gibt in der deutschen Neonaziszene terroristische Bestrebungen, die ernst zu nehmen sind. Was die deutschen Verfassungsschutzbehörden als "Ansätze" runterspielten, ist für die Menschen, die nicht in das rechtsextreme Weltbild passen, schon seit langem eine reale und manchmal tödliche Gefahr.

Kathrin Klever

Antifaschistisches Pressearchiv

& Bildungszentrum Berlin e.V.

34. Gut Ding will Weile haben. Berliner SPD muss sich entscheiden

Autor: mb · Rubrik: SPD · CD-Datei: daten/aksuche/ak455/41.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:455:41

Nach einem drögen Wahlkampf verspricht zumindest die Senatsbildung in Berlin noch etwas Spannung zu bringen. Und auch wenn das Ergebnis der Berliner Abgeordnetenhauswahlen am 21. Oktober in seiner Tendenz nicht überraschend war, so doch in seiner konkreten Ausgestaltung.

Was kommt in Berlin? Eine Koalition zwischen SPD und PDS oder doch die Ampelkoalition? Bundeskanzler Gerhard Schröder hat seine Präferenz bereits deutlich zu verstehen gegeben. Drei Viertel der SPD-AnhängerInnen hätten sich vor der Wahl für ein Bündnis zwischen SPD, FDP und Grünen ausgesprochen, dies müsse man bei der Senatsbildung berücksichtigen. Außerdem - so fügte Schröder unmissverständlich hinzu - gelte für die notwendige Unterstützung Berlins durch den Bund das Prinzip der Gegenseitigkeit. Wenn das keine Drohung ist! Klaus Wowereit, der als Regierender Bürgermeister bestätigte Spitzenkandidat der SPD, ist bekannt für sein gutes Verhältnis zu Gerhard Schröder. Er stimme mit der Auffassung des Bundeskanzlers überein, so seine erste Reaktion, sehe sich aber dadurch nicht festgelegt.

Erwartungsgemäß ist die Berliner SPD klare Siegerin der Wahl, wenngleich die Zugewinne deutlich geringer ausgefallen sind als erwartet. Die SPD, die bei den letzten Wahlen vor zwei Jahren mit nur 22,4 Prozent ihr schlechtestes Ergebnis seit 1946 erzielt hatte, verbesserte sich nach der Aufkündigung der Großen Koalition unter dem CDU-Bürgermeister Eberhard Diepgen im Juni auf jetzt 29,7 Prozent. Die CDU hingegen musste mit Verlusten von über 17 Prozent die größte Niederlage hinnehmen, die die Partei bei Landtagswahlen jemals erlitten hatte. 23,7 Prozent nach 40,8 Prozent waren die Quittung für die Parteienspendenaffäre und die Krise der landeseigenen "Bankgesellschaft Berlin", die zum Bruch der Großen Koalition geführt hatten. Die "brutale Zurechtweisung der CDU, die maßgeblich für den Berliner Filz verantwortlich gemacht wird" (Neue Zürcher Zeitung) kommt einen Erdbeben gleich. Von 46 Direktmandaten in West-Berlin konnte die CDU nur noch 19 verteidigen, die Fraktion im Abgeordnetenhaus wird nicht einmal halb so groß sein wie zuvor. In Scharen sind der CDU die WählerInnen davon gelaufen. Davon profitieren konnte die FDP. Der Löwenanteil ihrer Zugewinne ging auf einstige CDU-WählerInnen zurück.

Mit 9,9 Prozent schaffte die FDP nach sechs Jahren wieder den Einzug in das Berliner Abgeordnetenhaus. Mit diesem Ergebnis sind die Freien Demokraten sogar mit einem Sitz mehr im Parlament vertreten als die Grünen. Die Grünen, die nun bei 17 Wahlen in Folge zum Teil starke Stimmenverluste hinnehmen mussten, verloren 0,8 Prozent und kamen auf 9,1 Prozent. Ob dieser marginale Verlust eine Trendwende darstellt, darf bezweifelt werden. Angesichts der "nicht ganz einfachen außen- und innenpolitischen Umstände", wie die grüne Spitzenkandidatin Sibyll Klotz zu wiederholen nicht müde wird, fallen die Verluste allerdings äußerst moderat aus.

Zu den GewinnerInnen in Berlin ist auch dieses Mal wieder die PDS zu rechnen. Mit ihrem Spitzenkandidaten Gregor Gysi verbesserte sie ihr Ergebnis zum dritten Mal in Folge auf 22,6 Prozent. 1990, ein Jahr nach dem Fall der Mauer, musste sich die Partei noch mit 9,2 Prozent zufrieden geben. Bei den Wahlen 1995 erreichte die PDS 14,6 Prozent, im Jahr 1999 dann 17,7 Prozent. Hatte man bereits bei den letzten Abgeordnetenhauswahlen angenommen, die PDS habe in Ostberlin ihr WählerInnenpotenzial ausgeschöpft, so konnte sie noch einmal rund acht Prozent auf 47,6 Prozent zulegen. Aber auch in West-Berlin gewann sie 27.000 Stimmen hinzu und ließ die 5-Prozent-Hürde mit 6,9 Prozent souverän hinter sich. Zudem ist sie nun in allen Bezirksverordnetenversammlungen der Stadt vertreten.

Die von der SPD favorisierte Fortsetzung des rot-grünen Übergangssenats hat keine Mehrheit mehr. Bereits am Wahlabend kündigte Klaus Wowereit an, er werde zunächst mit den Grünen die Möglichkeiten einer weiteren Zusammenarbeit sondieren. Dann werde er mit der FDP und mit der PDS klären, "mit welchen Partnern eine zukunftsorientierte Politik für Berlin möglich ist". Angesichts der schwierigen Probleme, vor denen die neue Landesregierung stünde, komme eine "Wackelkoalition" für ihn nicht in Frage, so Wowereit weiter.

Die PDS ist gewillt, in Berlin Regierungsverantwortung zu übernehmen. Wer auf eine Partei verzichte, die im Osten rund 48 Prozent erreicht habe, der träfe "eine direkte Spaltungsentscheidung", so Gregor Gysi. Für ihn

"sprechen alle Zeichen für eine Koalition von SPD und PDS" in der Hauptstadt. Wenn nötig, werde man sich sogar mit einer Koalition aus SPD, PDS und Grünen (die ein solches Bündnis momentan aber noch ablehnen) abfinden. "Wenn die SPD aber rumhampeln will, dann wird sie von CDU und PDS eingeklemmt. Unser Angebot ist, Regierungsverantwortung zu übernehmen und zur inneren Einheit der Stadt beizutragen."

Die Einbindung der PDS in Berlin hängt vor allem davon ab, wie die SPD die bundesweite Wirkung einer solchen Koalition einschätzt. Das Wahlergebnis zeigt, dass die Mobilisierung antikommunistischer Ressentiments mehr oder weniger ausgedient hat. Stadtpolitisch hätte ein Bündnis mit der PDS für die SozialdemokratInnen einen entscheidenden Vorteil: Wäre die PDS im Senat vertreten, müsste sie die in Berlin anstehende Austeritätspolitik mittragen. Gleichwohl gibt es in der Sozialdemokratie gewichtige Stimmen, die sich gegen ein rot-rotes Bündnis aussprechen. Ein Jahr vor der Bundestagswahl scheint es nicht opportun, mit der PDS ein Bündnis in der Hauptstadt einzugehen.

Also läuft doch alles auf eine Koalition von SPD, FDP und Grünen hinaus? Die FDP steht dafür zur Verfügung. Eine Regierungsbeteiligung der PDS sei ein "verheerendes Signal in die Welt", so FPD-Generalsekretär Guido Westerwelle. Im Gegensatz zu Rot-Rot, das zusammen auf 77 Stimmen im Parlament kommt, würde ein solches Bündnis allerdings nur über 73 von 141 Stimmen im Parlament verfügen. Belastet würde eine solche Koalition zudem dadurch, dass Grüne und FDP in scharfer Konkurrenz stehen. Die Frage, welche der beiden Parteien nach den Bundestagswahlen im nächsten Jahr eventuell den Juniorpartner in einer Koalitionspartner mit der SPD spielen darf, würde die Berliner Koalition noch mehr verkomplizieren. Angesichts der Aufgaben vor denen die neue Berliner Regierung steht - Konsolidierung des Haushalts, massive Einschnitte im Öffentlichen Dienst - müsste eine handlungsfähige und stabile Mehrheit gefunden werden, so beteuert Wowereit immer wieder. Eines ist sicher: Die CDU wird dabei keine Rolle spielen.

mb.

35. Pro Asyl: Ein Potpourri der Restriktionen

Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak455/09.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:455:09

Dokumentation der zusammenfassenden Bewertung aus der Stellungnahme von Pro Asyl zum Entwurf eines Gesetzes zur Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung und zur Regelung des Aufenthalts und der Integration von UnionsbürgerInnen und AusländerInnen

Neben einigen wenigen Verbesserungen (Gleichstellung der Flüchtlinge nach der Genfer Flüchtlingskonvention mit solchen nach Artikel 16 a Grundgesetz) sieht der von Bundesinnenminister Schily Anfang August vorgestellte Referentenentwurf für ein Zuwanderungsgesetz gravierende Verschärfungen für in Deutschland lebende MigrantInnen und Flüchtlinge vor. Das Gesetzeswerk kann Tausende in die Illegalität treiben. Die soziale Entrechtung wird weitergeschrieben. Positive europäische Entwicklungen sollen blockiert werden. Zu den Regelungen im Einzelnen:

Das Gesetz produziert Illegalität

250.000 Ausländer, darunter nicht nur abgelehnte Asylsuchende, haben bisher eine Duldung. Dass sie zum großen Teil über Jahre hinweg mit diesem provisorischen Status leben müssen, wurde in der Vergangenheit zu Recht kritisiert. Kettenduldungen sollen abgeschafft werden, so auch die Forderung der Süssmuth-Kommission. Nun schüttet Otto Schily das Kind mit dem Bade aus. Die Duldung sollte wegfallen, aber nur für eine Minderheit der bislang Geduldeten soll sie durch eine "Bescheinigung" über die Aussetzung der Abschiebung ersetzt werden. Lediglich sechs Prozent der bislang Geduldeten haben eine Duldung auf der Basis von § 53 Ausländergesetz, als Folge eines gesetzlichen Abschiebungsverbots, aus Gründen der Genfer Flüchtlingskonvention, der Europäischen Menschenrechtskonvention oder weil das Grundgesetz die Durchsetzung ihrer Abschiebung nicht zulässt. Viel mehr Menschen aber haben - eine Folge des Hinausdefinierens von schutzbedürftigen Menschen aus dem Asyl und vorrangigen Schutzsystemen, lediglich eine Duldung nach § 55 Absatz 2 Ausländergesetz. Ihre Abschiebung verhindern "tatsächliche Abschiebungshindernisse", zum Beispiel weil es keinen Abschiebungsweg gibt oder der Zielstaat der Abschiebung sie nicht aufnimmt. Für diese große Personengruppe soll es nach den Vorstellungen des Gesetzentwurfes künftig nicht einmal die "Bescheinigung" geben. Sie fallen ins rechtliche Nichts. Ihnen droht die gesetzlich geregelte Rechtlosigkeit.

Opfer nichtstaatlicher und geschlechtsspezifischer Verfolgung werden schlechter gestellt

UNHCR, PRO ASYL, Kirchen, Wohlfahrtsverbände und andere Nichtregierungsorganisationen fordern seit langem: Die Genfer Flüchtlingskonvention muss auch in Deutschland endlich so umgesetzt werden, wie dies die meisten anderen europäischen Staaten tun. Opfer nichtstaatlicher und geschlechtsspezifischer Verfolgung müssen den Flüchtlingsstatus nach der Genfer Flüchtlingskonvention erhalten. Auch die SPD-Bundestagsfraktion hat sich noch im Juni 2001 für Verbesserungen eingesetzt und Vorschläge gemacht, wie die Schutzlücke für diese Personengruppe geschlossen werden kann. Die Lücke bleibt nicht nur - sie wird sogar größer.

Eine Klarstellung im Gesetz, dass auch eine von nichtstaatlichen Organisationen ausgehende Verfolgung zur Anerkennung der Flüchtlingseigenschaft im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention führt, sucht man vergeblich. Wie bisher auf § 53 Absatz 6 Ausländergesetz werden die auf diese Weise bereits um einen vernünftigen Schutzstatus Geprellten künftig auf den § 60 Absatz 7 Aufenthaltsgesetz verwiesen. Der alte Zustand wäre die Erteilung einer Duldung gewesen. Die aber kennt das neue Gesetz nicht mehr. Theoretisch wäre nun eine befristete Aufenthaltserlaubnis denkbar. Doch der neue § 60 Aufenthaltsgesetz steht unter einem entscheidenden Vorbehalt: Die Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Absatz 3 wird nicht erteilt "wenn die Ausreise in einen anderen Staat möglich und zumutbar ist". Was harmlos klingt, hat weit reichende Folgen. Bisher musste die Behörde die Abschiebung in einen konkreten Staat androhen. War sie in der Praxis nicht vollziehbar, war die Konsequenz: Eine Duldung musste erteilt werden. Nunmehr kann die Ausländerbehörde behaupten, dass eine Ausreise in einen anderen Staat möglich und zumutbar sei. Den Nachweis, dass sie in keinen anderen Staat ausreisen können, müssen die Betroffenen nun selbst führen. Die Beweislast wird umgekehrt. Die Folge: Eine aufenthaltsrechtliche Besserstellung wird den Opfern nichtstaatlicher und geschlechtsspezifischer Verfolgung nur im Ausnahmefall zuteil. Den meisten droht eine ungewisse Zukunft.

Sie werden oftmals nicht mehr in den Händen halten als die Bescheinigung, dass ihre Abschiebung ausgesetzt wurde.

Tausende können ihre Arbeitsplätze verlieren

Das neue Gesetzeswerk koppelt die Arbeitserlaubnis daran, dass ein "Aufenthaltstitel" erteilt wird. Eine bloße "Bescheinigung" nach § 60 Aufenthaltsgesetz ist jedoch kein Aufenthaltstitel. Bislang geduldete Ausländer dürfen also nicht mehr arbeiten.

Ob und unter welchen Voraussetzungen Asylsuchende künftig während der Dauer des Verfahrens arbeiten dürfen ist unklar. Zwar sieht § 61 Absatz 2 Asylverfahrensgesetz (neu) vor, dass einem Asylbewerber nach einem Jahr des Aufenthalts in Deutschland die Ausübung einer Beschäftigung erlaubt werden kann, wenn das Arbeitsamt zustimmt oder durch eine Rechtsverordnung festgelegt ist, dass eine Beschäftigung auch ohne Genehmigung möglich ist. Die Rechtsverordnung liegt noch nicht vor. Klar ist damit bislang nur ein gesetzliches Arbeitsverbot für die ersten 12 Monate. § 61 Absatz 2 Asylverfahrensgesetz steht jedoch im Widerspruch zu Artikel 9, Änderung des dritten Buches des Sozialgesetzbuches in Kombination mit § 4 Aufenthaltsgesetz. § 284 (neu) des Sozialgesetzbuches besagt, dass Ausländer nur dann eine Beschäftigung ausüben dürfen, wenn der Aufenthaltstitel es erlaubt. Da jedoch die Aufenthaltsgestattung während des Asylverfahrens in § 4 des Aufenthaltsgesetzes nicht als Aufenthaltstitel aufgeführt ist, dürfen Asylsuchende während der Dauer des Asylverfahrens generell nicht arbeiten. Zumindest besteht hier ein Widerspruch zwischen dem Asylverfahrensgesetz und dem Aufenthaltsgesetz.

Soziale Ausgrenzung: Zeitlich unbeschränkt und auf weitere Gruppen ausgeweitet

Während das Bundessozialhilfegesetz den Anspruch hat, einem jeden ein Leben in Menschenwürde zu ermöglichen, gilt seit in Kraft treten des Asylbewerberleistungsgesetzes für Asylsuchende und andere Personengruppen nur noch eine "Menschenwürde mit Rabatt". Überwiegend werden sie mit Sachleistungen abgespeist. Das Leistungsniveau liegt mehr als 30 Prozent unterhalb der Sozialhilfe in der Nähe des physischen Existenzminimums. Seit Jahren wird die Ausgrenzung der Betroffenen mit einer Art Salami-Taktik vorangetrieben. Zunächst galten die geminderten Leistungen für ein Jahr, dann für drei Jahre. Künftig soll das katastrophale Leistungsniveau zeitlich unbegrenzt gelten.

Auch den Betroffenenkreis will man erheblich ausweiten: Auf alle Ausländer mit Abschiebungsschutz, auch dann, wenn deren Abschiebung ausgesetzt ist, weil sie Anspruch auf diesen Abschiebungsschutz etwa auf Grund völkerrechtlicher Bestimmungen haben.

Missachtung der Genfer Flüchtlingskonvention: Das politische Engagement von Flüchtlingen wird sanktioniert

Viele Flüchtlinge engagieren sich nach ihrer Flucht politisch und weisen auf menschenrechtswidrige Zustände in ihrem Herkunftsland hin. Werden bei ihnen keine Vorfluchtgründe anerkannt, gelten sie also nicht bereits als auf Grund von Vorkommnissen in ihrem Heimatland Verfolgte, dann soll ihnen dieses Engagement künftig zum Nachteil gereichen. § 28 Absatz 2 Satz 1 Asylverfahrensgesetzentwurf (neu) sieht vor, dass in diesen Fällen eine Anerkennung des "kleinen Asyls" - des Flüchtlingsstatus nach der Genfer Flüchtlingskonvention, ausgeschlossen ist. Bei diesem Vorschlag handelt es sich um eine eklatante Missachtung der Genfer Flüchtlingskonvention, die einen solchen Ausschluss vom Flüchtlingsstatus in diesen Fällen nicht vorsieht. Wer demonstriert, muss die Folgen tragen, das ist die Botschaft.

Statt Härtefallregelungen: Privatisierung des Schutzes von Flüchtlingen

PRO ASYL, Kirchen und Verbände fordern seit langem eine gesetzliche Härtefallregelung im Ausländergesetz, mit der schwierige Einzelfälle gelöst werden. Obwohl in der Koalitionsvereinbarung eine Prüfung der Frage vereinbart wurde, legt sich Bundesinnenminister Schily mit dem Gesetzentwurf fest: keine Härtefallregelung. Nach den Vorstellungen des Bundesinnenministers sollen Kirchen und internationale Organisationen jedoch die Möglichkeit bekommen, Menschen einen Aufenthalt zu sichern: Voraussetzung ist, dass sie den Lebensunterhalt und die Krankenversicherung dauerhaft garantieren. Die entsprechenden Paragrafen des Gesetzentwurfes sind unklar.

Die Position der Kirchen ist eindeutig: Kirchenasyl hat zum Ziel, den Staat zu einer Überprüfung von falschen oder moralisch unerträglichen Entscheidungen zu bewegen. Der Staat wird nicht aus seiner Verantwortung

entlassen. Der Schutz von Menschen, denen Gefahr für Leib und Leben drohen, ist und bleibt eine staatliche Aufgabe, die nicht privatisiert werden kann. Den Kirchen anzubieten, die Betroffenen quasi "freizukaufen" ist keine Lösung.

Ab ins Ausreisezentrum

Der Aufenthalt vollziehbar ausreisepflichtiger Ausländer soll künftig in jedem Fall beschränkt werden. Diese rechtlich zwingende Regelung kennt keine Ausnahmen. Die Betroffenen können gemäß § 61 Aufenthaltsgesetz verpflichtet werden, in einer Ausreiseeinrichtung zu wohnen. Für die Einweisung in eine solche halboffene Einrichtung, in der durch regelmäßige Befragung Druck auf die Betroffenen ausgeübt wird, genügt es, wenn Anhaltspunkte für den Verdacht bestehen, dass man einer Ausreisepflicht nicht nachkommen könnte - ein rechter Gummiparagraf - oder wenn die gesetzte Ausreisefrist abgelaufen ist. Insbesondere letztere Regelung ermöglicht praktisch die Einweisung der großen Mehrheit der bislang geduldeten Ausländer - ob sie nun die "Bescheinigung" haben oder nicht - in derartige Ausreisezentren. Modellprojekte existieren bereits in Rheinland-Pfalz und Niedersachsen. Ohne zeitliche Begrenzung wird dort auf die Betroffenen durch permanenten Druck eingewirkt, nachdem man sie von ihrem Wohnort wegverteilt und dort eingewiesen hat - bei gleichzeitigem Entzug der Arbeitsgenehmigung. Die derart Entwurzelten, die oftmals überhaupt nicht die Möglichkeit haben auszureisen, ziehen das Abtauchen in die Illegalität dem Leben unter solchen Bedingungen vor. Wer sich in diese Ausreisezentren nicht einweisen lässt oder untertaucht und dann aufgegriffen wird, erfüllt die Voraussetzungen für die Verhängung von Abschiebungshaft.

Abschiebungshaft - Der Skandal geht weiter

Die Regelungen über die Abschiebungshaft sollen unverändert ins neue Recht übernommen werden. Die Absichtserklärung aus der rot-grünen Koalitionsvereinbarung, insbesondere die Dauer der Abschiebungshaft im Lichte des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes zu überprüfen - wird zur Makulatur. Die Zahl der Abschiebungshäftlinge aber wird vermutlich steigen, wenn diejenigen, die einer Einweisung in eine Ausreiseeinrichtung nicht Folge leisten, aufgegriffen und inhaftiert werden.

Abschaffung der Weisungsunabhängigkeit der Entscheider im Bundesamt

Im Asylverfahren kommt es entscheidend darauf an, dass sich die Entscheider einen persönlichen Eindruck von der Glaubwürdigkeit eines Asylsuchenden machen. Glaubwürdigkeit ist nichts, was nach Aktenlage beurteilt werden kann. Deshalb dürfen die Entscheider des Bundesamtes hinsichtlich der Glaubwürdigkeit des einzelnen Asylvorbringens keinen Weisungen unterliegen. Der Gesetzentwurf sieht jedoch vor, dass die bisherige Weisungsunabhängigkeit komplett abgeschafft wird.

Obligatorische Regelüberprüfung der Asylanerkennung und der Flüchtlingseigenschaft

Die Regelungen, die der Gesetzentwurf hier vorsieht, sind zum Teil widersprüchlich. Schon nach dem geltenden Recht ist eine Prüfung, ob der Status zu widerrufen ist, möglich. Es gibt die Möglichkeit, auf eine veränderte Situation im Herkunftsland zu reagieren. Sollte bei der obligatorischen Überprüfung die Einleitung regelrechter Widerrufsverfahren gemeint sein, dann ergäbe sich eine Arbeitsbeschaffungsmaßnahme für das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge. Um eine Vorstellung von der Größenordnung zu vermitteln, folgende Modellrechnung: Würde man die obligatorische Prüfung zum jetzigen Zeitpunkt einführen, wären die Entscheidungsjahre 1997 und 1998 betroffen. Für das Jahr 1997 müsste sich das Bundesamt mit 20.999 Fällen nochmals befassen, für das Jahr 1998 mit 13.857 Fällen. Nicht eingerechnet sind dabei die Fälle, in denen im Rahmen des gerichtlichen Verfahrens Anerkennungen ausgesprochen worden sind. Angesichts der Bearbeitungsdauer solcher Verfahren und der Möglichkeit, gegen negative Entscheidungen weitere Rechtsmittel einzulegen, dürfte eine solche obligatorische Überprüfung zu einer weiteren jahrelangen Verunsicherung der Betroffenen führen und jede Integration ausschließen. Menschen, die nach jahrelang andauernden Verfahren endlich glaubten, in Sicherheit zu sein, werden erneut in Unsicherheit gestürzt.

Das Kindeswohl wird weiter missachtet

Die skandalöse Behandlung unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge unter Missachtung der UN-Kinderrechtskonvention soll weitergehen. Forderungen von Nichtregierungsorganisationen nach der vollen Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention in Deutschland mit dem Ziel, dass Kindeswohl vor Ausländerrecht geht, werden ebenso ignoriert, wie Empfehlungen der Süssmuth-Kommission, die zum Beispiel gefordert hat,

die Verfahrensfähigkeit Minderjähriger im Asylverfahren auf 18 Jahre heraufzusetzen und Flüchtlingskinder im übrigen altersadäquat und nach jugendhilferechtlichen Grundsätzen zu behandeln.

Illegale - ein weiterhin verdrängtes Thema

Insbesondere die Kirchen hatten in den letzten Monaten vehement Verbesserungen für Menschen in der Illegalität gefordert. Im Vordergrund steht dabei die Forderung nach der Sicherung sozialer Mindeststandards, deren Inanspruchnahme nicht durch die Erhebung und Weitergabe von Daten gefährdet werden darf (Zugang zu medizinischer Behandlung, Durchsetzung vereinbarter Löhne, Verhütung von Obdachlosigkeit). Das auch von der Süssmuth-Kommission angesprochene Thema wird im Gesetzentwurf ignoriert. Statt dessen löst der Entwurf neue Illegalisierungsprozesse aus.

Datenschutz

Mit dem neuen Bundesamt für Migration und Flüchtlinge wird eine neue Superbehörde geschaffen, die für eine Vielzahl völlig unterschiedlicher Aufgaben zuständig sein soll. Die Behörde soll Integrationsprogramme entwickeln, Zuwanderungsbewerber auswählen, die künftig im Rahmen des sogenannten Auswahlverfahrens einwandern dürfen, nationale Kontaktstelle bei der Gewährung von vorübergehendem Schutz an bestimmte Personengruppen sein, das gesamte "Rückkehrmanagement" bei freiwilliger Rückkehr und Abschiebung übernehmen, das Ausländerzentralregister führen und schließlich auch das Asylverfahren durchführen. Ausländerinnen und Ausländer aller Kategorien werden Objekt einer verschärften Datensammelwut. Die Bestimmungen zur Datenerfassung und -übermittlung sollen ausgeweitet werden. Die Persönlichkeitsrechte von Ausländerinnen und Ausländern und ihr Recht auf informationelle Selbstbestimmung gelten weiterhin wenig in diesem Land.

Entscheidungsstopp des Bundesamtes weit über sechs Monate hinaus

Bereits bisher hat der Bundesinnenminister sogenannte "Entscheidungsstopps" verhängt - und dies in Situationen, wo sich für eine größere Zahl von Flüchtlingen eine Anerkennung als politisch Verfolgte geradezu aufgedrängt hatte, so zum Beispiel während des Bosnien-Krieges. Diese rechtlich fragwürdige Praxis soll nun eine gesetzliche Grundlage erhalten und sogar noch ausgedehnt werden. Nach § 11 a Asylverfahrensgesetzentwurf kann die Aussetzung der Entscheidung sogar noch verlängert werden - ohne zeitliche Befristung.

Missachtung der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte auch künftig möglich

Die SPD-Bundestagsfraktion hat eine Änderung von § 53 Absatz 4 Ausländergesetz vorgeschlagen, so dass bei drohender Folter durch nichtstaatliche Akteure die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrecht zu beachten ist. Diese steht im Widerspruch zur Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts, das die Europäische Menschenrechtskonvention nur bei "staatlicher Folter" angewendet sehen will. Diesem wichtigen Vorstoß der SPD-Bundestagsfraktion ist das Innenministerium nicht gefolgt.

Kein Anspruch auf Vollständigkeit

Die hier vorgelegte Liste von Verschärfungen erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Der vom Bundesinnenminister vorgelegte Gesetzentwurf ist ein so genanntes "Artikelgesetz", bei dem die Neuregelung des Ausländerrechtes eine Vielzahl von Folgeänderungen in anderen Gesetzen nach sich zieht. Nicht nur deshalb ist die Materie besonders kompliziert. Der Gesetzentwurf betrifft das Schicksal von sieben Millionen Ausländern, nicht gerechnet diejenigen, die auf der Basis eines solchen Zuwanderungsgesetzes oder als Flüchtlinge eines Tages kommen werden. Über deren Schicksal, den Schutz bedrohter Menschen und die einwanderungspolitischen Perspektiven der Bundesrepublik kann nicht in einem Hau-Ruck-Verfahren beschlossen werden.

Ein Blick ins Gesetz zeigt: Neben den hier dargestellten vorsätzlichen Verschärfungen enthält es eine Fülle von widersprüchlichen Regelungen und handwerklichen Mängeln. Der Gesetzentwurf wurde mit heißer Nadel in der Sommerpause gestrickt.

Für die gesetzgeberische Hektik gibt es keinen sachlichen Grund: Das Gesetz soll erst im Jahre 2003 in Kraft treten. Und: Die meisten der durch den Schily-Entwurf vorgesehenen neuen Möglichkeiten der

Arbeitskräftezuwanderung für nicht EU-Ausländer lassen sich - obwohl von vielen Seiten als der große Wurf gepriesen - auch ohne eine hektische Totalrevision des Ausländerrechtes umsetzen, etwa in Form einer Rechtsverordnung zur Umsetzung der Anwerbestopp-Ausnahmeverordnung.

Eine künftige Regelung der Einwanderung darf nicht zu Lasten schutzbedürftiger Menschen gehen. Dieses Potpourri der Restriktionen darf nicht Gesetz werden. Es handelt sich um nicht weniger als den weit reichendsten Beitrag zur Entrechtung von Asylsuchenden und Geduldeten seit dem Asylkompromiss 1993.

36. Bleibt alles anders. Im Wandel des deutschen Migrationsregimes liegt seine Kontinuität

Autor: Silvester Stahl · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak455/20.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:455:20

Mit einem guten Vierteljahr Abstand erscheint die Zuwanderungsdebatte des Sommers fast etwas unwirklich. In zu krassem Gegensatz steht das nun vorgelegte Schily-Gesetz zur Liberalisierungsstimmung rund um die von der Süssmuth-Kommission in Aussicht gestellten Neuregelungen.

Im Juli dieses Jahres betitelte die Zeit einen Beitrag zum seinerzeit gerade erschienen Kommissionsbericht mit der Überschrift "Ausländer rein!". So geistlos und abgedroschen die simple Umkehrung der rassistischen Parole auch ist, der Kalauer wurde in den folgenden Wochen quer durch die Medienlandschaft dutzendfach aufgegriffen. Denn nur zu genau bringt er auf den Punkt, was, bis weit hinein in die Linke, als Kern des migrationspolitischen Reformvorhabens der Bundesregierung galt. Dass nämlich erstens die Zuwanderung nach Deutschland erleichtert werde, und dass dies zweitens das Gegenteil von "Ausländerfeindlichkeit" sei.

Beides konnte schon zu diesem Zeitpunkt so nicht gesagt werden. Richtig ist aber, dass die Arbeit der Kommission, wie die ganze Auseinandersetzung um ein neues Migrationsgesetz, zwei von einander zu unterscheidende Sphären berührt. Zum einen nämlich die Ebene praktischer Politik und ihrer formaljuristischen Umsetzung. Zum anderen aber die Diskursebene der Ideologieproduktion und Zuweisung von Zugehörigkeiten. Die Migrationspolitik der rot-grünen Bundesregierung muss vor allem als ein Versuch interpretiert werden, diese beiden Ebenen zueinander in ein neues Verhältnis zu setzen, um so strukturell notwendige Modernisierungsmaßnahmen zu ermöglichen.

Auf der realpolitischen Ebene wird das angestrebte Migrationsgesetz in allen drei Teilen (gezielte Zuwanderung, Flüchtlinge, Integration) keine grundsätzlich neue Substanz haben. Das Vorhaben, bestimmte MigrantInnen für begrenzte bzw. unbegrenzte Zeit nach Deutschland zu lassen (oder zu holen) kann nur für neu halten, wer die bundesdeutsche Einwanderungsgeschichte auf die Mehrheit der ImmigrantInnen reduziert, die nicht wegen, sondern trotz der deutschen Migrationspolitik hierher gekommen bzw. geblieben sind. Neben diesen hat es jedoch auch in den zurückliegenden Jahrzehnten immer eine Minderheit zumindest akzeptierter, zum Teil aber auch ausgesprochen privilegierter MigrantInnen gegeben. Bereits die bis heute gültige, seit 1974 mehrfach aktualisierte Anwerbestoppausnahmeverordnung listet einzelne Qualifikationen auf, die zu Aufenthalt- und Arbeitserlaubnis führen können (Landwirtschaft, Gastronomie, Schausteller, Lehrkräfte, Spezialitätenköche, Wissenschaftler, Sportler, Künstler). Die Verordnung greift auch, wenn "ein besonderes öffentliches, insbesondere ein regionales, wirtschaftliches oder arbeitsmarktpolitisches Interesse" besteht.

Anwendung finden diese Öffnungsklauseln in genau den beiden Bereichen, für die auch das neue Recht Zuwanderungskanäle vorsieht. Erstens bei Hoch- bzw., wie es nun heißt, Höchstqualifizierten. Wer auf Grund besonderer Qualifikation, als MitarbeiterIn einer ausländischen Firma oder wer um im großen Rahmen zu investieren nach Deutschland kommen wollte, konnte dies schon bisher in aller Regel tun, Zehntausende solcher ElitemigrantInnen leben bereits hier. Zweitens im Billiglohnbereich, etwa beim Ernteeinsatz, wo weiterhin das Leitbild des Rotationsprinzips gilt. Unter der Decke der Abschottungshysterie regiert schon längst die Kapitallogik, kaum gebremst durch eine vom traditionell migrationsfeindlichen Behördenapparat verfochtene Staatsräson. Wer ökonomisch verwertbar ist, kam bisher rein und wird weiter rein kommen.

Auch die ersten "Green Cards" wurden auf der Grundlage des bisherigen Ausländerrechts abgewickelt, lediglich einige Verwaltungsvorschriften mussten geändert und selbst konventionelle Formulare konnten genutzt werden. Auf dem Verwaltungsweg wären auch viele der nun zu erwartenden Neuregelungen möglich gewesen. Die Entscheidung, ein eigenständiges, integriertes neues Gesetz zu schaffen, fiel erst im Frühjahr dieses Jahres. Bis dahin galt eine groß angelegte Änderung von Verwaltungsvorschriften und Einzelgesetzen als wahrscheinlicher. Die bisher auf unzählige Stellen verteilten Bestimmungen in einem so genannten Artikelgesetz zusammenzufassen und dabei den in Jahrzehnten quasi organisch gewachsenen, selbst für Fachleute oft undurchsichtigen Vorschriftendschungel zu lichten, ist vor allem eine Modernisierungsmaßnahme. Behördenwege sollen verkürzt, unpraktikable Regelungen novelliert, die

Verwaltungsverfahren flexibilisiert, systematisiert und dereguliert werden. Was als Liberalisierung diskutiert wurde, war von Anfang an auch auf Neoliberalisierung angelegt.

Maßnahmen zur Modernisierung

Noch deutlicher ist die Kontinuität im Bereich der Flüchtlingspolitik, wo die Bundesregierung entgegen der eigenen Liberalisierungsrethorik ungebrochen auf Ausgrenzung und Abschreckung setzt.

Dies zeichnete sich bereits im Süssmuth-Bericht ab, weswegen seinerzeit jede Euphorie deplatziert war. Der entsprechende Abschnitt trägt die Handschrift des Kommissionsmitglieds Kay Hailbronner. Der Jurist gilt als geistiger Vater der Drittstaatenregelung, die er einst für Kanther vor dem Bundesverfassungsgericht verteidigte, und deren Geist die mit dem Hauptargument der Verfahrensverkürzung begründeten Vorschläge zur Erleichterung von Abschiebungen und umfangreicheren datentechnischen Erfassung atmen. Als Schily bei der Vorlage seines so genannten Referentenentwurfs noch darüber hinaus ging und zugleich von den zuvor diskutierten Liberalisierungsvorschlägen in anderen Bereichen wenig umsetzten wollte, traf ihn der kollektive Zorn derer, die bis dahin optimistisch gewesen waren, von den Kirchen und der Neuen Richtervereinigung über amnesty international und das UNHCR bis zur Bundesausländerbeauftragten. Mit deutlich weniger öffentlicher Aufmerksamkeit als zuvor. Ihr Protest wird wohl ebenso wirkungslos bleiben, wie vermutlich die vom grünen Regierungspartner ausgerufene Koalitionskrise, die bis zum Abbruch der Verhandlungen ging.

Süssmuth-Show und Schilys Kalkül

Das im Bericht vorgeschlagene Auswahlverfahren durch ein Punktesystem, das zumindest auf der verfahrenstechnischen Seite wirklich neu gewesen wäre, kommt vorerst nicht zur Anwendung und in vielen Bereichen der Neuregelung sind Verschlechterungen für MigrantInnen und vor allem Flüchtlinge vorgesehen. Zum Teil wurde die Kommission entgegen ihren wohlwollenden Intentionen zum Stichwortgeber für Schilys Entwurf, etwa bei der Reduktion auf zwei Aufenthaltstitel, die nun für viele MigrantInnen nicht Transparenz, sondern Statusverlust bedeuten wird, oder bei der Abschaffung der Duldung, die im Schily-Modell auf zunehmende Illegalisierung hinausläuft statt auf die von der Kommission erhoffte Rechtssicherheit. Hatte die Kommission noch Rechtssicherheit und Rechtsklarheit als ein Hauptziel für ein neues Gesetz angegeben, brachte der Schily-Entwurf das genaue Gegenteil: Unbestimmte Vorbehalte und allgemeine Formeln herrschen vor, der Ermessensspielraum der zuständigen Ämter soll noch weiter gespannt werden. So sollen für die Erteilung von Aufenthaltstiteln keine festen Kriterien mehr gelten, stärker noch als bisher wird Behördenwillkür herrschen. Zudem sind Migrationsfragen künftig fast ausschließlich bei den Innenministerien angesiedelt, die Kompetenzen anderer Ministerien und Verwaltungen (etwa Bildung, Familie, Arbeit) werden beschnitten.

Im derzeitigen Sicherheitstaumel war die Einführung vorher noch nicht durchsetzbarer Standards der datentechnischen Erfassung und Überwachung Nicht-Deutscher ein Leichtes. So ungewiss der Nutzen der nun angelaufenen Ausländerrasterung für die Terroristenbekämpfung ist, so sicher produziert die Operation ausländerrechtlichen "Beifang", wie es im Polizeijargon heißt. Es bleibt abzuwarten in welchem Ausmaß. Doch der 11. September hatte wohl eher eine katalytische Wirkung. Als Forderungen standen die ergriffenen Maßnahmen, wie etwa der Fingerabdruck in Ausweisdokumenten, bereits im Raum. Wahrscheinlich wären sie später sowieso umgesetzt worden.

Überhaupt sind die Suchbewegungen der vergangenen Monate nicht allein aus der Eigendynamik des Themas zu erklären. Sie sind ein Produkt der parteipolitischen Konstellation, die von der Machtverschiebung in der rot-grünen Koalition, sowie von der Unionsmehrheit im Bundesrat gleichermaßen gekennzeichnet ist. Bis heute ist nicht absehbar, ob und wann das bereits beschlussreife Gesetz verabschiedet wird.

Das Paradigma heißt Selektivität

Welches Kalkül Schily mit der von ihm selbst einberufenen Kommission verfolgt, darüber lässt sich nur spekulieren. Sein Umgang mit ihren vorhersehbaren Arbeitsergebnissen legt nahe, dass diese von Anfang an auf symbolische Wirkung angelegt war. Dass die Kommission öffentlichkeitswirksam sein sollte, ist kein Geheimnis: Die Kommissionsmitglieder selber haben immer wieder betont, eine anderes soziales Klima müsse geschaffen werden und der Bericht sei ein erster Schritt dazu. Insbesondere der überholte Mythos vom Nicht-Einwanderungsland Deutschland sollte zerstreut werden. Dies ist gelungen.

Die zweite wichtige Botschaft der Kommission lag in ihrem Personal: Rita Süssmuth als namensgebende Vorsitzende war eine Bestbesetzung. Wie kaum eine andere Persönlichkeit steht sie für die Berücksichtigung sozialer Minderheiten aus einem bürgerlichen Humanismus und der christlichen Sozialethik heraus. Die Professorin für Erziehungswissenschaft gilt als fachlich kompetent. Mit der Berufung von hochkarätigen Repräsentanten des Kapitals und der Gewerkschaften, von Vertretern der Kirchen, vom Vorsitzenden des Zentralrat der Juden Deutschlands, Paul Spiegel, dem Mustermigranten Öger (Eigentümer des gleichnamigen Tourismusunternehmens) und mehreren ausgewiesenen Linksliberalen sollte ein vermeintlicher sozialer Kompromiss nicht nur herausgefiltert und gegen spätere Kritik immunisiert, sondern zugleich symbolisiert werden.

Die ganze Inszenierung war nicht nur Politikberatung, sondern ebenso ein Akt der Politikvermittlung - und dies mit verschiedenen Adressaten: Dem beim "Ausländer Raus" differenzierungsunwilligen Teil der Bevölkerung sollte der längst praktizierte Utilitarismus ebenso beigebracht, wie das Wählerpublikum der Regierungsparteien bei Laune gehalten und das Ausland beeindruckt werden.

Gerade im Wandel des deutschen Migrationsregimes liegt seine Kontinuität. Die geplanten Veränderungen auf der rechtlichen Ebene setzten bestehende Tendenzen fort, vor allem die schrittweise Entrechtung von Flüchtlingen. Die symbolische Anerkennung bereits vorhandener Zuwanderungskanäle dient deren unkomplizierterer und weniger widersprüchlichen Ausgestaltung. Das Paradigma des deutschen, wie des angestrebten europäischen Migrationsregimes bleibt seine Selektivität.

Mit diesem Doppelcharakter des staatlichen Migrationsmanagements korrespondiert seine ideologische Rechtfertigung. Es gibt nicht den einen deutschen Nationalismus, nicht den einen Rassismus. Vielmehr stehen wir einem mehrdimensionalen System der Ein- und Ausschlüsse, der teils konkurrierenden, teils komplementären Ideologeme und Phantasmata gegenüber, in dem sich Kapitallogik und Blutsprinzip, Kulturnationalismus und Wohlstandschauvinismus brechen. Darin verschieben sich die Koordinaten mit dem rot-grünen Modernisierungsprojekt weiter in Richtung eines utilitaristischen Standortnationalismus, der anachronistische, aber noch virulente Mythos der Abstammungsnation verliert an Bedeutung.

Als Beleg für diesen ideologischen Aspekt kann die Rolle der zweiten Gruppe privilegierter Einwanderer dienen, die in der Öffentlichkeit der letzten Monate weitgehend unberücksichtigt geblieben ist: Die AussiedlerInnen, die auf der rechtlichen Grundlage des Blutsprinzips im deutschen Staatsangehörigkeitsrecht zu Millionen eingereist sind. Zu glauben, diese seien tatsächlich allein aus ideologischen Gründen ins Land geholt worden, ist naiv. Vielmehr haben sie objektiv die Funktionen erfüllt, die man sich auch künftig von Einwanderern erhofft: als Arbeitskräfte und zur Bremsung der demographischen Alterung. (Ihre dritte Funktion, als Waffe des Kalten Krieges gegen die seinerzeit realsozialistischen Auswanderungsländer, ist mit den geopolitischen Veränderungen seit 1989 hinfällig geworden.)

Große Hoffnung passé

Mit der Einführung von jährlichen Obergrenzen und Sprachprüfungen in den Aussiedlungsgebieten sind die AussiedlerInnenzahlen seit Mitte der 90er drastisch reduziert worden. Weitere Zuzugserschwernisse sind in Planung und irgendwann wird es keine Einwanderung "Volksdeutscher" in nennenswertem Ausmaß mehr geben. Selbst die extreme Rechte ist in die Zwickmühle geraten, hat doch ein Großteil ihrer Mobilisierungs- und Rekrutierungsbasis diese Abkehr vom Blutsprinzip mitgemacht. Denn der massenhafte und militante Straßen- und Alltagsrassismus kommt inzwischen weitgehend ohne die biologisierenden Elemente des traditionellen deutschen Blutsrassismus aus und wird längst vorwiegend mit popularisierten, kulturalistischen und wohlstandschauvinistischen Denkfiguren legitimiert. Zumal in vielen Gegenden, vor allem im Osten, "die Russen", die einzigen potenziellen Opfer rassistischer Angriffe sind.

Ob sich für die antirassistische Praxis durch das neue Gesetz viel ändern wird, bleibt abzuwarten. Die Gewichtsverschiebungen im Argumentationsrepertoire staatlicher Migrationspolitik lassen sowohl Erschwernisse erwarten als auch Chancen. Der nun proklamierte Utilitarismus ist sicher viel schwieriger anzugreifen als die oft kaum verhohlen rassistische Demagogie der CDU. Gleichzeitig gilt es eine gewisse Öffnung des Diskurses zu nutzen und entstandene Brüche mit eigenen Inhalten zu füllen.

Große Hoffnungen, wie sie im Sommer bei so manchem AntirassistInnen aufgekeimt sind, müssen wohl niemandem mehr ausgeredet werden. Kleine Hoffnungen haben wir ja eh.

Silvester Stahl

37. Facelifting. Moderner Rassismus made in Germany

Autor: Dirk Hauer · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak455/13.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:455:13

Eines muss man der rot-grünen Bundesregierung lassen: Sie hat Migration und Einwanderung zu einem Top-Thema in der Bundesrepublik gemacht. Angefangen von der doppelten Staatsangehörigkeit, über die Green-Card-Debatte vor einem Jahr bis zur aktuellen Diskussion um ein Einwanderungsgesetz. Daran haben die Ereignisse seit dem 11. September strukturell nichts geändert, auch wenn die Debatte um das Schily-Gesetz momentan von der Anti-Terror-Hysterie überlagert wird. Bezeichnenderweise war es Olaf Henkel, Ex-Chef von IBM Deutschland und Vizepräsident des BDI, der jüngst davor warnte, unter dem Primat der Terrorismusbekämpfung zu einer falschen Abschottungspolitik zurückzukehren.

So viel Konsens war nie: Von den Wirtschaftsverbänden bis zu den Grünen, von der CDU bis zur SPD - die deutsche Mitte ist sich einig: Deutschland ist ein Einwanderungsland, Zuwanderung ist gut, und Deutschland braucht ein Einwanderungsgesetz. Also hat der gesellschaftliche Fortschritt schließlich auch dieses Land mit seiner völkischen Blutstradition erreicht? Die Antwort lautet: nein. Denn je ausgeprägter der gesellschaftliche Konsens über Zuwanderung geworden ist, desto problematischer sind die Botschaften, die im aktuellen Zuwanderungsdiskurs transportiert werden. Noch vor zehn Jahren war der Slogan "Deutschland ist ein Einwanderungsland" bei aller möglichen Kritik vor allem ein fortschrittlicher Satz. Er war gegen den dumpfen Stammtisch-Rassismus gerichtet, gegen das Gerede vom "vollen Boot", gegen das völkische Blutsrecht in der Staatsangehörigkeitsfrage. Und er transportierte die Vorstellung, dass Menschen ein Recht haben, hierher zu kommen, um hier zu leben, zu arbeiten, Schutz vor Verfolgung zu finden. Diese Fortschrittlichkeit hat der Slogan heute verloren.

Jargon der Nützlichkeit

Gänzlich unproblematisch war diese Parole nie. Von Anfang an schwang auch der Begründungszusammenhang mit, dass angesichts der real existierenden Migrationsbewegungen eine rigide Haltung nicht nur nicht auf der Höhe der Zeit sei, nein, sie sei auch unvernünftig, weil Einwanderung "uns" nütze. In Kreis des liberalen Bürgertums und der Grünen schlug sich das in einem Lob des Multikulturalismus nieder: MigrantInnen bereicherten "unsere" Gesellschaft, machten sie "bunter", verliehen "unseren" Städten einen Hauch von Weltmetropolen. In anderen Kreisen wurde das Nützlichkeitskriterium vor allem unter ökonomischen Aspekten thematisiert: Wirtschaftliberale Journalisten wie Roland Tichy in der Wirtschaftswoche oder Volkswirte wie Norbert Walter von der Deutschen Bank hatten sich schon Anfang der 90er Jahre für eine erleichterte Einwanderung stark gemacht und sich gegen die Rhetorik vom "vollen Boot" gestellt. Aus ihrem Interesse an einer industriellen Reservearmee, an "innovativen, leistungsbereiten und weniger satten" Arbeitskräften als willkommenes Deregulierungspotenzial hatten sie und ihre Auftraggeber eigentlich noch nie ein Hehl gemacht. Den großen Wirtschaftsverbänden ging und geht es um die umfassende Flexibilisierung von Löhnen, Arbeitszeiten und Tarifbestimmungen. Ihr Modell eines Migrations- und Grenzregimes ist das einer gezielten und selektiven Migrationssteuerung und nicht das einer rigorosen Abschottung. In diesem Sinne ist das Kapital immer schon liberaler gewesen als der deutsch-nationale Populismus.

Mit der Green-Card-Initiative hat sich der (ökonomische) Utilitarismus in der Migrationsdiskussion von einem eher anrüchigen und umstrittenen marktliberalen Argument zu einer von allen gesellschaftlichen Seiten widerspruchslos akzeptierten und propagierten Leitformel gemausert. Johannes Rau hat es im Mai letzten Jahres auf den Punkt gebracht: "Wenn wir über Zuwanderung und Integration sprechen, dann ist es nicht nur legitim, sondern wichtig, dass wir auch an unsere eigenen Interessen denken." Und diese Interessen sind "unser" Wohlstand, "unsere Sozialversicherungssysteme", "unser" multikulturelles Image. Der Bundespräsident denkt dabei auch an die demographische Entwicklung und sorgt sich um die deutsche Alterssicherung. Denn wer, wenn nicht zusätzliche EinwandererInnen soll angesichts der "Alterspyramide" die deutschen Renten finanzieren?

Als anlässlich der Green-Card-Initiative der neue nationale Einwanderungskonsens geschmiedet wurde, wurde nahezu zeitgleich die Debatte um die "deutsche Leitkultur" losgetreten. Die CDU war zwar der Stichwortgeber, aber auch hier waren es alle staatstragenden Parteien und Institutionen, die dieses Thema variiert haben. Die heutige VerbraucherInnenministerin Renate Künast, Grüne, sprach von "Verfassungspatriotismus". Der

Einfluss, den dieser Diskurs auf die praktische Politik und die gesellschaftliche Stimmung hat, schlägt sich auch im Detail nieder: Deutschkenntnisse als obligatorische Eintrittskarte in die deutsche Staatsangehörigkeit waren in diesem Zusammenhang plötzlich überhaupt nicht mehr strittig.

Die Debatte um die "deutsche Leitkultur" reichert den aktuellen Einwanderungsdiskurs auch mit einem erheblichen Maß an enttäuschter Liebe ehemaliger Multi-Kulti-EnthusiastInnen an. Spätestens seit dem reißerischen Spiegel-Aufmacher "Gefährlich fremd" aus dem Jahr 1997 und den umstrittenen Studien des Bielefelder Soziologen Wilhelm Heitmeyer ist es nämlich auch in linksliberalen und grünen Kreisen Mode geworden, von "Selbstghettoisierung" und "Selbstethnisierung" von MigrantInnen zu reden. Immer öfter wird ganz offen Migrantinnen und Migranten die Schuld an einer gescheiterten Integrationspolitik zugewiesen: Wenn nach 20-30 Jahren offizieller Integrationspolitik MigrantInnen immer noch aus allen wesentlichen gesellschaftlichen Bereichen ausgegrenzt sind, so liegt das offenbar daran, dass sie sich nicht integrieren und anpassen wollen, sondern statt dessen an - tendenziell gefährlichen - kulturellen und ethnischen Identitäten festhalten.

Rassismus? Kein Thema

Zwei Fliegen werden somit mit einer Klappe geschlagen. Zum einen wird auf elegante Art das Thema des Rassismus in Staat und Gesellschaft entsorgt. Denn je lauter man über nicht-integrationsbereite MigrantInnen philosophiert und soziologisiert, desto weniger braucht man die alltäglichen und allgegenwärtigen rassistischen Ausschluss- und Ausgrenzungsmechanismen thematisieren, mit denen MigrantInnen in diesem Land permanent konfrontiert sind. Ein kleines, aber bezeichnende Indiz dafür: Es ist kein Zufall, wenn bei allen Diskussionen über Einwanderung zwar viel von einem Einwanderungsgesetz, aber überhaupt nicht mehr von dem alten grünen Projekt eines Antidiskriminierungsgesetzes die Rede ist.

Zum zweiten befördert der Focus auf der so genannten Selbstghettoisierung die Vorstellung einer dominierenden "deutschen" Leitkultur, an die sich alle anzupassen haben. Der Diskurs konstruiert also nicht nur den "gefährlich fremden", nicht anpassungsbereiten Ausländer mit allen seinen Zwischentönen (islamistischer Fundamentalismus, Türken-Gangs etc.). Er betont auch die Unterwerfungsleistung, die von "guten" AusländerInnen erwartet wird.

Dominanz von Nützlichkeit und Verwertbarkeit und (neue) Tabuisierung rassistischer Strukturen in Staat und Gesellschaft - das sind zwei wesentliche Elemente des aktuellen Einwanderungsdiskurses. Hinzu kommt ein dritter Aspekt, nämlich die Abschottung gegenüber "unnützen" oder neuerdings "gefährlichen" MigrantInnen und Flüchtlingen. "Wir müssen darauf achten, dass weniger Ausländer kommen, die uns ausnützen, sondern mehr, die uns nützen", so Bayerns Innenminister Günther Beckstein. Er interpretiert damit die "ausgewogene" Berliner Rede des Bundespräsidenten auf folgerichtige Art und Weise.

Vielleicht erinnern sich einige noch an das letzte Jahr, als in Dover ein LKW mit 58 erbärmlich erstickten illegalen EinwanderInnen entdeckt wurde. Für eine kurze Zeit bestimmten diese Toten die Schlagzeilen, allerdings nicht in dem Sinne, wie man die bestehenden Grenzen weniger tödlich gestalten könnte, sondern im Sinne von verstärkter Abschottung: gegen Schleuserkriminalität. Dieses Schlaglicht hat eines deutlich gemacht: Die scheinbar neue Liberalität in der Einwanderungsdiskussion ist keine: Sie hat mit Humanität und Menschenrechten für Geflohene und Verfolgte genau so wenig zu tun wie mit einer grenzüberschreitenden Bewegungsfreiheit für ArbeitsmigrantInnen. Was hier entsteht, ist nichts anderes als ein neues Grenzregime, das die Sortierung von Menschen auf die Höhe der globalen Kapitalverwertung hebt: Abschottung plus Einwanderung. Gezielte und flexibel regulierte Einwanderung für die Verwertbaren und Nützlichen, für hoch qualifizierte Arbeitskraft oder für die Heloten in Gaststätten- und Reinigungsgewerbe und am Bau. Der Rest kann und muss draußen bleiben. Der neue gesellschaftliche Konsens in der Einwanderungspolitik bedeutet also zweierlei: ein deutliches Primat der Einwanderungspolitik als Regulationsinstrument der Arbeitsmärkte einerseits und andererseits eine Entsorgung der letzten Reste einer ausschließlich humanitär-menschenrechtlichen Position, wie sie einstmals im Asylrecht ihren Niederschlag fand.

Modernisiertes Grenzregime

Der modernisierte Rassismus mit dem Dualismus von Wirtschaftsutilitarismus und Beseitigung von Menschenrechtsansätzen schlägt sich am augenfälligsten im Entwurf des Bundesinnenministeriums für ein neues Zuwanderungsgesetz nieder. Der Schily-Entwurf macht eine deutliche rechtliche Unterscheidung

zwischen denjenigen, die hierher kommen, "um den Interessen der Bundesrepublik Deutschland zu dienen" und denjenigen, die etwa aus humanitären oder völkerrechtlichen Gründen ins Land kommen. Auch wenn es nur noch zwei Aufenthaltstitel geben soll: Je nach Aufenthaltszweck sind sie mit unterschiedlichen Rechten ausgestattet. Und bei der Frage, wer eine unbefristete Niederlassungserlaubnis bekommt und wer nicht, betont der Entwurf eindeutig den wirtschaftliche Nutzen. Die Anforderungen an eine (unbefristete) Niederlassungserlaubnis mit ihren entsprechenden Rechten sind nicht nur extrem hoch, sie folgen auch dem Gedanken einer deutschen Leitkultur. Zwar spricht der Gesetzentwurf auch von "Integration" (in drei knappen Paragrafen). Doch diese wird als Pflicht formuliert und erhält eine vornehmlich polizei- und ordnungsrechtliche Ausrichtung. Die Rechtslage von Flüchtlingen schließlich wird weder vereinfacht, noch sicherer. In vielen Fällen wird sie gegenüber den bestehenden rechtlichen Regelungen sogar noch verschärft.

Der Schily-Gesetzentwurf ist in den bisherigen Stellungnahmen insbesondere von den Kirchen und den Wohlfahrtsverbänden in einer seltenen Klarheit und Schärfe kritisiert und zurückgewiesen worden. Es bleibt zu hoffen, dass diese Kritik unter dem Druck der aktuellen sicherheitspolitischen Diskussion nicht relativiert wird. Vor dem Hintergrund der momentanen Einwanderungsdiskussion und der real existierenden gesellschaftlichen Verhältnisse kann es keine positive Bezugnahme auf dieses oder irgendein anderes Einwanderungsgesetz geben. Dies deshalb, weil die Vorbedingung für jegliche wirklich reformerische Regulierung von Migration die Sicherstellung der Grund-, Menschen- und Schutzrechte gerade der so genannten Unnützen, der Flüchtlinge und Illegalisierten sein muss. Gerade wenn im Primat der Nützlichkeit die Normen der kapitalistischen Verwertungslogik auf den Punkt gebracht werden, gilt es dieses Primat radikal anzugreifen. Und zwar mit Normen und Leitbildern von einer Gesellschaft, in der eben nicht die Nützlichkeit eines Menschen über seinen "Wert" und seine Rechte entscheidet. Ein solcher radikal-menschenrechtlicher Antirassismus hat nichts zu tun mit Appellen an staatliche Organe, sich doch bitte an Verfassungsnormen und Menschenrechtschartas zu halten. Es ist vielmehr ein Antirassismus, der analytische Schärfe und Kritik verbindet mit dem Leitbild unbedingter und unteilbarer sozialer, politischer und ökonomischer Grundrechte für jeden und jede, unabhängig von Hautfarbe, Nationalität, Geschlecht und Verwertbarkeit. Ein solcher Antirassismus ist keineswegs defensiv, wie manche KritikerInnen meinen. Er ist die radikalste vorstellbare Gegenposition zur herrschenden Verwertungslogik und zur politischen und sozialen Hierarchisierung von Menschen.

Dirk Hauer

38. Zwischenergebnisse, literarisch. Eine Meinungsumfrage aus Berlin zu Raul Zeliks Kurzgeschichten

Autor: Sherin Abu-Chouka · Rubrik: Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak455/28.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:455:28

Über manche Bücher kann man diskutieren. Das deutet auf zweierlei hin. Erstens liegen sie nicht nur herum, im Buchladen oder irgendwo zwischen Kopfkissen und verstaubten Regalen, sondern werden gelesen. Und zweitens: Sie erregen Anstoß oder Zuspruch. Raul Zeliks Kurzgeschichtenband Grenzgängerbeatz ist so ein Buch, das diskutiert wird. Das hat den Vorteil, dass eine Rezension auch in Form einer Meinungsumfrage geschrieben werden kann.

Um eins vorweg zu nehmen: Es lohnt sich, das Buch zu lesen, meinen die meisten der Befragten. Der manchmal in Berlin lebende, ansonsten eher reisefreudige Autor beschreibt in seinen Kurzgeschichten Grenzgänger in so unterschiedlichen Orten wie Iserloh, dem Baskenland, Marokko, verschiedenen lateinamerikanischen Ländern und natürlich Berlin. Die Geschichten sind sehr verschieden in ihrer Ausführung, Sprache und Intensität, und so gehen die Meinungen zu jeder einzelnen auch auseinander. Man merkt den Geschichten unterschiedliche zeitliche Bezüge an. Während die Erzählung aus Kolumbien Zeliks persönliche Erfahrungen im von Guerillaaufstand und Counterinsurgency zerrissenen Kolumbien der 80er Jahre erkennen lässt und folglich auch mit zeitgemäßem Pathos beschrieben wird, gehören die deutschen Geschichten in die 90er Jahre und folgen dem Kanak Sprach Ghetto Hype von Feridun Zaimoglu. Mit seiner Liebeserklärung an das andere Berlin, das Berlin der MigrantInnen und aller Leute mit ständigen Kohleproblemen, skizziert Raul Zelik die Lebensrealität vieler in der Hauptstadt. Und die fühlen sich nicht nur beschrieben, sondern erkennen sich wieder.

Umfragen zu den Grenzgängerbeatz ergeben - wie erwähnt - eine überwiegend positive Resonanz bei den LeserInnen. Schöne Kiezbetrachtungen, prägnante Situationsbeschreibungen und neue Wortschöpfungen gepaart mit Situationskomik entlockt dem Publikum so manchen Lacher. Gut lesbar, war das Urteil der Befragten. Die meisten haben das schmale Büchlein an einem Wochenende durchgelesen.

Interessant ist allerdings wie unterschiedlich verschiedene Generationen auf die Geschichten Zeliks reagieren. Bei den Älteren der Befragten löst das Buch Bewunderung für die treffende Szeneanalyse aus. Auch mal Ghetto live erlebt, wenn auch nur in Kurzgeschichten, sozusagen. Die Jüngeren unter den befragten LeserInnen äußern sich dagegen ohne Bewunderung oder Erstaunen über Zeliks Texte. Sie amüsieren sich dafür bei manchen Vergleichen wie beispielsweise: "... die Tochter eines Cukarova-Banditen würde sich von einem assimilierten Bergtürken nicht den Joghurt vom Sis Kebab klauen lassen" - und verziehen dabei eher schmerzhaft das Gesicht. Allerdings muss man zugeben, dass diese Metapher den absoluten Tiefpunkt des Buches darstellt.

Die Berlin-Geschichten, die Iserloh-Story und die Geschichte aus dem Baskenland sind eindeutige Publikumslieblinge, während die Beurteilung der anderen Geschichten manchmal auch von "langweilig", "schlecht elaboriert" bis "hab' ich überblättert" reicht. Das absolute Highlight dieses bunten Mix der Grenzgänger aus unterschiedlichsten Teilen des Planeten, ist die Geschichte von "Gül der Rose", einer Story aus Kreuzberg SO 36: "Meide die Straße, mein Täubchen, denn dort treiben sich nur Kriminelle, Perverse und Deutsche herum", diesen Ratschlag hört Gül schon als Kind im Berliner "Problembezirk". Später, da war Gül schon Ghetto Queen und Gründerin der Ghettosistas, "begann (sie) sich mit Freunden im Osten umzuschauen, um Stolz-Deutschen mit der schon erwähnten Plus-Einkaufswagen-Röhre ein paar auf die Glocke zu geben." 1994 erlebt Gül ein richtiges Drecksjahr, im Türkeiurlaub mit ihren Eltern wird, die Frau deren "Zinken im Viertel ebenso berühmt war, wie der Bart von Ferhat, dem Chef der 36 Boyz", mit einem Cousin zwangsverheiratet. Wieder in Berlin beschließt sie, sich von ihrem Angetrauten öffentlich zu trennen, löst damit wer weiß was aus und ist klug genug, noch bevor der Satz verhallt ist, zu verschwinden. Dann macht Gül Bekanntschaft mit der Jugendnothilfe. "Das Klang nach Auf-den-Plastikbällen-Rumsitzen, du-bist-okay-ich-bin-okay und natürlich nach dem geflügelten D I F F E R E N Z I E R E N." Ihre Odyssee hat viele Stationen von einer der Mädchen-WG im Norden der Stadt, über das Notprogramm Flensburg und zur

pädagogischen Sondermaßnahme in Pisa, Florenz, und Neapel. Die ganze Geschichte endet in Berlin, natürlich in der Wrangelstraße, dort wo SO 36 wirklich SO 36 ist.

Grenzgängerbeatz ist das dritte Buch von Raul Zelik. Nachdem er seinen Erstlingsroman Friss' und stirb trotzdem dem Kaindl Fall, einem erstochenen Nazi und den Folgen für Antifas in Berlin, gewidmet hatte und dann mit dem Roman La Negra seine Erfahrungen in Kolumbien beschrieb, sind die Kurzgeschichten wohl ein literarisches Zwischenergebnis. Nach neuesten Erkenntnissen schreibt Raul Zelik momentan aber schon an seinem nächsten Buch. Sehr fleißig für sein zartes Alter von 33 Jahren.

Sherin Abu-Chouka

Zelik, Raul: Grenzgängerbeatz,

Assoziation A, Berlin 2001, 208 Seiten, DM 29,80

39. AUFGEBLÄTTERT

CD-Datei: daten/aksuche/ak455/03.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:455:03

Der Fall Pinochet

Ingrid Wenzl untersucht in ihrer sehr lesbaren, als Buch veröffentlichten Diplomarbeit die historischen, juristischen und politischen Hintergründe, die im Oktober 1998 zur Verhaftung Pinochets in London führten. Von der Regierung der Unidad Popular über die sogenannte chilenische "Transition" zur Demokratie bis zu den Regierungen Aylwin und Frei und deren "Vergangenheitspolitiken" lässt sie die Vorgeschichte dieser spektakulären Verhaftung Revue passieren. Fakten- und kenntnisreich, wie es in universitären Gutachten so schön heißt, setzt sie LeserInnen in Kenntnis über die Rezeption der Verhaftung Pinochets in Chile und ihre Auswirkungen auf die innerchilenische "Vergangenheitsbewältigung". Schließlich wird auch der Prozess gegen Pinochet detailliert beschrieben; die Chancen für eine tatsächliche Verurteilung schätzt die Autorin im Sommer 2000 aber eher skeptisch ein - eine realistische Einschätzung, wie wir inzwischen wissen; schließlich hat man den Prozess gegen den greisen Ex-Diktator wegen angeblicher Vernehmungsunfähigkeit im Juli dieses Jahres eingestellt. Die politische Analyse könnte bisweilen etwas tiefer gehen; an einigen Stellen hat es den Anschein, als wäre das größte Hindernis einer wirklichen Demokratisierung (was immer das heißt) in erster Linie der "Riss", der durch die chilenische Gesellschaft geht, und nicht das Ausmaß der verübten Verbrechen, das schwerlich sozial "bewältigt" werden kann. Dennoch lohnt sich die Lektüre für alle, die sich genau informieren wollen über dieses "Fallbeispiel", denn die Darstellung von Ingrid Wenzl macht eindringlich klar, wie schwierig, besser gesagt unmöglich eine "Aufarbeitung" der Menschenrechtsverletzungen in Militärdiktaturen nicht nur im südlichen Lateinamerika zwangsläufig ist, wenn die ehemaligen Folterer und Mörder sich nach wie vor in Amt und Würden befinden.

Ingrid Wenzl: Der Fall Pinochet. Die Aufarbeitung der chilenischen Militärdiktatur. ISP Wissenschaft und Forschung 15, Köln 2001, 29,80 DM

Vom Gebrauch der Geschichte

Seit einigen Wochen liegt Eric Hobsbawms Aufsatzsammlung "Wieviel Geschichte braucht die Zukunft" (Originaltitel "On History", 1997) auch als preisgünstige deutsche Taschenbuchausgabe vor. Die darin enthaltenen Artikel und Vorträge stammen aus drei Jahrzehnten. Verbindende Themen sind der "Gebrauch und Missbrauch von Geschichte in Gesellschaft und Politik" und der "Wert der Geschichte für andere Disziplinen, vor allem in den Sozialwissenschaften". Schon im Vorwort äußert Hobsbawm seine weitgehende Wertschätzung für die marxistische Geschichtsauffassung, den historischen Materialismus. Deutlich grenzt er sich auch von der "postmodernen" Mode ab, Geschichtsschreibung als bloße "gedankliche Konstruktion" zu denunzieren. Demgegenüber hält er die Unterscheidung zwischen Fakten und Fiktion für zentral - auch wenn sich Historiker immer wieder in den Dienst zweifelhafter politischer Projekte stellen, lügen, fälschen und weglassen, um nationale Mythen zu schaffen oder Gebietsansprüche zu rechtfertigen. Diese Art von Geschichtsschreibung ist brandgefährlich: "Die Urteile, die auf einer scheinbar harmlosen Tastatur getippt werden, können Todesurteile sein." Auf die Bedeutung von Marx für die Geschichtswissenschaft kommt Hobsbawm mehrfach zurück. So erklärt er zum einen: "Marx ist und bleibt die Grundlage für jede angemessene Erforschung der Geschichte". Gleichzeitig warnt er aber vor Dogmatismus: "Marxistische Geschichtsforschung heute ist pluralistisch. Eine einzige ‚richtige` Interpretation der Geschichte ist kein Vermächtnis, das Marx uns hinterlassen hätte." Wie Hobsbawm die Vergangenheit zu verstehen versucht, wird exemplarisch deutlich in seinem Vortrag aus dem Jahre 1996 "Können wir die Geschichte der russischen Revolution schreiben?" Darin erkennt er zwar die herausragende Bedeutung Lenins an, zeigt aber auch, dass es zur Revolution, die im Herbst 1917 eine Art "Naturerscheinung" geworden sei, keine Alternative gab: "Sowohl die orthodoxe Sowjetdoktrin als auch die antikommunistische Verschwörungstheorie stellten die Revolution als eine kontrollierte und von oben gelenkte Veranstaltung dar; Lenin wusste es besser."

Eric Hobsbawm: Wieviel Geschichte braucht die Zukunft. München (dtv) 2001, 365 Seiten, 24,50 DM

Neue Heilige

Die alten Heiligen sind tot. An die Stelle der christlichen Glaubensbekunder sind die Heiligen des Medienzeitalters getreten: Popstars wie Michael Jackson, Sportler wie Franz Beckenbauer (und überhaupt die

ganze Fußball-Bundesliga), Moderatorinnen wie Verona Feldbusch, Showfreaks wie Stefan Raab, Lebensberater wie Jürgen Domian etc. Zu diesen neuen Heiligen gehört jedeR, der oder die bei mehr als drei Menschen gesteigerte Bewunderung genießt - das ist in etwa die Botschaft der beiden Bände über "Die neuen Heiligen". Mit kritischer Theorie, Gilles Deleuze und viel Polemik bekommen diese Heiligen des Medienzeitalters eins auf die Mütze. Dies passiert keinesfalls ohne Lesegenuss; und jedeR LeserIn wird eine andere Kritik bzw. Polemik besonders erbauend finden. Beim Autor dieser Zeilen war es zum einen die Klärung, dass die "Sprachdesignschnösel" (Thomas Ernst) Stuckrad-Barre, Kracht etc. eben keine Pop-, sondern Popperliteraten sind. Und: Die Dichte der Beispiele aus der Medienwelt macht wieder einmal klar, wie Mediokratie funktioniert. Diese Aufklärung ist uneingeschränkt wertvoll.

Marvin Chlada/Gerd Dembowski (Hrsg.): Die neuen Heiligen - Reportagen aus dem Medienhimmel, Band 1 und 2, Aschaffenburg 2001 (Alibri);je rund 170 Seiten, je 25 DM

75 Jahre religiöse SozialistInnen

Der Bund religiöser Sozialistinnen und Sozialisten Deutschlands e.V. wurde vor 75 Jahren gegründet. Dies ist nichts Ungewöhnliches, gab es damals doch eine größere Zahl von Linken, die ihre Überzeugung auch aus religiösen Motiven ableiteten. Überraschend ist: Den BRSD gibt es noch immer! Zum Jubiläum hat er ein Doppelheft seiner Zeitschrift CuS (Christ/in und Sozialist/in) vorgelegt, das interessante Beiträge zur Geschichte dieser Fraktion der Linken enthält. So wird in dem achtzehnseitigen Beitrag "Der ‚Bund der religiösen Sozialisten Deutschlands`" der "Versuch einer Geschichte im Überblick" gewagt. Darin wird festgestellt, dass der BRSD sich anfänglich aus radikalisierten Teilen der bürgerlich-christlichen Friedensbewegung während des Ersten Weltkrieges und christlichen Sozialdemokraten dieser Zeit bildete. 1933 bestanden elf Landesverbände mit ca. 25.000 Mitgliedern. Zwei Arbeitsgruppen gab es innerhalb des BRSD: Die AG katholischer Sozialisten mit dem eigenen Organ "Das rote Blatt des katholischen Sozialisten" und die AG jüdischer Sozialisten sorgten schon ab 1919 für einen christlich-jüdischen Dialog, der ansonsten erst nach 1945 in Gang kam. Hieraus resultiert auch das Engagement des BRSD gegen den Antisemitismus. Nach dem Verbot durch die Nazis, der Neugründung und vielen Veränderungen (z.B. einer Rechtsentwicklung in den frühen Jahren der BRD und einer linken Reaktivierung im Gefolge der Studentenbewegung) zählt der BRSD heute knapp 200 Mitglieder und ist damit die größte der links-christlichen Gruppen in Deutschland, zu denen noch die Initiative christliche Linke, die ChristInnen für den Sozialismus oder die AG Christinnen und Christen bei der PDS zu zählen sind (siehe auch "Das Kreuz und die Linke" in ak 388).

CuS, z.Hd. Martina Ludwig, Hohensteiner Str. 12, 09117 Chemnitz, abo@brsd.de, Info: www.brsd.de

40. LESERBRIEFE

CD-Datei: daten/aksuche/ak455/12.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:455:12

Der Geist von '68 ist verstummt

Betr.: Der Aufstand der Gekränkten, ak 454

Sehr geehrte Damen und Herren !

Der Alt-SDSler und Spiegel-Autor Gerd Koenen schrieb in Spiegel-Special Nr.1/2001: "Mit der Fischer-Debatte zu Beginn dieses Jahres ist den unbewältigten deutschen Vergangenheiten Ost und West noch eine dritte hinzugefügt worden. Jetzt soll es also um die Geschichte jener Generation gehen, die mit der ihrer Eltern einst so hart abgerechnet haben." Der Generation, die ihren Vätern häufig das Mitläufertum im Dritten Reich wie in der Adenauer-BRD vorwarf.

Die auf sechs reich bebilderten Spiegel-Seiten sind eine Zusammenfassung von Koenens Buch über "Das rote Jahrzehnt. Unsere kleine deutsche Kulturrevolution 1967/1977". Es ist eine Denunziationskampagne gegen die 68er Idee. Im Mittelpunkt stehen die theorielosen Sponti-Häuptlinge und die kommunistischen Dogmatiker der 70er Jahre.

Der seit Jahrzehnten anhaltende Kampf um den Sinn von '68 ist ein Kampf um das Andauern des kapitalistischen Wirtschaftssystems, in dem das Geld die Welt regiert. Die ideologischen Verteidiger der Geldherrschaft suchen den Sinn von '68 nach Kräften zu verdunkeln und den 68er Revolutionären die Konterrevolution der 70er Jahre als Inhalt zu unterschieben.

Zentrale Themen der 68er Idee waren die Freiheit der Völker und der Kampf gegen den Kapitalismus. Die 68er achteten das Selbstbestimmungsrecht eines jeden Volkes, deshalb unterstützten sie die vietnamesische Freiheitsbewegung und gingen für deren Recht, in ihrem Land selbst zu bestimmen, auf die Straße. Sie protestierten gegen die USA, als Napalmbomben gegen die Zivilbevölkerung eingesetzt wurden, im "mörderischen Krieg in Vietnam".

Heute ist der lebendige und alles umfassende Geist der 68er verstummt, dafür gibt die Besserwisserei den Ton an.

Mit freundlichen Grüßen,

Günter Kursawe

Das Ergebnis ist bekannt

Betr.: Multipolare Weltordnung, ak 454

Hallo nach Hamburg,

die Überlegungen von Kai Ehlers, warum der "Bush-Krieg" die USA schwächen könnte, erschienen mir recht interessant. Zwei Korrekturen: Iran ist kein arabisches Land und selbst Sudan ist nur "zur Hälfte" ein solches. Und 1988 bestand noch die Sowjetunion. Wenn man also schreibt, bis zu diesem Jahr hätten Russland und die USA einen blutigen Stellvertreterkrieg auf dem Rücken der Afghanen ausgetragen, dann wird in der üblichen, heute noch dümmeren Weise Russland und die Sowjetunion in eins gesetzt. Das damals von der Sowjetunion unterstützte Regime in Afghanistan brachte nicht nur die reaktionären islamischen Männer und die USA gegen sich auf, sondern stand schlicht in der Tradition von sozialer und Frauenemanzipation, die allerdings der König und die moderne städtische Intelligenz letztlich wirksamer repräsentierten als eine in sich zutiefst verfeindete "volksdemokratische" Partei. Eine ihrer ethnisch geprägten Fraktionen bestand aus gefährlichen Fantasten, die das Land vom "Feudalismus direkt in den Sozialismus" führen wollten. Das Ergebnis ist bekannt, aber zum guten Teil auch der amerikanischen Unterstützung für die Taliban und ihre Vorgänger zu verdanken.

Grüße, Dietrich Marquardt

41. KALENDER

CD-Datei: daten/aksuche/ak455/34.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:455:34

"Justice for Janitors"

Diejenigen, die Ken Loachs Film "Bread and Roses" gesehen haben, kennen sicherlich die Kampagne "Justice for Janitors". Alle, die die Aktivitäten dieser außerparlamentarischen Organisation noch nicht kennen, können sich bei einer Veranstaltungsreihe mit zwei AktivistInnen dieser Kampagne informieren. Valery Alzaga arbeitet für die Internationale Gewerkschaft der Service-Arbeitnehmer SEIU, sie war u.a. an Streiks in L.A., San Diego und Connecticut beteiligt. Kimi Lee vom Textil-ArbeiterInnenzentrum in L.A. setzt sich für die Legalisierung von Niedriglohn-Immigrantinnen wie Hausangestellten, GärtnerInnen und Reinigungskräften ein.

Göttingen, 27.10., 20 Uhr, DGB-Bildungsverein "Arbeit und Leben", Lange Geismarstr. 72-75

Berlin, 28.10., 19.30 Uhr, Kato, Schlesisches Tor

Hungerstreik und Friedensprozess

In dem Vortrag "Rassismus hat viele Gesichter" berichtet Tom Holland über die aktuelle politische Situation im Norden Irlands. Holland, der seit Jahren in der Abteilung "Internationales" von Sinn Fein arbeitet, ist ehemaliger politischer Gefangener. Er saß 16 Jahre lang in Long Kesh. Veranstalterin ist die Irlandgruppe Omega in Berlin.

Berlin, 4.11., 19 Uhr, Heinrich-Böll-Stiftung, Hackesche Höfe, 1. Hofaufgang, Rosenthalerst. 40-41

Erinnerungs-

und Denkkulturen

Vom 9. bis zum 11. November findet in Hamburg eine Tagung zum Thema "Erinnerungs- und Gedenkkulturen im Dialog" statt. Welche gesellschaftliche Funktion hat Gedenk- und Erinnerungskultur? Wie wirkt historisch-politische Bildung? Welche Weichen stellt Erinnerungspolitik für gesellschaftliche Entwicklungen? sind einige der auf der Tagung diskutierten Fragen. Veranstalterin ist die DGB-Initiative Arbeit und Leben.

Hamburg, 9.-11.11., Auftaktveranstaltung am Freitag um 20 Uhr, Kontakt: Arbeit und Leben e.V., Besenbinderhof 60, 20097 Hamburg, Tel.: 040-28401615, E-Mail: project@hamburg.arbeitundleben.de

Neoliberale Demokratisierung

in Peru

Nachdem Ende 2000 das korrupte und autoritäre Regime von Fujimori in Peru gestürzt wurde, setzt die Bevölkerung große Erwartungen in den neu gewählten Präsidenten Toledo. Er hat einerseits eine umfassende Demokratisierung angekündigt, andererseits verhindert seine neoliberale Wirtschaftspolitik eine Lösung der sozialen Konflikte. Prof. Peter Golte vom Lateinamerika-Institut Berlin und der Journalist Mariano Paliza berichten im Rahmen der Lateinamerika-Tage in Hamburg über die Lage in Peru.

Hamburg, 13. 11., 19.30 Uhr, Hörsaal S7 der HWP, Von-Melle-Park 9

Nur nicht den Anschluss verpassen

"Ich will die Vereinigten Staaten von Europa", erklärt der neue polnische Ministerpräsident Lezek Miller, denn "anders werden wir den Herausforderungen der USA und Asiens nicht gerecht". Die EU formiert sich als neue Supermacht und grenzt sich gegen ihre Konkurrenten ab. In Berlin, Paris und London denken die modernen PatriotInnen heute europäisch und Deutschland übernimmt dabei die Führung, so die These des Jungle-World-Redakteurs Anton Landgraf, der am 15. November im Bremer Paradox über das Thema "Moderne Patrioten" referiert.

Bremen, 15.11., 19.30 Uhr, Paradox, Bernhardstr.

Auschwitz

und die Linke

"Auschwitz ist und bleibt für Theoretiker aller Richtungen aus der Marx'schen Schule ein Lackmustest", schreibt der Pariser Sozialist Enzo Traverso. Auschwitz ist zum Symbol der modernen, antisemitisch-faschistischen Barbarei geworden. Um sein Verständnis wird gerade in den letzten Jahren heftig gestritten. Die Leo-Kofler-Gesellschaft lädt am 17. November zu einer Tagung "Auschwitz und die Linke" ein. ReferentInnen sind u.a. Günter Brakelmann, Mario Kessler und Christoph Jünke.

Bochum, 17.11., 11-18 Uhr, Veranstaltungszentrum Bahnhof-Langendreer, Wallbaumweg 108, Infos und Anmeldung: Leo-Kofler-Gesellschaft e.V., c/o Uwe Jakomeit, Ruhrstr. 29, 58452 Witten, www.leo-kofler.de

Entschädigung der Opfer von Rassismus und Kolonialismus

Am 8. September 2001 ging im südafrikanischen Durban die UNO-Konferenz zum Rassismus zu Ende. Die dort auf die Tagesordnung gebrachte Diskussion über die Entschädigung der Opfer von Rassismus und Kolonialismus wurde überschattet vom Streit um Stellungnahmen zum israelisch-palästinensischen Konflikt. Die USA verließen den Kongress, Deutschland und die anderen westeuropäischen Staaten drückten sich mit lauen Erklärungen vor der Entschädigungsfrage. Am Wochenende des 24. und 25. November findet ein Seminar zum Thema "Rassismus. Zur Entschädigung der Opfer und den Ursachen des Terrorismus" in Frankfurt statt, bei dem die in Durban aufgeworfenen Fragen (Wie kann eine Entschädigung erfolgen? Welche Bündnisse wären möglich? Auf welche Kräfte kann man sich dabei stützen? etc.) diskutiert werden.

Frankfurt a.M., 24./25. November, von 14 Uhr (Sa) bis 14 Uhr (So), Jugendgästehaus Frankfurt. Anmeldung bis 15. November bei der Jakob Moneta Stiftung, An den drei Brunnen 31, 60431 Frankfurt a.M., Telefon/Fax: 069/531460

Einer aus Deutschland

1938 zeichnet sich in Europa immer deutlicher ein neuer Weltkrieg ab. Georg Elser, ein einfacher Uhrmacher aus München, plant ein Bomben-Attentat auf Hitler. Hierfür scheint der Saal des Münchener Bürgerbräukellers ideal, denn dort spricht Hitler jedes Jahr zu seinen "alten Kameraden". Aus Anlass des Attentats auf Hitler im November 1939 zeigt nn-tv in Zusammenarbeit mit dem Studentischen Film- und Videoprojekt den Film "Georg Elser - Einer aus Deutschland" im Kult 41 in Bonn. In dem 1989 produzierten Film führte Klaus Maria Brandauer Regie.

Bonn, 25.11., 16 Uhr, im Kult 41, Hochstadenring 41, 53111 Bonn. Infos unter: www.georg-elser.de bzw. www.kult41.de

42. EDITORIAL

CD-Datei: daten/aksuche/ak455/39.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:455:39

"... Schill rechne mit körperlichen Angriffen bis hin zu seiner Tötung! Derartig dramatische Reaktionen erwarten die Staatsschützer nicht", so wusste die Hamburger Morgenpost zu berichten, um dann mit weiteren kuriosen Erkenntnissen der Hamburger Staatsschützer aufzuwarten: "Sie rechnen zwar bei einer Flora-Räumung mit Gewalt, aber nur gegen Sachen. Brennende Fahrzeuge seien das Schlimmste, was zu befürchten ist. Angriffe gegen Menschen werden in der linksextremen Szene abgelehnt. Ausnahmen gäbe es nur beim Vorgehen gegen Polizeibeamte und Neo-Nazis. Vor allem bei Demonstrationen käme es hier zu Gewalt gegen Kontrahenten." Na, dann kann Schill ja beruhigt sein, vor allem nachdem ihm und seinen neuen Koalitionspartnern klargemacht worden war, dass das mit einer sofortigen Räumung der Roten Flora nichts wird. Die ist nämlich seit einiger Zeit auf Betreiben des Vorgängersenats in Privatbesitz.

Von solchen Sorgen sind wir in unserem Hamburger Kellerloch ohnehin verschont. Da treiben uns ganz andere Dinge um. So etwa die Peinlichkeit, die beim ak-Verkaufseinsatz bei der Berliner Anti-Kriegs-Demo am 13. Oktober passiert ist. Da wurde nämlich nicht nur die aktuelle ak verkauft, sondern im Repertoire befanden sich auch ältere Ausgaben. Im Eifer des (Verkaufs-)Gefechts ist dann einem jungen Mann fälschlicherweise eine dieser älteren Ausgaben verkauft worden. Nun, trotz aller Bemühungen, diesen Fauxpas noch vor Ort wieder gutzumachen, ist dies nicht gelungen. Das Einzige, was wir jetzt noch tun können, um einen größeren Image-Schaden zu vermeiden, ist folgendes Angebot: Bitte melde dich, dann schicken wir dir die richtige Ausgabe zu!

Apropos Image. Es gibt neue ak-Werbepostkarten, bei deren Verteilung man sich nicht schämen muss. Die Karten sind nicht nur sehr schön (wirklich!), sondern haben auch noch einen hohen Gebrauchswert. Wer bis zum Jahresende ak abonniert, bekommt sechs bzw. zwölf Monate lang die Zeitung mit einer Preisgarantie (und eine Aboprämie dazu!). Und abonnieren kann man ganz praktisch per Werbepostkarte. Vielleicht gibt es ja jemanden, der uns beim Verteilen der Postkarten unterstützen will. Kontaktaufnahme (auf welche gängige Weise auch immer) genügt, und wir schicken die gewünschte Menge.

Ansonsten, meint Genossin nv, gibt es nichts. Genosse mb. ist - wie meistens - auch in dieser Frage indifferent. Genossin ga. - wie immer gnadenlose Finanzfrau - meint, wir sollten fairer Weise vermelden, dass auch der Preis für ak ab Januar auf Euro umgestellt wird und wir - ganz aufgegangen im wild um sich schlagenden Kapitalismus - die Umstellung mit einer Preiserhöhung verbinden werden (müssen). Ihr wisst ja, unser Kellerloch und unsere finanzielle Lage ... Eure ak-Redaktion

43. Modernisierung des Migrationsregimes

CD-Datei: daten/aksuche/ak455/asyl.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:455:asyl

Deutschland erlebt gerade einen Wandel in der Migrationspolitik: Die restriktive Asylpraxis wird ergänzt um neue Konzepte der Arbeitsmigration. Nach rund 30 Jahren offiziellen Anwerbestopps, "Das-Boot-ist-voll"-Ideologie und ausländerfeindlicher Hetze drängen insbesondere Industrie und Handel auf die Öffnung Deutschlands für den globalen Arbeitsmarkt. Angefangen von der Reform des Staatsbürgerschaftsrechts, über die Green-Card-Debatte bis zum geplanten Einwanderungsgesetz - die rot-grüne Bundesregierung arbeitet an einer Modernisierung des herrschenden Migrationsregimes.

Die Unterstützung für diese Politik ist überraschend breit: Olaf Henkel und Dieter Hundt für die deutschen Kapitalistenverbände, FDP, Grüne und der größte Teil der CDU sprechen sich für Reformen und die Einführung eines Einwanderungsgesetzes aus. Alle sind sich einig, dass die Versorgung des bundesdeutschen Arbeitsmarktes mit neuer Arbeitskraft nicht willkürlich erfolgen darf, sondern auf eine geregelte Grundlage gestellt werden müsse.

Kritische Stimmen, die noch Anfang der 90er Jahre etwa bei den Grünen ein Einwanderungsgesetz höchst kritisch betrachtet hatten, sind fast völlig verschwunden. Dabei wird der eigentliche Kern eines solchen Gesetzes - gerade unter den herrschenden gesellschaftlichen Verhältnissen - selten zuvor so klar und unverblümt artikuliert wie in der momentanen Debatte: Von den UnternehmerInnenverbänden bis zu den Grünen wollen alle ein Einwanderungsgesetz als Steuerungsinstrument für den Arbeitsmarkt.

Die utilitaristische Orientierung an den Interessen und Bedürfnissen "der deutschen Wirtschaft" oder "der deutschen Gesellschaft" wird von allen Seiten anerkannt und mit keinem Wort kritisch hinterfragt.

Der von Innenminister Otto Schily im August vorgelegte erste Entwurf eines Einwanderungsgesetzes zeigt, dass damit gravierende Verschlechterungen für in Deutschland lebende MigrantInnen und Flüchtlinge verbunden sind.

In unserem Schwerpunkt dokumentieren wir hierzu eine Stellungnahme von Pro Asyl. Dies und mehr Hintergründe, Chancen, Auswirkungen und Folgen des Einwanderungsgesetzes

auf den Seiten 31 bis 34